krisis

Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft

Jahrbuch 2016

www.krisis.org

krisis Jahrbuch 2016

Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft

krisis Jahrbuch 2016 – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft

Hrsg.: Förderverein krisis – Verein für kritische Gesellschaftswissenschaft e.V.
Postfach 81 02 69 | 90247 Nürnberg

Tel. +49 911 7056 28
Fax +49 911 780 9542

www.krisis.org
krisisweb@yahoo.de

ISSN 2196-940X

Inhalt

Editorial

Als wir vor vier Jahren damit begannen, die *Krisis* als Online-Zeitschrift zu publizieren, geschah dies vor allem auch deshalb, um sie für einen größeren Kreis an Leserinnen und Lesern frei verfügbar zu machen. Diese Idee hat sich bewährt, wie wir an den Zugriffszahlen auf unserer Homepage deutlich ablesen können. Doch der Haken an der Sache war zweifellos, dass nun, wer die Texte in Papierform lesen wollte, kein Buch mehr in der Hand halten konnte, sondern auf den heimischen Drucker angewiesen war. Deshalb sind wir nun dazu übergegangen, die einzelnen *Krisis*-Ausgaben zusätzlich auch als Book-on-Demand anzubieten, und fassen außerdem hier erstmals die Beiträge des vergangenen Jahres in einem Jahrbuch zusammen, das ebenfalls als BoD verfügbar ist. Auf diese Weise können wir die Vorteile der Online-Publikation nutzen und dennoch in das gute alte Gutenberg-Universum zurückkehren, das wir ohnehin nur sehr ungern verlassen haben.

Die *Krisis*-Beiträge aus dem Jahr 2016 decken ein breites Spektrum an Themen ab. In *Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals* setzt sich *Norbert Trenkle* mit einer zweiteiligen Artikelfolge von Christian Siefkes auseinander, in der dieser die zentrale krisentheoretische Aussage der *Krisis* empirisch zu überprüfen unternimmt, wonach es im Gefolge der Dritten industriellen Revolution zu einer absoluten Verdrängung von Arbeitskraft aus den kapitalproduktiven Sektoren und damit zu einem säkularen Abschmelzen der Wertmasse gekommen sei. Dass Siefkes zu keiner eindeutigen Aussage gelangt, liegt, so die Antwort von Trenkle, daran, dass er einen zentralen Argumentationsstrang der Krisentheorie der *Krisis* ausblendet. Siefkes abstrahiert nämlich von der massiven Akkumulation des fiktiven Kapitals, welche den fundamentalen Krisenprozess überlagert und im großen Stil Wertproduktion induziert, von der ein erheblicher Teil des globalen Arbeitsvolumens direkt und indirekt abhängt. Berücksichtigt man dies und stellt außerdem in Rechnung, dass ein Großteil der

Arbeit weltweit auf sehr niedrigem Produktivitätsniveau verrichtet wird, kann sehr wohl gezeigt werden, dass die wertproduktive Arbeit, also die Basis der Kapitalverwertung, seit den 1980er-Jahren in der Tat dramatisch abgeschmolzen ist.

In seinem Beitrag *Der Grabbeltisch der Erkenntnis* untersucht *Julian Bierwirth* die Methode der Zeitschrift *Gegenstandpunkt* (GSP). Diese genießt den Ruf, besonders radikale Kapitalismuskritik zu betreiben. Sie nimmt für sich in Anspruch, schonungslos über die herrschenden Zustände aufzuklären und theoretisch so konsequent zu sein, dass sie sich allein auf die Kraft »vernünftiger Argumente« stützen könne. Dieses Beharren auf dem Primat des Wissens geht einher mit einer bestimmten Form der Theorieproduktion und -vermittlung, die in hohem Maße autoritär strukturiert ist und ihre Gegner systematisch diffamiert, statt die kritische Auseinandersetzung mit ihnen zu suchen. Demgegenüber zeigt Bierwirth, dass der GSP keinesfalls so radikal ist, wie er sich geriert, sondern inhaltlich und methodisch in vieler Hinsicht sogar noch hinter das Reflexionsniveau des »bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs« zurückfällt, den er doch vermeintlich vernichtend kritisiert. Im Kern reduziert sich die GSP-Position auf die mechanistische Vorstellung, jedes gesellschaftliche Verhältnis, jede soziale Beziehung und jede menschliche Regung gehe in Interessen und Zwecken auf und Kapitalismuskritik bestehe darin nachzuweisen, dass bestimmte Interessen – im Wesentlichen die des »Proletariats« – systematisch geschädigt würden. Dem entspricht methodisch ein platter Positivismus, der die Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen für das Ganze nimmt und daher unterstellt, das wissenschaftliche Denken könne unmittelbaren Zugang zu den Dingen finden, wenn es nur »richtig« und konsequent die Werkzeuge der Vernunft und der Logik anwende. Es kann daher nicht verwundern, dass der GSP eine Auseinandersetzung mit erkenntnistheoretischen Fragen als vollkommen überflüssig ablehnt, um sich so gegen Kritik zu immunisieren.

Der Text *Rekonstruktion oder Dekonstruktion?* von *Karl-Heinz Lewed* setzt sich mit der Rekonstruktion des Wertbegriffs durch Hans Georg Backhaus und der »Monetären Werttheorie« auseinander. Lewed argumentiert, dass Backhaus

bei seinen wiederholten Versuchen, das sogenannte Geldrätsel zu entschlüsseln, letztlich auf die Ebene des Austauschverhältnisses fixiert bleibt und deshalb nicht nur zu keiner plausiblen Lösung kommt, sondern zugleich auch die Weichen stellt für eine Weiterentwicklung der »Neuen Marxlektüre« in eine zirkulationstheoretische Richtung, wie sie insbesondere Michael Heinrich weitergeführt hat. Dagegen argumetiert Lewed, dass der Schlüssel zum Verständnis kapitalistischer Herrschaft in der historisch-spezifischen Funktion der Arbeit besteht, welche den Gesellschaftszusammenhang vermittelt und als solche die Substanz des Werts bildet. Vorausgesetzt ist dabei die widersprüchliche Konstellation einer Gesellschaft getrennter Privatproduzenten, die sich über die Produktion von Waren in Beziehung setzen. Im Wert der Waren stellt sich die gesellschaftliche Vermittlung durch Arbeit dar, die das Wesen jenes »gesellschaftlichen Verhältnisses der Sachen« ist, von dem Marx in seiner Fetischkritik spricht. In der kritischen Analyse der Gesamtbeziehung und ihrer einzelnen Momente muss somit, so Lewed, die Arbeit den Ausgangspunkt bilden.

In seinem Aufsatz *All the Lonely People* vertritt *Peter Samol* die These, dass der von Freud geprägte Begriff des Narzissmus sich in besonderer Weise dazu eigne, die bürgerliche Subjektform zu charakterisieren. Allerdings habe Freud seine Herangehensweise selbst als eine naturwissenschaftliche verstanden, wodurch die Psychoanalyse zur Anthropologie verkümmerte. Der Autor verfolgt daher die Absicht, die Psychoanalyse im Hinblick auf den Begriff des Narzissmus zu rekonstruieren, um dessen gesellschaftskritisches Potential freizulegen. Narzissmus ist das Resultat der Konfrontation des Individuums mit den Versagungen durch die gesellschaftliche Realität. Der Begriff bezeichnet die Abwendung von dieser Realität und die Hinwendung in eine innere Welt, in der das Individuum absolute, wenn auch nur imaginierte, Macht besitzt. In der Folge kennt die bürgerliche Subjektivität im Grunde nur zwei Zustände: einerseits das absolute Ohnmachtsgefühl angesichts der Fremdbestimmtheit der eigenen Existenz, andererseits die Allmachtsphantasien samt der Illusion der absoluten individuellen Freiheit, Unabhängigkeit und Unbedingtheit. Letztere fordert allerdings einen hohen Preis, denn sie führt dazu, dass unmittelbare menschliche Beziehungen

zurückgedrängt und immer mehr durch versachlichte, geldvermittelte Beziehungen ersetzt werden. Von der eigenen Großartigkeit überzeugt, verdrängt der Narzisst, dass er auf die reale Welt nur wenig Einfluss hat, und macht sich selbst vor, alles sein zu können, während in ihm in Wirklichkeit nur ein großes Nichts steckt. Gerade dadurch stellt der Narzisst die »kongeniale« Subjektform für das Kapital dar, das in seiner end- und ziellosen Verwertungsbewegung ebenfalls nur eine völlige Leere zum Inhalt hat.

Schließlich setzt sich *Ernst Lohoff* In seinem Beitrag *Die letzten Tage des Weltkapitals* mit der Frage auseinander, wie sich das Verhältnis von Kapitalakkumulation und Politik im Zeitalter des fiktiven Kapitals gegenüber dem »klassischen Kapitalismus« verändert hat und welche Bedeutung dies für den Krisenprozess hat. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Akkumulation von fiktivem Kapital, die seit mehr als drei Jahrzehnten die lahmende Mehrwertakkumulation als Motor der Weltwirtschaft ersetzt, in starkem Maße von wirtschaftspolitischen Weichenstellungen und geldpolitischen Entscheidungen beeinflusst wird. Denn es hängt wesentlich von den Regierungen und Zentralbanken ab, in welchem Umfang es gelingt, über die Vermehrung von Schuldpapieren, Aktien und Finanztiteln auf künftige Wertproduktion vorzugreifen. Gerade der große Krisenschub von 2008 hat gezeigt, wie weit die Macht der Politik auf diesem Terrain gehen kann. Angesichts des drohenden Systemkollapses schufen die Zentralbanken und Regierungen der kapitalistischen Kernstaaten in einer konzertierten Aktion ein weltumspannendes System des Public-Private-Partnership, der Erzeugung fiktiven Kapitals. Während die öffentliche Hand und die Zentralbanken die Verwaltung der verbrannten kapitalistischen Zukunft übernehmen, sorgt die Privatwirtschaft für die neuen spekulativen Blasen, die für den Fortgang des globalen Akkumulationsprozesses unerlässlich sind. Mit dieser Installation einer weltumspannenden finanzmarkt-sozialistischen Ordnung – ironisches Ergebnis der neoliberalen Revolution – hat die Politik dem maroden kapitalistischen Weltsystem noch einmal eine Gnadenfrist erkauft. Diese in erster Linie durch die Negativzinspolitik der Zentralbanken ermöglichte Ausweitung des Vorgriffs auf zukünftigen Wert ist aber nicht nur deshalb prekär, weil sie län-

gerfristig die Grundlagen des Geldsystems unterminiert - die größte historische Leistung der Politik in Sachen Krisenverschiebung markiert gleichzeitig den Umschlagspunkt, an dem die Politik selber zu einer eigenen Krisenquelle wird.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Die Krisis-Redaktion, März 2017

Norbert Trenkle

Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals

Eine Antwort auf *Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus?* von Christian Siefkes

Zusammenfassung

Die zentrale krisentheoretische Aussage der *Gruppe Krisis*, dass es im Gefolge der Dritten industriellen Revolution zu einer absoluten Verdrängung von Arbeitskraft aus den kapitalproduktiven Sektoren und damit zu einem säkularen Abschmelzen der Wertmasse gekommen sei, ist vielfach in Frage gestellt worden. Der vorliegende Text stellt eine Auseinandersetzung mit einer zweiteiligen Artikelfolge von Christian Siefkes dar, welche den Versuch unternimmt, diese Aussage empirisch zu überprüfen. Siefkes wertet darin die Beschäftigungsstatistiken der ILO im Lichte der Fragestellung aus, ob das für die Kapitalverwertung relevante globale Arbeitsvolumen seit den 1980er Jahren gesunken ist oder nicht. Sein Fazit fällt uneindeutig aus: zwar sieht er die These vom Abschmelzen der Wertsubstanz als nicht bestätigt an, glaubt aber eine Tendenz in diese Richtung zu erkennen.

Demgegenüber wird hier gezeigt, dass die von Siefkes vorgelegten Zahlen eine sehr viel deutlichere Sprache als er selbst herausliest. Sein vorsichtiges Fazit beruht darauf, dass er erstens einen zentralen Argumentationsstrang der fundamentalen Krisentheorie ausblendet. In seiner Interpretation des Datenmaterials abstrahiert er nämlich von der massiven Akkumulation des fiktiven Kapitals, welche den fundamentalen Krisenprozess überlagert und im großen Stil Wertproduktion induziert hat, die nicht aus der Eigendynamik der Kapitalverwertung

resultiert. Es lässt sich zeigen, dass die diese induzierte Wertproduktion seit den 1980er Jahren gewaltige Ausmaße angenommen hat und ein erheblicher Teil des globalen Arbeitsvolumens direkt und indirekt hiervon abhängt. Das aber heißt im Umkehrschluss: Ohne diesen Effekt ist die wertproduktive Beschäftigung im globalen Maßstab deutlich rückläufig. Dieser Trend wird zweitens durch das weltweite Produktivitätsgefälle verstärkt. Denn für den in einer Ware dargestellten Wert ist nun einmal nicht die individuell verausgabte Arbeitszeit entscheidend, sondern die gesellschaftliche Arbeitsstunde«, also der global gültige Wertmaßstab, der von dem vorherrschenden Produktivitätsstandard definiert wird. Siefkes trägt dem zwar prinzipiell Rechnung, indem er die Produktivitätsunterschiede zwischen den verschiedenen globalen Produktionsstandorten mit Hilfe von Gewichtungsfaktoren berücksichtigt, doch setzt er diese viel zu niedrig an. Legt man hier realistische Zahlen zugrunde, die sich auf Grundlage der vorliegenden Statistiken ermitteln lassen (der Produktivitätsunterschied zwischen China und Deutschland etwa ist mit ungefähr 1:8 oder 1:9 anzusetzen), zeigt sich deutlich, dass der beeindruckenden Zahl an Arbeitskräften in Ländern wie China, Indien oder Brasilien nur eine vergleichsweise geringe Wertmasse entspricht.

Alles in allem lässt sich daher sagen, dass die von Christian Siefkes vorgelegte Untersuchung, bei einer der Krisentheorie angemessenen Interpretation, klare empirische Belege für die These vom Abschmelzen der Wertproduktion liefert.

1. Die Krisentheorie auf dem Prüfstand der Empirie

Die von der *Gruppe Krisis* vertretene Krisentheorie sieht sich seit jeher mit heftiger Kritik konfrontiert. Hauptsächlich in Frage gestellt wird dabei die grundlegende These, dass es im Gefolge des Produktivkraftschubs der Dritten industriellen Revolution zu einer absoluten Verdrängung von Arbeitskraft aus den kapitalproduktiven Sektoren und damit zu einem säkularen Abschmelzen der Wertmasse gekommen ist, mithin die Grundlagen der kapitalistischen

Produktionsweise untergraben wurden. Nun hat kürzlich Christian Siefkes in einem zweiteiligen Artikel den Versuch unternommen, diese These empirisch zu überprüfen (Siefkes 2015a und 2015b). Sein Vorgehen hebt sich dabei sehr deutlich von dem vieler anderer Kritiker ab, die sich oftmals mit dem allgemein gehaltenen und oberflächlichen Hinweis begnügen, die Zahl der Lohnarbeitsverhältnisse habe in den letzten drei bis vier Jahrzehnten weltweit deutlich zugenommen, womit ihnen unsere Analyse bereits als empirisch widerlegt gilt. Dabei unterstellen diese Kritiker nicht nur stillschweigend, ohne dies theoretisch auszuweisen, die weltgesellschaftliche Wertschöpfung sei identisch mit der Gesamtmasse aller geleisteten Arbeitsstunden, sondern sie geben sich in aller Regel nicht einmal die Mühe, die behaupteten Zahlen statistisch seriös zu belegen (vgl. etwa Heinrich 2007; 2008).

Christian Siefkes hingegen geht sehr viel differenzierter und unvoreingenommener an die Fragestellung heran. Zunächst wertet er die vorliegenden Beschäftigungsstatistiken der ILO aus und erhält so eine einigermaßen gesicherte Datenbasis über die Entwicklung des globalen Arbeitsvolumens; dieses wiederum setzt er nicht unmittelbar mit der produzierten Wertmasse gleich, sondern versucht noch einmal zwischen unproduktiven und produktiven Tätigkeiten zu unterscheiden und gewichtet diese in einem zweiten Schritt sodann mit unterschiedlichen Produktivitätsniveaus. Siefkes berücksichtigt also zwei Faktoren, die entscheidenden Einfluss auf die Wertbildung haben, und versucht so, methodisch adäquat, die empirischen Kriterien möglichst eng auf die theoretische Fragestellung zu beziehen, die untersucht und überprüft werden soll.

Nun gehört es freilich zu den vielleicht am heftigsten umstrittenen werttheoretischen Fragen, welche Tätigkeiten als produktiv im Sinne der Kapitalverwertung einzustufen sind, also einen direkten Beitrag zur Mehrwertproduktion leisten, und welche nicht. Siefkes selbst hat dazu seine Ansicht bereits wenige Monate nach Veröffentlichung des hier diskutierten Artikels wieder partiell revidiert (Siefkes 2015c). Hatte er hier zunächst noch, grob gesprochen, alle Handels- und Verwaltungstätigkeiten sowie einen Großteil der privaten Dienstleistungen in die Kategorie der unproduktiven Arbeit eingereiht (und die Statis-

tik entsprechend sortiert)[1], so schätzt er diese nun als überwiegend produktiv ein; in der Kategorie der unproduktiven Arbeit verbleiben demnach nur noch Tätigkeiten, bei denen ganz offensichtlich keine Kapitalverwertung stattfindet: »Arbeit, bei der kein Kapital verwertet wird, scheidet also als produktive aus. Das betrifft alle Arbeit für den Eigenbedarf, die eigene Familie oder Freunde ebenso wie ehrenamtliche Aktivitäten und private Hausangestellte. Auch die Angestellten von Organisationen, die nicht gewinnorientiert arbeiten, also nicht Geld in mehr Geld verwandeln, sind aus diesem Grund nicht produktiv – Staatsangestellte ebenso wie Mitarbeiter in zwischenstaatlichen Organisationen und im Non-Profit-Sektor« (Siefkes 2015c).

Obwohl ich diesen Begriff der unproduktiven Arbeit für viel zu eng gefasst halte, soll an dieser Stelle auf eine theoretische Auseinandersetzung damit verzichtet werden.[2] Auch werde ich mich im Weiteren zunächst an die Kategorisierung aus erstgenanntem Artikel halten, da andernfalls eine Diskussion der dort vorgelegten empirischen Untersuchung unnötig erschwert würde. Darüber hinaus wird sich aber auch zeigen, dass eine veränderte Zuordnung der statistischen Zahlen keinen entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis von Siefkes' Untersuchung hat.

Auch gegen Siefkes' Versuch, das Produktivitätsgefälle zwischen den verschiedenen Ländern und Produktionsstandorten zu gewichten und zu quantifizieren, habe ich methodische Einwände, auf die ich später noch zurückkommen werde. Zunächst einmal ist aber entscheidend, dass er diese Differenzierung überhaupt vornimmt, denn ohne sie ist jede empirische Überprüfung, schon methodisch betrachtet, nicht aussagekräftig. Wie Siefkes richtig anmerkt, kommt es im Hinblick auf die Wertmasse ja nicht darauf an, dass jemand überhaupt arbeitet und

1 Um mit den sehr hoch aggregierten Werten operieren zu können, hat Siefkes behelfsmäßig einen Teil der statistischen Sektoren als »halbproduktiv« eingestuft und in seinen Berechnungen mit je 50 % den beiden Kategorien produktiv und unproduktiv zugeordnet (Siefkes 2015a). Dieses Vorgehen erscheint mir für eine erste, heuristische Annäherung an die Fragestellung als methodisch durchaus gerechtfertigt.

2 Vgl. zum Begriff der unproduktiven Arbeit Samol 2007 sowie zur ebenfalls in diese Kategorie fallenden Wissensarbeit Lohoff 2007.

Waren herstellt, sondern auch darauf, auf welchem Produktivitätsniveau dies geschieht; denn für den in einer Ware dargestellten Wert ist nun einmal nicht die individuell verausgabte Arbeitszeit entscheidend, sondern die »gesellschaftliche Arbeitsstunde«, also der global gültige Wertmaßstab, der von dem vorherrschenden Produktivitätsstandard definiert wird. Doch was in theoretischer Hinsicht seit Marx eigentlich als Binsenweisheit gelten kann, wirft beim Versuch, es in einer empirischen Untersuchung über das globale Arbeitsvolumen angemessen zu berücksichtigen, erhebliche methodische Schwierigkeiten auf.

Dass die von Christian Siefkes vorgelegten Zahlen nur Näherungswerte darstellen, hat er selbst angemerkt. Für eine erste Annäherung an das Problem sind sie jedoch durchaus hinreichend. Hier geht es zunächst darum, die Debatte über eine empirische Fundierung der Krisentheorie zu eröffnen. Die folgende Kritik ist in diesem Sinne zu verstehen.

2. Die induzierte Wertproduktion und ihre krisentheoretische Bedeutung

Entscheidend für die Aussagekraft einer empirischen Untersuchung ist nicht nur, was betrachtet wird, sondern auch was *nicht* betrachtet wird. Bei Siefkes betrifft das einen ganz entscheidenden Aspekt der *Krisis*-Krisentheorie. Mit seiner Untersuchung will er unsere These überprüfen, die Produktivkraftentwicklung der letzten drei bis vier Jahrzehnte habe zu einer absoluten Verdrängung der wert- bzw. kapitalproduktiven Arbeit aus der Warenproduktion und damit zum Abschmelzen der Wertmasse geführt. Dazu betrachtet er die statistischen Zahlen über die Entwicklung des weltweiten Arbeitsvolumens in diesem Zeitraum unter den oben erwähnten Prämissen. Allerdings abstrahiert er dabei von einem zentralen krisentheoretischen Argument, ohne das die weltwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte und damit auch die Entwicklung des Arbeitsvolumens nicht erklärbar ist und dem daher auch bei einer empirischen Überprüfung unbedingt Rechnung getragen werden muss.

Dieses Argument lautet, kurz gefasst, dass die Krise der Kapitalverwertung im Gefolge der Dritten industriellen Revolution durch die massive *Akkumulation von fiktivem Kapital* überlagert wird und dadurch einen grundsätzlich anderen Verlauf nimmt als alle anderen bisherigen Krisen in der kapitalistischen Geschichte. Zwar gab es in allen Krisen seit Mitte des 19. Jahrhunderts auf dem Höhepunkt des vorangehenden Booms eine kurzfristige Aufblähung des fiktiven Kapitals, was zunächst den offenen Ausbruch der Kapitalentwertung zeitlich verzögerte – dann aber deren Ausmaß und Folgen zu vergrößerte. Seit den 1980er Jahren fand jedoch eine *strukturelle Verlagerung der kapitalistischen Dynamik* hin zum fiktiven Kapital statt, das seitdem zum eigentlichen Motor der Kapitalakkumulation geworden ist. Wie wir gezeigt haben (Lohoff/Trenkle 2012), lässt sich zwar diese »Kapitalakkumulation ohne Wertverwertung« (Lohoff 2014) nicht unendlich aufrechterhalten, sondern stößt früher oder später an ihre logischen und faktischen Grenzen (Lohoff/Trenkle 2012, S. 256 ff.); dennoch prägt sie eine ganze Epoche der kapitalistischen Entwicklung. Diese Epoche des fiktiven Kapitals ist nichts anderes als die *historische Verlaufsform der fundamentalen Krise der kapitalistischen Produktionsweise*.

Ohne die Verlagerung der ökonomischen Dynamik in die Sphäre des fiktiven Kapitals wäre eine massive Entwertung von Kapital mit katastrophalen Folgen für die Weltwirtschaft schon in den 1980er Jahren unvermeidlich gewesen. Denn Kapital erhält sich ja nur am Leben, wenn es immer wieder neu in den Kreislauf der Verwertung eingespeist wird; dieser Kreislauf war jedoch aufgrund der absoluten Verdrängung lebendiger Arbeit aus den wertproduktiven Sektoren ins Stocken geraten (was sich an der langen Strukturkrise der 1970er und 1980er Jahre zeigte). Stattdessen kam aber an den globalisierten Finanzmärkten ein gigantischer Kreislauf der Akkumulation von Kapital in Gang, der auf dem Vorgriff auf zukünftigen Wert beruht.[3] Der zugrunde liegende Mechanis-

[3] Die politische *Voraussetzung* dafür war zweifellos die endgültige Entkopplung des Geldes vom Gold (im Jahr 1971) sowie die fortschreitende Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte. Das darf jedoch nicht zu der falschen Annahme verleiten, die *Ursache* für die enorme Aufblähung des fiktiven Kapitals sei in politischen Entscheidungen zu suchen; diese ebneten allerdings den Weg für die Kapitalakkumulation

mus war (und ist bis heute) die »Produktion« von Waren 2[ter] Ordnung: der Verkauf von Geld als Kapital in der Gestalt von Eigentumstiteln (Aktien, Anleihen, Derivaten, Optionsscheinen etc.), die eine bestimmte Summe Geld und den Anspruch auf deren Vermehrung repräsentieren (vgl. dazu Lohoff/Trenkle 2012, S. 124 ff.; Lohoff 2014, S.38 f.). Dieser Akkumulationsprozess blieb aber keineswegs nur auf die Sphäre der Finanzmärkte beschränkt, sondern brachte auch die Produktion von Gütermarktwaren, also von Waren mit einem sinnlich-stofflichen Gebrauchswert (Konsum- oder Investitionsgüter) wieder auf Trab. Nicht nur wurden und werden realwirtschaftliche Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen in großem Umfang durch den Verkauf von Eigentumstiteln (wie Anleihen und Aktien), also durch den Vorgriff auf zukünftigen Wert finanziert; ein erheblicher Teil der Investitionen vor allem im Bausektor, der weltweit eine gewaltige Zahl an Arbeitskräften beschäftigt, ist sogar ganz unmittelbar auf die Produktion von fiktivem Kapital bezogen (Immobilienspekulation); und schließlich beruht auch ein bedeutender Teil des staatlichen und privaten Konsums auf Kredit (und trägt somit selbst zur Produktion von fiktivem Kapital bei) oder auf Einkommen, die direkt oder indirekt auf die Akkumulation von fiktivem Kapital zurückgeführt werden können.

Es greift daher viel zu kurz, wenn Siefkes das zentrale Argument unserer Krisentheorie darin zu sehen vermeint, eine weitere massive Expansion der Wertproduktion sei nicht mehr möglich, weil es an »Wachstumsmärkten« fehle, auf denen die zusätzliche Warenmasse abgesetzt werden könne (Siefkes 2015a, S. 2). Würden wir tatsächlich nur auf »die Märkte« schauen, wäre die Diagnose einer fundamentalen Krise leicht zu widerlegen. Denn es ist ja offensichtlich, dass der weltweite Warenabsatz in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen hat. Zu fragen ist vielmehr, aus welcher *Quelle* diese Märkte gespeist werden; oder um es genauer auszudrücken, in welchem Verhältnis dieses »Marktwachstum« zur Akkumulation des Kapitals steht. Diese Frage können wir aber nur beantworten, wenn wir die Veränderungen betrachten, die der Gesamtprozess der

ohne Kapitalverwertung und damit für einen vorübergehenden Aufschub der fundamentalen Verwertungskrise.

Akkumulation des Kapitals durchlaufen hat. Solange die tautologische Selbstzweckbewegung des Kapitals auf der Kapitalverwertung bzw. der Verausgabung von Arbeitskraft in der Produktion von Gütermarktwaren beruht, müssen die nötigen Geldeinkommen für den Verlauf dieser Waren, oder, um es genauer zu sagen, für die Realisierung des in diesen Waren dargestellten Werts, in diesem Verwertungskreislauf selbst erzeugt werden. Die Realisierung ist notwendiges Moment dieses Kreislaufs, denn erst wenn der in den Waren dargestellte Wert wieder in Geld, also in die allgemeine Ware, zurückverwandelt ist, ist der Zyklus G – W – G' abgeschlossen, und aus Geld ist mehr Geld geworden.

Nun wird allerdings schon seit jeher in der marxistischen Debatte die Frage diskutiert, wie und unter welchen Voraussetzungen die Realisierung des in der Gesamtwarenmasse einer Periode dargestellten Werts überhaupt gelingen kann. Denn die produzierten Waren repräsentieren ja notwendigerweise immer mehr Wert, als die Summe aus dem variablen Kapital (= Wert der eingesetzten Ware Arbeitskraft) und dem konstanten Kapital (= anteilige Wertübertragung des eingesetzten Sachkapitals), weil der Zweck der Produktion nun einmal die Abschöpfung von Mehrwert ist, also die Differenz zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft (dargestellt in der Lohnsumme) und dem während ihrer Anwendung produzierten Gesamtwert. Wie aber kann dieser Überschuss realisiert werden, also in die allgemeine Ware Geld zurückverwandelt werden? Die Antwort darauf ist eigentlich relativ simpel: Die fortschreitende Kapitalakkumulation selbst sorgt für die nötige »Erweiterung der Märkte«, auf denen die betreffende Waremasse abgesetzt und der in ihnen dargestellte Wert realisiert werden kann. Das klingt tautologisch, ist es aber nur insofern, als sich darin die tautologische Selbstzweckbewegung des Kapitals widerspiegelt, in der sich der Wert permanent auf sich selbst rückkoppelt, um sich zu vermehren. Solange die begründete Aussicht besteht, dass diese Vermehrung gelingt (also der Kreislauf G – W – G'), wird das Kapital den in der Vorperiode geschaffenen Mehrwert wieder investieren, also für den Ankauf von Arbeitskräften oder Sachkapital verauslagen und genau damit die Realisierung eben dieses Mehrwerts ermög-

lichen.[4] In Kategorien des Marktes betrachtet, steht dann den Produkten aus Periode A in der nachfolgenden Periode B eine vergrößerte Lohnsumme und damit eine erweiterte Konsumtionskraft der Arbeitskräfte gegenüber, während gleichzeitig die Unternehmen zusätzliche Maschinen, Gebäude und Produktionsmaterialien nachfragen und damit ebenfalls einen Teil der Produkte aus Periode A aufkaufen. In der Volkswirtschaftslehre gibt es dafür den Begriff des »selbsttragenden Aufschwungs«, der trotz seiner theoretischen Oberflächlichkeit auf etwas Richtiges verweist: Der Prozess der Kapitalverwertung schafft aus seiner eigenen Dynamik heraus die Bedingungen, um weiter in Gang zu bleiben.

Im Umkehrschluss aber bedeutet das natürlich auch, dass ein Stocken der Kapitalakkumulation genau den gegenteiligen Effekt hat. Wird weniger Kapital angelegt als in der Vorperiode, dann verringert sich die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte, und die Nachfrage nach Sachkapital geht zurück, sodass nun weniger Konsum- und Investitionsgüter als zuvor abgesetzt werden. Ein Teil der bereits produzierten Waren bleibt also unverkäuflich, und der in ihnen dargestellte Wert lässt sich nicht realisieren; in der Folge werden Produktionskapazitäten stillgelegt, die weniger produktiven Unternehmen gehen Bankrott, die Nachfrage nach Investitionsgütern sinkt weiter, Arbeitskräfte werden entlassen usw. Auf diese Weise kommt eine Abwärtsspirale in Gang, in deren Verlauf massenhaft Kapital entwertet wird und sich die Märkte weiter verengen. Handelt sich dabei nur um eine zyklische oder konjunkturelle Krise, die beispielsweise durch Marktungleichgewichte ausgelöst wurde, so kann sie schnell überwunden werden, wobei wirtschaftspolitische Maßnahmen nach dem keynesianischen Muster dabei ausgleichend wirken können.

Anders sieht es bei einer Strukturkrise, wie im Fall der fordistischen Revolution in den 1920er und 1930er Jahren, die zu einer grundlegenden technisch-organisatorischen Umwälzung der Produktionsstrukturen und zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitsproduktivität führte. Eine solche Krise zieht eine

---

[4] Ich verweise hier natürlich auf die berühmten »Reproduktionsschemata« aus dem zweiten Band des *Kapital*. In einem Text aus der Frühzeit der Wertkritik hat Ernst Lohoff sich damit übrigens ausführlich auseinandergesetzt (Lohoff 1987).

Entwertung von Kapital im großen Stil nach sich und kann nur überwunden werden, wenn neue Produktionszweige erschlossen werden, in denen massenhaft zusätzliche Arbeitskraft vernutzt wird, sodass auf diese Weise wieder ein selbsttragender Boom in Gang kommt. Was aber in der Epoche des Fordismus noch gelang, ist im Rahmen der Dritten industriellen Revolution nicht mehr möglich. Denn diese hat nicht bloß ein weiteres Mal die Produktionsbedingungen grundlegend umgewälzt, sondern bedeutet einen qualitativen Sprung in der Geschichte der Produktivkraftentwicklung, weil sie die Anwendung des Wissens auf die Produktion zur Hauptproduktivkraft macht. Das aber hat eine absolute und unumkehrbare Verdrängung von Arbeitskraft aus der Produktion und damit auch die fortschreitende Untergrabung der Kapitalverwertung zur Folge, denn die Arbeitskraft ist die einzige Quelle des Werts.

Auf der Oberfläche der Zirkulation stellt sich eine solche Krise – wie jede andere – für sich betrachtet, immer auch als Absatzkrise dar, weil weniger Konsumtionsmittel und Investitionsgüter nachgefragt werden. Wir hätten es also mit jenen »schrumpfenden Märkten« zu tun, von denen Siefkes spricht. Diese sind aber nicht die *Ursache* der Krise, sondern deren Ausdruck und zugleich ein Moment der Krisendynamik. Keynesianische Politik setzt immer wesentlich an diesem Moment an, indem sie die Nachfrage ankurbelt. Doch mit dieser Strategie lässt sich eine Strukturkrise nicht überwinden, sondern nur vorübergehend auffangen und in ihren Auswirkungen abmildern. Wenn daher »die Märkte« seit Mitte der 1980er Jahre wieder expandierten, dann ist das ein Zeichen dafür, dass es tatsächlich gelang, die Kapitalakkumulation wieder anzukurbeln – allerdings auf einer neuen Grundlage, der Grundlage des fiktiven Kapitals. Nach kräftigen Anschubhilfen vonseiten der Politik kam so ein neuer selbsttragender Boom in Gang, der ein scheinbares Wunder ermöglichte: Die Warenproduktion dehnte sich trotz des gewaltig hohen Produktivitätsniveaus und der fortschreitenden Prozessautomation noch einmal in einem unvorstellbaren Maße aus – vor allem in Ländern wie China, Indien oder Brasilien entstand ein breiter Industriesektor, in dem große Massen an Arbeitskräften beschäftigt sind.

Kann diese Arbeit jedoch als produktiv im Sinne der Wertproduktion und der Kapitalverwertung gelten? Grundsätzlich ist diese Frage zunächst mit Ja zu beantworten, da wir es offensichtlich mit Unternehmen zu tun haben, die Arbeitskraft ankaufen, um sie in der Produktion von Autos, Computern, Jeanshosen, Smartphones und anderen Waren zu vernutzen und mit dem abgeschöpften Mehrwert das ausgelegte Kapital zu vermehren. Dennoch hat diese Form der Wertproduktion einen spezifischen Charakter: Es handelt sich um *induzierte Wertproduktion* (Lohoff/ Trenkle 2012, S. 147 ff.). Denn die Vernutzung von Arbeitskraft im Dienste der Kapitalverwertung ist nicht mehr Moment einer selbsttragenden Dynamik, in deren Verlauf die Anlagemöglichkeiten für das fungierende Kapital in der »Realwirtschaft« permanent erweitert werden, wie in Zeiten des fordistischen Booms; vielmehr wird diese Wertproduktion durch die permanente und exponentiell wachsende Akkumulation von fiktivem Kapital in Gang gehalten. Statt die treibende Kraft der Kapitalakkumulation zu sein, ist sie also selbst abhängig vom fiktiven Kapital, das seit den 1980er Jahren zum Motor der kapitalistischen Dynamik geworden ist und diese daher auch auf entscheidende Weise prägt. Damit aber ist die klassische kapitalistische Logik auf den Kopf gestellt. In diesem Sinne können wir für die letzten dreißig bis vierzig Jahre von einer Epoche des »inversen Kapitalismus« sprechen (Lohoff/Trenkle 2012).

Eine empirische Überprüfung unserer Krisendiagnose muss nun aber diesem Sachverhalt Rechnung tragen, wenn sie dem Anspruch genügen will, der Theorie adäquat zu sein. Es genügt also nicht, die statistischen Zahlen über das globale Arbeitsvolumen einfach zu addieren und daraus auf die Wertbasis zurückzuschließen; vielmehr ist zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil dieses Arbeitsvolumens induzierte Wertproduktion repräsentiert. Dadurch wird natürlich das Überprüfungsverfahren erheblich komplizierter. Aus keiner Statistik lässt sich herauslesen, wie hoch der Anteil induzierter Wertproduktion ist; denn es handelt sich dabei um eine analytische Kategorie, die sich auf den Gesamtprozess der globalen Kapitalakkumulation bezieht und nicht auf die einzelnen Produktionsvorgänge heruntergebrochen werden kann. Streng ge-

nommen könnte man sogar sagen, dass die gesamte weltweite Wertproduktion heute induzierten Charakter hat, weil sie insgesamt am Tropf der Akkumulation des fiktiven Kapitals hängt. Denn ohne diese wäre das fungierende Kapital, also das in der Wertproduktion angelegte Kapital, längst in einem sich selbst verstärkenden Kreislauf der massenhaften Entwertung gefangen, den es aus eigener Kraft nicht durchbrechen könnte.

Wollten wir jedoch diesen Maßstab anlegen, wäre jeder Versuch, die These vom Abschmelzen der Arbeitssubstanz empirisch zu überprüfen, unmöglich gemacht. Die Frage nach dem Umfang des Arbeitsvolumens würde keinerlei Sinn ergeben, wenn ohnehin davon auszugehen ist, dass es in toto auf induzierter Wertproduktion beruht. Wie aber lässt sich dieses Dilemma vermeiden? Eine wirklich saubere Lösung sehe ich nicht, möchte aber ein zweistufiges heuristisches Verfahren vorschlagen, mit dem eine adäquate empirische Überprüfung der Krisentheorie wenigstens näherungsweise möglich sein sollte. Dabei wäre zunächst das Verhältnis zwischen der Aufblähung des fiktiven Kapitals seit den 1980er Jahren und der realwirtschaftlichen Produktion unter dem Aspekt zu untersuchen, ob sich die These von der induzierten Wertproduktion belegen lässt. In einem zweiten Schritt kann dann gefragt werden, welche Konsequenzen sich daraus für die weltweite Beschäftigung ableiten lassen.

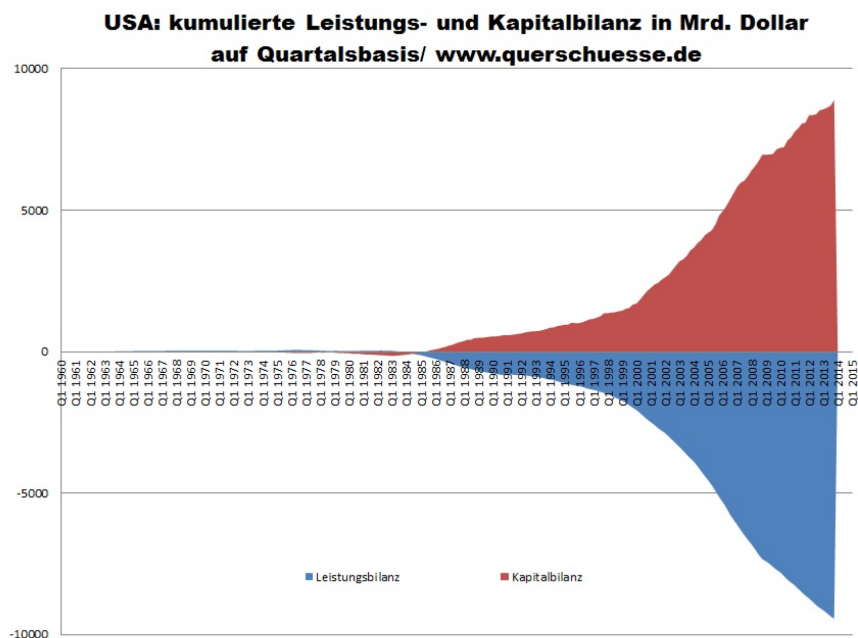
3. Das Verhältnis zwischen fiktivem Kapital und fungierendem Kapital seit den 1980er Jahren

Es kann keinerlei Zweifel darüber bestehen, dass seit den 1980er Jahren das fiktive Kapital in exponentiellem Maßstab gewachsen ist. Darauf verweisen alle Zahlen zum Volumen der Finanzmärkte, egal, ob wir nun den Derivatenhandel, die Spekulation mit Aktien, Rohstoffen und Immobilien oder die staatliche und private Verschuldung betrachten. »1980 betrug das weltweite Finanzvermögen weltweit noch rund 12 Billionen Dollar und lag damit nur unwesentlich über dem damaligen globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dreißig Jahre später bezifferte der *Global Wealth Report* die aufgehäuften Finanzvermögen

auf 231 Billionen Dollar und damit auf das Vierfache des aktuellen globalen BIP. Dabei berücksichtigt der Indikator den größten Einzelposten bei der Vermehrung von Kapitalmarktwaren noch gar nicht, nämlich die explosionsartige Vermehrung »abgeleiteter« Finanzmarktprodukte, sogenannter Derivate. Das Gesamtvolumen, dieser in den 1970er Jahren noch so gut wie unbekannten Kapitalmarktwaren wuchs allein zwischen 1998 und 2008 von 72 auf 673 Billionen Dollar - und erreichte damit allein für sich genommen bereits das Zwölffache des weltweiten BIP« (Lohoff 2014, S.6). Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt oder anderen Indikatoren für das Wachstum der »Realwirtschaft«, wird deutlich, dass die Krise des Fordismus sich nicht durch die üblichen keynesianischen Methoden lösen ließ, also durch Ankurbelung der Kapitalverwertung mit entsprechenden Konjunkturprogrammen, sondern stattdessen die Schleusen geöffnet wurden, um dem Kapital an den Finanzmärkten neue und erweiterte Möglichkeiten der Akkumulation zu schaffen.

Die wichtigsten Mechanismen, mit denen fiktives Kapital *direkt* in die Gütermärkte eingeschleust wurde und wird, lassen sich dabei relativ leicht empirisch nachweisen. Nicht ganz so einfach ist das im Fall der vielfältigen *indirekten* Mechanismen, über die das fiktive Kapital die Realwirtschaft in Schwung hält, so etwa über konjunkturelle Multiplikatoreffekte und dadurch generierte Privateinkommen und staatliche Steuereinnahmen. Für eine erste Annäherung werde ich mich daher darauf beschränken, exemplarisch zwei Mechanismen der *direkten* Einschleusung nachzuzeichnen, die in den letzten Jahrzehnten von besonderer Bedeutung für die weltwirtschaftliche Dynamik waren.

Der erste davon ist das stetig wachsende Handels- und Leistungsbilanzdefizit der USA, das durch den Zufluss von Kapital aus dem Ausland finanziert wurde und wird, wie die folgende Grafik eindrucksvoll belegt:



Der untere Kurvenverlauf zeigt deutlich, dass die USA seit Mitte der 1980er Jahre immer größere Leistungsbilanzdefizite angehäuft haben, das heißt, es wurden zunehmend mehr Waren und Dienstleistungen importiert als exportiert. Im gleichen Maße aber nahmen die Kapitalimporte zu, wie am stetig steigenden Überschuss der Kapitalbilanz (obere Kurve) abgelesen werden kann. Übersetzen wir dieses weithin bekannte Faktum in werttheoretische Termini, dann können wir sagen, dass die USA massenhaft Waren 1ter Ordnung (also materielle Güter, die *vergangene* abstrakte Arbeit darstellen) eingeführt haben, während im Gegenzug an den amerikanischen Finanzmärkten in großem Stil Waren 2ter Ordnung (also Eigentumstitel, die einen Anspruch auf *zukünftigen* Wert repräsentieren) »produziert« und an ausländische Kapitalanleger verkauft wurden. Anders gesagt: Ein Großteil der Industrieprodukte aus Ostasien, insbesondere aus China, aber auch aus anderen exportorientierten Ländern (wie etwa der BRD) konnte nur deshalb in den USA abgesetzt werden, weil sie gegen Ansprü-

che auf zukünftigen Wert getauscht wurden. Dieser Austausch unterschiedlicher Warentypen war die Grundlage für den gewaltigen industriellen Aufschwung in China und anderen südostasiatischen Ländern, der also ganz wesentlich auf induzierter Wertproduktion beruhte.

Natürlich heißt das nicht, dass ein chinesisches Unternehmen seine Waren direkt gegen Kreditbriefe oder Aktien verkauft; aber der Gesamtkreislauf funktioniert nach eben diesem Muster. So legten chinesische Privatanleger ebenso wie chinesische Staatsfonds vor allem bis vor dem Crash von 2008 ihre Überschüsse in riesigem Umfang an den US-Kapitalmärkten an, was nichts anderes bedeutet, als dass sie in den USA »produzierte« Eigentumstitel gekauft haben. Deshalb geht die Schere zwischen Leistungsbilanz und Kapitalbilanz nicht zufällig seit Ende der 1990er Jahre besonders weit auf, wie die Grafik zeigt; dies ist genau der Zeitpunkt, an dem Chinas Wirtschaftsboom so richtig auf Touren kam.

Auch die Finanzkrise von 2008 hat diesen Mechanismus nicht außer Kraft gesetzt, wie sich dem Kurvenverlauf entnehmen läst; allerdings hat er sich teilweise auf andere Regionen verlagert, weil China sich immer stärker aus der allzu direkten Abhängigkeit von den amerikanischen Finanzmärkten gelöst hat. Doch das bedeutet keinesfalls, dass die chinesische Wirtschaftsentwicklung nun auf einem Boom selbsttragender Kapitalverwertung basieren würde; vielmehr wurde ganz gezielt unter staatlicher Regie ein eigener interner Kreislauf der Akkumulation von fiktivem Kapital in Gang gesetzt, der sich zum wichtigsten Schwungrad der inneren ökonomischen Dynamik entwickelte. So ist die Gesamtverschuldung (Staat, Finanz-, Industrie- und Privatsektor) von 153 Prozent des BIP im Jahr 2008 auf heute 282 Prozent angewachsen (vgl. Konicz 2015). Und diese Gelder sind überwiegend in die Bauindustrie und den Ausbau der Infrastruktur geflossen. Allein in den Jahren 2011 bis 2013 ist die unvorstellbar große Menge von 6,6 Gigatonnen Beton verbaut worden – mehr als in den USA im gesamten 20. Jahrhundert – während gleichzeitig die Export-

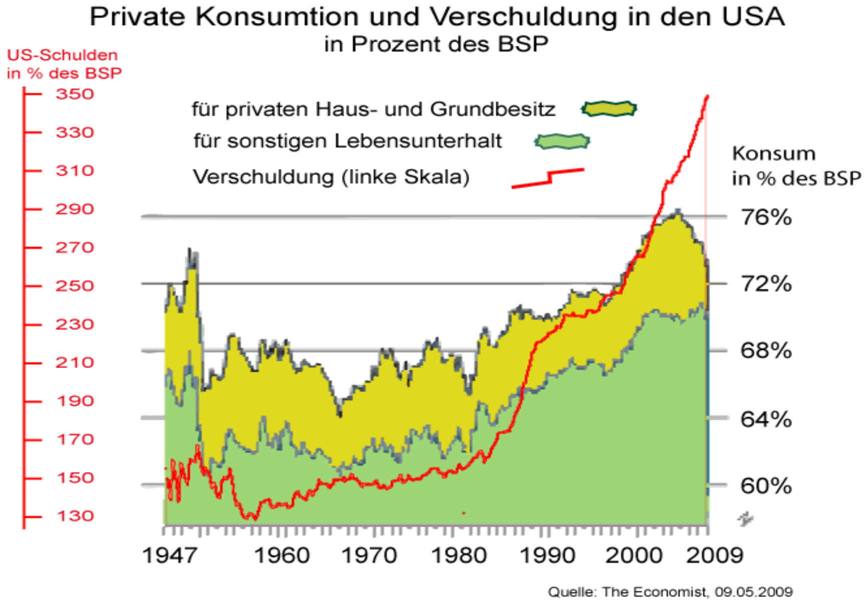
überschüsse zurückgegangen sind (ebd.)[5]. Daran zeigt sich, dass in Reaktion auf die Finanzkrise eine Verschiebung *innerhalb* der Sphäre des fiktiven Kapitals stattgefunden hat. Beruhte Chinas Weltmarktstellung bis 2008 in erster Linie auf der Produktion von Gütermarktwaren, so hat das Land nun also auch die Produktion von Waren 2[ter] Ordnung verstärkt in die eigene Regie übernommen.

Übrigens stößt bekanntlich der solcherart angeheizte Boom in China mittlerweile an seine Grenzen: Ganze Städte und Stadtteile, die buchstäblich aus dem Boden gestampft wurden, stehen leer, die Aktienmärkte sind massiv eingebrochen, und in den Bankenbilanzen türmen sich die faulen Kredite (ebd.).[6] Es bleibt abzuwarten, wie lange es der chinesischen Regierung noch gelingt, die massive Entwertung von fiktivem Kapital durch entsprechende Eingriffe noch aufzuschieben. Angesichts der starken Stellung des Staates in der chinesischen Wirtschaft kann es durchaus noch eine ganze Weile dauern, bis die Blase platzt. Verhindern lässt es sich jedoch nicht. Jedenfalls sollte deutlich geworden sein, dass große Teile der chinesischen Exportindustrie, und erst recht des gigantischen Bausektors, der Kategorie der induzierten Wertproduktion zuzurechnen sind und somit die hier generierte Beschäftigung keineswegs als Beleg dafür herhalten kann, dass die Kapitalverwertung munter expandiert.

Ein weiterer wichtiger Mechanismus der direkten Rückkopplung von fiktivem Kapital auf die Gütermarktproduktion, auf den ich hier exemplarisch eingehen möchte, ist die weithin bekannte Tatsache, dass der private Konsum in den USA ganz wesentlich von einer allgemeinen Verschuldung angekurbelt wird. Die folgende Grafik zeigt diesen Zusammenhang in der historischen Perspektive:

[5] »Einigen Schätzungen zufolge verbraucht Chiba bis zu 50 % der wichtigsten globalen Waren und Rohstoffe wie Zement, Eisenerz, Stahl und Kohle, und der chinesische Immobilienmarkt ist die Haupttriebkraft dieser Nachfrage« (Anderlini zit. in Harvey 2012, S. 43)

[6] Vgl. auch `http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/oecd-korrigiert-wirtschaftsprognose-nach-unten-a-1061858.html`



Deutlich erkennbar ist, dass »die Märkte« für private Konsumartikel und Immobilien in den letzten dreißig Jahren keineswegs schrumpften, sondern sogar beschleunigt expandierten – aber nur deshalb, weil gleichzeitig die private Verschuldung in die Höhe geschnellt ist.[7] Bedeutsam ist dies vor allem deshalb, weil der private Konsum (inkl. Ausgaben für private Immobilien) rund 75 Prozent des BIP in den USA ausmacht und damit die mit Abstand wichtigste Triebkraft der konjunkturellen Entwicklung darstellt.[8] Da er jedoch zu einem erheblichen Teil kreditfinanziert ist, sind die konsumierten Waren und Dienst-

[7] Auf den Zusammenhang zwischen Verschuldung und Konsum in den USA (aber auch in den meisten anderen westlichen Ländern) ist im Anschluss an die Krise von 2008 vielfach hingewiesen worden (vgl. etwa Mattick 2012). Colin Crouch spricht von einem »Keynesianismus der privaten Hand« als wichtiger Triebkraft der Konjunktur in der Epoche des »Neoliberalismus«. (Crouch 2011, S. 164 ff.)

[8] Im Vergleich dazu macht der Anteil des Binnenkonsums am BIP in China gerade einmal 35 Prozent aus. (vgl. Konicz 2015)

leistungen großenteils der induzierten Wertproduktion zuzurechnen, denn das Geld (also die »Kaufkraft«) für die Realisierung des in den Waren dargestellten Werts[9] stammt nicht etwa aus vergangener Wertproduktion, sondern stellt einen Vorgriff auf zukünftigen Wert dar. Das betrifft nicht nur die überwiegend importierten Konsumartikel, sondern auch die Bauleistungen im Land selbst und viele Dienstleistungen, weshalb die stimulierenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt erheblich sind.

Nun sind freilich diese Zahlen und Graphiken, wie alle empirischen Daten, unterschiedlich interpretierbar. Üblicherweise werden sie in der Wirtschaftspresse ebenso wie in den wirtschaftswissenschaftlichen Analysen als Beleg dafür bemüht, dass seit den 1970er und 1980er Jahren aufgrund einer entweder verfehlten oder interessengeleiteten Politik zu viel Kapital an die Finanzmärkte und zu wenig Kapital in die »Realwirtschaft« gelenkt worden sei. Manche linken Krisentheoretiker wiederum führen die wachsende Verschuldung auf die neoliberale Politik zurück: Privathaushalte und Staat hätten die Lücke, die durch Lohnkürzungen und Steuersenkungen entstanden ist, durch Kredite kompensiert (Crouch 2011; Streeck 2013, S. 68). In beiden Fällen erscheint die säkulare Aufblähung des fiktiven Kapitals (und die daraus folgende Finanzkrise) also als direkte Folge einer bestimmten politischen Handlungsorientierung. Flankiert wird dies wahlweise durch eine Skandalisierung der privaten und öffentlichen Verschuldung, die als Vergehen an einer »soliden« Wirtschaftsweise und Haushaltsführung gebrandmarkt und ebenfalls für die Krise verantwortlich gemacht wird (die neoliberale Variante), oder durch die Forderung nach einer Rückkehr zu einer nationalstaatlich verfassten, sozialpolitisch orientierten Regulationspolitik (die linke Variante, etwa Streeck 2013).[10]

Diese Interpretation des Datenmaterials weist allerdings, sogar gemessen an den jeweiligen theoretischen Erklärungsmodellen, ziemlich große Plausibilitätsdefizite auf. So kann zum Beispiel kaum überzeugend begründet werden, wie

9 Marx spricht in diesem Zusammenhang von der »nur ideellen Wertform der Ware«, die durch den Verkauf in Geld verwandelt wird. (MEW 23, S. 123)

10 Zur Kritik an Streeck vgl. Samol 2015

die ungeheure Kluft zwischen den aufgeblähten Finanzmärkten und der im Vergleich dazu fast zwergenhaften Realwirtschaft überhaupt zustande kommen konnte und wie es möglich war, dass diese über den äußerst langen Zeitraum von drei bis vier Jahrzehnten hinweg exponentiell gewachsen ist. Soll dieses ganze Kapital etwa aus der »Realwirtschaft« abgesaugt und gar noch aus den dort erzielten Gewinnen vermehrt worden sein?[11] Das zumindest ist die Erklärung, die sich im volkswirtschaftlichen Mainstream ebenso findet wie bei den linken Kritikern des Finanzkapitals.[12] Stimmig ist das jedoch, gelinde gesagt, nicht gerade, denn dazu klaffen die quantitativen Dimensionen zwischen den beiden Sphären der Kapitalanlage einfach viel zu weit auseinander.[13]

Ebenso wenig lässt sich von diesem theoretischen Standpunkt das Faktum erklären, wieso denn die Regierungen spätestens nach dem Schock von 2008 nichts getan haben, um die Aufblähung der Finanzmärkte zu stoppen oder zumindest

---

[11] So schreibt etwa Elmar Altvater, der finanzgetriebene Kapitalismus funktioniere »so lange, wie der Finanzsektor an den in der realen Ökonomie erzeugten Einkommensströmen massiv teilhaben kann« (Altvater 2010, S. 55).

[12] Vgl. ausführlicher zur Kritik an den linken Krisentheorien Lohoff 2014, S. 7 – 11. Lohoff (S. 11 – 14) macht des Weiteren auch auf einen grundlegenden innertheoretischen Widerspruch in der neoklassischen Volkswirtschaftslehre aufmerksam. Diese behauptet zwar in ihren theoretischen Modellen, das Geld sei ein bloßer Schleier vor der realen Güterwirtschaft, also nur ein Mittel für den Austausch von Waren; andererseits behandelt sie bei ihren empirischen Untersuchungen ganz selbstverständlich das Geld an den Finanzmärkten als Kapital und kennt natürlich auch die realwirtschaftlichen Effekte der Geldschöpfung »aus dem Nichts«. Dieser Widerspruch wird aber nicht etwa thematisiert und problematisiert, sondern stillschweigend hingenommen. Im Grunde ist dies das implizite Eingeständnis, dass diese Theorie die Wirklichkeit nicht erklären kann, was aber routinemäßig überspielt wird, indem man bei der Untersuchung der Empirie einfach auf ad-hoc-Hilfsannahmen zurückgreift und allerlei handwerkliche Tricks anwendet, um sich keine Blöße zu geben.

[13] Noch weniger plausibel ist freilich die Behauptung von Michael Heinrich, es gebe eine bloß zyklische Aufblähung des fiktiven Kapitals im Rhythmus von angeblich zyklisch wiederkehrenden Krisen. Schon allein gemessen am gewaltigen Ausmaß der Aufblähung der Finanzmärkte, ist das schlicht und einfach absurd. Es ist doch einigermaßen bemerkenswert, dass diese offensichtliche Diskrepanz zwischen theoretischer Aussage und empirischer Datenlage im Diskursfeld der »Neuen Marx-Lektüre«, in dem sich Heinrich bewegt, völlig unkritisiert bleibt.

zu bremsen, nachdem sich doch eigentlich alle wichtigen Entscheidungsträger und Institutionen wie IWF und Weltbank einig waren, dass eine neue Blase unbedingt verhindert werden müsse, weil ein weiterer großer Crash kaum noch aufgefangen werden könne; deshalb tönte es überall, die »Realwirtschaft« müsse wieder zum Motor der wirtschaftlichen Dynamik gemacht werden.[14] Es ist wenig überzeugend anzunehmen, dass dies bloß dem Druck mächtiger Interessengruppen geschuldet sein soll, die seit Jahrzehnten alle politischen Akteure von rechts bis links dazu brächten, stets das genaue Gegenteil von dem zu tun, was sie wirtschaftspolitisch ankündigen – nämlich nach jedem Platzen einer Finanzmarktblase alles daran setzen, eine neue Blase aufzupumpen, statt die Finanzmärkte »in die Schranken zu weisen«.

Demgegenüber kann das Paradigma einer »Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation« (Lohoff 2014) das Datenmaterial stimmig in seinem theoretischen Bezugsrahmen erklären, ohne dabei auf irgendwelche Zusatzannahmen oder Hilfskonstruktionen angewiesen zu sein, und genügt insofern dem metatheoretischen Anspruch einer Kohärenz zwischen Theorie und Empirie. Daraus aber ergeben sich erhebliche Konsequenzen für die Diskussion über das Volumen der weltweiten Beschäftigung und deren Relevanz für die Wertproduktion. Es genügt demnach nicht, auf der Ebene des Arbeitsvolumens selbst danach zu fragen, welche Anteile davon als produktiv oder unproduktiv einzuschätzen und mit welchem Produktivitätsindex sie jeweils zu gewichten sind. Vorgelagert ist vielmehr die Frage, in welchem Umfang die verausgabte Arbeitskraft selber bereits Ausdruck von induzierter Wertproduktion ist und daher eben nicht als Beleg für eine funktionierende Dynamik der Kapitalverwertung angesehen werden kann. Wie aber sind dann die Ergebnisse der Untersuchung einzuschätzen, die Christian Siefkes vorgelegt hat?

---

[14] Nur ein Beispiel: »Der G20-Gipfel in Pittsburgh (im September 2009) sei eine 'entscheidende Wegmarke', sagte Merkel. Es müsse gelingen, die auf den vorhergegangenen Gipfeln getroffenen Vereinbarungen zur stärkeren Kontrolle der Finanzmärkte umzusetzen. Man müsse Lehren aus der Finanzkrise ziehen und sicherstellen, dass sich so etwas nicht wiederhole«. (Spiegel Online 24.9.2009)

4. Expansion des globalen Arbeitsvolumens?

Es sollte grundsätzlich klar geworden sein, dass die Frage nach dem Verhältnis zwischen empirisch nachweisbarem Arbeitsvolumen und produzierter Wertmasse nicht ohne Bezug auf das Theorem der induzierten Wertproduktion gestellt werden kann. Wenn wir also zunächst einmal davon ausgehen, dass die von Christian Siefkes gewählte Methode zur Bewertung der statistischen Zahlen annähernd gute Ergebnisse über die Entwicklung der produktiven Arbeit ergibt, lässt sich daraus, für sich genommen, noch nicht schlussfolgern, ob die Wertmasse abschmilzt oder zunimmt. Denn das gemessene Arbeitsvolumen ist ja zu einem nicht unerheblichen Anteil das Ergebnis induzierter Wertproduktion. Wie hoch aber ist dieser Anteil? Eine Quantifizierung dieses Anteils steht zunächst vor dem oben bereits angesprochenen grundsätzlichen Problem, dass sich die induzierte Wertproduktion nicht isoliert betrachten lässt, weil sie sich ja nicht irgendwie *neben* der auf Verwertung beruhenden Wertproduktion als zweites Segment der Wertproduktion quasi ergänzend etabliert hätte, sondern sich die betreffenden Kreisläufe ständig ineinander verschlingen. Würde also, hypothetisch gedacht, die induzierte Wertproduktion stillgelegt, bliebe nicht etwa ein Anteil X einer restlichen Wertproduktion übrig, der nun munter auf niedrigerem Niveau vor sich hin prozessieren könnte, sondern es bräche der gesamte Kreislauf der Wertproduktion zusammen. Streng genommen hat also die gesamte heutige Wertproduktion induzierten Charakter, weil die Dynamik der Kapitalakkumulation sich von der Ebene des fungierenden auf die des fiktiven Kapitals verlagert hat und somit die gesamte Arbeitsverausgabung am Tropf des fiktiven Kapitals hängt.

Im Sinne eines heuristischen Vorgehens kann jedoch versucht werden, wenigstens den Umfang des globalen Arbeitsvolumens abzuschätzen, der sich auf die oben erläuterte *direkte* Einschleusung von fiktivem Kapital in die Gütermarktproduktion zurückführen lässt. Damit sollte es möglich sein, zumindest Näherungswerte zu erhalten, die eine empirisch fundierte Einschätzung über die Entwicklung der Wertmasse erlauben. Dies genauer zu untersuchen wäre freilich eine recht umfangreiche Forschungsaufgabe, die darin bestünde, die

beschriebenen Einschleusungskreisläufe sowie andere entsprechende Mechanismen, auf die ich hier der Kürze halber nicht eingegangen bin[15], für letzten drei Jahrzehnte im einzelnen nachzuzeichnen und auf der Basis von statistischem Material zu quantifizieren. Da diese Aufgabe hier nicht geleistet werden kann[16], will ich mich vorerst mit einigen groben Schätzungen begnügen, die jedoch durchaus aussagekräftige Rückschlüsse erlauben.

Beginnen wir mit einem Gedankenexperiment: Wenn nach den Berechnungen von Siefkes die produktive Beschäftigung (in Stunden) in den letzten drei Jahrzehnten weltweit um ca. 115 Prozent zugenommen hat (Siefkes 2015b), dann genügt schon die extrem vorsichtige Annahme, dass nur ein Viertel der weltweiten Beschäftigung im Endjahr das direkte Resultat induzierter Wertproduktion ist, um zu dem Ergebnis zu kommen, dass die auf *selbsttragender Kapitalverwertung* beruhende Arbeitsmenge auf 86 Prozent gesunken ist; gehen wir von einem Drittel aus, kommen wir auf knapp 77 Prozent und bei 40 Prozent induzierter Wertproduktion wäre das Arbeitsvolumen gar auf 69 Prozent des Anfangsjahres geschrumpft.. Und selbst wenn wir *alle Lohnarbeitenden* weltweit zugrunde legen, ohne zwischen produktiv und unproduktiv zu unterscheiden, wäre bereits unter der Annahme von 25 Prozent direkt induzierter Wertproduktion fast der gesamte Beschäftigungszuwachs seit den 1980er Jahren unmittelbar auf die Dynamik des fiktiven Kapitals zurückzuführen. In diesen Zahlen sind dann aber wohlgemerkt auch alle Staatsangestellten und Beschäftigten im gemeinnützigen Sektor sowie alle Angestellten im Haushalt und

[15] Zu nennen sind u.a. die weltweite Staats- und Privatverschuldung sowie der Defizitkreislauf in der EU, der vor 2008 darauf beruhte, dass Länder wie Spanien, Portugal, Griechenland und Irland massenhaft Waren 2[ter] Ordnung (fiktives Kapital) produzierten und die deutsche Wirtschaft entsprechende Gütermarktwaren im Austausch lieferte.

[16] Es wäre sicherlich hilfreich, diese Befunde einmal systematischer zusammenzufassen und die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Kreisläufen und Induktionsschleifen genauer zu quantifizieren, als uns dies bisher möglich war (es fehlten uns, den *Krisis*-Autoren, schlicht die Zeit und die Ressourcen dafür). Die nötigen Zahlen dafür lassen sich durchaus aus den vorliegenden weltwirtschaftlichen Statistiken zusammentragen.

für sonstige persönliche Zwecke enthalten, die selbst nach Siefkes geänderter Auffassung als eindeutig unproduktiv einzustufen sind, weil die Lohnarbeit hier nicht zum Zwecke der Kapitalverwertung vernutzt wird (s.o.). Die nachfolgende Tabelle, die auf den von Christian Siefkes vorgelegten Zahlen beruht, zeigt diese Zusammenhänge im Überblick:

	Alle Beschäftigten		**Produktiv Beschäftigte**		**Produktive Beschäftigung in Stunden**	
	in Tsd.	**Delta zu Anfangsjahr**	**in Tsd.**	**Delta zu Anfangsjahr**	**in Mio.**	**Delta zu Anfangsjahr**
Anfangsjahr	1.509.344,7		1.240.039,8		2.393.861,0	
Endjahr gesamt	2.070.851,9	**137%**	1.471.008,8	**119%**	2.756.268,0	**115%**
mit 25 % induz. WP	1.553.138,9	**103%**	1.103.256,6	**89%**	2.067.201,0	**86%**
mit 25 % induz. WP	1.379.187,4	**91%**	979.691,8	**79%**	1.835.674,5	**77%**
mit 40 % induz. WP	1.242.511,1	**82%**	882.605,3	**71%**	1.653.760,8	**69%**

Wenn nun aber schon die Annahme von solchen, vergleichsweise geringen Anteilen induzierter Wertproduktion – gering, gemessen am Volumen des fiktiven Kapitals (s.o.) – dazu führt, dass die Statistik eine deutliche Abnahme des für die Kapitalverwertung mobilisierten Arbeitsvolumens ausweist, dann heißt das im Umkehrschluss: Eine *Expansion* der Wertmasse seit den 1980er Jahren ließe sich nur unter der Voraussetzung behaupten, dass es keine induzierte Wertproduktion in nennenswertem Umfang gäbe. Da diese Voraussetzung jedoch sowohl in theoretischer wie empirischer Hinsicht alles andere als plausibel ist, verweisen diese Zahlen nicht nur darauf, dass die fundamentale Krisentheorie, wie Christian Siefkes resümiert, »der Wahrheit näher« komme, als Michael Heinrichs Behauptung von einer »tendenziell unendlichen Ausdehnungsfähigkeit des Kapitalismus« (Siefkes 2015b); vielmehr liefern sie ziemlich klare Belege für das Abschmelzen der Arbeitssubstanz und dafür, dass seit Beginn der Dritten industriellen Revolution die Grundlage der Kapitalverwertung sukzessive und unwiderruflich untergraben worden ist.

Dabei sollte auch nicht vergessen werden, dass die hier unterstellten Prozentanteile induzierter Wertproduktion bewusst sehr niedrig angesetzt wurden, um deutlich zu machen, dass sich selbst bei sehr vorsichtigen Annahmen eine Abnahme des wertproduktiven Arbeitsvolumens belegen lässt. Führen wir uns die gewaltigen Dimensionen der Akkumulation fiktiven Kapitals noch einmal vor Augen, so müssen wir von einem weitaus größeren Anteil der induzierten Wertproduktion am globalen Arbeitsvolumen ausgehen als in den obigen Zahlenspielen unterstellt. Hinzu kommen noch die gewaltigen weltwirtschaftlichen Multiplikatoreffekte, insbesondere auf den Rohstoff- und Agrarsektor in lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern (in denen chinesische Investoren und Unternehmen längst ihre Claims abgesteckt haben), aber auch in Russland (das sich jetzt u.a. aufgrund der sinkenden Rohstoffpreise in der Krise befindet). Und schließlich darf nicht vergessen werden, dass, über die hier genannten Beispiele hinaus, weltweit eine unübersehbare Zahl von Mechanismen und Funktionskreisläufen existiert, über die das fiktive Kapital die Wertproduktion antreibt. So beruht bekanntermaßen die immer noch relativ starke Industrieproduktion in Deutschland im Wesentlichen auf dem Export, der ebenfalls größtenteils direkt am Tropf des fiktiven Kapitals hängt; das gilt für den europäischen Defizitkreislauf (der Länder wie Spanien und Griechenland in den Ruin getrieben hat) nicht weniger als für die Exporte in die USA oder nach China.[17]

5. Das weltweite Produktivitätsgefälle und sein Einfluss auf die Wertmasse

Haben nun schon die bisherigen Ausführungen gezeigt, dass sich das Theorem vom Abschmelzen der globalen Wertmasse empirisch durchaus plausibel belegen lässt, so bestätigt sich dieser Befund erst recht, wenn wir zusätzlich noch das gewaltige Produktivitätsgefälle zwischen den am Weltmarkt konkur-

[17] Zu den Konsequenzen der Dominanz des fiktiven Kapitals für die Gesellschaft und die Verkäufer der Ware Arbeitskraft vgl. Lohoff (2015) und Trenkle (2015)

rierenden Ländern und Regionen berücksichtigen. Denn eine empirische Arbeitsstunde erzeugt ja keinesfalls immer den gleichen Wert. Wert ist vielmehr eine gesellschaftliche Kategorie, deren Größe, vom allgemein vorherrschenden, gesellschaftlich gültigen Produktivitätsniveau bestimmt wird. Die einzelne empirische Arbeitsstunde muss sich an dieser »gesellschaftlichen Arbeitsstunde« – Marx spricht von »gesellschaftlich notwendiger Arbeit« – messen lassen und kann dementsprechend mehr oder weniger Wert verkörpern als diese. Wenn beispielsweise ein Arbeiter an einer automatisierten Produktionstraße bei Ford in Detroit durch fünf Arbeiter in einer chinesischen Fabrik ersetzt wird, in beiden Fällen aber die gleiche Anzahl an Elektroautos montiert wird, dann stellt die Arbeit jener fünf Arbeiter den gleichen Wert dar wie die des einen Arbeiters, der in Detroit entlassen wurde. Auch wenn die Zahl der Arbeiter also durch die Verlagerung der Produktion nach China statistisch zugenommen hat, ist die produzierte Wertmasse doch gleich geblieben.[18] Innerhalb eines Landes bewegen sich die Produktivitätsunterschiede in einem begrenzten Rahmen, da unter weitgehend gleichen Konkurrenzbedingungen die weniger produktiven Unternehmen von den produktiveren schnell vom Markt verdrängt werden. Da aber im globalen Maßstab die Produktions- und Lebensbedingungen äußerst stark voneinander abweichen, kann auch die Kluft zwischen den verschiedenen Produktivitätsniveaus extrem ausfallen – sehr viel stärker noch als die hier angenommene Differenz von 1:5.

Siefkes weiß das und geht deshalb ganz zu Recht davon aus, dass man zwecks Überprüfung der Frage, ob die Wertbasis schwindet, nicht einfach Arbeitsstunden weltweit addieren kann, sondern den unterschiedlichen Produktivitätsniveaus Rechnung tragen muss. Das ist zweifellos kein leichtes Unterfangen, denn die vorhandenen Wirtschaftsstatistiken liefern dafür keine brauchbare Datenbasis. Die Produktivitätskennziffern, die sie ausweisen, beziehen sich allesamt auf monetäre Größen und vermengen daher alle möglichen Faktoren, die mit der Produktivität im Sinne des gültigen Wertmaßstabs gar nichts zu tun haben. So bezeichnet die Kennziffer »Arbeitsproduktivität« in den volkswirtschaftli-

[18] Vgl. dazu Postone 2003, S. 287 ff.; Lohoff/ Trenkle 2012, S. 28 ff.

chen Statistiken das Verhältnis von BIP und Arbeitsvolumen, wobei das BIP eine Sammelgröße aller in Geld bewerteten Wirtschaftsleistungen ist[19], in die beispielsweise auch die Umsätze, Gewinne und Einkommen des Finanzsektors eingehen, der ganz offensichtlich mit Produktion im eigentlichen Sinne nichts zu tun hat.[20] Hinzu kommt noch, dass die monetäre Bewertung ohnehin die wirkliche Produktivkraftentwicklung verschleiert, weil Produktivitätssprünge sich ja gerade in der Verbilligung der Produkte niederschlagen, sodass sich eine größere Produktmenge in der gleichen Preissumme ausdrücken kann als eine geringere Produktmenge aus der Vorperiode; gesetzt, die Beschäftigtenzahl bleibt gleich, erscheint es dann so, als sei die Produktivität unverändert geblieben (vgl. Lohoff/Trenkle 2012, S. 79 ff.).

Ein wirklich aussagekräftiger Vergleich der Produktivitätsniveaus müsste daher den *stofflichen* Produktausstoß pro Zeiteinheit in den Blick rücken, denn nur so lässt sich die Veränderung des Wertmaßstabs wenigstens annäherungsweise empirisch untersuchen. Das erfordert freilich einen sehr großen Forschungsaufwand; denn erstens muss auf die Ebene der einzelnen Industriezweige rekurriert werden, also auf ein relativ niedriges Aggregationsniveau der Statistik, auf dem stoffliche Mengen noch einigermaßen sinnvoll zusammengefasst werden können (z.B. Tonnen Stahl, Anzahl Mittelklasse-PKWs etc.); und zweitens lassen sich solche Zahlen nur unter großen Mühen aus den vorliegenden Statistiken herausfiltern, die allesamt auf monetäre Größen ausgerichtet sind.[21]

---

[19] Nicht zuletzt aus diesem Grund ist das BIP auch ein völlig ungeeigneter Indikator für den gesellschaftlichen Wohlstand. Auf diese Frage kann ich hier jedoch nicht weiter eingehen. .

[20] So macht beispielsweise in den USA (Mildner/ Howald 2014) und Großbritannien der Finanzsektor gut 8 % des BIP aus http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Grossbritannien/Wirtschaft_node.html.

[21] Wir haben uns mit dieser Problematik an anderer Stelle ausführlicher auseinandergesetzt (Lohoff/Trenkle 2012, S. 79 ff.), weshalb ich mich hier auf diese kurzen Hinweise beschränken kann. Zur Frage, wie der gesellschaftliche Wertmaßstab in der dialektischen Dynamik zwischen der abstrakten und der konkreten Seite der kapitalistischen

Behelfsweise können wir aber zunächst einmal bei einem Produktivitätsvergleich zwischen verschiedenen Ländern auf monetäre Größen zurückgreifen, indem wir dabei die Makroebene des BIP verlassen und uns auf die Ebene von Branchen oder Wirtschaftssektoren begeben. Die entsprechende Vergleichgröße wäre die Brutto-Wertschöpfung (BWS) pro Kopf oder pro Arbeitsstunde, wobei »Wertschöpfung« hier im Sinne der volkswirtschaftlichen Definition als (monetär bewerteter) »Produktionswert« abzüglich der Vorleistungen eines bestimmten Sektors zu verstehen ist. Im Wesentlichen ist das die Summe der Löhne und Gewinne sowie der Abschreibungen, also dem in Geld ausgedrückten anteiligen Verbrauch des Anlagen- und Maschinenparks (»fixes Kapital«), der auf die Produktmenge in einer Periode entfällt.

Freilich gibt es einen naheliegenden Einwand gegen die Verwendung dieser statistischen Größe: Sind in einem Land die Löhne niedrig oder sehr niedrig, dann fällt natürlich auch die »Wertschöpfung« und mit ihr die Produktivitätskennziffer entsprechend geringer aus. Dieser Einwand hat seine Berechtigung, allerdings kann man dagegen wiederum ins Feld führen, dass die betreffenden Unternehmen oder Branchen eines Landes ja nur deshalb in der Weltmarktkonkurrenz bestehen können, weil sie ihre niedrigere Produktivität durch Lohndrückerei wettmachen; anders ausgedrückt, es wird deutlich mehr Arbeitszeit pro Produkteinheit aufgewandt als in den technologisch hochgerüsteten Fabriken an der Spitze der globalen Produktivitätsleiter, aber die Kosten dafür werden den schlecht bezahlten und überausgebeuteten Arbeitskräften aufgebürdet. Wäre dem nicht so, würden also beispielsweise die Automobilfabriken in China auf dem gleichen Produktivitätsniveau produzieren wie ihre Konkurrenten in Deutschland oder den USA, so hätten sie die letzteren angesichts des extremen Lohngefälles längst vom Markt gefegt. Insofern verweisen die Unterschiede in den Arbeitskosten durchaus auch auf Produktivitätsunterschiede zwischen verschiedenen Ländern, auch wenn sie diese keinesfalls direkt widerspiegeln, weil

Reichtumsform konstituiert und immer wieder verändert wird, vgl. Postone 2003, S. 432 ff.

natürlich jeder Unternehmer versucht, die Produktivität anzuheben *und* gleichzeitig die Löhne so weit wie nur möglich zu drücken.

Für die Verwendung der Brutto-Wertschöpfung als provisorischer Kennzahl für einen Produktivitätsvergleich zwischen verschiedenen Ländern spricht weiterhin, dass sie ja nicht nur die Löhne, sondern neben den Gewinnen auch die Abschreibungen umfasst, während alle »Vorleistungen« (also vor allem Vorprodukte und Rohstoffe) außen vor bleiben. Insofern bezieht sie sich auf alle für die Wertbildung an einem Standort wichtigen Faktoren. Nun ließe sich dagegen wiederum einwenden, dass, werttheoretisch betrachtet, ja keinesfalls ein Unternehmen den Wert realisiert, den es individuell »geschaffen« hat, sondern vermittelt über die Marktkonkurrenz einen Teil der gesamtgesellschaftlich produzierten Wertmasse an sich zieht, wobei diejenigen Unternehmen sich den größten Anteil aneignen, die am produktivsten sind, die also am wenigsten Arbeitszeit pro Produkt aufwenden. Bezogen auf die BWS bedeutet dies nun aber, dass diese umso höher ausfällt, je höher das Produktivitätsniveau bei einem bestimmten Unternehmen bzw. im Branchendurchschnitt eines bestimmten Landes liegt. Aber genau das wäre ja ein weiteres Argument dafür, die BWS als Kennzahl für den Ländervergleich heranzuziehen, wenn auch angenommen werden kann, dass die beschriebene Umverteilung der Wertmasse einem Verstärkereffekt gleichkommt, der in Rechnung gestellt werden muss. Wir können also nicht annehmen, dass die BWS einen genauen Vergleich der Produktivitätsniveaus ermöglicht, doch als groben Näherungswert können wir sie durchaus heranziehen, solange keine anderen, besser geeigneten statistischen Daten vorliegen.

Stellen wir also einmal versuchsweise die betreffenden Zahlen der beiden wichtigsten Exportnationen China und Deutschland gegenüber. Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft betrug die Brutto-Wertschöpfung im Industriesektor im Jahr 2010 in Deutschland 686 Mrd. USD, in China lag sie mit 1.742 Mrd. USD rund zweieinhalb mal so hoch (IW Köln 2012, S. 37). Im gleichen Zeitraum beschäftigte die deutsche Industrie 10,9 Mio. Arbeitskräfte, in China

dagegen lag diese Zahl mit 218,4 Mio.[22] rund 20-mal so hoch. Die BWS pro Arbeitskraft liegt also in Deutschland (mit 62.936 USD) knapp um ein Achtfaches über der in China (7.976 USD). Zu einem ganz ähnlichen Resultat kommt übrigens auch der ausführliche »Modernisierungsreport China«, der im Juni 2015 vom Forschungszentrum für industrielle Modernisierung an der Akademie für Wissenschaften in Peking veröffentlicht wurde: »Die Forscher haben ihrem weltweiten Vergleich unterschiedlicher Volkswirtschaften Daten aus dem Jahr 2010 zugrundegelegt. Sie haben dabei den Entwicklungsstand der Industrie anhand von drei Messgrößen bestimmt: nach der Arbeitsproduktivität, nach dem Wachstumstempo in der Wertschöpfung und nach dem Anteil der industriellen Arbeitskräfte an der Gesamtbevölkerung. Gemessen an diesen Größen liege China 100 Jahre hinter dem Stand von England und Deutschland und 60 Jahre hinter Japan zurück« (DIE WELT, 11.6.2015). Die Arbeitsproduktivität in China beträgt dem Report zufolge bloß ein Neuntel derjenigen in den USA.[23]

Selbst wenn wir nun solche Vergleichszahlen mit aller Vorsicht behandeln, zeigt sich doch sehr deutlich, dass das Produktivitätsgefälle gewaltig ist. Wenn Siefkes daher davon ausgeht, dass Chinas Produktivität (und die anderer ähnlich gelagerter Länder) bei 80 % des deutschen Niveaus liegt, dann ist das ganz offensichtlich falsch. Den obigen Berechnungen zufolge müssten ungefähr 10 % angesetzt werden. Diese Differenz erklärt sich daraus, dass die Kriterien, nach denen Siefkes die Produktivitäts-Rangfolge zwischen den betrachteten Ländern ansetzt, nicht dafür geeignet sind. Er zieht den *Human Development Index* (HDI) der UN heran und erläutert dazu: »Der HDI berechnet eine Rangfolge aller Länder anhand einer Metrik, die drei Faktoren kombiniert, nämlich die durchschnittliche Lebenserwartung, die Schulbesuchsdauer sowie das Bruttonationaleinkommen pro Kopf« (Siefkes 2015b). Was aber dies mit

[22] Zahlen laut `http://www.ilo.org/ilostat/faces/home/statisticaldata/ContryProfile`

[23] Viele ausländische Firmen halten sich daher bei den Investitionen zurück und planen den Abbau der Belegschaft, denn die Arbeitskosten seien deutlich schneller als die Produktivität gestiegen (vgl. ebd.).

dem Produktivitätsniveau in der Warenproduktion zu tun haben soll, bleibt völlig undurchsichtig.

Daraus aber folgt, dass die von Siefkes vorgelegten Berechnungen, in denen er die Zahl der Arbeitskräfte mit dem Produktivitätsniveau gewichtet, ein viel zu hohes Resultat ausweisen. Würde er bei China einen einigermaßen realistischen Wert anlegen, der irgendwo zwischen 10 und 30 Prozent des deutsche Niveaus liegen müsste[24], und auch die Werte für die anderen »Schwellenländer« entsprechend anpassen, würde sich zeigen, dass der relativ großen Zahl an Arbeitskräften in Wahrheit nur eine vergleichsweise geringe Wertproduktion entspricht. Um beim Beispiel China zu bleiben: auch wenn die Zahl von 218,4 Mio. Arbeitskräften in der Industrie auf den ersten Blick geradezu gewaltig erscheint, produzieren sie doch aufgrund der niedrigen Produktivität gerade einmal zweieinhalb mal soviel Wert wie ihre 10,9 Mio. Kollegen in Deutschland. Anders ausgedrückt: die 218,4 Mio. chinesischen Fabrikarbeiter entsprechen, gemessen am global gültigen Wertmaßstab, gerade einmal der lächerlich geringen Zahl von 27 Mio. Arbeitskräften. Daran lässt sich sehr deutlich ablesen, wie schmal die Basis der Wertproduktion mittlerweile geworden ist.

Hinzu kommt noch ein Weiteres: Die von mir geschätzten Produktivitätsdifferenz bezieht sich nur auf den Industriesektor. Siefkes berücksichtigt aber in seine Zahlen sehr zu recht auch andere Sektoren wie die Arbeit in der Landwirtschaft und im Bausektor. Das ist zwar der Sache nach durchaus richtig, weil hier zweifellos wertproduktive Arbeit geleistet wird (jedenfalls soweit es sich nicht um Subsistenzwirtschaft oder Produktion für lokale Tauschmärkte handelt), doch sind hier die Produktivitätsunterschiede noch um ein Vielfaches größer als in der Industrie. Allein in China betrifft das ca. 242 Mio. Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, die in der statistischen Auswertung mit einem Produktivitäts-

[24] Siefkes' Berechnungen zufolge stellt China mit rund 604.000 Personen gut 40 % aller produktiven Arbeitskräfte weltweit. Eine Gewichtung mit einem angemessenen Produktivitätsfaktor hätte somit durchschlagende Auswirkungen auf das Kalkulationsergebnis. Allerdings ist definitiv davon auszugehen, dass auch die von Siefkes verwendeten Gewichtungsfaktoren für andere Länder viel zu hoch angesetzt sind.

faktor von deutlich unter 10 % zu gewichten wären.[25] Auch in dieser Hinsicht sind Siefkes' Berechnungen also massiv nach unten zu korrigieren.

6. Was bleibt?

Alles in allem sprechen also die von Christian Siefkes vorgelegten Zahlen eine sehr viel deutlichere Sprache als er selbst herausliest: Sie liefern ziemlich eindrucksvolle empirische Belege für die These vom Abschmelzen der Wertproduktion. Wenn Siefkes selbst ein sehr viel vorsichtigeres Fazit zieht, dann, wie gezeigt, vor allem aus zwei Gründen. Erstens blendet er einen zentralen Argumentationsstrang der fundamentalen Krisentheorie einfach aus, nämlich die Überlagerung der Verwertungskrise durch die Akkumulation des fiktiven Kapitals und die damit einhergehende induzierte Wertproduktion. Zweitens setzt er das weltweite Produktivitätsgefälle viel zu niedrig an und überschätzt damit den Beitrag der Millionen von Arbeitskräften in den Newcomer-Ländern des Weltmarkts zur globalen Wertmasse. Dennoch verweist die Auseinandersetzung mit seiner Untersuchung darauf, dass und wie ein empirischer Nachweis der fundamentalen Krisentheorie geführt werden kann. Allerdings bedarf es noch eines gewaltigen Forschungsaufwands, um die verfügbaren Statistiken im Lichte des krisentheoretischen Paradigmas neu auszuwerten. Das sei ausdrücklich auch als Aufforderung zur Beteiligung an entsprechenden Untersuchungen verstanden.

[25] An anderer Stelle (Lohoff/Trenkle 2012, S. 101 f.) haben wir dies am Beispiel einer Baumwollpflückmaschine in den USA illustriert, die am Tag so viel Baumwolle pflückt, wie in Indien 1.000 Arbeiter.

Literatur

Altvater, Elmar (2010): Der große Krach, Münster 2010

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt 2011

Harvey, David (2012): Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise, in: ders.: Kapitalismuskritik, Hamburg 2012

Heinrich, Michael (2007): Profit ohne Ende, in: *Jungle World* 12.7.2007

Heinrich, Michael (2008): Die gegenwärtige Finanzkrise und die Zukunft des globalen Kapitalismus, in: *Phase 2*, H. 28, Leipzig 2008

Institut der deutschen Wirtschaft (IW) (2012): Die Messung der industriellen Standortqualität in Deutschland, Köln 2012

Konicz, Tomasz (2015): China: Der namenlose Aktiencrash, in Telepolis 9.7.2015, `http://www.heise.de/tp/artikel/45/45394/1.html`

Lohoff, Ernst (2015): Wenn Reichtum Reichtum vernichtet. Der inverse Kapitalismus und seine Grenzen, in: Agora 42, 3/2015, `http://www.krisis.org/2015/wenn-reichtum-reichtum-vernichtet`

Lohoff, Ernst (2014): Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation. Der Fetischcharakter der Kapitalmarktwaren und sein Geheimnis, Krisis 1/2014, `http://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation`

Lohoff, Ernst (1988): Staatskonsum und Staatsbankrott, in Marxistische Kritik 6, Erlangen 1988, `http://www.krisis.org/1989/staatskonsum-und-staatsbankrott`

Lohoff, Ernst / Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung, Münster 2012

MEW 23 = Marx, Karl (1983a): Das Kapital, Band 1, Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin 1983

Mattick, Paul (2012): Business as usual: Krise und Scheitern des Kapitalismus, Hamburg 2012

Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft, Freiburg 2003

Samol, Peter: Arbeit ohne Wert, in *Krisis* 31 (2007):
http://www.krisis.org/2007/arbeit-ohne-wert

Samol, Peter (2015): Der Mager-Marx,
http://www.krisis.org/2015/der-mager-marx

Siefkes, Christian (2015a): Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus? (Teil 1),
http://keimform.de/2015/geht-dem-kapitalismus-die-arbeit-aus-1

Siefkes, Christian (2015b): Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus? (Teil 2),
http://keimform.de/2015/geht-dem-kapitalismus-die-arbeit-aus-2

Siefkes, Christian (2015s): Produktive Arbeit auf dem Prüfstand,
http://keimform.de/2015/produktive-arbeit-auf-dem-pruefstand/

Mildner, Stormy-Annika / Howald, Julia (2014): Die US-amerikanische Wirtschaft, in: Informationen zur politischen Bildung (Heft 268), Bonn 2014

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt 2013

Trenkle, Norbert (2015): Die Arbeit in Zeiten des fiktiven Kapitals,
http://www.krisis.org/2015/die-arbeit-in-zeiten-des-fiktiven-kapitals

Trenkle, Norbert(2015b): Die Abwicklung des Kapitalismus, in *Widerspruch* 61/2015, München
http://www.krisis.org/2015/gesellschaftliche-emanzipation-in-zeiten-der-krise/

Julian Bierwirth

Der Grabbeltisch der Erkenntnis

Untersuchung zur Methode des *Gegenstandpunkt*

Zusammenfassung

Die Zeitschrift *Gegenstandpunkt (GSP)*, ehemals *Marxistische Gruppe*, genießt den Nimbus, besonders radikale Kapitalismuskritik zu betreiben. Sie nimmt für sich in Anspruch, schonungslos über die herrschenden Zustände aufzuklären und theoretisch so konsequent zu sein, dass sie sich allein auf die Kraft »vernünftiger Argumente« stützen könne. Dieses Beharren auf dem Primat des Wissens geht einher mit einer bestimmten Form der Theorieproduktion und -vermittlung, die in hohem Maße autoritär strukturiert ist und ihre Gegner systematisch diffamiert, statt die kritische Auseinandersetzung zu suchen.

Demgegenüber will die vorliegende Untersuchung zeigen, dass der GSP keinesfalls so radikal ist, wie er sich geriert, sondern inhaltlich und methodisch in vieler Hinsicht sogar noch hinter das Reflexionsniveau des »bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs« zurückfällt, den er doch vermeintlich vernichtend kritisiert. Im Kern reduziert sich die GSP-Position auf die mechanistische Vorstellung, jedes gesellschaftliche Verhältnis, jede soziale Beziehung und jede menschliche Regung gehe in Interessen und Zwecken auf und Kapitalismuskritik bestehe darin, nachzuweisen, dass bestimmte Interessen – im wesentlichen die des »Proletariats« – systematisch geschädigt würden. Dem entspricht methodisch ein platter Positivismus, der die Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen für das Ganze nimmt und daher unterstellt, das wissenschaftliche Denken könne unmittelbaren Zugang zu den Dingen finden, wenn es nur »richtig« und konsequent die Werkzeuge der Vernunft und der Logik anwende. Es kann daher nicht verwundern, dass der GSP eine Auseinandersetzung mit erkenntnistheore-

tischen Fragen als vollkommen überflüssig ablehnt, um sich so gegen Kritik zu immunisieren.

Seine radikal-positivistische Methode versperrt dem GSP darüber hinaus auch jeden Zugang zur Reflexion auf die grundlegenden Formbestimmungen kapitalistischer Vergesellschaftung. Diese erscheinen ihm als überhistorische und damit unproblematische Selbstverständlichkeiten, die nur »vernünftig« organisiert werden müssen. Das gilt für das mit der Warenform gesetzte Subjekt-Objekt-Verhältnis ebenso wie für die Arbeit und den Staat. Zudem resultiert daraus eine systematische Blindheit gegenüber rassistischen und sexistischen Projektionen und Konstruktionen, die sich nicht platt-unmittelbar auf »Interessen« und »Zwecke« zurückführen lassen. Diskriminierende Äußerungen auf Veranstaltungen und in Texten sowie die zynische Rationalisierung von sexistischen und rassistischen Vorfällen sind die logische Konsequenz hieraus. Und schließlich reflektieren sich diese theoretischen Kurzschlüsse auch in den Vorstellungen von einer befreiten Gesellschaft. Der »Kommunismus« à la GSP ist die Fiktion einer auf dem Partikularstandpunkt basierenden Gesellschaft, die durch »kluge Planung« und das allseitig durchgesetzte Primat des Wissens so organisiert sein soll, dass es zu keinerlei Interessenkollisionen komme, also um die perfekte Nachbildung der kapitalistischen Gesellschaft ohne ihre bedauerlichen Nachteile. Mit radikaler Gesellschaftskritik hat dies erkennbar wenig zu tun.

»Es geht um folgendes: Sind vorgetragene Gedichte die korrekte Beschreibung dessen, was abläuft?«

(Mao Tse Tung)

Karl Held: »Bobby, ich mache jetzt eine Polemik, sowas hast Du noch nicht erlebt: mach Dir doch das Leben nicht so schwer!«

Robert Kurz: »Na ja, ich denke halt, Du machst es Dir zu einfach.«

1. Legenden

»Die Revolution ist kein Festmahl, kein literarisches Schaffen, kein Malen oder keine Feinstickerei.« (Karl Held)[1]

Über die Attraktivität einer sich als radikal verstehenden Kritik des Kapitalismus entscheidet nicht nur die Frage, ob sie ihren Gegenstand trifft und ihrem Anspruch gerecht wird, sondern ob sie in der Lage ist, die sozialpsychologischen Befindlichkeiten gesellschaftskritischer AktivistInnen abzupassen – sie »da abzuholen, wo sie stehen«, wie es immer heißt. Wenn eine Theorie etwa in dem Ruf steht, besonders radikal zu sein, hat sie diesbezüglich einen deutlichen »Vermarktungsvorteil« in der linken Szene. Wenn sie es dann noch schafft, in wesentlichen Punkten an das bürgerliche Weltbild anzudocken, bekommen die AktivistInnen die Gesellschaftskritik zum Nulltarif: alles kann so bleiben wie es ist, trotz allem lässt es sich vortrefflich scheinradikal kritisieren. In diesem Fall ist es bereits einprogrammiert, dass Anspruch und Wirklichkeit meilenweit auseinanderklaffen.

Eine theoretische Position, die seit den 1970er Jahren die linke Szene im deutschsprachigen Raum beschäftigt, ist die der ehemaligen *Marxistischen Gruppe,* die sich heute rund um das Redaktionskollektiv der Zeitschrift *Gegenstandpunkt* organisiert. Sie hat den Nimbus besonders radikaler und schonungsloser Kapitalismuskritik; die Liste dessen, was sie vermeintlich leisten soll, ist lang. Auf die Befreiung der Menschen von Herrschaft arbeitet sie, so der Anspruch, mittels einer rücksichtslosen Aufklärung über die herrschenden Zustände hin. Sie strebt die Aufhebung des Kapitalismus durch die Klasse an, deren Zwecke in ihm nicht vorkommen: das Proletariat. Und gilt mithin als Musterbeispiel antibürgerlicher Gesellschaftskritik und als derart konsequent in ihren Analysen, dass sie gänzlich ohne moralische Hilfsmittel auskommen könne und so ganz auf der Kraft fundierter Argumente beruhe.

Wer nun aber die Theorie und Praxis dieser Strömung genauer anschaut, wird schnell feststellen, dass hier kaum etwas Gold ist – egal wie sehr es glänzt. Das

[1] Zur Theorie der falsch zugeordneten Zitate vgl. Kling 2011, S. 67ff.

beginnt schon mit der Form der Theorieproduktion und –vermittlung selbst. Allem Anspruch auf Befreiung zum Trotz reproduzieren die Gruppen im Umfeld des *Gegenstandpunkts* autoritäre Strukturen in erheblichem Maß. Statt im Austausch von Argumenten zu bestehen, haben ihre Veranstaltungen oft den Charakter einer Publikumsbeschimpfung. Statt mit ArbeiterInnen gegen das Kapital zu agieren, werden im Wesentlichen Intellektuelle (oder solche, die es gerne sein möchten) agitiert. Und statt antibürgerlich zu sein, ist der GSP bürgerlich bis zum Erbrechen und moralisierend bis zur Hutkrempe: einerseits in seiner Theorie, die im Wesentlichen ein pseudo-radikaler Abklatsch des bürgerlichen Wissenschaftspositivismus ist; und andererseits in seinen Vorstellungen von politischem Handeln. Zu letzterem klingen die Vorschläge des GSP oft kaum anders, als speisten sie sich aus dem Ressentiment des bürgerlichen Konservatismus.

Auch wenn das kaum zu übersehen ist, wird es in der Linken gerne relativiert. Nicht selten ist zu hören, die Theorie des GSP sei doch sehr klug, auch wenn vielleicht ihre Position zu sexualisierter Gewalt oder einzelne Äußerungen zum Rassismus ein wenig fragwürdig seien. Es erscheint dann so, als habe Beides nichts miteinander zu tun – eine Auffassung, die der GSP übrigens gar nicht teilt, sondern entsprechende Äußerungen sogar explizit verteidigt und damit in den Rahmen seiner Theorie einbettet.

So haben die Referenten des GSP beispielsweise die Angewohnheit, gesellschaftlich diskriminierte oder marginalisierte Gruppen mit abwertenden Bezeichnungen zu benennen. Als sich eine Leserbriefschreiberin einst beschwerte, dass in der Zeitschrift am laufenden Band Wörter wie »Neger«, »Miezen«, »Homos« fallen würden oder von einer »vorläufigen Endlösung der Palästinenserfrage« die Rede sei, wurde dies nicht nur abgedruckt, sondern auch umfassend kommentiert. Die Frage, warum es schon okay gehe, halt so daherzureden, wie einem der bürgerliche Schnabel gewachsen ist, sei »kein Nebenkriegsschauplatz«, so ließ die Redaktion ihre LeserInnen wissen. Denn, so die Auskunft, es gehe doch nur darum, eine Sache zu benennen. Wertungen seien damit in keinem Falle verbunden (vgl. Gegenstandpunkt 2006).

Die Nähe dieser Position zur AfD ist offensichtlich, doch trotz allem gilt dies Vielen als »Ausrutscher« oder als »schräger Zug« einer ansonsten ziemlich klugen oder zumindest ganz passablen Theorie. Ähnlich verhält es sich mit politischen Aussagen zur linken Szenepraxis. Wenn etwa antifaschistische AktivistInnen in einer ostdeutschen Nazihochburg betonen, sie würden nicht zuletzt auch deshalb gegen Nazis mobilisieren, weil diese sie auf offener Straße bedrohten, dann entblödet sich der Referent nicht, ihnen einen anderen Kleidungsstil zu empfehlen (vgl. Decker 2008).

Nicht schöner wird es, wenn einige GSP-Fans versuchen, Fragen um sexualisierte Gewalt zu diskutieren. Dann kommen sie nämlich zu dem Schluss, wer einen Schutzraum von Betroffenen vor den Tätern fordere, verhalte sich »rassistisch« und fordern ein, dem Täter freundlich zu erklären, dass so eine Vergewaltigung doch gar nicht in seinem Interesse liege. Auch, dass die Forderung nach einem Schutzraum zugleich umstands- und argumentationslos als Ruf nach ›Rache‹ gewertet wird, ist aus der bürgerlichen Debatte mehr als bekannt. Den Hinweis allerdings, viel wichtiger als alles dies sei es doch, die Betroffenen mit den richtigen Gründen über die Ursachen ihrer »Schädigung« zu versorgen – diese Dreistigkeit findet sich selbst in bürgerlichen Diskussionen über sexualisierte Gewalt nur sehr selten (vgl. MPunkt 2007).

Überhaupt steht solches »rationale Argumentieren« im Mittelpunkt der politischen Praxis des GSP und seines Umfeldes, und es stört ihn keineswegs, dass die Betroffenen dies nicht selten als psychische Grenzüberschreitung, Beleidigung oder Mobbing empfinden. Statt eines Nachdenkens darüber oder gar einer Entschuldigung, wird der GSP allenfalls noch eine »argumentative« Rechtfertigung nachschieben, die das Ganze noch verschlimmert.

Wie aber kommt es, dass eine politische Gruppe, die solche Unverschämtheiten in unschöner Regelmäßigkeit reproduziert und zudem in hohem Maße autoritär strukturiert ist, eine solche Attraktivität in der linken Szene genießt? Die hier vertretene Auffassung geht davon aus, dass diese Phänomene direkt mit den theoretischen Prämissen des GSP verbunden sind. Sie sind keine Abweichung von einer eigentlich plausiblen Theoriebildung, sondern stehen in

direktem Zusammenhang mit einer falschen, an den bürgerlichen Wissenschaftspositivismus angelehnten Pseudo-Kritik. Das Auftreten, die Inhalte und der theoretisch-philosophische Standpunkt des GSP sind in sich weitestgehend kohärent. Sie nehmen ihren Ausgangspunkt in der utilitaristischen Vorstellung, jedes gesellschaftliche Verhältnis, jede soziale Beziehung und jede menschliche Regung gehe in Interessen und Zwecken auf; daher brauche das zur Revolution bemächtigte Proletariat zur Ausführung seiner Mission lediglich noch das gesicherte Wissen über seine Interessen und die Zwecke, denen die herrschende Ordnung dient. Ausgehend davon versucht der GSP zu zeigen, dass jede Gesellschaftskritik, die diese Prämissen nicht teilt, in die Irre führen muss. Diesem platten Hyperrationalismus verdankt sich sowohl der Gestus des Allwissenden und des Von-oben-herab-Belehrens, als auch die unkritische Rationalisierung rassistischer und sexistischer Äußerungen und Haltungen, die sich nun mal nicht aus »Interessen« erklären lassen und deshalb systematisch ausgeblendet werden.

Das theoretische Programm des GSP kann verstanden werden als Abwehr einer Kritik gesellschaftlicher Formbestimmungen. Gleichzeitig weist sich der GSP als Kind seiner Zeit aus: die Anrufung einer Arbeiterklasse als bloßer Fiktion ohne realen Bezug auf die tatsächlich geführten sozialen Kämpfe ist aus den polit-ökonomischen Rahmenbedingungen der letzten Jahrzehnte erklärbar. Noch in den 1950er Jahren hätte eine Position wie die des GSP nicht mehr als ein mildes Lächeln verursacht und wäre keinesfalls in der Lage gewesen, über Jahrzehnte hinweg eine relevante Position in der radikalen Linken zu markieren. Wo aber der Klassenkampf sich längst als immanenter Interessenkonflikt entpuppt hat, daraus aber keine theoretischen Konsequenzen gezogen werden, bleibt nur noch ein völlig irrealer verbaler Bezug auf ihn übrig. Insofern stellt der GSP ein spezifisches Verfallsprodukt des traditionellen Marxismus dar und seine relative Attraktivität kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass ein erheblicher Teil der Linken ebenfalls weiterhin auf dieses Denkuniversum fixiert bleiben. Allerdings weist der GSP einige Besonderheiten auf, die im Folgenden genauer untersucht werden sollen.

2. Der Primat des Wissens

> *»Demnach muss ein jedes vernünftige Wesen so handeln, als ob es durch seine Maximen jederzeit ein gesetzgebendes Glied im allgemeinen Reich der Zwecke wäre.« (Peter Decker)*

Der *Gegenstandpunkt (GSP)* existiert seit Mitte der 1990er Jahre unter diesem Namen. Seine Vorläuferorganisation war die *Marxistische Gruppe (MG)*, seit Anfang der 1970er Jahre aktiv und ihrerseits die Nachfolgeorganisation der *Roten Zellen Arbeiterkampf (AK) München*. Die Roten Zellen (ROTZ) hatten kurz vor ihrer Umbenennung eine Arbeitskonferenz veranstaltet, auf der sie die *Programmatische Erklärung der Roten Zellen/AK* erarbeiteten, welche die politische Strategie erläutert, die in ihren wesentlichen Teilen noch bis heute vom GSP verfolgt wird. Um zu verstehen, warum der GSP genau das tut, was er tut, ist es daher hilfreich, die Argumentation dieses Papiers zur Kenntnis zu nehmen. Wir werden dort direkt im ersten Absatz darüber aufgeklärt, wohin die Reise geht:

> »Kommunistische Politik ist Resultat wissenschaftlicher Einsicht in das Kapitalverhältnis. Sie zielt auf die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Zielsetzung hat Marx aus der wissenschaftlichen Erkenntnis des Kapitalismus, mithin aus dem Charakter dieser Gesellschaft selbst begründet. Revolutionäre Theorie ist das wissenschaftliche Begreifen der kapitalistischen Gesellschaft und als solches deren Kritik.« (Rote Zellen, S. 6)

Die Autoren bestimmen hier die revolutionäre Praxis (»Kommunistische Politik«) als Ergebnis einer zuvor erworbenen Wissens über die kapitalistische Gesellschaftsordnung (»wissenschaftliche Einsicht in das Kapitalverhältnis«). Damit ist eine erste relevante Aussage getroffen: bevor überhaupt kommunistische Politik möglich wird, ist eine wissenschaftliche Bestimmung der abzuschaffenden Gesellschaft notwendig. Anders formuliert: der Ausgangspunkt ist die Annahme vom Primat des Wissens.

Darüber hinaus wird die Praxis kommunistischer Politik, die auf die zuvor erworbene Erkenntnis des Kapitalverhältnisses folgt, ebenfalls bestimmt: sie

muss die Ablösung des Kapitalismus durch eine andere, nichtkapitalistische Gesellschaft zum Ziel haben (»Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft«). So weit, so gut. Aber damit ist eine Ablehnung jeglicher Politik verbunden, die einen Ansatz innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft findet. Wer »die Verhältnisse [. . .] zur positiven Grundlage von, Veränderungen« mache, der habe bereits »die gesellschaftlichen Verhältnisse als vorgegebene akzeptiert«.[2]

Dementsprechend soll kommunistische Politik ihren Ausgangspunkt auch nicht an den realen Leidenserfahrungen der Menschen nehmen, sondern an der objektiven Einsicht in die Verhältnisse. Jedwede »Parteilichkeit« etwa mit sozialen Bewegungen oder Betroffenen von Ausgrenzung, Gewalt, Herrschaft, Ausbeutung und dergleichen mehr sei »nur dumm und moralisch, nicht aber revolutionär.« Wer anderes behaupte sei ein »Verächter der Theorie« und vergesse, dass vor der Überwindung des Kapitalverhältnisses das Wissen über die »Bestimmungen des Kapitalismus, aus denen die Möglichkeit seiner Überwindung hervorgeht« notwendig sei. Auf diese Weise nimmt die *Programmatische Erklärung* eine Verknüpfung von »wissenschaftlicher Objektivität« mit politischer Enthaltsamkeit vor. Die «richtigen Argumente« sind demzufolge wichtiger als die konkreten Fragen und Widersprüche, an denen sich real-existierende Befreiungskämpfe entfachen. Hier liegt bereits eine erste Ursache für das autoritäre Moment des GSP.

Der Bestimmung des Wissens als Grundlage revolutionären Handelns liegt jedoch ihrerseits bereits eine ganz spezifische Vorstellung vom Kapitalismus zugrunde. Stets ist unterstellt, dass sich der Kapitalismus im Wesentlichen über den Interessengegensatz von Kapital und Lohnarbeit bestimmen lässt, wobei die herrschenden Institutionen (insbesondere der Staat) dem Zweck dienen, die Auspressung des Mehrwerts zu organisieren. Entsprechend wird als wesentlicher

[2] Um diese verbalradikale Position durchzuhalten, müssen so ziemlich alle Spezifika der bürgerlichen Gesellschaft negiert und zu überhistorischen Merkmalen menschlichen Miteinanders überhaupt umdefiniert werden. Das gilt vor allem für das rationalistische Individuum und die Praxis instrumentellen Handelns, welche diesem Denken zufolge offenbar sehr wohl eine »positive Grundlage« für den Kommunismus darstellen. Mehr dazu weiter unten.

Inhalt der Agitation gegenüber »dem Arbeiter« »das Wissen über *seine* Stellung im Kapitalismus« (ebd., S. 17) definiert. An diesem vorausgesetzten Wissen über den Kapitalismus werden dann Theoriebildung und politische Praxis anderer Organisationen gemessen – um bei Nichtübereinstimmung als »falsch« markiert zu werden.

Agitation kann nun aber nicht einfach im luftleeren Raum stattfinden, sondern bedarf konkret agitierender Subjekte. Und die Entwicklung des Kapitalismus selber bestimmt nun, so können wir lesen, die Bedingungen, unter denen der zuvor formulierte Anspruch realisiert werden kann. Die *Programmatische Erklärung* verweist daher auf eine spezifische Form kapitalistischer Arbeitsteilung als Herausforderung kommunistischer Politik:

> »Die Trennung der objektiven von den subjektiven Produktionsbedingungen und ihre Verwandlung in Kapital und Lohnarbeit löst die geistigen von den körperlichen Momenten der gesellschaftlichen Arbeit und setzt beide in Gegensatz zueinander [...] Das sich durchsetzende Kapitalverhältnis produziert einerseits die Naturwissenschaften als eigene Sphäre und trennt sie von der materiellen Produktion. [...] Andererseits entstehen vermittelt über die Aufgaben des Staates, die ihm aus der Konkurrenz erwachsen, die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften (inner-wissenschaftlich erscheint dies als Auflösungsprozeß der Philosophie). Sie existieren in den vom Staat verwalteten Institutionen der Wissenschaft und Ausbildung – also ebenfalls getrennt von der materiellen Produktion. [...] Die wissenschaftliche Erkenntnis des Kapitalismus offenbart eine diesem selbst entspringende Schranke kommunistischer Politik: die Arbeiterklasse, die als objektive Negation des Kapitals dessen Aufhebung bewerkstelligen kann, ist nicht per se auch Träger des Wissens über die objektiven Bestimmungen des Kapitalismus. Das Kapital läßt Wissenschaft getrennt vom Proletariat entstehen, das doch aus ihr die Kriterien seines Handelns nehmen muß. Die Analyse des Verhältnisses von Wissenschaft und Kapital zeigt zudem, daß die vom unmittelbaren Produktionsprozeß gesonderten geistigen Potenzen in allen Formen den Arbeitern als feindliche Macht gegenüberstehen: die Naturwissenschaften durch ihre Anwendung, die Geisteswissenschaf-

ten bereits aufgrund ihrer Affirmation der kapitalistischen Zustände.« (Rote Zellen, S. 7f)[3]

Durch die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit konstruieren sich die Autoren des Papiers ein Problem, um anschließend die eigene Praxis als Lösung anbieten zu können: einerseits soll (ganz traditionell) das Proletariat dazu berufen sein, die Revolution durchzuführen.[4] Dafür benötigt es jedoch das Wissen um diese Gesellschaftsformation, dessen Träger es jedoch andererseits gar nicht ist.[5] Diese Aufgabe kommt daher einer anderen Gruppe zu:

»Träger der Wissenschaft ist eine Intelligenz, die in ihrer kapitalistischen Funktion im Gegensatz zum Proletariat steht.« (S. 8) Auf diese Weise ergibt sich ein Widerspruch: einerseits hat die wissenschaftliche Intelligenz den monopolisierten Zugang zum Wissen, andererseits ist sie in ihrer gesellschaftlichen Funktion gegen das Proletariat gestellt. Deshalb, so folgert die Erklärung, könne es auch kein einfaches Bündnis zwischen Intelligenz und Proletariat geben. Statt also Kämpfe auf der Grundlage unvereinbarer Interessen zu führen, solle sich kommunistische Politik zunächst um den Erwerb des revolutionären Wissens bemühen.

> »Vielmehr müssen diejenigen, welche im objektiven Gegensatz zum Kapital stehen, das Wissen um diesen Gegensatz erwerben und aus ihm ihr politisches Vorgehen bestimmen. [...] Es ist das Wissen um den Kapitalismus, in dem die Aufgabe der Intelligenz bei der Beförderung des proletarischen Klassenkampfs enthalten ist.« (Rote Zellen, S. 8)

---

3 Bodo Greiff hat, etwa zur gleichen Zeit als diese Erklärung verfasst wurde, herausgearbeitet, dass eine Erklärung der modernen Wissenschaft aus der Arbeitsteilung wesentliche Aspekte des modernen Wissenschaftspraxis nicht zu fassen vermag. (vgl. Greiff 1977, S. 46 - 56)

4 Ein Anspruch übrigens, der nicht hergeleitet, sondern vorausgesetzt wird.

5 Aus dem Fortgang der Argumentation könnte ebenso gefolgert werden, dass es sich beim Proletariat offensichtlich nicht um ein revolutionäres Subjekt handele. Diese Schlussfolgerung vermeidet das Papier jedoch und baut stattdessen auf diverse Hilfshypothesen.

Hier wiederholt sich die bereits vorweggeschickte Absage an politische Bündnisse: nicht eine »Gemeinschaft der Interessen« sei die Aufgabe der Intelligenz (an die sich ganz offensichtlich auch der Text richtet), »sondern die Analyse der Bewegungsgesetze der Produktionsweise, die es dem Proletariat zu vermitteln gilt« (S. 8f.). Obwohl also die Intelligenz eine dem Proletariat entgegengesetzte objektive Stellung in der Gesellschaft hat, soll sie ihm helfen, das für die Revolution notwendige Wissen zu erlangen.[6] Oder, präziser ausgedrückt: es soll ihm dieses Wissen »vermitteln«. Daher müsse – wie das Papier in Anlehnung an Lenin argumentiert – »für den Revolutionär die revolutionäre Arbeit selbst zum Beruf werden« (S.9).[7] Entsprechend müssen die so notwendig gewordenen kommunistischen Intellektuellen alle ihre geistigen Kräfte aufbieten, um den kapitalistischen Zusammenhang tatsächlich zu verstehen. »Für die an kommu-

6 Es ist keineswegs zufällig, das der GSP keinen Grund angeben kann, warum die Intellektuellen das überhaupt machen sollten. Daher bleibt im Grunde genommen einzig die moralische Anforderung, doch ein guter Mensch zu sein und sich gegen Ausbeutung zu engagieren – und das ausgerechnet bei einer Gruppe, die so vehement gegen »die Moral« agitiert.

7 Diese Auffassung begründen sie interessanterweise mit einem Zirkularbrief von Marx und Engels, den diese an führende Köpfe der deutschen Sozialdemokratie verschickt hatten (vgl. MEW 34, S. 394 – 408). Marx und Engels diskutieren in diesem Brief zwei Voraussetzungen, unter denen bürgerliche Intellektuelle das Proletariat in seinem Kampf unterstützen können. Sie schreiben dort, es sei »eine im Gang der Entwicklung begründete, unvermeidliche Erscheinung, daß auch Leute aus der bisher herrschenden Klasse sich dem kämpfenden Proletariat anschließen und ihm Bildungselemente zuführen.« Dieser Anschluss sei jedoch an zwei Voraussetzungen geknüpft: »Erstens müssen diese Leute, um der proletarischen Bewegung zu nutzen, auch wirkliche Bildungselemente mitbringen. [...] Zweitens. Wenn solche Leute aus andern Klassen sich der proletarischen Bewegung anschließen, so ist die erste Forderung, daß sie keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen, sondern sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen.« (MEW 34, 406) Beides, so Marx und Engels, sei aber höchst unwahrscheinlich – so dass ein Bündnis mit bürgerlichen Intellektuellen nur eine zeitlich befristete und strategische, der eigentlichen Organisationsbemühung jedoch lediglich äußerliche Angelegenheit sein könne, die ohnehin nicht sonderlich häufig vorkommen dürfte. In der Programmatischen Erklärung wird diese Passage jedoch rein affirmativ verhandelt, so als habe Marx der vom GSP verfochtenen Strategie bereits vorauseilend seinen Segen erteilt.

nistischer Politik beteiligten Intellektuellen gilt, daß sie zu allererst an sich selbst den Anspruch realisieren müssen, tatsächlich den Kapitalismus wissenschaftlich zu begreifen.« (S. 9) Da sie als einzige den Zugang zum benötigten Wissen erlangen können und dieses Wissen als notwendige Voraussetzung zur Überwindung des Kapitalismus gedacht wird, rückt das Verhältnis von kommunistischer Organisation und Intellektuellen in das Zentrum der »Frühphase kommunistischer Politik«:[8]

> »Die gründliche Ausbildung von Intellektuellen muß, da sie Voraussetzung für richtige Politik im Proletariat ist, auch zeitlich dieser Praxis vorhergehen. Sie kann sogar temporär die zentrale Tätigkeit neben der Erarbeitung notwendiger Kenntnisse darstellen.« (Rote Zellen, S. 9)

Einmal erlangt, gilt es sogleich diese Kenntnisse an das Proletariat weiter zu vermitteln, es zu »schulen«, wie es weiter oben hieß. Die Vorstellung einer solchen ›Schulung‹ impliziert bereits den autoritären Habitus, mit dem sich der GSP über die vermeintlich dummen Massen hinwegsetzt, denen nun das notwendige Wissen von oben herab mitgeteilt werden muss. Die *Programmatische Erklärung* und mit ihr der heutige GSP denkt Bildung so als einseitige Weitergabe von Wissen, das sich die Massen einleuchten lassen müssen. Er reproduziert dabei das hierarchische Bildungsverständnis der Aufklärung (vgl. Blankertz 1982, S. 21 – 30).

Diese Annahme ist allerdings notwendig, denn nur, wenn die ArbeiterInnen den Kapitalismus wirklich verstanden haben, sind sie ja – wie bereits im Eingangszitat dargelegt – in der Lage selbigen zu überwinden.

> »[D]ie *außerhalb* des Proletariats sich vollziehende Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus als Überwindung der Schranke bürgerlicher Erkenntnis charakterisiert die Aufgabe kommunistischer Politik: Die Aufhebung des Widerspruchs, daß das Wissen über den Kapitalismus getrennt vom Proletariat existiert, kann nur darin liegen, daß es dieses Wissen und damit seine eigene Stellung zum Kapital zur Grundlage seines Handelns macht. Es muß sich das Wissen erwerben.« (Rote Zellen, S. 16)

[8] Diese hält ganz offensichtlich bis heute an.

Die Vermittlung dieses Wissens kann nun nur die Aufgabe der kommunistischen Intellektuellen sein, die sich in mühsamer Lektüre alle notwendigen Erkenntnisse angeeignet haben. Da sie als solche verstanden haben, dass die Weitergabe des Wissens an das Proletariat unabdingbare Notwendigkeit ist, gibt es für sie die revolutionäre Pflicht, alles in die Waagschale zu werfen, um der ArbeiterInnenschaft die frohe Kunde zu überbringen. Und weil sie dabei ja angeblich in höherem Auftrag handeln, nämlich nur das vermitteln, was »objektiv« gegeben sei, könne auch von einer hierarchischen Beziehung nicht die Rede sein:

> »Wer als kommunistischer Intellektueller, und das heißt immer, mit dem Wissen über den Kapitalismus ausgestattet, die Vermittlung seiner Einsichten an das Proletariat vollziehen will, ist nicht herablassender ›Pädagoge‹, er zieht nur die Konsequenzen aus seinen Einsichten. Daß dies kein Gängeln des Proletariats bedeutet, geht daraus hervor, daß die Arbeiter in solchem Versuch als Subjekte unterstellt sind, die der Einsicht in ihre objektive Lage [. . .] fähig sind, und daß *sie* es sind, die sich Wissen aneignen.« (Rote Zellen, S. 16)

Der Argumentationstrick ist ziemlich bauernschlau: wer auf das Offensichtliche hinweist, nämlich auf den autoritären Charakter dieser »Wissensvermittlung«, soll selber der Bösewicht sein, der den ArbeiterInnen den Subjektstatus abspricht. Merkwürdig nur, dass diese zur Einsicht in ihre »objektive Lage« der Intellektuellen bedürfen. Was hier sichtbar wird, ist eine ziemlich vulgarisierte und unausgewiesene Fassung von Georg Lukács' metaphysischer Spekulation über die »Klasse an sich« und die »Klasse für sich«.[9]

Die Bewusstwerdung des stets beschworenen Proletariats folgt hier jedoch direkt aus der Vermittlung von Wissen durch die kommunistischen Intellektuellen. Denn: »Aus der Erkenntnis der kapitalistischen Verhältnisse ergibt sich der Zweck, den es zu verwirklichen gilt: die Abschaffung dieser Gesellschaftsform.« (Rote Zellen, S. 21)

An dieser Formulierung ist zweierlei interessant. Zum einen soll sich aus der Analyse der Sache ein ganz eindeutiger Zweck ergeben: sie gehört abgeschafft.

[9] Vgl. hierzu auch Trenkle 2005

Und zwar, wie gleich anschließend erläutert wird, weil sie im Widerspruch zu den Interessen weiter Teile der Bevölkerung stehe: »Als widersprüchliche erkannt, ist sie dem Veränderungswillen des Erkennenden unterworfen« (ebd.). Die Interessen der Menschen scheinen hier ebenso wie die Funktionsweise der kapitalistischen Verhältnisse unmittelbar zugängliche Fakten zu sein. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich nun für die Autoren, und das ist der zweite Aspekt, die Notwendigkeit, ihrer Verwirklichung alle persönlichen Vorlieben und Interessen unterzuordnen. Es gibt nun einen neuen Zweck, den es zu erfüllen gilt. Die Programmatische Erklärung lässt hier keine Zweifel aufkommen, dass er auch gegen den Willen der Beteiligten durchzusetzen ist:

> »Der Schritt der Realisierung verlangt von den Mitgliedern, daß sie den erkannten Zweck zu ihrem eigenen machen und in der praktischen Tätigkeit die Kriterien ihres Handelns aus dem Wissen nehmen, nicht aus ihren partikularen Zwecken. So zeichnen sich die Mitglieder komplementär zu ihrem Wissen durch Disziplin aus. Der Anspruch, den die Organisation formell an sie stellt, fällt mit dem zusammen, was sie aus ihrem Wissen sich selbst abverlangen müssen.« (ebd., S. 21)

Es ergibt sich so eine Konstellation, in der die Einzelnen sich dem Ganzen unterzuordnen haben, weil es eine größere Sache gibt, die dies erfordert. Es zeigt sich hier der autoritäre Charakter dieser Organisationsvorstellung, in der die im Kapitalismus praktizierte Unterordnung der Einzelnen unter die gesellschaftliche Allgemeinheit noch einmal reproduziert wird – nur diesmal als Unterordnung unter die unterstellte Allgemeinheit des Wissens. Auch hier ist die *Erklärung* eindeutig und betont die Notwendigkeit, mit der dies zu geschehen hat:

> »Der Vorwurf, eine kommunistische Organisation nehme durch ihre Forderungen das einzige Mitglied nicht als dieses einzelne ernst, nimmt implizit zurück, daß sich die Organisation auf ein Wissen gründet, in dem auch Kenntnisse über das bürgerliche Subjekt eingeschlossen sind. Formuliert die Organisation die aus diesem Wissen folgenden Konsequenzen als Forderungen, so spricht sie nur die Konsequenzen des politischen Subjekts selbst aus. Mit den Problemen, die seiner Partikularität geschuldet sind, hat es in

> einer Weise umzugehen, die sie als bloße Voraussetzung in der Realisierung des gewußten Zwecks gelten läßt. Rücksichtnahme kann in einer kommunistischen Organisation nicht darin bestehen, die bürgerliche Partikularität zum Inhalt ihrer Tätigkeit zu machen, sondern nur darin, daß dem einzelnen durch Argumente, die aus dem gemeinsamen Wissen geschöpft sind, die Notwendigkeit einsichtig gemacht wird, die Anforderungen für sich durchzusetzen.« (ebd., S. 21f.)[10]

Nun sind sich auch die Verfasser der Programmatischen Erklärung darüber bewusst gewesen, dass die Entscheidung, sich mit der Agitation zunächst auf Mitglieder wissenschaftlicher Institutionen zu beziehen, möglicherweise für eine Organisation, die sich zumindest dem Namen nach auf den *Arbeiterkampf* beruft, etwas merkwürdig erscheinen könnte. Daher haben sie die Zusammensetzung der kommunistischen Intelligenz und die strategische Schwerpunktsetzung gesondert begründet:

> »Für die Arbeit an der revolutionären Theorie, die gegenwärtig in der Arbeitskonferenz geleistet wird, wie für die Vermittlung des wissenschaftlichen Sozialismus an das Proletariat bedarf es einer möglichst großen Anzahl ausgebildeter Individuen. Prinzipiell lassen sich diese aus allen Teilen der Gesellschaft rekrutieren — sind doch alle ihre Mitglieder Menschen, die tagtäglich ihren Verstand gebrauchen. Wissenschaftlicher Sozialismus ist aber nicht einfach die Tätigkeit des ›gesunden Menschenverstandes‹, er ist zunächst einmal *Wissenschaft* (dieses Wissen hat den Zweck des Handelns kommunistischer Politik zu bestimmen). Wir richten deshalb unsere Agitation auf Individuen, deren spezifische Stellung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Voraussetzungen enthält, an der wissenschaftlichen Erarbeitung der revolutionären Theorie mitzuwirken.« (Rote Zellen, S. 23)

Während das Proletariat so zwar als die gesellschaftliche Klasse bestimmt ist, die die kapitalistischen Verhältnisse umzuwerfen hat, sind für die Autoren die an den Hochschulen zu rekrutierenden kommunistischen Intelluellen »temporär« relevanter als Zielgruppe für die kommunistische Agitation. Obwohl diese

[10] vgl. hierzu auch die kritischen Bemerkungen bei Trenkle 2005

objektiv gegen die ArbeiterInnen stünden, brächten nur sie die notwendigen Mittel mit, relevante Positionen innerhalb der kommunistischen Bewegungen einzunehmen:

> »Träger dieser Wissenschaft ist die Intelligenz, die in ihrer von der materiellen Produktion getrennten gesellschaftlichen Tätigkeit den kapitalistischen Zweck erfüllt und im Gegensatz zum Proletariat steht. Dennoch bringt sie *Voraussetzungen* mit, aufgrund derer sie relevante Funktionen für kommunistische Politik erfüllen kann. Deshalb agitieren wir Intellektuelle.« (Rote Zellen, S. 23)[11]

Damit ergibt sich für diese Intellektuellen nun jedoch eine zwiespältige Situation. Einerseits sind sie aufgefordert, revolutionäre Theorie zu machen. Andererseits besteht ihr gesellschaftlicher Auftrag jedoch darin, im Interesse des Kapitals zu agieren. Und da die wissenschaftliche Qualifikation »zugleich das Mittel [ist], mit dem sich Individuen reproduzieren« (S. 23), sei der »Freiraum zur beliebigen Umfunktionierung der betreffenden Tätigkeiten in antikapitalistische Praxis« (S. 23) nur sehr begrenzt. »Versucht ein Individuum *in* seinem Beruf dessen Funktion zu negieren, läuft es folgerichtig Gefahr, seine Reproduktionsbasis zu verlieren« (S. 24) Daher

> »geht die Frage nach der notwendigen Agitation von Intellektuellen für die anstehenden Aufgaben der kommunistischen Bewegung nicht davon aus, Berufsperspektive und kommunistische Politik verbinden zu wollen (oder mit Bündnistheorien bzw. mit dem Hinweis auf die allgemeine Form der Lohnarbeit Politik in allen Überbaubereichen zu legitimieren), weiß man vielmehr, daß Kommunist-Sein und kapitalistischer Beruf nicht zu vereinbaren sind« (Rote Zellen, S. 24f.)

Im Zweifel heißt es also: Kopf einziehen und mitmachen. Als »kommunistischer Intellektueller« brauche ich mich gar nicht erst bemühen, meine eigene

[11] Es drängt sich hier der Eindruck auf, als habe der am Anfang des Zitat stehende Hinweis, es könnten »prinzipiell [aus] allen Teilen der Gesellschaft« Menschen in den Stand des kommunistischen Theoretikers aufsteigen, eher legitimatorischen Charakter, wenn es am Ende doch nur »Intellektuelle« agiert werden sollen.

Tätigkeit kritisch zu hinterfragen und mich im Rahmen ihrer Ausübung gegen bestehende Zwänge, Herrschaftsmechanismen und Diskriminierungen aufzulehnen, sondern kann genau so funktionieren, wie es der Systemlogik entspricht. Mein »Kommunist-Sein« ist vollkommen davon abgespalten.[12]

Als zentrales Interventionsfeld bestimmt die Programmatische Erklärung daher auch weniger die wissenschaftliche Berufsausbildung als solche, sondern vielmehr die bewusst-organisierte Agitation in der Hochschule als öffentlichem Raum. Das Papier diskutiert daher deren Notwendigkeit und die Möglichkeiten, über gezielte Interventionen in die hochschulpolitische Öffentlichkeit ein Bewusstsein für kommunistische Praxis[13] zu wecken.

> »Agitation am Inhalt der Naturwissenschaften greift die in dieser Wissenschaft existierenden Verweise auf die kapitalistische Gesellschaft auf; Agitation am Inhalt bürgerlicher Geistes- und Gesellschaftswissenschaften führt über den fehlerhaften Charakter dieser Wissenschaft auf kapitalistische Gesellschaft als dessen Ursprung« (Rote Zellen, S. 26f.)

Auf diese Weise bestimmt die Programmatische Erklärung die Inhalte bürgerlicher Wissenschaft zum zentralen Gegenstand der Auseinandersetzung. Und tatsächlich referieren VertreterInnen des GSP noch heute vornehmlich zu wissenschaftskritischen Fragestellungen: zur Kritik der Soziologie, der Philosophie, der Geschichte oder ähnlichem. Auch andere gesellschaftskritische Positionen wie die *Kritische Theorie* sind oftmals Gegenstand agitatorischer Kritik. Im Folgenden soll daher gezeigt werden, dass die vom GSP vorgetragene Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft nicht nur viel zu kurz greift, sondern in vieler Hinsicht sogar hinter deren Erkenntnisse und erkenntnistheoretische Einsichten

---

[12] Das ist auch ein Grund dafür, dass die frühere MG und der heutige GSP so viele UnterstützerInnen in zum Teil sehr hochdotierten Berufen hat, die dort allenfalls durch ausgeprägten Zynismus auffallen und deren »Kommunist-Sein« darin besteht, regelmäßig die abonnierten Schriften zu lesen, in denen das steht, was sie schon vor Jahrzehnten auswendig gelernt haben, und dafür regelmäßig einen nicht unerheblichen Obolus in den Klingelbeutel werfen.

[13] Was »temporär«, also jetzt, ganz schlicht bedeutet, weitere kommunistische Intellektuelle zu agitieren.

zurückfällt.[14] Dabei soll auch gefragt werden, inwieweit die geäußerte Kritik bereits eine Verteidigung des eigenen autoritären Organisationskonzeptes beinhaltet.

3. Playing Dumb

»Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.« (Karl Held)

Ein zentrales Feld der agitatorischen Bemühungen des GSP ist die Kritik der Philosophie. Gegen diese wird vor allem eingewandt, dass sie nicht die Auseinandersetzung mit konkreten Dingen und deren Zwecken führe, sondern sich in einem allgemeinen Lamentieren über die Möglichkeit von Erkenntnis überhaupt ergehe – und zwar jenseits aller konkreten Erkenntnisgegenstände. So etwa, sehr rustikal-pointiert, Peter Decker bei einer Veranstaltungsreihe der Sozialistischen Gruppe (SG) aus Erlangen:

> »Prüfen, was der Verstand zu leisten vermag. [. . .] Das ist das, das man sich Wissenschaft nicht mehr als etwas Praktisches nimmt im Sinn von: ›Ja, wenn ich Zweifel an dieser Theorie habe, wenn ich Zweifel an jener Erklärung habe, dann muss ich mich halt mit der befassen.‹ Sondern: Ich befasse mich mit der Leistungsfähigkeit des Verstandes überhaupt. Wenn ich da anfange, da kommt nie mehr was Richtiges raus.« (Decker 2013, 1:10:50)

Erkenntnistheoretische Fragen zu stellen, sei also falsch, da eine Diskussion darüber, ob Erkenntnis möglich sei, sich selber ad absurdum führe. ›Erkenntnis‹ gilt ihm dabei stets als die Fähigkeit des Subjekts, denken zu können – und wenn dieses Subjekt darüber nachdenke, ob es denken könne, dann sei damit dessen Denkfähigkeit ja bereits bewiesen. Es handele sich dabei also um ein leicht zu enttarnendes Manöver, um die Kritik an bestimmten Auffassungen zu

[14] Bereits die Verwendung des Begriffes Agitation (vom lateinischen agitare:‚aufwiegeln') macht deutlich, das es hier nicht um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung um das bessere Argument, sondern um eine politisch-strategische Intervention geht, bei der das Ergebnis schon im Vorhinein feststeht.

desavouieren, indem statt über die Dinge lediglich über die allgemeine Möglichkeit spekuliert werde, überhaupt irgendetwas zu erkennen:

> »Da streiten sich also welche darüber, ob und warum Herrschaft berechtigt, ob die Seele unsterblich und ob der Wille frei oder determiniert sei – und dann mischt sich Kant ein mit dem herrlichen Vorschlag: ›Untersuchen wir das Erkenntnisvermögen, ob das überhaupt im Stande ist, eure zweifelsohne bedeutsamen Fragen zu beantworten.‹Fragen nach der Möglichkeit von Debatten, die längst im Gang sind und in denen bekannte und sprachlich mit Namen ausgestattete Gegenstände (richtige oder falsche) Bestimmungen bekommen, solche Fragen zielen auf die Beendigung der Debatten ohne Lösung ihrer strittigen Fragen. Allerdings in eindeutiger Absicht: Die Diagnose, daß der Streit nicht auflösbar ist, soll nicht auf den Streitgegenstand und die Fragestellung zurückfallen. Umgekehrt: Wer zur Vernunftkritik schreitet, der lastet die Widersprüche, in denen sich die Debatte herumtreibt, der Vernunft an und entzieht so den Inhalt der Debatte der Kritik.« (Gegenstandpunkt 2004)

Der GSP kritisiert auf diese Weise die Erkenntnistheorie etwa von Kant, reflektiert aber die eigene Position, die vom Primat des Wissens ausgeht, nicht einmal im Ansatz. Offenbar halten Decker und Co. ihre rationalistische Absolutsetzung »des Wissens« für so selbstevident, dass sie keiner erkenntnistheoretischen Begründung bedarf. Es ist für den GSP sonnenklar, »daß Erkenntnis den Zweck hat, herauszufinden, was ihr Gegenstand in seiner Eigenart ist.« (Gegenstandpunkt 2004b) Den Gegenstand der Erkenntnis stellt er sich dabei als etwas vor, das objektiv erkennbare Merkmale hat, die zu bestimmen keinerlei Voraussetzungen bedarf, als eben die dafür zuständigen menschlichen Organe zu benutzen. Diese Position hat der GSP seinerseits nun nicht gepachtet, sie findet sich vielmehr sowohl in der bürgerlich-positivistischen als auch in der marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie. Im Unterschied zu diesen scheint es dem GSP aber nicht einmal bewusst zu sein, das es sich dabei um eine erkenntnistheoretische Position handelt. Es bleibt daher festzuhalten, dass die eben zitierte und nur vermeintliche Selbstverständlichkeit eine Eindeutigkeit vortäuscht, die es so nicht gibt. Ein solches Zitat »führt plastisch vor Augen,

wie die naiv-realistische Erkenntnistheorie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit die historischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Erkenntnis wegabstrahiert« (Greiff 1977, S. 15). Entsprechend setzt der GSP diese Form der Erkenntnis als selbstverständlich und behandelt damit den Menschen der modernen kapitalistischen Epoche als ›Menschen überhaupt‹.

Ausgeklammert bleibt dabei, wieso Menschen die vorausgesetzten Prämissen naturwissenschaftlicher Welterkenntnis überhaupt als akzeptable Erklärungen anerkennen. Ein Beispiel mag dies deutlich machen:

> »Jedoch die Wirkungen, die eine natürliche Erscheinung A auf zwei natürliche Subjekte B und C ausübt, sind nicht identisch, sondern verschieden, und die auf den natürlichen Wirkungen basierenden Urteile sind es auch. Der eine empfindet die Temperatur im Zimmer als warm, der andere als kalt. Wenn die menschliche Erkenntnis in ihrer allgemeinsten Bedeutung eine Wirkung der Natur auf die Menschennatur darstellt, wie erklären sich dann die unterschiedlichen Wirkungen, die durch gleiche Naturerscheinungen in verschiedenen Menschen hervorgerufen werden? [...] Identische Wirkungen setzen identische Bedingungen voraus; die empfindenden und urteilenden Menschen aber sind nicht identisch. [...] Daraus folgt: Wissenschaft muss ein Verfahren zur Hand haben, mit dessen Hilfe von der Besonderheit der urteilenden Subjekte abstrahiert werden kann.« (Greiff 1977, S. 11)

Eine rein individuell-empirische Beobachtung der Dinge kann somit zu keinerlei wissenschaftlichem Urteil kommen – eben weil es ihr an gesellschaftlicher Verallgemeinerung fehlt. Es braucht eine Verallgemeinerung, die dann aber die Ebene reiner Beobachtung verlässt und ihrerseits auf notwendigen Vorannahmen beruht. Um eben dieses Problem geht es in der erkenntnistheoretischen Debatte, wie sie etwa in der Kritischen Theorie geführt wird – und nicht um die von Decker fälschlich unterstellte Diskussion darum, ob sich überhaupt über die Welt diskutieren ließe. Dementsprechend kann der GSP mit Horkheimers

Diktum, Philosophie habe die stete Aufgabe, das Bestehende zu kritisieren nicht das Mindeste anfangen.[15] Hier wendet Decker ein:

> »Kritik ist vernünftigerweise das Ergebnis von Einsicht in irgendein Verhältnis. Dass das Denken sich dem Auftrag der Kritik verpflichten sollte oder müsste - das hängt doch schon sehr davon ab, womit man es zu tun hat. Den Tod – soll man den Tod kritisieren? Dem man sowieso nicht ausweichen kann? Tja, was man nicht ändern kann, soll man auch nicht kritisieren. Soll man ein kaltes Bier kritisieren? Ja, entweder es schmeckt schlecht, dann ist etwas dagegen einzuwenden oder es ist nichts dagegen einzuwenden, dann soll man das nicht kritisieren. Kritik als Haltung des Denkers ist etwas ganz Unvernünftiges. Es nimmt nämlich der Kritik die Spitze, die darin besteht: weil ich die Sache durchschaut habe, lehne ich sie ab.« (Decker 2005)[16]

Decker fordert uns hier zu einem bemerkenswerten Gedankenexperiment auf: der Kern seiner Argumentation besteht darin, dass Kritik sich an ihrem Gegenstand orientieren solle. Er tut dies jedoch, indem er den in der Kritischen Theorie behandelten Gegenstand faktisch ausblendet. Während diese die sozialen Vermittlungsformen im Kapitalismus thematisiert (und genau darauf mit dem zitierten abzielt), redet Decker über kaltes Bier. Auch hier wiederum erweist sich seine vorgebliche Kritik als plumper Stammtisch-Positivismus, der alle Dinge über einen Kamm schert: er postuliert eine Methode, die sowohl für

---

[15] Peter Decker bezieht sich hier auf das folgende Zitat: »Die wahre gesellschaftliche Funktion der Philosophie liegt in der Kritik des Bestehenden.« Siehe etwa hier: `http://www.zeit.de/1978/35/max-horkheimer-kritik-des-bestehens`

[16] Gegen dieses Zitat wie gegen viele weitere noch folgende ist oftmals eingewandt worden, dass der GSP den besprochenen Gegenstand (hier: die Kritische Theorie) nicht rezipiert hätte. Diese Annahme unterstellt jedoch, es ginge dem Referenten tatsächlich um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung. Das Ziel dieser Vorträge ist jedoch nicht ein wissenschaftlicher Disput, sondern die »Kritik bürgerlicher Wissenschaft« zum Zwecke der Agitation, von einem immer schon vorausgesetzten Stadtpunkt, der als solcher nicht zur Debatte steht. Es geht also um eine ganz formale Angelegenheit, die sich gar nicht auf die je konkrete Theorie mit ihren je konkreten Inhalten bezieht. Der GSP wiederholt so praktisch die unwissenschaftliche Haltung, die er an den jeweiligen bürgerlichen Theorien zu kritisieren vorgibt.

die Betrachtung von kaltem Bier als auch für die Betrachtung der kapitalistischen Gesellschaft adäquat sein soll.

Eine solche Vorgehensweise passt freilich durchaus zum Inhalt dieser »Kritik«, der es immer nur darum geht, die *Zwecke* von Dingen oder die *Interessen* von Menschen zu fokussieren. Deckers Einwand gegen Horkheimer offenbart so das Grundmuster der GSP-Methode[17]. Diese bricht, ausgehend von einer naiven Abbildtheorie, alle Erkenntnisprozesse auf die Ebene des gesunden Menschenverstandes herunter und entsorgt auf diese Weise mit den erkenntnistheoretischen Fragestellungen der Kritischen Theorie auch jede darauf aufbauende Auseinandersetzung mit der Formproblematik des Kapitalismus.

Daher ist auch eine Beschäftigung mit dem Verhältnis von Subjekt und Objekt, jenseits der simplifizierenden Frage nach den konkretistischen *Interessen* von Individuen und den instrumentellen *Zwecken* von Objekten, für Decker ganz und gar unangemessen. Entsprechend kritisiert er genau dies an der Kritischen Theorie:

> »Aber die Aufklärung geht so weit, dass auch Menschen benutzt werden. Und das ist dann endgültig furchtbar. Und auch da muss ich noch mal

[17] Dass es sich hierbei um ein methodisches Grundmuster handelt, drückt sich auch darin aus, dass Peter Decker in seiner Doktorarbeit ebenfalls diesen Punkt thematisiert: »Damit aber wird Kritik zu einer Frage der Haltung - und das ist merkwürdig. Wie schon aufgezeigt, ist Kritik Resultat der Wissenschaft, nicht eine Haltung in ihr. Während die Naturwissenschaft weder kritisch noch affirmativ ist, weil dieser Gegensatz für sie überhaupt unpassend ist, die instrumentelle Geisteswissenschaft dagegen affirmativ, weil sie per se für das Objekt ihrer Untersuchung Partei ergreift und den Nutzen desselben erfindet, während schließlich richtige Wissenschaft von den gesellschaftlichen Gegenständen als solche ebenfalls weder kritisch noch affirmativ ist, sondern eben die Zwecke ihrer Gegenstände erforscht und damit - je nach Sache - wirklich alles Nötige über sie sagt, sieht Adorno gerade in der Wissenschaftlichkeit den affirmativen Charakter und empfiehlt eine Befreiung von demselben. [...] Indem Kritik so von einem Resultat der Theorie zu ihrer Qualität gemacht wird, befreit sie Adorno von ihrem Grund in der Sache; sie wird prinzipiell - und damit grundlos. Wer aus Prinzip kritisiert, hat keinen Grund am einzelnen Objekt und untergräbt sich gerade mit seiner Sicherheit, die sich von nichts beeindrucken lässt, das Argument der Kritik. Kritik setzt sich ins Unrecht, indem sie zur Haltung wird.« (Decker 1982, S. 74f.)

> einen Einspruch erheben. Nein, abwarten. Dass einer oder eine den andern als Mittel des eigenen Interesses benutzt, ist für sich keine Schande. Das hängt bisschen am Inhalt des Interesses.
>
> Die Frankfurter Schule war schwer aktiv mit der Formel vom Sexualobjekt. Immer mit dem Gedanken, da würde der anderen Seite unrecht geschehen. Ja, die Frau als Sexualobjekt. Ja, wenn die Frau das Verhältnis gar nicht will, dann liegt Gewalt vor. Und das ist wohl schlecht. Aber ansonsten? Die sind sich wechselseitig Sexualobjekt. Die sind Gegenstand der Befriedigung ihrer sexuellen Wünsche. Die sind sich wechselseitig Objekt, das ist gar keine Frage.« (Decker 2005. 0:00:31)

Subjekt und Objekt seien vielmehr »ganz dürftige philosophische Kategorien« – und die würden hier zu einem »Sündenverhältnis« gemacht. Das »dürftige« bezieht sich dabei ganz offensichtlich auf die Abstraktheit der Überlegungen, die von dem eigenen konkretistischen Standpunkt abweichen und daher nur schwer in das simple binäre Schema von gut und schlecht (= kaltes Bier und warmes Bier) eingepasst werden können. Darüber hinaus wird durch die Perspektive der Kritischen Theorie eine politische Praxis fragwürdig, in der die Einzelnen unter ein großes Ganzes subsumiert werden. Da jedoch genau diese Unterordnung das Organisationsprinzip von Roten Zellen, Marxistischer Gruppe und Gegenstandpunkt ist (die Individuen haben sich unter das Wissen, zu dem die Organisation den Zugang besitzt, unterzuordnen), muss die Kritik an genau dieser Stelle ansetzen. Eine über die Ebene des Interessenstandpunkts innerhalb vorgegebener Formbestimmungen hinausgehende Gesellschaftskritik, die etwa leninistische Organisationsbemühungen als bürgerlich demaskieren könnte, muss schon im eigenen Interesse abgewehrt werden: sie widerspricht dem Charakter und Zweck der Organisation.

Decker nimmt dabei von vornherein ein instrumentelles Verhältnis zur Wirklichkeit als selbstverständlich an. Er betrachtet die Welt vom Standpunkt des vereinzelten Einzelnen, der seine Umwelt als ihm zur Verfügung stehende Objektivität ansieht. Bereits darin drückt sich sein unkritisches und affirmatives Verhältnis zur bürgerlichen Gesellschaft aus. Decker (und mit ihm der gesamte GSP) bezieht einen utilitaristischen Standpunkt, der jede Welterfahrung in bloße

Zweck-Mittel-Beziehungen auflöst. So kann nicht mehr unterschieden werden zwischen Gesellschaften, in denen Subjekt-Objekt-Verhältnisse herrschen und solchen, in denen die Menschen auf andere Weise miteinander verkehren. Dass es keinesfalls selbstverständlich ist, dass Menschen sich vergesellschaften, indem sie sich wechselseitig zum Objekt machen, also als Sache behandeln, sondern es sich dabei um ein spezifisches Merkmal der bürgerlichen Gesellschaft handelt, bleibt für Decker ein Buch mit sieben Siegeln und löst allenfalls Achselzucken aus.[18]

Er nimmt derweil den Standpunkt des »gesunden Menschenverstandes« ein, von dem die Roten Zellen in der *Programmatischen Erklärung* noch behauptet hatten, er sei gerade nicht der Ausgangspunkt des »wissenschaftlichen Sozialismus«. Dieser Standpunkt aber kann nicht hinterfragt werden, weil er stets schon als selbstverständlich vorausgesetzt wird und so die Form eines zirkulären Beweises erhält. Verlangt wird immer nur, aus der vorausgesetzten Wirkmächtigkeit von Zwecken und Interessen als »letztem Grund« auf die Ursache allen sozialen Seins in Zweck und Interesse zu schließen. Von diesem Zirkelschluss aus werden dann andere Theorien vorgeführt und es kommt zu dem wenig überraschenden Urteil, dass diese erstens nicht mit der Position des GSP übereinstimmen und deshalb zweitens falsch, unwissenschaftlich und metaphysisch, überhaupt Methoden ohne Inhalt und zudem (falls es sich um eine linke Po-

[18] »Bei der Verselbständigung des gesellschaftlichen Zusammenhangs zu einer den Individuen fremd gegenübertretenden Macht handelt es sich um kein positives, analytisch einfach vorauszusetzendes Faktum; vielmehr stellen die Menschen diese Trennung in ihrem Handeln und Denken jeden Tag aktiv neu her. Verobjektivierte Herrschaft existiert nur an ihnen, nämlich als permanente Selbstgleichschaltungspraxis und fällt mit der beständigen Durchsetzung und Erneuerung der diese Gesellschaft tragenden Denk- und Handlungsform in eins: der Subjektform..[...] Die Warenmonade verzaubert die Gesellschaft zu einer fremden, mit Eigenleben begabten Macht, indem sie sich als ein in ihrem Kern vom gesellschaftlichen Zusammenhang unberührtes Wesen solipsistisch verhält. Genau für diese Sorte gesellschaftlicher Praxis aber steht die Subjektform. An ihr, dem Realphantasma des mit sich identischen, dem gesellschaftlichen Zusammenhang äußerlich gegenüberstehenden Aktors, hat die Herrschaft des Werts ihr Pendant, ihre Realisationsform und ihre Voraussetzung« (Lohoff 2005, S. 18). Vgl. auch die weiteren Ausführungen in diesem Text sowie in Lohoff 2006.

sition handelt, die kritisiert wird) zutiefst bürgerlich seien. Dass der eigene theoretische Standpunkt in dieser Hinsicht ein einziger blinder Fleck ist, wird selbstredend nicht einmal erahnt.

4. Erkenntnistheorie für Dummies

> *»Keine Methode zu haben heißt nur, eine zu haben, ohne es zu merken«* (*Rosa Luxemburg*)

Ausgangspunkt der Theoriebildung des GSP ist das Interessensubjekt, das sich vermeintlich objektives Wissen über die Welt erwirbt. In dieser Vorstellung spiegelt sich der Abbild-Charakter der zugrunde liegenden erkenntnistheoretischen Position. So wie in dieser Vorstellung von Wissenschaft der Mensch die ihn umgebenden Dinge einfach erkennt, so liegen für den GSP auch die Interessen der Menschen ganz offensichtlich zu Tage und können daher als Ausgangspunkt der Theorie gesetzt werden. Dabei lehnt sich der GSP unausgesprochen an das in der bürgerlichen Ökonomietheorie gängige Menschenbild vom homo oeconomicus an.

> »Der Mensch wird in der Ökonomik als *frei und selbständig* angesehen. Er ist frei von Sozialisations- und anderen sozialen Zwängen. Diese Vorstellung von einem freien Individuum entstammt der Aufklärung, die ein Menschenbild von selbstbestimmten Akteuren propagierte. Die Individuen sollten sich aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit befreien und die traditionellen Regeln nicht mehr als fraglos gegeben hinnehmen. Sie sollten vielmehr ihre Freiheit nutzen, um auf systematische Art und Weise auf die Veränderungen der Umwelt zu reagieren. Sozialisationseffekte fehlen in der ökonomischen Theorie, weil sie traditionelle Regeln internalisieren und somit eine systematische Anpassung an die Umwelt verhindern.« (Etzrodt 2003, S. 13)

Zentrale Aspekte der bürgerlichen Mikroökonomik bzw. der Rational Choice Theorie tauchen implizit, wenn auch nur selten explizit formuliert, in der Interessen-Soziologie des GSP auf. So etwa die Annahme eines stets rationalen

Handelns oder die Unterstellung stabiler Präferenzen (vgl. Etzrodt 2003, S. 14f.). Daher wird der Einfluss der Sozialisation auf das Denken und Handeln von Menschen verworfen, denn dieser würde ja ein Handeln im Sinne der Theorie verhindern. Beim GSP geht es dabei um das Erkennen der eigenen Interessen und die Befürwortung einer kollektiven revolutionären Umwälzung, in der Rational Choice-Theorie um die objektive und vorurteilsfreie Wahl individueller Präferenzen, das Vorgehen ist jedoch identisch.

Der GSP ist insofern konsequent, als dass er diese Konzeption nicht nur auf ökonomietheoretische, sondern ganz allgemein auf jedwede menschliche Erkenntnismöglichkeit anwendet. Entsprechend gelten ihm die Naturwissenschaften »als eine auf Objektivität zielende Tätigkeit: Erkenntnis. [. . .] Das Resultat der Naturerkenntnis besteht in Gesetzen.« (Marxistische Gruppe 1973, S. 1 ff.) Nun ist diese Definition ist nicht ganz falsch, wenn wir uns auf die Erkenntnisform der modernen Naturwissenschaft beschränken, doch auch sie steht schon im Widerspruch zu der bisher geäußerten Vermutung, die Welt ließe sich auf dem Wege einfacher, sinnlicher Anschauung erfahren. Entgegen dieser Grundannahme verweist der GSP in seiner Theoretisierung der Naturwissenschaften zu Recht darauf, dass Naturwissenschaften ihren Ausgangspunkt nicht in der Empirie, sondern im Postulat von Gesetzen nehmen. Dabei lässt er jedoch die historische Spezifik dieser Vorstellung unter den Tisch fallen. Denn vor der historischen Durchsetzung der modernen Naturwissenschaften wurden Naturerkenntnisse zumeist nicht in Gesetzesform aufgestellt. Das Besondere an der Gesetzesform der Naturerkenntnis ist ihr universeller Anspruch, wie er sich etwa in der Grundannahme ausdrückt, dass alle Dinge der gleichen Schwerkraft unterliegen. In anderen Gesellschaften ging man dagegen von der unmittelbaren Erfahrung aus, dass alle Dinge unterschiedlich schnell fallen und führte das in der einen oder anderen Weise auf die Eigenschaften der je individuellen Gegenstände oder den Kontext, in dem sie sich befanden, zurück. Erst mit der Moderne kam die Vorstellung auf, dass Zeit und Raum homogen sind und alle Dinge sich darin gleich verhalten.

> »Die mathematische Naturwissenschaft beruht auf der Grundannahme, dass es universell gültige, d.h. von Ort und Zeit unabhängige Naturgesetze gebe. Diese Annahme lässt sich durch einfache Beobachtung nicht belegen, die Wirklichkeit erscheint eher ungeordnet und unregelmäßig. Die aristotelische Wissenschaft meinte, dass die himmlischen Sphären ganz anderen Gesetzen folgen als die sublunare, sofern sie denn überhaupt von ›Gesetzen‹ in unserem Sinne gesprochen hat, denn die Vorstellung universeller Naturgesetze setzt einen objektiven Begriff der linearen und beliebig teilbaren Zeit und einen Begriff des Raumes als homogen und nicht etwa in Sphären aufgeteilt voraus.
>
> Die nächste Annahme lautet, dass sich die Naturgesetze mathematisch beschreiben lassen. Sie liegt dem für die Naturwissenschaften zentralen Begriff der Messung zugrunde. Denn die Idee, den Naturgesetzen auf dem Wege der Messung nachspüren zu können, wäre ansonsten ziemlich sinnlos.
>
> Die ungeordnete und vielfältige Wirklichkeit lässt sich nicht messen. Daher wird denn auch anders vorgegangen, wie aus allen Schriften etwa Galileis und Newtons deutlich wird. Am Beginn steht ein Gedankenexperiment, also die Formulierung von Idealbedingungen (was wäre, wenn ...), aus denen auf mathematischem Wege Schlussfolgerungen gezogen werden können.« (Ortlieb 1998, S. 29)

Die Annahme allgemein gültiger Naturgesetze und die damit verbundene Vorstellung von Raum und Zeit ist WissenschaftlerInnen in vormodernen Gesellschaften weitestgehend fremd und bildet die Voraussetzung für den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess in der kapitalistischen Moderne. Erst unter diesen Vorannahmen, lassen sich etwa Experimente auf die Weise interpretieren, wie wir das heute gewohnt sind. Der GSP allerdings schert sich keine Minute um diese Besonderheit, sondern setzt sie als Selbstverständlichkeit[19] voraus:

---

[19] Die affirmative Haltung zu den Naturwissenschaften drückt sich auch in der Beurteilung der Proteste gegen Atomenergie aus. Atomenergie nämlich sei nichts weiter als »die Anwendung der modernen Naturwissenschaft« und die mit ihr verbundenen Gefahren kämen einzig daher, dass den »Agenten von Staat und Kapital« nicht an der Sicherheit der Bevölkerung gelegen sei. Der Protest gegen Atomkraft erscheint ihnen

> »Wenn Physiker Gleichungen hinschreiben, ohne vorher zu klären, was z.B. Raum und Zeit sind, so ist dies kein Versäumnis, sondern die Erklärung eines Gegenstands, dessen Bestimmtheit in der quantitativen Beziehung liegt« (Marxistische Gruppe 1973, S. 4f.).

Diese quantitativen Dimensionen, innerhalb derer sich die Dinge in Zeit und Raum einordnen, gelten dann als objektive Realität, deren Erkenntnis nichts mit gesellschaftlichen Denkformen (wie etwa der Vorstellung einer gleichförmig-abstrakten Zeit oder eines homogenen Raumes) zu tun haben soll. Sie seien daher auch »nicht als ›bloß mathematische‹ [Bestimmungen] zu denunzieren« (Marxistische Gruppe 1973). Überlegungen, die auf die Qualität bzw. die Form der Erkenntnis abzielen und nicht lediglich die quantitativen Relationen des Erkenntnisinhaltes thematisieren, wären der vom GSP propagierten Form »bewusstloser Objektivität« (Ortlieb) unangemessen:

> »Verfehlt sind auch alle Versuche, den Erkenntnischarakter der Naturwissenschaften ›historisch-materialistisch‹ zu bestimmen durch Rekurs auf die Bildung ihrer Begriffe. Eine solche Untersuchung behauptet von vorneherein die Erkenntnis als etwas Subjektives, historisch Relatives und kann deshalb die Wissenschaft als kapitalistisch kritisieren, ohne sich überhaupt auf sie einzulassen [. . .]. Verfehlt sind an dieser Stelle Verweise auf abstrakt logische Zusammenhänge wie Qualität-Quantität, die in der Natur wie überall ihre Gültigkeit haben [. . .]. Der Verweis auf Qualität als Voraussetzung der quantitativen Beziehung tritt deshalb stets auf als Rückfall hinter die im Gesetz erkannte Bestimmtheit« (Marxistische Gruppe 1973, S. 4f.)

Kritisiert wird an der Wissenschaftskritik, wie sie aus der Tradition der Kritischen Theorie entstanden ist, dass sie durch die Rückführung der wissenschaftlichen Erkenntnis auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und Denkformen eine Relativierung bewirke: wenn die Erkenntnis nicht in dem Sinne »objektiv« ist, dass sie jenseits aller gesellschaftlicher Bestimmung als »wahr« gelten kann – dann stößt das in der Programmatischen Erklärung formulierte Agi-

auf diese Weise als Affirmation von Staatshandeln (Marxistische Gruppe 1977). Zum grundsätzlichen Verfahren derartiger Kritik vgl. auch das folgende Kapitel.

tationskonzept an seine Grenzen. Der GSP verwechselt dabei die historische Spezifik von Denkformen mit einem wissenschaftstheoretischen Pluralismus, der verschiedene Erkenntnisse nebeneinander stehen lassen will. Er lobt die Naturwissenschaften im Gegensatz dafür, dass sie sich auf solchen Relativismus nicht einlassen würden: »Die Naturwissenschaften lassen Widersprüche, die in ihrem Erkenntnisprozeß auftreten, nicht unaufgelöst stehen und dulden keine konkurrierenden Theorien« (ebd., S. 2). Eben dies soll, ja muss auch in den Sozialwissenschaften gelten, wenn das richtige Argument zur Waffe im Klassenkampf werden soll. Daher wird konsequenterweise jeder Rekurs auf die Formproblematik der kapitalistischen Gesellschaft abgelehnt. Offensichtlich befürchtet der GSP, dass eine Thematisierung der besonderen Form von Erkenntnis im Kapitalismus (aber auch der besonderen Form von Reichtum, Individualität oder herrschender Gewalt) die konkrete Auseinandersetzung mit dem Gegenstand hintergehen und so einen »Rückfall« hinter bereits erheischte Erkenntnis darstellen könne. Diese Furcht ergibt sich aber nicht aus einer präzisen Bestimmung der Zusammenhänge, sondern aus der Verwechslung von Wissenschaftspluralismus und einer Theorie historischer Denkformen.

Die oben zitierten »quantitativen Relationen«, in denen die Dinge zueinander stehen, verweisen denn auch auf die zentrale Differenz von Natur- und Gesellschaftswissenschaften innerhalb der Konstruktion des GSP. Die von der Naturwissenschaft beobachteten und in gesetzmäßiger Erkenntnis festgehaltenen Dinge haben ihren Zweck darin, eine bestimmte Funktion für die menschliche Gesellschaft auszuüben. Daher sei die Beschäftigung mit Menschen auch nicht Gegenstand der Naturwissenschaften (vgl. Marxistische Gruppe 1973, S. 4), da diese ihre Zwecke mittels »abstrakt freien Willens« ja gerade selber setzten (vgl. Gegenstandpunkt 2001, S. 13 ff.).[20] Allerdings nähmen diese Zwecke in der Gesellschaftswissenschaft den Status ein, den die Gesetze in den Naturwissen-

[20] Genau genommen beschäftigen sich auch die Naturwissenschaften beizeiten mit Menschen – etwa in der Biologie oder der Medizin. Deutlich präziser als diese oberflächliche Behauptung der MG ist da schon die Bestimmung von Max Weber, Soziologie sei diejenige Wissenschaft, die sich mit dem sozialen Handeln von Menschen beschäftige (vgl. Weber 1964 [1956], S. 3 ff.)

schaften haben: »Zwecke sind die Gesetze der gesellschaftlichen Phänomene« (Decker 1982, S. 71). Sie werden also genauso vorausgesetzt wie die »Naturgesetze«, nur dass sie aus den als objektiv gesetzten Interessen abgeleitet werden. Der postulierte »freie Wille« ist in Wahrheit nicht viel mehr als die Einsicht in die Notwendigkeit ebendieser Interessen.

Während wir oben gesehen haben, dass die Möglichkeit zur Erkenntnis von Naturgesetzen bereits eine spezifisch moderne »Denkart« (Kant) voraussetzt, wird die gesetzesmäßige Naturbeschreibung in der GSP-Theorie also in die rein quantitative Bestimmung überhistorischer und objektiv erkennbarer Inhalte verwandelt, während jede Reflexion auf das Formprinzip der bürgerlichen Naturwissenschaften entfällt. Dementsprechend wird auch innerhalb der gesellschaftstheoretischen Betrachtungen der Formaspekt auszusparen und durch die Zwecke, also bestimmte Inhalte, als vermeintliches Äquivalent zu ersetzen sein. Diese Zwecke, die auf Interessen verweisen, gilt es nun objektiv zu erkennen. Die Gesellschaftswissenschaften hätten sich daher von ihrem falschen Pluralismus zu verabschieden und endlich festzustellen, »was Sache ist«.

Auf diese Weise etabliert der GSP innerhalb seiner theoretischen Argumentation also die Zweck-Metaphysik als Ausgangspunkt aller Reflektion. Er wiederholt damit, wie zum Beginn dieses Abschnitts bereits bemerkt, die Position der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre, die ebenfalls das rationale, seine Interessen verfolgende Individuum zum Ausgangspunkt nimmt. Und ganz so wie in der bürgerlichen Ökonomietheorie wird auch beim GSP dieser Anfang als Selbstverständlichkeit dargestellt. Beide Positionen übersehen dabei, dass das sich selbst gewisse, seine Interessen verfolgende und die Welt verobjektivierende Individuum erst mit der historischen Durchsetzung der warenproduzierenden Gesellschaft, mithin also im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung, entstanden ist. Erst hier erfahren die modernen Subjekte als »vereinzelte Einzelne«, mit sich identisch die Welt als eine außer ihnen seiende Objektivität (vgl. Bierwirth 2013).

»Erst bei den sich von vornherein und prinzipiell als *Einzelne*, als ›*Menschen*‹ auffassenden Mitgliedern einer solchen Gesellschaft kann die Vorstellung von

theoretischer Erkenntnis entstehen. Also von Erkenntnis, die unabhängig von ihrer empirischen Absicherung und etwaigen gesellschaftlichen Standorten und Interessen der einzelnen Erkennenden *der Form nach den Rang der Allgemeinheit und Denknotwendigkeit beansprucht;* die diese Einzelnen daher, soweit sie die Stufe der Rationalität und Mündigkeit erreicht haben, in eine intersubjektiv zwingende Verbindung versetzt [. . .]. Erst hier werden auch die Vorstellungen von einer solcher Erkenntnisart zugrundeliegenden, allgemein-menschlichen Vernunft bzw. von *allgemeinen Regeln des menschlichen Denkens und Kategorien der rationalen Weltauffassung* [...] herausgebildet.« (Müller 1981, S. 142)

Wenn nun mit dem Kapitalismus eine Anschauung in die Welt tritt, die dem Dasein der Menschen als vereinzelten Einzelnen entspricht und die Grundlage für deren Reflexion über die Welt darstellt – dann bedeutet dies, dass die kapitalistische Gesellschaft und die ihr eigene Dynamik mit den seit der Aufklärung entstehenden »grundlegenden philosophischen Theorien« in Verbindung gesetzt werden kann.

> »[W]eniger als irgendein anderes Moment des gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs erlauben sie die Reduktion auf bloße Ideologie, auf Formulierungen aus dem Interesse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. [. . .] Mit anderen Worten: die Entwicklungsgeschichte des über den Wert vergesellschafteten Lebensprozesses schlägt sich in der Geschichte der Philosophie (und überhaupt der geistigen Produktionen) nieder. Und kann an ihr in ihrer verselbständigten Gestalt verfolgt werden; doch sind diese jeweiligen Gestaltungen in der Regel nicht einfach Ausdruck bestimmter Klassen- oder Schichtinteressen [. . .], sondern vielmehr allgemeiner Ausdruck des Entwicklungsstands der tendenziell oder wirklich über den Wert verknüpften Gesellschaft. (Es genügt also nicht, beispielsweise Hobbes einfach als Exponenten der Gentry, eines konservativen Teils der bürgerlichen Klasse im England des 17. Jahrhunderts, aufzufassen und darüber den allgemeinen Charakter seiner Gesellschaftsauffassung zu vernachlässigen.)« (Müller 1981, S. 144).

Diese Erkenntnistheorie hat also das Verhältnis von Subjekt und Objekt zu ihrem Gegenstand. Sie beginnt mit dem Philosophen, Mathematiker und Na-

turwissenschaftler René Descartes (1596 – 1650), der das denkende Subjekt als einzig gesicherten Ausgangspunkt nimmt, von dem aus die Welt erfasst werden kann: ego cogito, ergo sum – Ich denke, also bin ich. Damit führt er eine radikale Subjekt-Objekt-Trennung ein und beschreitet theoretisches Neuland, denn er zerschlägt das Weltbild der mittelalterlichen Scholastik, in dem Gott die zentrale Rolle zukam.

> »Zunächst einmal erhob er das denkende Subjekt in den Rang einer selbstevidenten Größe. Er setzt die gesamte Wirklichkeit einem universellem Zweifel aus, um im Meer des Ungewissen einen festen Punkt auszumachen, eben das erkennende Subjekt. Hatte bis dato die Existenz Gottes als die einzig unhintergehbare Grundgegebenheit gegolten, so rückte das bestimmungslose (= abstrakte) denkende Subjekt jetzt in diese privilegierte Position nach. Gleichzeitig – und das ist nur die anderer Seite der gleichen Medaille – konstruiert seine Zweisubstanzenlehre eine grundlegende Wesensverschiedenheit zwischen dem denkenden Subjekt einerseits und der gesamten übrigen Wirklichkeit andererseits. Die hermetische Scheidung der res extensa, des Kosmos der ausgedehnten Dinge, von der res cogitans, der unkörperlich raumlosen und doch als Substanz gedachten Denkinstanz, bricht die Brücke zwischen Erkennbarem und Erkenntnisträger ab. Die radikale wesenhafte Trennung von Erkennenden und Erkenntnisgegenstand wird zur Grundlage allen menschlichen Denkens, zur allgemein verbindlichen Erkenntnisform.« (Lohoff 2005, S. 28)

Auf diese Weise etabliert sich das Verhältnis von Subjekt und Objekt als gesellschaftliches Formprinzip, das für den GSP ein Buch mir sieben Siegeln bleibt, weshalb ihm die damit verbundenen Fragenstellungen lediglich als überflüssige Rechtfertigungsideologie erscheinen. Zwar meint auch der GSP, die Welt mit dem bloßen Gedanken erfassen zu können, doch wo Descartes als Pionier der modernen bürgerlichen Erkenntnistheorie eine radikale Grenze zwischen dem erkennenden Subjekt und der ihn umgebenden Welt zieht, geht der GSP ganz naiv realistisch davon aus, dass dem Subjekt seine Welt unmittelbar zugänglich ist, wenn es nur logisch-rational genug vorgeht. Deshalb geht auch seine Kritik an der Kritischen Theorie völlig ins Leere, denn wenn dort von »Vernunft«

oder «Geist« die Rede ist, so geht es stets um eine gesellschaftlich vermittelte Denkform – und nicht um einen individuellen Denkprozess mit dem Ziel, eine spezifische Erkenntnis zu erlangen.

Diese Perspektive wurde nun aber durch den Skeptizismus von David Hume (1711 - 1776) um die Frage erweitert, wie für das erkennende Subjekt die Erkenntnis der es umgebenden Objektwelt (ohne die Annahme einer verbindenden Göttlichkeit) überhaupt möglich sein kann. Hume teilte die menschliche Verstandesfähigkeit in mathematisch-logische Operationen (relations of ideas) einerseits und empirische Tatsachenbeobachtungen (matters of fact) andererseits. Der erste Bereich galt ihm als wissenschaftlich unproblematisch, doch dem zweiten, der auf die Beobachtung der Welt abzielt, sei nicht über den Weg zu trauen. Denn trotz aller noch so genauer Beobachtung seien doch immer nur zeitliche Abfolgen zu beobachten, nicht jedoch faktische Kausalitätsbeziehungen (vgl. Müller 1981, S. 148 – 155). Immanuel Kant (1724 – 1804) greift die Fragestellung von Hume auf und versucht, sie einer Lösung zuzuführen: es sei das erkennende Subjekt selbst, das durch den Gebrauch der Vernunft die Gleichsetzung der disparaten Objektwelt ermögliche (vgl. Müller 1981, S. 165 – 173).

Angelehnt an den Skeptizismus von Hume konzipiert Kant »Raum« und »Zeit« als ›Formen reiner Anschauung‹ und somit als der Erfahrung vorgängige Eigenschaften des Erkenntnisvermögens. Sie sind der konkreten Erkenntnis vorgeordnet und daher ›transzendental‹ (vom lateinischen »transcendere«, »überschreiten«), denn sie überschreiten gewissermaßen jede konkrete Denkbemühung. Das erkennende Subjekt muss über sie verfügen und ist so als »Transzendentalsubjekt« jedem Denkakt vorausgesetzt.

> »Das transzendentale Subjekt geht aller auf Anschauung bezogenen Verstandestätigkeit voraus und ist in jedem Akt dieser Tätigkeit vorausgesetzt; es entspringt daher in keiner Weise aus dem Ensemble der Tätigkeiten der empirischen Denksubjekte [...] Der ›menschliche Verstand‹ ist insofern jedenfalls ein gesellschaftlicher Verstand, als er die Kommunikation zwischen Erkenntnissubjekten einschließt, und zwar einzelnen Subjekten, die sämtlich als prinzipiell gleiche auf das höchste Prinzip der Verstandestätig-

keit bezogen sind; eine Beziehung, die wechselseitige Anerkennung und insofern freie Beziehung dieser Subjekte einschließt« (Müller 1981, S. 171f.).

Es liegt nahe, das Transzendentalsubjekt als mystifizierende Reflexion auf eine sich ausbreitende Warenwirtschaft zu begreifen. Die Freiheit und Gleichheit der kapitalistischen Handlungsträger hat Kant begriffslos in die Welt der Philosophie übersetzt. An dieser Stelle schließen auch die Überlegungen von Adorno an, wenn dieser in der *Negativen Dialektik* das Verhältnis von Subjekt und Objekt problematisiert und den subjektiven Denkakt von Kant als gesellschaftliches Verhältnis dechiffriert:

> »Die Allgemeinheit des transzendentalen Subjekts aber ist die des Funktionszusammenhangs der Gesellschaft, eines Ganzen, das aus den Einzelspontaneitäten und -qualitäten zusammenschießt, diese wiederum durchs nivellierende Tauschprinzip begrenzt und virtuell, als ohnmächtig vom Ganzen abhängig, ausschaltet. Die universale Herrschaft des Tauschwerts über die Menschen, die den Subjekten a priori versagt, Subjekte zu sein, Subjektivität selber zum bloßen Objekt erniedrigt, relegiert jenes Allgemeinheitsprinzip, das behauptet, es stifte die Vorherrschaft des Subjekts, zur Unwahrheit. Das Mehr des transzendentalen ist das Weniger des selbst höchst reduzierten empirischen Subjekts.« (Adorno 2003 [1966], S. 180)[21]

Wenn also Adorno kritisiert, dass das Subjekt sich eine Objektwelt verfügbar machen würde, dann geht es ihm immer und in erster Linie um dieses transzendentale (automatische) Subjekt – und damit um das Kapital als dem sich selbst verwertenden Wert (vgl. auch Müller 1981, S. 190-202). Insofern läuft die oben zitierte Polemik von Peter Decker über die angebliche »Normalität« von Subjekt-Objekt-Verhältnissen darauf hinaus, es sei doch gar nicht so schlimm, wenn sich das Kapital die ganze Welt unterwerfe. Da Decker und mit ihm der GSP die Formproblematik jedoch von vornherein ablehnt, weil sie über die simple Mechanik von gegensätzlichen Interessen und Zwecken hinausgeht, die ihren Denkhorizont begrenzt, erscheinen ihm die Äußerungen von Adorno als dumpfer Unsinn.

[21] Vgl. hierzu auch Wedel 2003

Decker behauptet dabei, Philosophie lediglich zu kritisieren, selber aber gar keine philosophische Position einzunehmen. Damit stellt er sich faktisch auf den Standpunkt des »gesunden Menschenverstandes« und vertritt zugleich, allen Beteuerungen zum Trotz, selbstverständlich eine erkenntnistheoretische Position – nämlich die des »naiven Realismus«, der heute insbesondere von bestimmten Strömungen der analytischen Philosophie vertreten wird, die sich vor allem dadurch auszeichnen, Philosophie als Anwendung formaler Logik und Entwicklung idealer Sprachen zu praktizieren. Diesen zumeist zum Beginn des 20. Jhdts. entstandenen Philosophien (in der Nachfolge von Wittgenstein und Moeere) ist im Unterschied zur frühbürgerlichen Philosophie jede gesellschaftliche oder auch nur subjektzentrierte Reflexion ausgetrieben. Dass der GSP, vermutlich ohne sich dessen bewusst zu sein, in dieser erkenntnistheoretischen Tradition steht, erklärt sowohl seinen sprachphilosophischen Nihilismus (vgl. Gruppe 180°, 2010) als auch die offen zur Schau getragene Aversion gegen jedwede Vermittlung der eigenen Theorie mit praktischem Handeln gegen die kapitalistische Realität.

Das von Adorno angewandte Verfahren, in den gesellschaftlichen Verhältnissen die Voraussetzungen für die Gedankenwelt der Menschen zu suchen, vermag bürgerliche Theorien wie die vom Kant'schen Transzendentalsubjekt kritisieren, ohne sie zur bloßen Fehlleistung zu erklären. Es macht deutlich, dass die Wirkungen, die Kant einem transzendentalen Subjekt zuschreibt, letztlich auf die historisch-spezifische Form der kapitalistischen Warengesellschaft zurückzuführen sind. Dass in diesem Sinne Ideologie nicht einfach als ›Fehler‹ zu verstehen ist, sondern als Reflexion einer fetischistisch verfassten Gesellschaft, hätte der GSP übrigens ohne Weiteres auch bei Marx erfahren können, der etwa in der *Deutschen Ideologie* schrieb:

> »Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß. [...] Ganz im Gegensatz zur deutschen Philosophie, welche vom Himmel auf die Erde herabsteigt, wird hier von der Erde zum Himmel gestiegen.« (MEW 3, S. 26)

Dieses kritisch gegen die bürgerliche Philosophie gerichtete Ansinnen hält Decker jedoch für »problematisch« (Decker 1982, S. 184). Und auch bei diesem Einwand wird deutlich, dass seine auf Zweck-Mittel-Relationen reduzierte Philosophie nicht in der Lage ist, auch nur die Problemebene zu fassen, um die es Marx geht: »Hier wird nicht einfach der Inhalt des Bewußtseins als der Wirklichkeit entnommen, sondern auch noch die Beurteilung der Wirklichkeit als durch das praktische Sein bestimmt angegeben« (ebd.). Decker wendet sich damit gegen ein nicht-empirisches Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Lebensverhältnissen und individuellen Vorstellungen über die Welt. Auch darin mit der bürgerlichen Empiristik etwa eines Popper eng verwandt, möchte er nur gelten lassen, was »der Wirklichkeit entnommen« worden ist. Nähme er dieses Argument ernst, müsste er die Marx'schen Begriffe von Wert und Kapital über Bord werfen – denn diese sind ja keine empirischen Beschreibungen, sondern logische Deduktionen. Äußerungen über die Welt kann Decker daher nur unter dem Gesichtspunkt bewerten, inwiefern sie mit seinen empirischen Beobachtungen übereinstimmen, die ihm als völlig evident erscheinen, weil er sich über die eigenen erkenntnistheoretischen Prämissen keine Rechenschaft ablegt. Abweichende Äußerungen und Ansichten können ihm daher nur als gedankliche Fehlleistung oder bewusste Täuschung bzw. Lüge erscheinen.[22] Gleichsam unterstellt er Marx kontrafaktisch, diese Position geteilt zu haben. Dieser nämlich habe »gezeigt, daß Ideologien Gedanken sind, mit denen sich die Individuen der Klassengesellschaft auf praktische Notwendigkeiten einrichten« und ihr Ursprung sei »eine [Frage] der praktischen Not und von Interessen« (Decker 1982, S. 184f.).

In ebendiesem Sinne sei der Marx'sche Materialismus ein weiteres Beispiel für eine »Methode, die vor und unabhängig von einer Theorie für diese fixiert wird« und entsprechend fällt auch Deckers eigene Konzeption von materialistischer Theorie aus:

22 Hier findet sich ein Grund für die Verachtung, mit der die Epigonen des GSP anderen DiskussionsteilnehmerInnen entgegentreten: weil die entweder dumm sind oder lügen, können sie auch nicht ernst genommen werden.

> »Nur als Kritik einer Theorie, die nicht die Besonderheit ihrer Objekte erforscht, sondern sich in der Theorie von der Sache entfernt, hat das Prädikat ›materialistisch‹, zur Theorie hinzugesetzt, überhaupt einen Sinn, nämlich: sich ans Material zu halten! Desgleichen hat nur gegen Theoretiker, die gerade praktische Fragen nicht nach praktischen Kriterien, sondern von den praktischen Interessen unabhängig, ›theoretisch‹ beantworten wollen, die tautologische Erinnerung ihr Recht, daß Fragen des Interesses eben auch als solche zu behandeln seien.« (Decker 1982, S. 186)

Materialismus ist beim GSP also nicht wie bei Marx der Versuch, das Denken und Handeln der Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft als konstituiert durch eine historisch-spezifische Vergesellschaftungsform zu dechiffrieren und genau darin zu kritisieren. Vielmehr handelt es sich um einen platten Interessenmaterialismus, der ganz wie der bürgerliche Alltagsverstand immer nur danach fragt, wem etwas nutzt und wem nicht. Theorie reduziert sich dementsprechend darauf, immer wieder nachzuweisen, dass bestimmte Interessen systematisch beschädigt werden. Nach diesem simplen Schema lassen sich nun freilich alle gesellschaftlichen Vorgänge sortieren und erklären, ohne danach fragen zu müssen, was ihnen zugrunde liegt.

5. Das Interesse an der Sache

> *»Wir müssen von allen Fachleuten lernen, die Wirtschaft zu handhaben. Wir müssen bei ihnen in die Lehre gehen und von ihnen respektvoll und gewissenhaft lernen.« (Egbert Dozekal)*

Bereits in der Programmatischen Erklärung wurde deutlich, dass die Argumentation des GSP zwei Grundpfeiler hat: auf der einen Seite steht das Interesse der Individuen, auf der anderen Seite der objektive Zweck der gesellschaftlichen Verhältnisse. In einem in den 1980er Jahren erschienenen Text zur Frage, was Kritik sei und wie sie funktioniere, wurde diese Position noch einmal bekräftigt:

> »Ganz nebenbei hat sich herausgestellt, wie Kritik geht. Wenn sie ihren Grund in zu kurz gekommenen Interessen hat, dann besteht ihr Zweck in

> nichts anderem als in der Beantwortung der Frage: Warum werden meine Interessen von anderen Leuten, von den maßgeblichen Herrschaften, von der Wissenschaft ... so schlecht oder gar nicht bedient? Sie ist angewiesen auf das objektive Urteil über Grund und Zweck der gesellschaftlichen Einrichtungen und ihrer Agenten, die einem das Leben schwer machen. Nicht das Interesse und schon gar nicht sein Ersatz durch gar nicht existente allgemeine Interessen, Werte und Ideale ist der Hebel, zu tauglichen Urteilen zu gelangen, sondern Wissen um die Sache, die sich als Hindernis geltend macht. Kritik besteht darin, die begriffene Sache am Interesse zu messen.« (Marxistische Gruppe 1989)

Auch in einem ebenso benannten Text, der im Frühjahr 2014 erschienen ist, betont der GSP diesen Aspekt:

> »So viel ist klar: Wer an die Welt, in der er lebt, ernsthaft den Maßstab seines Interesses anlegt, wer will, dass das Leben sich lohnt, der braucht Wissen; über das, was ihm nützen soll, was er zu nutzen gedenkt, und vor allem über das, was ihm schadet. Er benötigt darüber ein objektives Urteil, aus dem entweder folgt, dass er mit seinem Anspruch richtig liegt und dass, wenn er mit einer Sachlage nicht klarkommt, die Gründe dafür in einer unvollkommenen Verwirklichung eines an sich vernünftigen Zwecks oder in seinem verkehrten Umgang mit ihrer Natur nach brauchbaren Verhältnissen liegen; oder er entdeckt einen notwendigen, in der Natur der Sache liegenden Widerspruch zum eigenen Bedürfnis und weiß damit den Grund für die Ablehnung der Sache selbst und für entsprechende Initiativen zu ihrer Überwindung oder Beseitigung.« (Gegenstandpunkt 2013, S. 62)

Kritik besteht in dieser Vorstellung aus einem einfachen Vergleich. Auf der einen Seite stehen die Interessen des Individuums (seine »Privatinteressen«), auf der anderen Seite der begriffene Zweck der Sache.[23] Wie genau diese beiden Prämissen zu bestimmen sind, wird in diesen (und, soweit dem Autor bekannt,

[23] Neben Mitteln und Zwecken steckt in dieser Vorstellung von Kritik noch eine zweite stillschweigende Voraussetzung: die Vorstellung, dass es einzelne »Einrichtungen« und »Agenten« gibt, die für die missliche Lage der Einzelnen verantwortlich zu zeichnen haben. Diese Annahme ist der Prüfung bereits voraussetzt. Damit wird nahe gelegt, dass es die Interessen dieser Agenten sind, die meinen Interessen entgegenstehen.

auch in anderen Texten) nicht ausgeführt. Sie gelten gewissermaßen als unproblematisch und offen zu Tage liegend. Das ist insofern schlüssig, als das oben diskutierte erkenntnistheoretische Modell des GSP ja auch davon ausgeht, dass die Dinge ohne Weiteres objektiv zu erkennen sind, wenn man nur logisch und rational genug denkt. Diese Annahme gilt auch für die Interessen, von denen sich ja die Theoretikerin ebenfalls einen Begriff machen kann, so sie denn willens ist.

Tatsächlich ist die Sache aber nicht so einfach wie unterstellt. Denn der Begriff des Interesses ist keineswegs eindeutig. Zunächst einmal unterschlägt der GSP die Formspezifik der Interessenkategorie. Er behandelt jedwedes menschliche Bedürfnis unabhängig von seiner jeweiligen Konstitution und seiner Beschaffenheit als Interesse, obwohl beide Kategorien keineswegs identisch sind. Bedürfnisse wie Essen und Trinken, Schlafen und Wohnen existieren selbstverständlich in jeder Gesellschaft, unter kapitalistischen Verhältnissen nehmen sie jedoch eine spezifische Form an, denn sie lassen sich nur über den Umweg von Ware und Geld befriedigen. Hierauf verweist bereits der aus dem Lateinischen stammende Begriffes der Interesses (inter = zwischen und esse = sein). Das Wort wurde in der frühen Neuzeit ins Deutsche entlehnt und verwies zunächst auf Problemstellungen, die mit der sich ausbreitenden frühen Warenwirtschaft zusammenhingen: entgangener Nutzen, durch Versäumnis erwachsener Schaden; Zinsen, Vorteil.[24] Der Begriff des Interesses unterstellt also bereits, dass die Einzelnen als Warenbesitzer aufeinander treffen, also als Privatpersonen,

Auch mit den Zwecken der Einrichtungen sieht es nicht viel anders aus. Ein Zweck (vom griechischen telos, »Beweggrund von zielgerichtetem Verhalten«), den so eine Institution haben soll, bezieht sich schließlich bereits auf die Vorstellung, dass der vorherrschende Handlungsmodus der des instrumentellen Handelns, ist, das also Ziele aufgrund von Interessen verfolgt werden und dass die Handlungen funktional für die Umsetzung zuvor erfasster Ziele sind. Dass bei dieser Grundannahme im Regelfall auch eine Interessenkollision als Ergebnis herauskommt, ist kein Wunder.

24 Vgl. `http://de.wiktionary.org/wiki/Interesse` Das gleiche gilt auch für den Begriff des Zweckes, der vom griechischen »telos« abgeleitet ist und als Beweggrund einer zielgerichteten Tätigkeit verstanden wird. Vgl. `http://de.wikipedia.org/wiki/Zweck`

die sich gerade darin gesellschaftlich verhalten, dass sie ihren partikularen Vorteil anstreben. Die Interessen der Einzelnen sind in diesem Sinne, wie Marx schon in den Grundrissen anmerkte, die Interessen der Privaten,[25] also von ungesellschaftlich-vergesellschafteten Einzelnen, die ein ausschließliches Verfügungsrecht über bestimmte Dinge haben, von deren Nutzung die anderen Menschen ausgeschlossen sind.

> »Das Privateigentum, um den juristischen Namen für jene merkwürdige, ihren Besitzern von den Waren aufgeherrschte Art von gesellschaftlicher Beziehung zu verwenden, ist nicht erst deshalb zu attackieren, weil es dem Raub fremder Arbeit die adäquate Form gibt; es ist vielmehr deshalb aufzuheben, weil es sich bei ihm immer schon um beraubten Reichtum handelt, Reichtum, der qua Form Besitzer wie Nichtbesitzer von dem ausschließt, was diese Gesellschaft an produktiven wie sozialen Möglichkeiten bereithalten könnte, Reichtum, der per se mit Verarmung identisch ist.« (Lohoff 1998, S. 56)[26]

Das Interesse ist somit die zum Privat-Eigentum gehörige Form des Bedürfnisses. Es zielt dabei auf die Ausschließlichkeit des Privatstandpunktes, die andere Nutzungsmöglichkeiten ausschließt und setzt damit den Standpunkt der Privatperson voraus, welche innerhalb der rechtlichen Grenze ausschließlich über das je Eigene verfügt: »Die Grenze, in welcher sich jeder dem andern unschädlich be-

[25] Vgl. MEW 42, S. 89ff. sowie Bierwirth 2015

[26] Auch dieser Zusammenhang lässt sich anhand der sprachlichen Genese des Wortes plausibel machen: »›Privatus‹, das Partizip Perfekt des Verbs ›privare‹ (rauben), bezeichnet im Lateinischen, substantiviert verwendet, ›das Beraubte‹. Der Privatier, der freie Bürger, dessen Dasein sich nur um die Erfordernis des Erwerbs dreht, führt dem antiken Verständnis nach eine beraubte, ihres wesentlichen Inhalts entkleidete, durch und durch erbärmliche Existenz. Das Altgriechische bringt das übrigens noch etwas härter auf den Punkt. Der Begriff des homo privatus hat in dieser Sprache seine Entsprechung im ›Idioten‹, ein Ausdruck, von dem bei der Übernahme in die modernen Sprachen leider nur mehr die pejorative Besetzung übrig geblieben ist. Vom Standpunkt der Kritik bietet sich die Rückkehr zum ursprünglichen Sprachgebrauch an. Eine ungesellschaftliche Gesellschaft, die sich ihrem Wesen nach in die allgemeine Konkurrenz privater Interessenstandpunkte auflöst, verdient in der Tat, als vollidiotisierte Gesellschaft bezeichnet zu werden.« (Lohoff 1998, S. 56)

wegen kann, ist durch das Gesetz bestimmt, wie die Grenze zweier Felder durch den Zaunpfahl bestimmt ist. Es handelt sich um die Freiheit des Menschen als isolierter auf sich zurückgezogener Monade.« (MEW 1, S. 364)[27]

Es handelt sich beim Interesse also um eine spezifisch kapitalistische Kategorie, die vom GSP mit einer recht allgemeinen Vorstellung von Bedürfnissen in eins geworfen wird. Wenn der GSP daher stets unterstellt, die ihre Arbeitskraft vermarktenden Monaden hätten das »Interesse«, die herrschenden Verhältnisse zu überwinden, weil ihre Interessen mit den Zwecken des Kapitalismus nicht übereingehen, geht das schon begrifflich ins Leere. Denn die Überwindung des Daseins als Interessensmonade, also der Bruch mit der kapitalistischen Form, ist etwas ganz anderes als die Affirmation eben dieses Daseins durch konsequente Verfolgung der eigenen Interessen. Das eine ergibt sich keinesfalls aus dem anderen, wie der GSP ohne viel Federlesens behauptet. Und selbst dort, wo die VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft ihre Interessen immanent verfolgen, ist die Situation keinesfalls so eindeutig, wie vom GSP unterstellt.[28] So ist es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zunächst sicherlich im Interesse der ArbeiterInnen, für einen möglichst hohen Lohn zu kämpfen. Insofern entsprechen solche Lohnkämpfe ihrem Interessen-Standpunkt.

Allerdings ist das nur die halbe Wahrheit. Denn neben ihrem Interesse an einem möglichst hohen Lohn haben sie auch das Interesse, *überhaupt* einen Lohn zu bekommen. Ein allzu erfolgreicher Arbeitskampf, der gar ein ökonomisches Scheitern des eigenen Betriebes oder Wirtschaftsstandortes in der Marktkonkurrenz zur Folge hätte, würde daher den Interessenstandpunkt kon-

[27] Bereits hier deutet sich an, dass die Existenz der Privaten auch die Existenz des Staates voraussetzt. Wir werden hierauf zurückkommen, wenn wir die Utopie des GSP diskutieren.

[28] Das fällt bereits auf, wenn wir uns die disparate Verwendung des Interessenbegriffes ansehen. Denn wenn etwa Leo Meyer in dem Sammelband »Das Prinzip Ohnmacht« bemerkt, dass die MG auf Betriebsversammlung das eine Mal den Lohnkampf fordern, ihn das andere Mal als reformistisch denunzieren würde (vgl. Meyer 1983), so ist das keinesfalls ausschließlich dem Opportunismus der GenossInnen zuzurechnen. Eine derartige Widersprüchlichkeit liegt bereits aufgrund der Mehrdeutigkeit der Interessenkategorie nahe.

terkarieren. Soweit in Arbeitskämpfen also auf die »Konkurrenzfähigkeit« des »Standorts« Rücksicht genommen wird, ist das keinesfalls prinzipiell mangelnde Konsequenz, sondern verweist nur auf die Immanenz der Interessensform. Konsequent partikularistisch wäre somit für die je Einzelnen eine Situation erstrebenswert, in der sie selber zwar einen besonders hohen, die KollegInnen jedoch einen möglichst niedrigen Lohn bekommen. So wäre das individuelle Auskommen gleichsam mit der Sicherheit der Einkünfte garantiert.[29] Auch auf der Seite der Unternehmen stellt es sich ganz ähnlich dar. Hier gibt es zwar durchaus ein Interesse an Lohnsenkung zur Maximierung der Betriebsgewinne, doch sollte diese nicht dazu führen, dass am Ende die produzierten Waren keine willige AbnehmerInnenschaft mehr finden, weil diesen dafür das nötige Kleingeld fehlt. Auch hier gibt es also neben dem Interesse, individuell möglichst wenig Lohn zu zahlen das damit im Widerspruch stehende Interesse, dass überhaupt Löhne gezahlt werden sollen, die als Kaufkraft wirksam werden (vgl. Schandl 2004).[30] Während der GSP nun die erste Seite dieses immanenten Widerspruchs der Kategorie Interesse je nach eigener Bedürfnislage mobilisiert, unterschlägt er die zweite gänzlich und beharrt auf der Eindeutigkeit des sich selbst gewissen Interesses, die erkennbar nicht gegeben ist.[31]

Indem er so die grundsätzliche Immanenz des Interessenstandpunkts unter den Tisch fallen lässt, kann der GSP dessen konsequente Durchsetzung zum

[29] In der betrieblichen Realität taucht diese Konstellation zur Zeit vermehrt als »Mobbing« auf.

[30] Darüber hinaus sind die Unternehmen durch den Druck der Konkurrenz gezwungen, ihre Gewinne zu weiten Teilen nicht in die Produktion, sondern in die Erweiterung bzw. Verbesserung ihrer Produktionsbedingungen zu investieren. »Bei der Schaffung mehrwertproduktiv anzulegenden bzw. zu re-investierenden Mehrwerts handelt es sich um einen selbstbezüglichen und sich notwendig unendlich fortsetzenden Prozess ohne äußeren Zweck. Und dieser Prozess weist kein Subjekt auf, für den das Kapital Miittel wäre. Was für die Privateigentümer für deren private Konsumtion abfällt, stellt einen Nebeneffekt eines anderen Imperativen gehorchenden Prozesses dar.« (Creydt 2015, S. 31)

[31] Weitere blinde Flecken in der Interessen-Soziologie des GSP diskutiert Creydt 2015, S. 28ff.

Inhalt vermeintlicher gesellschaftlicher Emanzipation deklarieren. Das erklärte Ziel kommunistischer Politik ist somit die »Durchsetzung systematisch geschädigter Interessen« (Gegenstandpunkt 2004). Würden die Menschen endlich die Welt so verstehen, wie der GSP sie predigt, dann wäre »der Interessengegensatz, den die Recht setzende Gewalt organisiert, richtig auf der Tagesordnung, und den Klassenkampf brauchen sie (die Menschen, J. B.) nur noch zu gewinnen« (Marxistische Gruppe 1986).

Die Verwirklichung dieser Interessen findet im Kommunismus statt und der kann dann – solange die Interessen der Mehrheit eben nicht geschädigt werden – ruhig auch als Staat organisiert sein. An den realsozialistischen Staaten findet der GSP daher auch einiges richtig, weil es dort ja immerhin um die Interessen der Menschen gegangen sei. So konnte dereinst die Marxistische Gruppe über die DDR festhalten:

> »Die politische Gewalt setzt sämtliche Maßstäbe des ökonomischen Erfolgs, verfügt über dessen Mittel und regelt die Leistung seiner Bürger ebenso wie das, was sie sich leisten können. Per staatlichen Beschluß wird der Beitrag zum Zustandekommen des Mehrprodukts geregelt, und aufgrund politischer Entscheidungen bestimmt sich die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum.
>
> Und das ist erst einmal überhaupt kein Skandal! [. . .] Was soll eigentlich an einer Politik verabscheuungswürdig sein, die es darauf anlegt, die Arbeit der Gesellschaft zu planen, damit der Reichtum wächst und jedermann in möglichst hohem Maße in seinen Genuß kommt? Was ist verwerflich an diesem Vorhaben, das wegen dieser Zielsetzung ganz selbstverständlich eine zweckmäßige Organisation und Teilung der Arbeit zu erreichen sucht, die so ›Sachzwänge‹ wie Zerstörung der Gesundheit und der Brauchbarkeit der Natur gar nicht erst aufkommen läßt? Was ist komisch an einer Planung, die Pauperismus - statt ihn mit der ›Knappheit‹ zu rechtfertigen und ihn neben den größten Baudenkmälern und der gar nicht billigen Gewaltmaschinerie des kapitalistischen Reichtums gedeihen zu lassen - abschafft?
>
> Ein Staat mit diesem Programm macht immerhin auch gewisse Sozialleistungen überflüssig, als da sind die Reglementierung von Armut, Not und

> Verbrechen. Er verpflichtet sich nämlich auf etwas: Er plant gegen den Ausschluß ganzer Abteilungen seines Volkes von erträglichen Lebensbedingungen und braucht nicht darauf zu achten, daß die Bürger trotz ihrer Beschränkungen loyal sind, weil er einmal mit der Identität von Volksinteresse und politischer Entscheidung ernst macht. Ein solcher Staat ist deswegen auch scharf auf ein Volk von theoretischen und praktischen Materialisten. Er braucht ein Volk, das seinen Verstand benützt, statt über Moral über Wissen verfügt, statt über Ideologien über Wissenschaft. Ein Volk, das zweckmäßig arbeiten will [...]. Das Volk, das auf seinen Nutzen achtet und danach den Plan beurteilt und bestimmt, kann sich die Last der Konkurrenz ersparen, die Durchsetzung des eigenen Interesses auf Kosten anderer, das Mißtrauen und die sorgfältige Berechnung der lieben Mitmenschen.« (Marxistische Gruppe 1982)

Dieses etwas längere Zitat macht deutlich, wohin der Hase läuft: ein »Volk, das zweckmäßig arbeiten will« und »auf seinen Nutzen achtet«, könne auf einen »Plan« vertrauen, indem alle seine Interessen berücksichtigt sind, weshalb es dann auch zu keinerlei Konkurrenz zwischen den diversen Privatsubjekten komme.[32]

Der GSP entwirft so die Fiktion einer auf dem Partikularstandpunkt basierenden Gesellschaft, die durch kluge Planung und das allseitig durchgesetzte Primat des Wissens so organisiert ist, dass es zu keinerlei Interessenkollisionen kommt. »Kommunismus« ist also offenbar die perfekte Nachbildung der kapitalistischen Konsumgesellschaft ohne ihre bedauerlichen Nachteile und zwar so perfekt, dass sie sogar auf jegliche Moral verzichten kann, die laut GSP eben nur dort benötigt wird, wo die Interessen systematisch geschädigt werden.[33] Doch auch hier übersieht der GSP die Formspezifik kapitalistischer Moralvorstellungen.

---

32 Es ist müßig, noch zu erwähnen, das hier neben dem Standpunkt der Privatheit noch allerlei andere kapitalistische Vorstellungen zu hohen Ehren kommen: die Begeisterung für die Arbeit und die rational-vernünftige Lebensführung, die Vorstellung von Reichtum als Konsum oder die Vorstellung einer Kollektivität vom »Volk«, dem dann zu allem Überfluss auch noch ein gemeinsames Interesse untergeschoben wird.

33 Zur Bedeutung von Konsum als vermeintlichem Gegenteil von Armut innerhalb der Ideologie des GSP vgl. auch Creydt 2015, S. 96 – 102.

Moral gilt ihm als »das gute Gewissen der Klassengesellschaft« (Marxistische Gruppe 1986) und er definiert sie dabei wie folgt: »*Moral ist die affirmative Stellung zu den Interessengegensätzen dieser Gesellschaft*«. Dazu kommt er, indem er recht umstands- und begründungslos anhand einiger Beispiele kapitalistischer Sittlichkeit (Fleiß, Sparsamkeit, Ehrlichkeit) auf einen allgemeinen Begriff der Moral schließt. Kritisiert wird dann daran, dass Moral die eigenen Interessen relativiere, indem sie dazu auffordere, auch die Bedürfnisse anderer in den Blick zu nehmen. Moral läuft daher für den GSP immer auf dies hinaus: »Denke bei deinem Tun nicht (nur) an dich, sondern immer (auch) an die anderen« (Gegenstandpunkt 2011). Vor dem Hintergrund einer Theorie, die an den gesellschaftlichen Verhältnissen vor allem kritisiert, dass die Interessen der Einzelnen systematisch verletzt werden, kann eine solcherart charakterisierte Moral dann trefflich als herrschaftsstabilisierend kritisiert werden.

Diese kapitalistischen Moralvorstellungen, die im Wesentlichen darauf abzielen, dass die Einzelnen sich selber zurücknehmen und sich unter das große Ganze unterordnen, sind jedoch selbst historisch-spezifisch. Wenn der GSP von dieser Bestimmung darauf schließt, dass Moral immer genau so sein müsse, dann übersieht er, dass es neben dieser bürgerlichen Moral, die auch als »Sittlichkeit« bezeichnet wird, noch andere Vorstellungen von Moral geben kann. Eine Moral, die sich auf »die Reflexion auf so etwas wie die immer gesellschaftliche verfasste Gesamtheit der Menschen« bezieht und Lebensverhältnisse herstellen möchte, in denen nicht nur einem selber, sondern auch allen anderen geholfen ist. Ohne diese verallgemeinerte Moralvorstellung lässt sich eine befreite Gesellschaft nicht denken. Alleine der immanente Interessenbegriff ist dazu nicht in der Lage:

> »Ohne Moral ist [...] nicht zu vermitteln, warum ein von einem Schicksal als Arbeiter bedrohter Mensch nicht andere, für ihn persönlich erfolgsversprechendere Vermeidungsstrategien verfolgen soll, als ausgerechnet seine rare Zeit und Kraft auf die Propagierung der Weltrevolution zu ›verschwenden‹. Er könnte sich als geschickter Krimineller versuchen, Lotto spielen, oder durch Fleiß, Bildung und Arschkriecherei zu einem privilegierten Sachwalter des Kapitals aufsteigen. Als Individuum kann man sich durch-

aus Hoffnung machen, durch Glück, Geschick oder protestantische Tugenden in die Minderheit der Profiteure des Kapitalismus aufzusteigen und empirisch haben bisher mehr Menschen im Lotto gewonnen als die richtige Weltrevolution und den aus ihr folgenden herrschaftsfreien Zustand erlebt. Der Einsicht, dass dieser Weg nur einer Minderheit vorbehalten bleiben kann, muss dann eben durch mehr Glück, mehr Geschick, mehr Skrupellosigkeit oder Tugendhaftigkeit begegnet werden. Eine rationale Abwägung der Erfolgschancen, wie man sich für seine Bedürfnisbefriedigung ein größeres Stück des gesellschaftlichen Reichtums sichern kann, bringt niemanden dazu, seine rare Freizeit mit aufreibenden Diskussionen und dem Verfassen und Verteilen von Flugblättern zu verbringen, die mehr fordern als eine arbeitgeberverträgliche Lohnerhöhung.«

Es sei dahingestellt, ob ›Moral‹ hier der richtige Begriff ist. Klar ist jedoch, das jedes Engagement für gesellschaftliche Emanzipation zunächst einmal eine zusätzliche Anstrengung für die Individuen bedeutet, die erst rational wird, wenn die gesellschaftliche Veränderung tatsächlich wie gewollt stattgefunden hat oder sich konkret abzeichnet. Sie handeln deshalb zunächst, in der Sprache der Kritischen Psychologie, im Modus der ›restriktiven Handlungsfähigkeit‹. Erst der Modus der ›erweiterten Handlungsfähigkeit‹ ermöglicht ihnen eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen – doch dieser Modus setzt einen vermehrten Aufwand voraus, den zu betreiben erst einmal nicht automatisch im »Interesse« der Einzelnen liegt.

6. Theoretically Incorrect

»Politik und Taktik sind das Leben der Partei; die führenden Genossen aller Ebenen müssen der Politik und Taktik höchste Aufmerksamkeit zuwenden, dürfen sie unter keinen Umständen auf die leichte Achsel nehmen.« (Theo Wentzke)

Damit das vom GSP postulierte Interessensubjekt seine Interessen bewusst und konsequent verfolgen kann, braucht es Wissen über die Welt wie sie ist; doch

darüber, wie es sich nun den »Begriff der Sache« erschließen kann, erfahren wir in den einschlägigen Texten nichts. Diese von mir als »Primat des Wissens« bezeichnete Annahme ist der Theorie vorausgesetzt und bringt eine in der weiteren Argumentation nicht reflektierte Vorstellung von menschlicher Subjektivität mit sich. Dabei wird das auf sich selbst zurückgeworfene bürgerliche Erkenntnis- und Wirtschaftssubjekt als überhistorische Normalität gesetzt und zur unproblematisierten Grundlage der weiteren Analyse gemacht. Die Welt wird dabei als etwas offen zu Tage liegendes konzipiert, dem sich mittels einfacher Betrachtung näher kommen lasse. Da die Dinge demnach unmittelbar greifbar vor uns liegen, lassen sie sich auch entsprechend behandeln. Gegenstände werden beliebig benennbar und rationalistische Argumente zur wichtigsten Waffe in der Agitation gegen den Kapitalismus.

Da der GSP seine Vorstellung vom Interessen-Subjekt konsequent verfolgt, begibt er sich an vielen Stellen durchaus bewusst auf's Terrain vermeintlicher Politischer Inkorrektheit. Das hat nicht selten die in der Einleitung zitierten Bauchschmerzen zur Folge, die gesellschaftskritische AkteurInnen mit Aussagen oder Verhaltensweisen von GSP-VertreterInnen haben. Tatsächlich sind diese Aussagen und Verhaltensweisen aber nicht einfach politisch problematisch, sondern und vor allem theoretisch falsch; genauer gesagt: sie sind logisch im theoretischen Denkgerüst des GSP angelegt. Ich möchte dies im Folgenden an zwei Beispielen darstellen.

Zunächst werden wir uns der Frage zuwenden, was der GSP unter Rassismus versteht. Dem gängigen Verständnis nach sind rassistische Positionen solche, die das Konzept unterschiedlicher biologischer Rassen auf menschliche Gesellschaften übertragen und daraus menschliche Eigenschaften ableiten. Der GSP löst den Rassismus-Begriff jedoch ganz davon ab und konzipiert ihn so, als habe der rassismuskritische Diskurs keinerlei Bedeutung.

Freerk Huisken etwa bestimmt zunächst den Begriff der ›Rasse‹ analog zum dtv-Lexikon als »Ordnungsbegriff der naturwissenschaftlichen Systematik«, der sich auf alles Mögliche anwenden lasse: auf Tiere und Pflanzen, aber eben auch auf Menschen. Jedwede »Bedenklichkeit« sei hier fehl am Platze.

> »Sie ist deswegen unbegründet, weil sich in der Tat die Gattung ‚Mensch' nach Rassen unterscheiden läßt; Europide, Negride und Mongolide, oder: Weiße, Schwarze und Gelbe gibt's, wenn man schon nach Hautfarbe sortieren möchte. Diese Sorte Ordnung hat insofern ihre Ordnung, als tatsächliche *natürliche* Unterschiede zum Material einer *naturwissenschaftlichen* Systematik gemacht werden.« (Huisken 1987, S. 55)

Bereits diese vermeintlich objektive Bestimmung des Rassismus ist hochproblematisch. Denn die Vorstellung, Menschen ließen sich anhand von welchen Kriterien auch immer ganz ›wissenschaftlich‹ in verschiedene, klar voneinander getrennte Menschengruppen einteilen, setzt bereits eine (zumeist phänotypische, also auf die Anschauung zurückgehende) Einteilung der Menschen voraus: aus der schlichten Beobachtung, wie ein Mensch aussieht, soll darauf geschlossen werden, dass er mit anderen, mit denen er einige willkürlich ausgewählte Erscheinungsmerkmale teilt, in eine Gruppe gesteckt werden könne.[34] Bevor die vermeintlich »*natürliche*[n] Unterschiede« bemerkt werden können, braucht es aber bereits die »naturwissenschaftliche[…] Systematik«, mit der diese erkannt werden sollen. Und genau dies ist das Problem, auf das Hume hingewiesen und das Kant mit dem Postulat eines Transzendentalsubjekt zu lösen versucht hat: die Denkform ist immer bereits die Voraussetzung, um bestimmte Denkinhalte überhaupt ausmachen zu können. Da Huisken dies aber nicht reflektiert, erscheint ihm das, was er da sieht, ganz unmittelbar als ›Natur‹.

Die Einteilung von Menschen in Gruppen vermeintlich gemeinsamer ethnischer oder biologischer Herkunft jedenfalls ist für Huisken kein Problem. Rassismus sei vielmehr eine Ideologie, die sich zweckrationalen Kriterien verdankt und sich daher recht einfach erkennen lasse:

> »Der Rassismus wird gepredigt, 1. wo die Inhaber von Herrschaftspositionen innerhalb der untergebenen Bevölkerung eine *Sortierung* vornehmen, mit der 2. ein Anspruch auf die Benutzung der Aussortierten erhoben wird

34 Willkürlich ist diese Einteilung schon deshalb, weil sich kein objektiver Grund dafür angeben lässt, die Menschen gerade anhand des Kriteriums »Hautfarbe« zu sortieren – und nicht etwa anhand der Form ihrer Ohrläppchen.

> […] [und] diese Aussortierung auf gewaltsamer Grundlage für fremde, unbekömmliche Zwecke sich dadurch als berechtigte Sortierung etabliert, daß sie das Urteil bzw. die Maßnahme als eine der Natur *der Aussortierten entsprechende* vorstellt.« (Huisken 1987, S. 63)

Die Ideologie des Rassismus zeichnet sich somit dadurch aus, dass eine staatlich hergestellte Hierarchie mit vermeintlichen biologischen Merkmalen der Beherrschten begründet wird. Gewonnen hat Huisken diesen Begriff scheinbar durch eine, im Übrigen äußerst oberflächliche, Auseinandersetzung mit der Sklaverei in den US-amerikanischen Südstaaten des 19. Jhds.[35] Dieses Beispiel gilt ihm als Muster dafür, was Rassismus sein soll. Tatsächlich jedoch verfügt er implizit über dieses Muster bereits, bevor er den Begriff entwickelt hat. Er hat also bereits eine ziemlich klare Vorstellung davon, was Rassismus sein soll, lässt uns darüber aber im Unklaren. Stattdessen leitet er aus einem bestimmten historischen Beispiel einige abstrakte Kennzeichen ab, die nach seiner (ebenfalls nicht weiter begründeten) Einschätzung für Rassismus konstitutiv sein sollen. Schauen wir uns dieses Vorgehen und seine Konsequenzen etwas genauer an.

Eine theoretisch begründete Abstraktion verallgemeinert nicht willkürlich bestimmte Merkmale einer Erscheinung, sondern bezieht sich auf das Wesentliche an und in ihr.

> »Eine Abstraktion abstrahiert nicht nur, in ihr steckt stets auch das normative Urteil, daß die Elemente, von denen abstrahiert wurde, für die Erklärung des in Frage stehenden Phänomens unwesentlich sind. Ihr Prinzip ist es von Unwesentlichem zu abzusehen, um Wesentliches auszusagen.« (Greiff 1977, S. 10)

Huisken macht aber nicht einsichtig, warum gerade die von ihm ausgewählten Elemente wesentlich sein sollen, warum also alle übrigen Elemente des beschriebenen Phänomens keine Rolle spielen. Rein methodisch könnte man ihm daher vorwerfen, er schließe so von einigen willkürlich ausgewählten empirischen

[35] Genau genommen besteht seine Auseinandersetzung im Wesentlichen aus der Zitation eines Zitates aus der New York Daily Tribune, das Karl Marx im 3. Band des *Kapital* anführt (vgl. Huisken 1987, S. 61f. bzw. MEW 25, S. 399).

Gegebenheiten auf einen vermeintlichen Begriff des Rassismus; tatsächlich jedoch hat er diesen schon vorausgesetzt und tut nur so, als habe er ihn hier »wissenschaftlich« gewonnen. Mit diesem selbstreferentiellen Verfahren, das nur bestätigt, was Huisken vorher schon »in die Sache« hineingelegt hat, rechtfertigt er eine eindimensionale, zweckrationalistische Definition von Rassismus, die sich darauf reduziert, dass im Kapitalismus Menschen nach Nützlichkeit in Gruppen sortiert werden. Das ist nun zwar nicht falsch, aber eine so dünne Abstraktion, dass sie für eine spezifische Analyse des Rassismus in keiner Weise geeignet ist. Dem GSP aber kommt das gerade recht, denn so kann er ohne weitere Denkanstrengungen den Rassismus in sein simples analytisches Schema einpassen, und dieses dann auf alle Bereiche des Lebens anwenden, in denen er eine staatlich dekretierte Sortierung vorfindet, die über die vermeintliche Biologie der Beherrschten gerechtfertigt wird. Egal, ob dann Frauen eine natürliche Neigung zur Kindererziehung angedichtet (vgl. Huisken 1987, S. 56f.) oder BildungsverliererInnen eine vermeintlich fehlende Begabung unterstellt wird (vgl. Huisken 1987, S. 73f.) – immer soll es sich nun um einen Rassismus handeln.[36]

[36] Diese Vorgehensweise führt so weit, den Rassismus im Nationalsozialismus primär als Rassismus gegenüber Deutschen zu kategorisieren und den Antisemitismus nur als eine Art Ableitung davon gelten zu lassen. Auf diese Weise werden aus deutschen Tätern vermeintliche Opfer: »Dabei ist Hitlers Hohes Lied auf den Arier die Konstruktion einer totalen Dienernatur, die von den anspruchsvolle Pflichten kündet, die Hitler für den ›Herrenmenschen‹ vorgesehen hatte. Kampfgeist, Durchhaltevermögen, Idealismus, Härte gegen sich selbst verlangte Hitler von der deutschen Jugend als [,. . .] natürliche Mitgift. [. . .] So von der Natur dazu bestimmt, den ›Überlebenskampf der Arten‹ für Deutschland zu entscheiden, stellte Hitler sich allerdings die heiße Frage, warum denn dieses Volk im 1. Weltkrieg so schmählich ›versagt‹ hatte und überhaupt manchem Gewerbe nachging, das der Kampfkraft der Nation nicht eben einträglich war. Dieser Widerspruch – eine von der Natur her zur Weltherrschaft berechtigte Rasse spielt dennoch eine höchst untergeordnete Rolle in der Welt – führte Hitler auf die Suche nach destruktiven Elementen, nach Parasiten im Volkskörper [. . .] Auf die neben den Kommunisten zum Hauptfeind erklärten *Juden* ist Hitler streng nach seiner bisher vorgestellten Logik verfallen: Wenn der Herrenmensch sich dadurch auszeichnet, daß er seinen Staat zu weltweiter Herrschaft befähigt, dann gelten als Untermenschen diejenigen, die es *als Volk* noch nicht einmal zur *Installierung* einer

Damit wird nicht nur eine spezifische und präzise Kritik des Rassismus verbaut, hinzu kommt noch, dass die rassistische Sortierung offenbar nur dann problematisch sein soll, wenn sie vom Staat vorgenommen wird und zur Rechtfertigung von Ausbeutungsstrukturen dient. Diese extrem funktionalistische Vorstellung ignoriert jedoch weite Teile rassistischer Praxen, vor allem insofern diese nicht staatlich gedeckt werden.

Darüber hinaus werden aber auch andere Formen projektiver Abspaltung und des »Othering« als Rassismus behandelt, die gar nichts mit der Konstruktion vermeintlicher »Rassen« zu tun haben, wie etwa sexistische Abwertungen von Frauen oder die sozialdarwinistische Abwertung von HauptschülerInnen. Husiken verfährt hier ungefähr so, als würde er beim Betrachten einer Katze feststellen, diese sei (1) ein Tier, habe (2) vier Beine und (3) auch noch ein Fell hat und dann angesichts eines Hundes folgern, es müsse sich dabei wohl um eine Katze handeln, schließlich habe das Tier doch unbestreitbar vier Beine und auch einiges an Fell.

Hier handelt es sich recht offensichtlich um einen falsch angewendeten Syllogismus, wie man ihn eigentlich schon im Grundkurs Philosophie an der Volkshochschule zu vermeiden lernt[37] Die partiell richtige Kritik an bestimmten Aspekten des Rassismus wird dadurch derart verwässert, dass der Rassismus-Begriff nicht mehr als gesellschaftskritisches Werkzeug zu gebrauchen ist und außerdem zugleich jede spezifische Kritik an anderen identitären Konstruktionen im Meer der allgemeinsten Bestimmungen ertränkt wird.

Besonders deutlich wird das am Umgang mit Sexismus, wie ich an einem Beispiel, in dem es um sexualisierte Gewalt und deren Bekämpfung geht, kurz zeigen möchte. Anlässlich eines öffentlich diskutierten Falls dieser Art und dessen Folgen erinnerte der GSP zunächst daran, wie er unlängst definiert habe, was Strafrecht eigentlich sei:

---

solchen Staatsgewalt gebracht haben.« (Huisken 1987, S. 68f.). Dieses argumentative Verfahren wird im Wesentlichen auch in neueren Texten und Vorträgen des GSP rekapituliert und ist insofern keinesfalls ein »Ausrutscher« des Professors aus Bremen.

37 Gäbler hat dies als Verfahren als »›MG‹schen Dreisatz« bezeichnet. Vgl. Gäbler 1985, S. 23

> »Im Strafrecht regelt der Staat die Wiederherstellung des verletzten Rechts. Im Unterschied zur Festlegung privater Ansprüche [...] geht es hier um die Reaktion des Staates auf Handlungen, die das Gesetz brechen.« (Gegenstandpunkt 2008, S. 30)

Wenn nun also eine strafrechtlich relevante Handlung begangen wird und die davon betroffene Person sich an die Staatsgewalt wendet, so wird daraus gefolgert, dass hier offensichtlich der Wunsch vorherrschend ist, die Souveränität des Staates wiederherzustellen. So auch im Fall des damals 16-jährigen Marco W., der beschuldigt worden war, im Urlaub eine Vergewaltigung begangen zu haben und und von den Eltern der Betroffenen angezeigt worden war. Für den GSP stand fest:

> »Die Eltern, rachsüchtig und offenkundig mehr um die Rechts- als die Gemütslage ihrer Tochter besorgt, [...] behaupten entschieden, es könne sich, trotz anderslautender Zeugenauskünfte, nur um Kindesmissbrauch und Vergewaltigung gehandelt haben.« (Gegenstandpunkt 2007)

Dass hier möglicherweise der Wunsch vorherrschend war, die Tochter vor weiteren Übergriffen zu schützen oder zu verhindern, das noch andere Menschen von Übergriffen betroffen werden, kommt als Möglichkeit gar nicht in Betracht. Es wird einfach unterstellt, dass die Beteiligten den gesellschaftlichen Zweck der Einrichtung »Strafvollzugsbehörde« ebenso einschätzen wie der GSP dies tut. Und so kann dann auch behauptet werden, hier sei der Wunsch nach Rache handlungsleitend gewesen.

In einschlägigen Blogdiskussionen wird die Beschränktheit dieser Sichtweise noch deutlicher. Jeder Wunsch, die Integrität der Betroffenen in den Blick zu nehmen und ihr möglicherweise Schutzräume zu gewähren, in denen sie dem Täter nicht über den Weg laufen muss, wird hier ebenfalls stereotyp als Wunsch nach Rache interpretiert. Mehr noch: zynischerweise werden derartige Forderungen sogar als »Rassismus« markiert. Das Schlimme an Menschen, die Schutzräume für betroffene sexualisierter Gewalt fordern, sei nämlich, dass

> »sie den Rassismus mitmachen, dass jemand, der mit einer Person ohne deren Einverständnis Sex hatte, ein ›Vergewaltiger‹ wäre, also jemand, in

dessen Persönlichkeit es läge zu vergewaltigen, weshalb man ihn unschädlich machen müsse. Dabei wird darüber hinweggesehen, dass jede ›Tat‹ stets von neuem einen Entschluss mit Gründen (die durchaus falsch sein können) bedingt. Wenn jemand einmal den Entschluss zur Vergewaltigung gefasst hat (falls das überhaupt als eine geplant war und nicht eben nur auf schlechter Kommunikation beruhte), folgt daraus eben noch überhaupt nicht, dass er es wieder machen würde.« (Mpunkt 2007, Kommentar 27)

Weil er jede Form des Ausschlusses nur als Strafe denken kann, behauptet er, in allen diesen Fällen würde den Tätern unterstellt, die Tat läge in ihrer »Natur«. Statt also über Sexismus und sexistische Gewalt nachzudenken, wird der eigentliche Täter zu einem Opfer von »Rassismus« umdefiniert. Hier zeigt sich noch einmal in Deutlichkeit, wie der Rassismusbegriff des GSP, gerade weil er so unspezifisch und verwässert ist, immer so verwendet werden kann, wie es eben gerade ins Argumentationsschema und die subjektive Motivlage passt. Hier dient er sogar dazu, Vergewaltigungen zu relativieren, da im Prinzip gesagt wird, Vergewaltigungen passierten halt situativ und beruhten im Übrigen auf einer rationalen Entscheidung, die »Gründe« habe oder auf Fehleinschätzungen (»schlechte Kommunikation«) beruhe, über man eben den Betreffenden aufklären müsse. Statt sich also um Schutzräume Gedanken zu machen, fordert MPunkt nun ein, die Sache mit dem Täter auszudiskutieren, damit dieser Einsicht in seine »Fehler« (oder auch seine kommunikativen »Irrtümer«), erhält. . Auf die Frage, wie der Täter denn nun zu einer Verhaltensveränderung zu bewegen sei, wird daher diese (vor dem geschilderten Hintergrund naheliegende) Auskunft erteilt:

»Durch Argumente, wie auch sonst. Und nein, eine Erfolgsgarantie gibt es nicht. Na und? Und auf Fehler in den Gedankengängen von Vergewaltigern dürfte man schon kommen. (Gegenfrage: wenn du keinen Fehler daran feststellen kannst, was regst du dich dann überhaupt über Vergewaltigungen auf?)« (MPunkt 2007, Kommentar 20)

Hier schließt sich der Kreis: in einem rein auf Interessen und Zwecken basierenden Weltbild kann Gewalt und Herrschaft immer nur aus deren Verletzung

erklärt werden und »Kritik« besteht darin, darüber aufzuklären, mit dem Ziel, dass letztlich alle Menschen die wechselseitigen Nutzenkalküle anerkennen. Der Hyper-Rationalismus des GSP kippt hier in einen vollendeten Zynismus um, indem verleugnet wird, welche nicht-rationalen Antriebe Taten wie einer Vergewaltigung zugrunde liegen. Der zitierte Kommentator ignoriert systematisch die patriarchale Formatierung des männlichen Subjekts und die mit dieser einhergehende Lust an der Unterwerfung und Beherrschung der als Objekt wahrgenommenen Frauen. Solcherart Überlegungen passen nicht ins eindimensionale Denkschema des GSP. Indem er das Problem der Objektivierung durchstreicht (siehe Kapitel 3 dieser Untersuchung), kann der eigentliche Skandal unter den Tisch gekehrt und stattdessen der Standpunkt des männlichen Vergewaltigers vertreten werden. Das ist kein nebensächlicher »Fehler« oder »blinder Fleck« einer ansonsten radikalen Gesellschaftskritik, wie es in der linken Szene oft verhandelt wird, sondern ein besonders hässlicher Ausdruck ihres theoretischen Reduktionismus.

7. Der doppelte Subjektivismus

> *»Das Gesetz des Widerspruchs, der den Dingen innewohnt, oder das Gesetz der Einheit der Gegensätze, ist das fundamentalste Gesetz der materialistischen Dialektik.« (Freerk Huisken)*

Der GSP reproduziert, wie wir gesehen haben, in seiner Theorie den Subjektivismus der bürgerlichen Philosophie, ohne dabei deren erkenntnsleitenden Fragen auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Der Subjektstandpunkt der bürgerlichen Philosophie ist dabei ein doppelter: er bezeichnet (auf der Mikro-Ebene) einerseits die in der Subjektform handelnden Individuen, und (auf der Makro-Ebene) andererseits (imaginierte) Kollektivsubjekte wie Klasse oder Nation. Dieser doppelte Subjektbegriff ist dann auch der Schlüssel zum theoretischen Verständnis der Bestimmungen über die kapitalistische Gesellschaft, wie sie vom GSP vorgenommen werden.

An der Broschüre zum *Bürgerlichen Staat* lässt sich das Nebeneinander der beiden Subjektbegriffe sehr anschaulich zeigen. Im §1 heißt es zunächst:

»Der bürgerliche Staat ist die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft. Er unterwirft die Agenten der kapitalistischen Produktionsweise unter Absehung von allen natürlichen und gesellschaftlichen Unterschieden seiner Herrschaft und gewährt ihnen damit die Verfolgung ihrer gegensätzlichen Sonderinteressen: Gleichheit & Freiheit.« (Gegenstandpunkt 2008, S. 11)

Gleich zum Beginn der Analyse erscheint der bürgerliche Staat somit als allmächtiger Aktor: er unterwirft alles, was da kreucht und fleucht, seiner Gewalt. Die »Agenten der kapitalistischen Produktionsweise« – offensichtlich als bereits existent vorausgesetzt – »unterwirft« er und lässt sie nur insofern atmen, als sie ihren »gegensätzlichen Sonderinteressen« im Rahmen der Konkurrenz nachgehen. Im Folgenden referiert der Text im Wesentlichen die Position des Sozialphilosophen Thomas Hobbes (1588 - 1679). Der Staat sei dazu da, gesamtgesellschaftlich Freiheit und Gleichheit durchzusetzen und er tue dies, indem er die Privatinteressen der Individuen durch allgemeine Regeln begrenze. Durch diese Begrenzung würden die Individuen dazu gezwungen, die Privatinteressen der je anderen anzuerkennen.

Es ist kein Zufall, dass sich der GSP hier (allerdings ohne es auszuweisen) auf Hobbes bezieht. Denn dieser hat als Vordenker einer frühen bürgerlichen Staatstheorie nicht nur dem Staat in Form des Monarchen einen Subjekt-Status unterstellt, er hat seine Entstehung zudem auf einen fiktiven Vertrag zwischen den Gesellschaftsmitgliedern zurückgeführt. Da ohne ihn die konkurrierenden Einzelsubjekte mordend übereinander herfallen würden, hätten sie sich entschlossen, ihre Privatinteressen zugunsten einer allgemeinen Gewalt zurücktreten zu lassen. Bei Hobbes ist dieser Vertrag nun allerdings eine Fiktion. Beim GSP hingegen bekommt dieser vermeintliche Gründungsakt durch konkurrenzwillige kapitalistische Individuen eine reale Bedeutung zugeschrieben. Der allmächtige Staat, der eben noch die Individuen unterworfen hat, mutiert nur wenige Zeilen später zum Ergebnis des kollektiven Willens der Menschen, die nun ihrerseits in den Subjektstatus wechseln:

> »Weil die Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft in der Verfolgung ihres individuellen Nutzens die Schädigung der anderen betreiben, sind sie auf eine Macht angewiesen, die getrennt vom ökonomischen Leben die Anerkennung von Eigentum und Person garantiert. Ihren negativen Bezug aufeinander ergänzen sie um ihre gemeinsame Unterwerfung unter eine Gewalt, die ihre Sonderinteressen beschränkt. Neben ihren ökonomischen Geschäften sind sie politische Bürger, sie wollen die staatliche Herrschaft, weil sie ihren Sonderinteressen nur nachgehen können, indem sie von ihnen auch abstrahieren. Der bürgerliche Staat ist also die Verselbständigung ihres *abstrakt freien Willens*.« (Gegenstandpunkt 2008, S. 11)

Der GSP postuliert auf diese Weise sowohl auf der gesellschaftlichen Makro-Ebene als auch auf der individuellen Mikro-Ebene ein souveränes Subjekt, das schalten und walten kann, wie es ihm beliebt. Das Verhältnis dieser beiden Ebenen wird innerhalb der Theorie nicht aufgelöst. Vielmehr stehen die beiden Aspekte begriffslos nebeneinander und können so je nach agitatorischer Notwendigkeit mobilisiert werden. Damit kann der GSP in jeder politischen Situation eine Lösung anbieten, in dem er jeweils einen der beiden Pole heranzieht.

Es kann daher nicht verwundern, dass dieser doppelte Willens-Subjektivismus mit der Marxschen Fetischkritik rein gar nichts anzufangen weiß und sie mit aller Energie abwehrt, denn diese stellt ihn radikal in Frage. Bereits zu Beginn des *Kapital* vergleicht Marx die Praxis in der kapitalistischen Gesellschaft mit der in vormodernen und vermeintlich »primitiven« Sozialwesen üblichen religiösen Praxis. Um die Kritik zu verstehen, ist es daher hilfreich, kurz daran zu erinnern, wie Marx die Religion charakterisiert hat:

> »Das Fundament der irreligiösen Kritik ist: Der Mensch macht die Religion, die Relgion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat. Aber der Mensch, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein verkehrtes Weltbewußtsein, weil sie eine verkehrte Welt sind. Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser

> Welt, ihr enzyklopädisches Kompendium, ihre Logik in populärer Form, ihr spiritualistischer Point-d'honneur, ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. Sie ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt. Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist.« (MEW 1, S. 378)

Die Religion ist für Marx also eine verkehrte Reflexion der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse. In Gesellschaften die vom religiösen Fetischismus geprägt sind, »scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eignem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten« zu sein (MEW 23, S. 86). Wer sich das vorstellen möchte, denke etwa an die griechische Götterwelt mit den diversen Fehden zwischen einzelnen Göttern, die beispielsweise in Naturereignisse hineininterpretiert wurden und, der Vorstellung nach, erhebliche Auswirkungen auf die frühen griechischen Gemeinwesen zeitigen konnten. Was in diesen Gesellschaften mit den Ideen der Menschen passiere, so Marx, spiele sich ganz ähnlich auch in der kapitalistischen Gesellschaft ab, die nicht in erster Linie von einem religiösen, sondern vom Warenfetisch beherrscht sei.

> »Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebner Privatarbeiten sind. Der Komplex dieser Privatarbeiten bildet die gesellschaftliche Gesamtarbeit. Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb dieses Austausches. Oder die Privatarbeiten betätigen sich in der Tat erst als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch die Beziehungen, worin der Austausch die Arbeitsprodukte und vermittelst derselben die Produzenten versetzt. Den letzteren erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.« (MEW 23, 87)

Über diesen zentralen Absatz des Fetischkapitels ist bereits viel geschrieben worden – ich möchte mich daher an dieser Stelle auf den für die weitere Auseinandersetzung mit dem GSP relevanten Aspekt beschränken. Die Ergebnisse der individuellen Privatarbeiten, die Waren, werden von ihren ProduzentInnen miteinander in Beziehung gesetzt und ausgetauscht. Dies geschieht für gewöhnlich über die Institution des Marktes, egal ob dieser nun nach dem Prinzip der Konkurrenz oder des realsozialistischen Plans organisiert ist. Den ProduzentInnen erscheinen nun diese gesellschaftlichen Verhältnisse »als das, was sie sind«, wie Marx schreibt. Aber was ist damit gemeint? Zunächst merkt Marx an, was sie nicht sind: »unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen«. Sie sind vielmehr »vermittelt«, oder: »sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.« Die Menschen gehen ihre gesellschaftlichen Beziehungen also nicht direkt ein, sondern nur mittelbar über die Waren. Der sachliche Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse drückt sich darin aus, dass der Wechsel des Wertes zwischen seinen beiden Formen *Ware* und *Geld* einen Selbstzweckcharakter erhält: »Er geht beständig aus der einen Form in die andre über, ohne sich in dieser Bewegung zu verlieren, und verwandelt sich so in ein automatisches Subjekt« (MEW 23, S. 168f). An den Zwängen dieser selbstzweckhaften Bewegung müssen die Menschen, die sie ihrerseits doch erst hervorgebracht haben, nun ihre Handlungen ausrichten. Und das heißt nichts anderes, als dass sich die Ergebnisse der Handlungen gegenüber den HandlungsträgerInnen und deren Interessen verselbständigen.

In diesem Sinne kann dann auch argumentiert werden, dass die geleistete Arbeit sich ihrerseits immer wieder auf die Arbeit bezieht, und auf diese Weise Arbeit zum Selbstzweck wird. Moishe Postone hat dies sehr genau dargestellt und damit gleichzeitig erklärt, warum der Kapitalismus als Gesellschaftsform von anderen Sozialwesen historisch-spezifisch abzugrenzen ist. Er soll hier daher etwas ausführlicher zitiert werden:

> »In der warenförmigen Gesellschaft sind die Vergegenständlichungen der Arbeit des Einen die Mittel, um von Anderen produzierte Güter zu erwerben. Man arbeitet, um andere Produkte zu erwerben. Das Produkt

des Einen dient den Anderen als Gut: als Gebrauchswert. Es dient dem Produzenten als Mittel, um die Arbeitsprodukte der Anderen zu erwerben. In genau diesem Sinne ist ein Produkt eine Ware: es ist zugleich ein Gebrauchswert für die Anderen und ein Tauschmittel für den Produzenten. Dies bedeutet, daß die Arbeit des Einen eine zweifache Funktion hat: einerseits ist sie eine spezifische Art der Arbeit, die besondere Produkte für Andere produziert. Andererseits dient Arbeit, unabhängig von ihrem besonderen Inhalt, dem Produzenten als Mittel, die Produkte Anderer zu erwerben. Mit anderen Worten: in der warenförmigen Gesellschaft wird Arbeit auf ganz besondere Weise zum Mittel, Güter zu erwerben. Hinsichtlich der Produkte, die die Käufer dank ihrer Arbeit erwerben, *abstrahieren* sie von der Besonderheit der Arbeit der Produzenten. Es besteht keine innere Beziehung zwischen der spezifischen Beschaffenheit der verausgabten Arbeit und der spezifischen Beschaffenheit des Produkts, das mittels dieser Arbeit erworben wird. [. . .]

Arbeit selbst konstituiert eine gesellschaftliche Vermittlung anstelle transparenter gesellschaftlicher Verhältnisse. Eine neue Form von Interdependenz entsteht: Niemand konsumiert, was er produziert, und dennoch fungiert die Arbeit des Einen – oder deren Produkte – als das notwendige Mittel, um Produkte von Anderen zu erhalten. Damit besetzen die Arbeit und ihre Produkte im Resultat die Funktion der Vermittlung anstelle manifester gesellschaftlicher Verhältnisse. Statt durch transparente oder ’erkennbare’ gesellschaftliche Verhältnisse vermittelt zu sein, wird die warenförmige Arbeit durch eine Reihe von Strukturen vermittelt, die sie, wie wir noch sehen werden, selbst konstituiert. Im Kapitalismus vermitteln sich die Arbeit und ihre Produkte selbst: sie sind gesellschaftlich, sich selbst vermittelnd. Diese Form gesellschaftlicher Vermittlung ist einzigartig: Nach Marx läßt sich allein schon aufgrund dieser Form die kapitalistische Gesellschaft von allen anderen bestehenden Formen gesellschaftlichen Lebens hinreichend unterscheiden, so daß letztere so aufgefaßt werden können, als hätten sie gemeinsame Merkmale: sie können als ›nicht-kapitalistisch‹ definiert werden, wie sehr sie sich sonst auch unterscheiden mögen.« (Postone 2003, S. 230f.)

Aus der Perspektive des GSP enthält diese Passage alles, was eine falsche Theorie auszeichnet: hier wird eine Aussage über die Welt getroffen, ohne zu schauen,

welche Interessen hinter dem ständigen Austausch stehen und es wird hier auf die Ebene einer vermeintlichen »Form« abgehoben, in der die Menschen einfach nur einem Selbstzweck nachgehen. Da wären sie ja schön blöd!

Etwas populärer drückt die *Gruppe Krisis* diese Position im *Manifest gegen die Arbeit* aus:

> »In der Sphäre der Arbeit zählt nicht, was getan wird, sondern daß das Tun als solches getan wird, denn die Arbeit ist gerade insofern ein Selbstzweck, als sie die Verwertung des Geldkapitals trägt – die unendliche Vermehrung von Geld um seiner selbst willen. Arbeit ist die Tätigkeitsform dieses absurden Selbstzwecks. Nur deshalb, nicht aus sachlichen Gründen, werden alle Produkte als Waren produziert. [...] Darin besteht der Mechanismus der verselbständigten gesellschaftlichen Tretmühle, in der die moderne Menschheit gefangengehalten wird.« (Krisis 1999)

Ohne auf die bereits diskutierte Formproblematik einzugehen, wird diese Passage von der in Göttingen beheimateten *Gruppe 3* (die sich auf den GSP bezieht) kritisiert:

> »Das wäre zwar eine ziemlich dämliche Gesellschaft, aber mal angenommen, es wäre so: wo wäre eigentlich das Problem? [...] Wenn Arbeit der ganze Zweck ist, dann würden die Leute arbeiten und arbeiten und nochmals arbeiten, und nichts könnte sie daran hindern, immer wieder zu arbeiten – schon gar nicht der Zweck (die Arbeit) selbst. [...] (Die Leute würden halt einfach am einen Tag Gruben ausheben, um sie am nächsten Tag wieder zuzuschütten, um sie am nächsten Tag wieder auszuheben, um sie dann wieder...)« (Gruppe 3)[38]

Die Gruppe 3 ihrerseits scheint den Kapitalismus offensichtlich für eine schlaue Angelegenheit (jedenfalls nicht für eine »ziemlich dämliche Gesellschaft«) zu halten. Aber es stellt sich nur auf den ersten Blick die Frage, ob hier nicht eher die Intelligenz der VerfasserInnen zur Diskussion stehen sollte. Denn hier ist lediglich konsequent aus der Perspektive einer auf bewusste Zwecke und gewuss-

[38] Tatsächlich hat sich J. M. Keynes genau dieses Vorgehen bereits im vorigen Jahrhundert als Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit vorgeschlagen.

te Interessen reduzierten Theorie formuliert, dass die Ebene gesellschaftlicher Formbestimmungen offensichtlich nur als »Quatsch« gedacht werden kann. Arbeit gilt hier als reines »Mittel« für einen außer ihr liegenden Zweck – nämlich den Wohlstand der KapitalistInnen zu mehren. Dass Zweck und Mittel zusammenfallen könnten, gilt der *Gruppe 3* als unmöglich und wird daher als »Fehler« markiert:

> »Sicherlich, es stimmt, daß es immer mehr Arbeitslose gibt, also viele Leute außerstande gesetzt werden, sich ihr wenig haltbares Eigentum zu verschaffen. Aber das ist eben ein erster Hinweis darauf, daß die Arbeit nur unter ganz bestimmten Bedingungen stattfindet, und das heißt, daß sie dann auch nicht selbst Zweck, sondern Mittel zu etwas ist.« (Gruppe 3)

Genau genommen widerlegt die Passage gar nichts. Denn, dass die Arbeit Mittel ist, wurde ja nie bestritten. Es wurde lediglich hinzugefügt, dass sie als Instanz gesellschaftlicher Vermittlung *auch* der (Selbst-)*Zweck* der ganzen Veranstaltung ist. Gleichzeitig geriert sich der Einwand, der keiner ist, aber als brillante Erkenntnis, als ein Argument, das doch mal zu prüfen wäre. Aus dem Blickwinkel, mit dem der GSP die Welt betrachtet, ist dieses Argument tatsächlich auch schlagend.[39] Wenn ich mit der Vorannahme an die Welt herangehe, dass kapitalistische Lohnarbeit das Mittel ist, um die Zwecke der KapitalistInnen zu bedienen – dann ist der Hinweis, dass hier Zwecke und Mittel nicht so benannt werden, wie sie a priori bestimmt wurden, sicherlich richtig. Nur taugt dieser Einwand eben nichts zur Kritik einer Theorie, die ja eben das in Frage stellt. Jede theoretische Befassung des GSP mit der Fetisch-Problematik folgt diesem Muster. Stets werden die Willensmetaphysik und die zwecksetzenden, interessengeleiteten Individuen fokussiert. Und der Marx'sche Fetischismus, so wird dann unterstellt, gehe eben in dieser Beschreibung auf. So schreibt etwa

---

[39] Dies Vorgehen entsprechend dem üblichen Kritik-Typus des GSP, bei dem die Dinge aus einer so verqueren Perspektive dargestellt werden, dass sie den RezipientInnen zunächst als offensichtlich absurd vorkommen müssen. »Niemand kommt bei der Lektüre der entsprechenden Verrisse darauf, wie nur minimal vernünftige Menschen solche Bücher hatten verfassen können.« (Creydt 2015, S. 216)

Peter Decker in einem Thesenpapier anlässlich einer Diskussion mit Michael Heinrich:

> »Auf Basis des politischen Zwangs zum Verkehr als Privateigentümer zwingen die Akteure einander die Logik und die Konsequenzen ihrer Erwerbsquellen dadurch auf, dass sie sie in Konkurrenz zu einander betätigen: Anbieter der gleichen Warenart konkurrieren um dieselben Nachfrager und bekommen von der Gesamtheit der Anbieter und Nachfrager, ›dem Markt‹, mitgeteilt, was ihr Angebot wert ist. Die Rückwirkung des eigenen Interesses auf den kapitalistischen Akteur, dadurch, dass andere dasselbe Interesse verfolgen, bringt dabei weder neue oder noch andere Zwecke in die Welt, als in den Erwerbsquellen, die die Akteure betätigen, selbst schon stecken. Mit dem Zweck der Geldvermehrung durch Einsatz seines Eigentums tritt der Kapitalist, mit dem Zweck des Geldverdienens durch Arbeit tritt der Arbeiter schon in die Konkurrenz ein, weil andere mit denselben Interessen ihm aber den Markt, die Arbeitskräfte, den Arbeitsplatz streitig machen, *zwingen sie einander, nicht den Zweck, aber die Messlatte des Erfolgs ihrer Zweckverfolgung auf* [. . .]. Jedem einzelnen treten so die Erfolgsbedingungen seines kapitalistischen Interesses und die Mittel, die er dafür ergreifen muss, als äußere Fakten und Sachzwänge gegenüber, denen er genügen muss, um Erfolg zu haben.« (Decker 2012, S. 2).

Die aus der Verselbständigung entstehenden Zwänge tauchen hier lediglich als die »Messlatte des Erfolgs« auf, die sich die Warensubjekte gegenseitig aufzwingen. Das einzige auf diese Weise diskutable Problem wäre dann die Tatsache, dass die individuellen Kapitale im Produktivitätswettlauf mit ihren KonkurentInnen stehen und so angehalten sind, mindestens genauso effizient zu produzieren wie diese. »Um den angestrebten Überschuss über ihre Kosten zu erzielen, müssen sie die Kosten ihrer menschlichen und sachlichen Produktionsfaktoren senken und die einmal bezahlten Faktoren möglichst ausgiebig nutzen.« (Decker 2012, S. 2)

Diese »ausgiebige Nutzung« geht nun allerdings auch mit einer beständigen Rationalisierung der betrieblichen Prozesse einher, die dazu führt, dass es immer weniger Arbeitskräfte braucht, um dieselbe Menge an Waren zu

produzieren. Sobald sich aber dieses neue Produktivitätsniveau gesellschaftlich verallgemeinert hat, kommt es zu der Situation, dass die insgesamt verausgabte Arbeitszeit (bei unterstellter gleichbleibender Gütermenge) sinkt und damit auch die produzierte Wertmasse niedriger ausfällt als in der vorherigen Periode. Was also für die einzelnen Unternehmen ein Mittel ist, die eigenen Profite zu erhöhen und einen Extra-Mehrwert einzuheimsen, steht im Widerspruch zum gesamtgesellschaftlichen Prozess der Kapitalverwertung. Das ist allerdings solange unproblematisch im Sinne dieses Prozesses, solange der Rationalisierungseffekt durch eine Ausdehnung der produzierten Warenmasse kompensiert wird, also durch ›Erweiterungsinvestitionen‹ neue Verwertungsmöglichkeiten für das anlagesuchende Kapital geschaffen werden.

Bis zu diesem Punkt wird der GSP möglicherweise noch folgen können, weil sich diese Prozesse als direkte Folge der Konkurrenz, also des Aufeinanderwirkens gegensätzlicher Partikularinteressen, interpretieren lassen. Doch der Schluss, dass daraus eine strukturelle oder gar eine fundamentale Krise der Kapitalverwertung resultieren könnte[40], muss aus seiner Perspektive als gänzlich falsch erscheinen – wird hier doch unterstellt, dass die Willenssubjekte (kapitalistische UnternehmerInnen, staatliche Eliten) sich mit ihrem Handeln selber in die Bredouille bringen. Dementsprechend harsch fällt dann auch das Urteil aus, in diesem Falle verkündet von Freerk Huisken:

[40] Tatsächlich ist die Konkurrenz nur die vermittelnde Erscheinungsform einer basalen historischen Entwicklungstendenz, die dazu führt, dass der Wertmaßstab ständig neu definiert und letztlich die Arbeit als Hauptproduktivkraft durch die Anwendung des Wissens auf die Produktion abgelöst wird (vgl. Postone 2003, S. 431 ff.), woraus notwendig eine fundamentale Krise der Kapitalverwertung resultiert. Diese historische Dimension der kapitalistischen Entwicklung passt jedoch prinzipiell nicht in das mechanistische und unhistorische Weltbild des GSP. Deshalb muss ihm eine Analyse, die konstatiert, dass der Kapitalismus sich seit dem Aufkommen der dritten industriellen Revolution in einer fundamentalen Krise befindet und der die kapitalistische Dynamik daher schon seit über dreißig Jahren nur noch durch die Akkumulation des fiktiven Kapitals getragen wird, als völlig undenkbar erscheinen (vgl. Lohoff/ Trenkle 2012; Lohoff 2013).

> »Als ob der Kapitalist nicht Arbeit ausbeuten, also die Mehrarbeitszeit immer weiter über die notwendige Arbeitszeit hinaus ausdehnen, sondern Arbeiter loswerden will; als ob dessen Reichtum statt auf akkumulierter Mehrarbeit, vielmehr auf der Entfernung von Arbeitern aus der Fabrik gründet. Es paßt ja auch wirklich nicht ins Bild vom endgültigen Ende des Kapitalismus, daß die Entlassung von Arbeitern entweder nur das Mittel oder das Resultat von Konkurrenz-Kalkulationen sind: Gefeuert wird zum einen, um die Benutzung der verbleibenden Arbeit effektiviert fortzusetzen, um also aus einer verringerten Masse von Arbeitern immer mehr Arbeit pro Stunde, Tag oder Woche herauszuholen. Entlassungen stehen zum anderen für die Niederlage eines Unternehmens in eben dieser Konkurrenz, deren Kehrseite eben der Sieger ist, der über das Kassieren von Marktanteilen nun zu neuer Größe anwächst. [...]
>
> Keine Sorte von Entlassungen verweist auf ein definitives Ende jeder Beschäftigung. Bei jeder Entlassung geht es in irgendeiner Weise darum, den Arbeitseinsatz dort oder anderswo lohnender zu machen. Es scheitert das Kapital eben nicht, wenn es Arbeiter auf die Straße setzt. Es scheitert nur mal wieder der Versuch von Lohnarbeitern, vom Verkauf ihres Arbeitsvermögens zu leben. Und dieser Versuch scheitert allein deswegen, weil das Maß dieser angeblichen Arbeitsgesellschaft gar nicht Beschäftigung, sondern rentable Arbeit ist. Arbeit muß eben fürs Kapital lohnend sein oder sie findet nicht statt.« (Huisken 1999)

Huisken verfährt hier ganz ähnlich wie die oben zitierte Gruppe 3. Er setzt beharrlich Dinge in einen vermeintlichen Gegensatz, in dem sie zwar in seiner Theorie, nicht aber in dem kritisierten Ansatz stehen. Er abstrahiert sogar konsequent davon, dass die Konkurrenzlogik Ergebnisse hervorbringen kann, die den Intentionen der Handelnden entgegenlaufen – obwohl sich diese einfache Einsicht prinzipiell auch in einem mechanistischen Weltbild gewinnen ließe. Solange es aber irgendwo noch ein Unternehmen gibt, das Gewinne abwirft, ist für Huisken alles im Lot auf dem Boot. Dieses Kunststück gelingt ihm, indem er die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie auf die Ebene des betriebswirtschaftlichen Standpunkts herunterbricht. Was die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen darüber hinaus auf der Ebene der Akkumulation

des Kapitals für Folgen haben, kommt ihm gar nicht erst in den Blick, weil seine theoretischen Prämissen diese Ebene ausblenden.

Dass es keine Krise geben kann, weil diese ja nicht im Interesse der EntscheidungsträgerInnen liegt, ist der Argumentation ebenso vorausgesetzt wie die Vorstellung von allgemein wirksamen Naturgesetzen in der naturwissenschaftlichen Forschung. Insofern behandelt der GSP tatsächlich, wie von Decker eingefordert, die Zwecke der Menschen als Pendant zum naturwissenschaftlichen Gesetz. Und ein solches »Gesetz« lässt sich, als stets gegebene Voraussetzung des Denkens, nicht widerlegen. So wie in den Naturwissenschaften jede Widerlegung als »Störfaktor« behandelt würde (vgl. Greiff 1977, S. 57 - 67), erscheinen kontrafaktische Verhaltensweisen hier als Fehler oder Täuschung, keinesfalls aber als Widerlegung der Vorstellung, alles ginge in Zwecken und Interessen auf.

Diese ›Logik‹ findet sich auch in der Kritik, die der GSP unlängst am linksradikalen *Ums-Ganze-Bündnis* verfasst hat. Das Bündnis hatte in einer Broschüre mit dem Titel »Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit« den »kapitalistischen Normallvollzug« zu kritisieren versucht. Es hatte dabei den Staat als relevanten Akteur in der kapitalistischen Ökonomie bestimmt, dabei jedoch zugleich auf die Grenzen der staatlichen Handlungsmacht verwiesen:

> »Im Rahmen dieser staatlich garantierten Formbestimmungen entwickelt sich das Kapitalverhältnis als umfassendes System gesellschaftlicher Abhängigkeiten. Das gilt für die ökonomischen Beziehungen der Bürger eines Staates wie für dessen eigenes nationalökonomisches Schicksal als Standort einer globalisierten Kapitalverwertung. [...] Politische ›Spielräume‹ werden so durch den allgemeinen Verwertungszwang und dessen besondere Konjunkturverläufe definiert, die politisch eben nicht beliebig gestaltbar sind.« (Ums Ganze 2009, S. 31f.)

Dieses Argument ist weniger spezifisch als die oben skizzierte Krisentheorie, verweist aber auch, auf einer sehr allgemeinen Ebene auf die Handlungsgrenzen für das Makro-Subjekt »Staat«. Hierin kann der GSP nun aber nichts weiter entdecken als einen Fehler, der aus einer falschen Bestimmung des Staates erwachsen sein soll:

> »Auch die Schöpfer der kapitalistischen Ordnung unterliegen der Omnipotenz des Systemzwangs, dem nichts und niemand auskommt. [. . .] Heraus kommt bei ihnen eine politische Ökonomie des Kapitalismus, die den Gewaltmonopolisten als abhängiges Derivat seiner eigenen Machenschaften durchschaut und dem Souverän Ohnmacht gegenüber seinem eigenen Werk attestiert. Goethes Zauberlehrling lässt grüßen [. . .]. Als ‚Souverän' anerkannt, kann so ein Subjekt höchster Machtvollkommenheit gar nicht so schalten und walten, wie es an sich doch von ihm zu erwarten wäre! Zumindest scheinen die Staatskritiker diesbezüglich über einen gewissen Erwartungshorizont zu verfügen – anders kämen sie ja wohl nicht zu dem niederschmetternden Befund, dass Staaten, die ja auch ihrer Auffassung nach um ihren Vorteil konkurrieren, ihren Egoismus als Zwangsdiktat am eigenen Leib erfahren [. . .]« (Gegenstandpunkt 2013b, S. 140)

Ganz deutlich und unmissverständlich wird hier der unbedingte und absolute Subjektstatus des Staates betont. In einem souveränen Akt schafft dieser die Rahmenbedingungen, in denen er tut, was er will – da wäre er doch schön blöd, wenn er sich dabei selber systemische Zwänge herbeikonstruieren würde! In seiner der Aufklärung entnommenen, aber bis zur Karikatur zugespitzten Subjektemphase unterstellt der GSP, dass das Subjekt (sei es nun der Kapitalist oder der Staat) nicht nur vorhat, die Welt auf eine offen zu Tage liegende Weise und zum eigenen Nutzen einrichten, sondern das auch tatsächlich vermag. Zwänge, die es dabei erfährt, können demnach maximal aus den Interessen konkurrierender Subjekte (seien es nun andere Kapitalisten oder andere Staaten) entstehen, also durch die Mechanik der Konkurrenz. Aber selbst die erzeugt allenfalls kurze Störungen des normalen Betriebs, die ohne Weiteres beseitigt werden können. Aus dieser Perspektive erscheint jede Formkritik, die auf der blinden Dynamik der kapitalistischen Vergesellschaftung insistiert, den Fehlern aufzusitzen, die von bürgerlicher Politik und Wissenschaft vorexerziert wurden. Dementsprechend wirft der GSP dann dem Ums-Ganze-Bündnis auch eine Nähe zum bürgerlichen Mainstream vor:

> »Fast möchte man den Autoren raten, einmal einen Blick in die Zeitung zu werfen. Aber so, wie sie geistig drauf sind, würde das nicht viel nüt-

> zen: Sie reden zwar über eine Politik, die ›gestaltet‹, aber man liegt eben ganz verkehrt, bei diesem Wort an die Sachen zu denken, die da von wem und mit welchem Interesse und aus welchem Grund ›gestaltet‹ werden. Da müsste man sich ja schon mit *denen* befassen – die Autoren aber wollen allen Zeugnissen der politischen Gestaltungskraft bürgerlicher Staaten nach innen wie nach außen nur immer wieder den Beweis dafür entnehmen, dass hier Subjekte einem subjektlosen Zwang unterliegen und für sie deswegen so gut wie gar nichts ›*beliebig gestaltbar*‹ ist. Gewöhnlich pflegen die *Apologeten* der bürgerlichen Staatsgewalt unter dem Stichwort der ›Globalisierung‹ Schranken und Sachzwänge heranzuziehen, um den praktizierten nationalen Egoismus als zwingendes Gebot der Umstände zu rechtfertigen, zu dem es keine Alternative gibt – hier sind es die Staats*kritiker*, die dessen Unausweichlichkeit beteuern wollen und dazu dasselbe ›Argument‹ bemühen, das die bürgerlichen Ideologen als Entschuldigungsgrund für alles hersagen.« (Gegenstandpunkt 2013, S. 141)

Neben dem altbekannten Vorwurf, es würden allgemeine Aussagen über die Welt gemacht, statt sich konkrete Ausbeutungsverhältnisse anzuschauen, finden wir hier einen weiteren Aspekt sehr plakativ vorgestellt: Verweise bürgerlicher Wissenschaft etwa auf »Sachzwänge« kapitalistischer Konkurrenz werden dahingehend kritisiert, dass es sich bei ihnen um Rechtfertigungsversuche handeln würde, mit denen das eigene finstere Treiben schöngeredet werden soll; also handelt es sich hier immer nur um einen bewussten Akt der Verdummung zur Aufrechterhaltung eigener Privilegien. Nun steht außer Frage, dass sogenannte Sachzwänge tatsächlich oft behauptet werden, um partikulare Interessen zu verschleiern und zu legitimieren, und deshalb auch jeweils konkret zu hinterfragen sind. Für den GSP mit seinem auf die Oberfläche der Erscheinungen begrenzten Erkenntnishorizont ist damit aber schon alles gesagt – hierin nicht unähnlich dem Stammtischgerede des »gesunden Menschenverstandes«, der sich auch immer schon damit zufrieden gibt, dass letztlich alles auf irgendwelche Profitinteressen zurückzuführen ist, gegen die der »kleine Mann« nichts ausrichten kann. Was der Stammtisch ebenso wenig wie der GSP begreifen kann oder will, ist, dass diese Interessen selbst nicht nur als Form gesellschaftlich konstituiert

sind, sondern das dieser Konstitutions- und Formzusammenhang einer gegenüber den HandlungsträgerInnen verselbstständigten Dynamik unterliegt und ihnen grundlegende, verdinglichte Zwänge auferlegt, die jenseits ihres Wollens angesiedelt sind.

Marx hat im Fetisch-Kapitel im Anschluss an die oben bereits zitierte Passage darauf aufmerksam gemacht, wie der bürgerliche Verstand dem Schein der gesellschaftlichen Formen aufsitzt:

> »Es steht daher dem Werte nicht auf der Stirn geschrieben, was er ist. Der Wert verwandelt vielmehr jedes Arbeitsprodukt in eine gesellschaftliche Hieroglyphe. Später suchen die Menschen den Sinn der Hieroglyphe zu entziffern, hinter das Geheimnis ihres eignen gesellschaftlichen Produkts zu kommen, denn die Bestimmung der Gebrauchsgegenstände als Werte ist ihr gesellschaftliches Produkt so gut wie die Sprache. Die späte wissenschaftliche Entdeckung, daß die Arbeitsprodukte, soweit sie Werte, bloß sachliche Ausdrücke der in ihrer Produktion verausgabten menschlichen Arbeit sind, macht Epoche in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, aber verscheucht keineswegs den gegenständlichen Schein der gesellschaftlichen Charaktere der Arbeit. Was nur für diese besondre Produktionsform, die Warenproduktion, gültig ist, daß nämlich der spezifisch gesellschaftliche Charakter der voneinander unabhängigen Privatarbeiten in ihrer Gleichheit als menschliche Arbeit besteht und die Form des Wertcharakters der Arbeitsprodukte annimmt, erscheint, vor wie nach jener Entdeckung, den in den Verhältnissen der Warenproduktion Befangenen ebenso endgültig, als daß die wissenschaftliche Zersetzung der Luft in ihre Elemente die Luftform als eine physikalische Körperform fortbestehn läßt.« (MEW 23, S.88)

Marx argumentiert hier dahingehend, dass die Formen der kapitalistischen Vergesellschaftung den Handelnden in gewisser Weise zwar auffallen, damit aber noch lange nicht als historischspezifische verstanden seien. So hätten zwar Adam Smith und David Ricardo die Arbeit als Basis des Werts bestimmt, allerdings hätten sie diese Annahme sogleich in die Geschichte zurückprojiziert: schon immer soll es den Wert und die wertschaffende Potenz der Arbeit gegeben haben. Damit erschienen die mit dem Wert gesetzten Zwänge jedoch als Naturgesetze

oder als allgemeinmenschliche Notwendigkeiten – und eben das sei der zentrale Fehler der bürgerlichen Ökonomen. Da der GSP nun aber selbst diesem Schein aufsitzt, kann er seinerseits die Fehler der VWL nur wahlweise auf persönliche Interessiertheit oder auf bloße Dummheit zurückführen. Zugleich wird die formkritische Ebene der Marx'schen Argumentation ersatzlos gestrichen. In einer Auseinandersetzung mit der Marx-Lektüre von Michael Heinrich kritisiert der GSP Heinrich gerade dafür, dass er auf eben diesem Aspekt insistiert:

> »So wird es ja auch sein, wenn ein ›Bewusstsein‹ einen Fehler macht und die Welt verkehrt sieht. Bei Heinrich hingegen soll es vom Objekt, das es sich per Erfahrung und Nachdenken theoretisch aneignet, so umfassend falsch gepolt sein, dass es selbst gar keinen Fehler und Irrtum mehr enthält, auf den es zu stoßen wäre. Wie vor ihm andere hält er das notwendig falsche Bewusstsein für eine Leistung des Objekts – und nicht für eine Tat des Verstandes – und als vom Objekt diktiertes Denken für dermaßen notwendig, dass nichts Falsches an ihm mehr übrig bleibt«. (Gegenstandpunkt 2008, 110)

Hier wird die Motivation der Kritik besonders deutlich: gegenüber einer theoretischen Praxis, die auf dem Primat des Wissens und der mit ihm verbundenen Apologie des bürgerlichen Erkenntnissubjekts beruht, stellt die wertkritische Interpretation der Marx'schen Position eine radikale Kritik dar. Die gesamte, zum Beginn dieser Untersuchung dargelegte Konzeption politischer Agitation wäre hinfällig, könnte »der Verstand« nicht qua eigener Leistung unmittelbaren Zugang zu den Dingen finden und ohne Weiteres entscheiden, was falsch oder richtig ist. Um diese brettflache erkentnnistheoretische Position zu behaupten, ist jede billige Verdrehung der Argumente reflektierterer Positionen recht. So wird hier behauptet, Heinrich unterstelle »dem Objekt«, es habe willentlich eine »Leistung« vollbracht und dem Subjekt das Denken diktiert. Es versteht sich fast von selbst, dass sich der GSP gar nicht erst die Mühe macht, nachzuweisen, dass Heinrich tatsächlich solchen Unfug vertritt[41]. Vielmehr ist die eigene Selbsterhaltung schon immer Programm.

[41] Zur treffenderen Kritik an der von Heinrich vertretenen Lesart der Marxschen Theorie vgl. Lohoff 2013 sowie Samol 2013

8. Kinder der Postmoderne

»Kommunismus ist nicht Liebe. Kommunismus ist der Hammer, mit dem wir den Feind zerschlagen.« (Jonas Köpper)

Die Kategorie des Interesses ist beim GSP die zentrale Kategorie, um gesellschaftliche Widersprüche und soziale Kämpfe zu beschreiben. Nicht nur Arbeitgeber[42] und Arbeitnehmer, auch Mieter und Vermieter, Gläubiger und Schuldner werden in schöner Regelmäßigkeit als ZeugInnen eines allseitigen Interessenkampfes herbeizitiert. Nun stellte auch der traditionelle Marxismus die Kategorie des Interesses in den Mittelpunkt, doch hier war diese noch auf den Standpunkt der Arbeit bezogen. Die Arbeit spielte die Rolle einer allseitigen Vermittlung zur Herstellung einer kollektiven Subjektivität: durch die gemeinsamen Erfahrungen als ArbeiterInnen konnten diese ihre Opposition zum Kapital erkennen und in politische Aktivität verwandeln. Der GSP setzt an die Stelle der Arbeit nun das Wissen: erst das Wissen soll in der Lage sein, die gemeinsamen Interessen zu vermitteln und stellt somit die Basis für die soziale Emanzipation dar. Damit streicht der GSP faktisch auch die positive Besetzung des traditionell-marxistischen Großsubjekts Arbeiterklasse durch, auch wenn dieses immer noch abstrakt angerufen wird. Was dann noch übrig bleibt, sind im Grunde die auf ihre nackten Interessen zurückgeworfenen Einzelnen, an die permanent appelliert wird, sie sollten doch endlich erkennen, dass eben diese Interessen »systematisch geschädigt« werden.

Darin reflektiert sich, dass mit dem »Neoliberalismus« die abstrakte Individualisierung weitgehend durchgesetzt worden ist. Die Einzelnen nehmen sich in erster Linie als Interessensmonaden wahr, die ihr Leben in der eigenen Hand halten und dabei von nichts abhängig sind als dem Willen, aus ihrem Leben etwas zu machen. Zugleich hat mit dem Aufstieg des Wissens zur wichtigsten Produktivkraft insbesondere in den kapitalistischen Zentren die Aneignung von Wissen als Schlüssel zum gesellschaftlichen Erfolg für die Individuen enorm an Bedeutung gewonnen. Das populäre Gerede von der »Wissensgesellschaft« und

[42] Keine Frage: Für den GSP gibt es keine Frauen.

die Kette von »Bildungsreformen« gerade in Deutschland verweist darauf. Der GSP erweist sich also in dieser Hinsicht durchaus als Kind seiner Zeit. Seine Position lässt sich insofern auch interpretieren als unbewusste Reaktionsform auf die Transformationen des kapitalistischen Gesamtgefüges seit den 1970er Jahren, die sie aber nicht etwa kritisch analysiert, sondern in pseudo-kritischer Form reflektiert. Sowohl das Auftreten der *Neuen Sozialen Bewegungen* als auch die in den 1970er Jahren einsetzende *Krise der Arbeit* haben den traditionellen Marxismus vor Herausforderungen gestellt, an denen dieser letztendlich gescheitert ist. Durch die im Laufe der 1970er und 1980er Jahre immer offensichtlicher werdenden Krisenprozesse standen sowohl die positive Fokussierung auf die Arbeit als auch der im traditionellen Marxismus stets enthaltene Fortschrittsoptimismus zur Disposition. Gleichzeitig wurde deutlich, dass auch in der Welt der sozialen Kämpfe eine Transformation im Gange gekommen war, durch welche die Hegemonie der ArbeiterInnen-Bewegungin Frage gestellt werden sollte.

Die Reaktionen darauf im gesellschaftskritischen Diskurs fielen unterschiedlich aus. So ging der im französischen und englischsprachigen Raum vorherrschende Poststrukturalismus mit einer weitgehenden Absage an die Marx'sche Theorie einher; in Deutschland entwickelten sich verschiedene Strömungen einer neuen Interpretation des Marx'schen Werkes, die meist an die Kritische Theorie anknüpften. Auch der GSP ging scheinbar den Weg einer Neulektüre von Marx, die sich beim genaueren Hinsehen allerdings als völlig unkritisch-traditionalistisch entpuppt. Während in weiten Teilen der neueren Marxinterpretationen die Formproblematik kapitalistischer Vergesellschaftung zumindest in den Blick genommen wurde, beschränkt sich der GSP auf die Ebene einer selbst im Verhältnis zum traditionellen Marxismus besonders platten Interessensmetaphysik. Einerseits ist er darin bereits Ausdruck der sich in der Krise der Arbeit manifestierenden Krise der fortschrittsoptimistischen Geschichtsphilosophie, andererseits will er aber von den dahinter liegenden Krisenprozessen nichts wissen. Zugleich wird aber der Traditionalismus des GSP durch einige theoretische Pirouetten verschleiert. Während traditionell-marxistische Positionen häufig einen emphatischen Bezug auf Staat und Partei als GeburtshelferInnen

des Kommunismus an den Tag legten, hat der GSP mit diesen Vorstellungen scheinbar aufgeräumt. Das passt in eine Zeit, in der sowohl die systemimmanenten Umverteilungskämpfe an die Grenzen ihrer Durchsetzbarkeit gestoßen sind, in der sozialdemokratische Parteien keine sozialen Verbesserungen für ihre Klientel mehr erringen konnten und in der das faktische Ende von staatlicher Gestaltungsmacht durch Verschuldung und Globalisierung[43] offensichtlich wurde. Doch so sympathisch die staatskritischen Ausführungen des GSP zunächst erscheinen mögen, sind sie doch durch das eigene theoretische Paradigma keinesfalls gedeckt.

Seine Kritik am bürgerlichen Staat läuft im Grunde darauf hinaus, dass dieser die kapitalistische Herrschaft absichert – was für sich genommen ja nicht falsch ist. Da der Staat aber zugleich als ein allmächtiges Subjekt imaginiert wird, findet der GSP konsequenterweise nichts an ihm auszusetzen, wenn er nur die Interessen aller Menschen zu seinem Zweck macht und sich insofern »vernünftig« verhält. Das war in den 1980er Jahren noch offensichtlicher, als mit dem Realsozialismus eine scheinbare Systemalternative zur Verfügung stand, die von der damaligen MG im Wesentlichen dafür kritisiert wurde, dass sie nicht wirklich Ernst mache mit ihren Prinzipien. Dementsprechend meldete die MG zum Deutschland-Besuch von Leonid Breshnew auch eine Demonstration an, in der die Sowjetunion lediglich in diesem Sinne »konstruktiv« kritisiert wurde (vgl. Marxistische Gruppe 1981). Auch in ihren umfangreichen ›Systemvergleichen‹ aus jener Zeit wird deutlich, für wen das Herz zu schlagen hat (vgl. exemplarisch Marxistische Gruppe 1982).

[43] Diese Entwicklung hat ihre Ursache in der bereits im vorigen Kapitel angedeuteten Krise der Verwertung, die sowohl eine Aufblähung des von Marx so genannte *fiktiven Kapitals* als auch eine Umstrukturierung der Wertschöpfungsketten zur Folge hatte. Diese als ›Globalisierung‹ diskutierte Entwicklung wurde zwar nicht zuletzt durch staatliches Handeln politisch flankiert und durchgesetzt, die Ursache jedoch ist in der inneren Widerspruchsdynamik der Verwertungsbewegung zu suchen (vgl. Lohoff/Trenkle 2012). Zur Kritik der Globalisierungsdebatte und den dahinterliegenden sozio-ökonomischen Prozessen vgl. zudem Kurz 2005.

Es ist dabei auch kein Zufall, dass es hier nicht um die konkreten Bedürfnisse der Menschen geht, sondern um ihre »Interessen«, die der GSP aufgrund seiner Analyse des Kapitalverhältnisses zu kennen vermeint. Was die Menschen wirklich wollen und wie es ihnen dabei geht, wenn ein »sozialistischer Staat« über ihren Kopf hinweg ihr Leben verplant, spielt dann keine Rolle mehr. Dass der den Kapitalismus konstituierende Widerspruch von vereinzelter Individualität und abstrakter Allgemeinheit der Gesellschaft im Realsozialismus nicht aufgehoben, sondern nur anders organisiert war, kommt dem GSP nicht einmal in den Sinn. Vielmehr affirmiert er die darauf beruhenden Herrschaftsstrukturen. Wenn die Organisation oder der Staat erkannt hat, was richtig ist, dann wird das aufgeklärte Individuum daran ja wohl kaum was auszusetzen haben, oder? Letztlich hat die Partei also immer noch Recht, auch wenn sie sich nicht mehr so nennt.

Auch vom Proletariat kann der GSP nicht lassen, obwohl es nur noch als Schatten seiner selbst durch seine Theorie geistert. Einerseits bleibt es (wie im traditionellen Marxismus) der Hauptbezugspunkt »kommunistischer« Hoffnungen. Gleichzeitig ist dieser Bezug nicht mehr von der Emphase der historischen Mission getragen, sondern kommt stets resigniert und geradezu abfällig daher. Dass »das Proletariat« es zu nichts anderem gebracht habe als »zur selbstbewussten Anpassung an den Reformbedarf von Nation und Kapital«[44], wird ihm nun moralisierend vorgeworfen. Statt einer Analyse der historischen Transformationen wird so die gleichsam verpönte Moral zum Inhalt der Kritik. Das ist das Ergebnis einer Rückabwicklung der Kritik der Politischen Ökonomie in einen plumpen Interessenspositivismus, der nichts mehr zu erklären vermag.

---

[44] So die Werbung für ein Buch von Peter Decker und Konrad Hecker mit dem Titel »Das Proletariat«, das auf dem Cover folgendermaßen angepriesen wird: Das Proletariat. Politisch emanzipiert – Sozial diszipliniert – Global ausgenutzt – Nationalistisch verdorben. Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse kommt an ihr gerechtes Ende«. Decker und Hecker stehen hier faktisch auf dem Standpunkt eines enttäuschten Liebhabers, der trotz alledem auf einer völlig abstrakten Ebene immer noch die Arbeiterklasse als Subjekt anruft.

Der GSP (und seine Vorgängerin MG) weist sich aber auch noch in anderer Hinsicht als Kind seiner Zeit aus: vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Transformationen seit den 1970er Jahren hält er für seine AnhängerInnen ein bemerkenswertes psychologisches Angebot bereit. Sein gesellschaftstheoretisches Modell kommt der Bedürfnislage der postmodern verunsicherten Subjekte, die in ihrer Selbst- und Weltwahrnehmung zwischen dem Gefühl der Allmacht und dem Gefühl der Ohnmacht changieren (vgl. Bösch 2000), geradezu perfekt entgegen. Einerseits erleben diese sich als MacherInnen, die das Leben fest im Griff haben und gewissermaßen »Herr im eigenen Haus« sind. Und andererseits fühlen sie sich äußeren Mächten unterworfen und fernab jeglicher Handlungsfähigkeit. Beide Wahrnehmungen, so sehr sie sich auch zu widersprechen scheinen, haben doch einen gemeinsamen Ursprung. Sie resultieren aus der widersprüchlichen und doppelten Bestimmung des kapitalistischen Subjekts als eines Handlungsträgers, der einerseits den objektivierten Zwängen der Warenlogik unterworfen ist und zugleich darin sich aber immer individuell behaupten muss. (vgl. Bösch 2000)

Der GSP reproduziert beide Pole dieses gedoppelten Wahrnehmungsmusters in seinem Theorie- und Agitationsangebot. Zunächst einmal wird die Ohnmacht bedient: die menschlichen Individuen sind dem GSP zufolge einer allumfassenden staatlichen Verfügungsmacht untergeordnet, die jeden ihrer Schritte gängelt und kontrolliert. Ein Ausbrechen aus diesen Verhältnissen ist nicht möglich, jede Handlungsoption ist entweder verstellt oder staatlich gewollt und so selber Teil der allumfassenden Repression.

Was bleibt, ist als ein einziger Ausweg die »vernünftige Einsicht« in diesen Systemzusammenhang. Wenn alle eingesehen haben, dass die allumfassende staatliche Gewalt systematisch ihre Interessen verletzt, sind sie durch einen kollektiven Willensakt in der Lage, den Kapitalismus außer Kraft zu setzen. Wer über diese Einsicht jetzt schon verfügt, gehört zu den Wissenden. So kann das postmoderne Individuum seine Allmachtphantasie befriedigen, wenn es nur die Texte des GSP gründlich studiert.

Auf diese Weise bekommt der politische Zusammenhang aus Lesekreisen, Agitationsveranstaltungen und Schulungskursen eine besondere Bedeutung. Zum einen vermittelt er immer wieder die Erkenntnis der eigenen Ohnmacht und liefert ganz nebenbei so die Legitimation dafür, im kapitalistischen Alltag seine ganz individuellen Konkurrenz- und Karriere-Interessen zu verfolgen, weil es ja im Grunde völlig »unvernünftig« wäre, auf dieser Ebene Rücksichten zu nehmen. Zum anderen bietet er durch die Teilhabe am Wissen über den Kapitalismus und seine Funktionsweise die Illusion, damit aus dieser Ohnmacht ausbrechen zu können. Dass die propagierten und geschulten »Einsichten« seit Jahrzehnten unverändert geblieben sind, bietet in diesem Zusammenhang keinen Anlass zur Kritik oder wenigstens Skepsis, sondern bestätigt nur ihre dauerhafte und absolute Gültigkeit und befriedigt gerade darin die Allmachtsphantasien. Der besserwisserische Gestus, mit dem GSP-AdeptInnen meistens auftreten, ist dieser Konstellation geschuldet. Es ist völlig klar, dass sie gar nicht diskutieren, sondern nur belehren wollen, weil sie ja zu den Eingeweihten gehören, die über das wahre Wissen verfügen. Daher auch die offen zur Schau getragene Herblassung und Verachtung gegenüber denen, die »das Argument« immer »noch nicht verstanden haben«; an ihnen kann das eigene Allmachtsgefühl ausgekostet und die reale Ohnmachtserfahrung verdrängt werden.[45]

Daher ist es auch kein Wunder, dass der GSP oft ob seiner sektenartigen Praxen auffällt. Die abgeschottete Gruppe von Erleuchteten, die ihr heiliges Wissen an die Heerscharen predigt, produziert und reproduziert sich stets weiter. In der Gedankenwelt des GSP lässt sich solches freilich leicht ausblenden. Denn vor dem Postulat eines freien und in gewisser Weise allmächtigen Willens ist alles das Ergebnis einer bewusst-rationalen Entscheidung; niemand ist von psychischen Bedürfnissen getrieben - schon gar nicht jene, die das alles doch verstanden haben.

[45] Zur psychologischen Dimension des »sich beweisenden« und bisweilen auch »aggressiv-entwertenden« Diskussionsstils, wie er auf Veranstaltungen gepflegt wird, die aus dem Umfeld des GSP heraus organisiert werden, vgl. auch Creydt 2015, S. 128ff. sowie S. 214ff.

So erklärt sich zu einem Gutteil die Faszination, die der GSP für viele Menschen ausübt: er bietet festen Halt in einer Welt, in der zunehmend jede feste Basis verloren zu gehen scheint. Insofern ist der GSP der Gegenpol zum großen Boom der Esoterik- und Wohlfühlindustrie seit den 1970er und 1980er Jahren. Er besetzt die andere aber ebenso falsche Seite eines Widerspruchs in den Subjekten, den er selber nicht versteht. Hier wie dort wird individuelle Reflektion eingefordert, zugleich aber eine Haltung eingeübt, die es erlaubt, mit den Zumutungen des postindustriell durchgeknallten Kapitalismus zu leben – nicht aber, sich ihnen zu widersetzen.

Literatur

Adorno, Theodor W. (2003 [1966]): Negative Dialektik. In: Gesammelte Schriften Band 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bierwirth, Julian (2015): Henne und Ei. In: Krisis 1/2015

Blankertz, Herwig (1982): Geschichte der Pädagogik. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Wetzlar: Büchse der Pandorra

Bösch, Robert (2000): Zwischen Allmacht und Ohnmacht. Zur Psychopathologie des bürgerlichen (d.h. männlichen) Subjekts. In: Krisis 23/2000. Online abrufbar unter: http://www.krisis.org/wp-content/data/zwischen-allmacht-und-ohnmacht.pdf

Creydt, Meinhard (2015): Der bürgerliche Materialismus und seine Gegenspieler. Interessenpolitik, Autonomie und linke Denkfallen. Hamburg: VSA

Decker, Peter (1982): Die Methodologie kritischer Sinnsuche. Systembildende Konzeptionen Adornos im Lichte der philosophischen Tradition. Erlangen: Verlag Palm & Enke

Decker, Peter/Hecker Konrad (2002): Das Proletariat, München 2002

Decker, Peter (2005): Die »Kritische Theorie« der Frankfurter Schule: Sehnsucht nach Versöhnung als Gesellschaftskritik. Vortag gehalten am 26.01.2005 in Berlin. Online abrufbar unter: http://www.contradictio.de/blog/wp-content/uploads/Krit_Theorie_P_Decker.mp3

Decker, Peter (2008): Zur Kritik an Faschisten, der Demokratie und Antifas. Online abrufbar unter: https://archive.org/details/DeckerVsAntifaLE2008

Decker, Peter (2012): Thesen zu den Charaktermasken des Kapitals, den sozialen Klassen – und was für antikapitalistische Politik daraus folgt. Online abrufbar unter: http://kritikundintervention.org/sites/default/files/Decker_Klassen&Charaktermasken_Bielefeld.pdf

Decker, Peter (2013): Wissenschaftskritik: Philosophie. Vortrag gehalten am 7.11.2013 in Erlangen. Online abrufbar unter:
http://www.youtube.com/watch?v=_a1nESbq8lU&hd=1

Descartes, René (1637): Ausführungen über die Methode seine Vernunft gut zu gebrauchen und die Wahrheit in den Wissenschaften zu suchen. Online abrufbar unter: http://paedpsych.jku.at:4711/LEHRTEXTE/DescartesDiscours.html

Gäbler, Bernd (1982): Das Prinzip Ohnmacht. Eine Streitschrift zur Politik der ›Marxistischen Gruppe‹. Dortmund: Weltkreis

Gegenstandpunkt (2001): Die Psychologie des bürgerlichen Individuums. München : Gegenstandpunktverlag

Gegenstandpunkt (2004a): Erkenntnisvermögen – der direkte Weg zum Ding an sich. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/mszarx/phil/kant/erkverm.htm

Gegenstandpunkt (2004b): Transzendentale Logik – Der umständliche und konstruierte Dreisprung des transzendentalen Denksports. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/mszarx/phil/kant/translog.htm

Gegenstandpunkt (2004c): Warum wir nicht mit einem »durchdachten planwirtschaftlichen Konzept« für den Kommunismus werben. In: Gegenstandpunkt 1/2004. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/gs/04/1/lb-plan.htm

Gegenstandpunkt (2006): Leserbrief: Sprachhygiene – kein Nebenkriegsschauplatz, sondern antikritische Political Correctness. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/gs/06/4/leser1.htm

Gegenstandpunkt (2007): Marco knutscht sich in den Knast. In: Gegenstandpunkt 3/2007. Online abrufbar unter: http://gegenstandpunkt.com/gs/07/3/Marco.html

Gegenstandpunkt (2008): Wie man ›Das Kapital‹ nicht schon wieder neu lesen sollte. Zur ›Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie‹ von Michael Heinrich. In: Gegenstandpunkt. Politische Vierteljahreszeitschrift 2/08

Gegenstandpunkt (2011): Leserbrief: Sind die marxistischen Kritiker der Moral nicht selbst die größten Moralisten?. In: Gegenstandpunkt 1/2011. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/gs/11/1/gs20111c07h1.html

Gegenstandpunkt (2012): ›Der Gegenstandpunkt: Eine Sektenkunde‹. Woran ein Freigeist eine Sekte erkennt. Online abrufbar unter:
http://www.gegenstandpunkt.com/gs/12/1/gs20121052h1.html

Gegenstandpunkt (2013a): Kritik – wie geht das? In: Gegenstandpunkt. Politische Vierteljahreszeitschrift 4/13

Gegenstandpunkt (2013b): Zur Broschüre des Ums-Ganze-Bündnisses: ›Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit‹. Statt Kritik des Systems der Ausbeutung eine radikalkritische Absage an den ›Systemzwang‹. In: Gegenstandpunkt. Politische Vierteljahreszeitschrift 4/13

Greiff, Bodo von (1977): Gesellschaftsform und Erkenntnisform. Zum Zusammenhang von wissenschaftlicher Erfahrung und gesellschaftlicher Entwicklung. Frankfurt a.M/ New York: Campus

Gruppe 180° (2010): Geschlecht, Sprache und soziale Realität. Geschlechtergerechte Sprache mit materialistischer Sprachtheorie in den Blick genommen. Online abrufbar unter:
http://www.trend.infopartisan.net/trd1110/t091110.html

Gruppe 3 (2000): Lebende Leichen oder warum das »Manifest gegen die Arbeit« auf keinen Fall eine Kapitalismuskritik ist. Online abrufbar unter: http://www.trend.infopartisan.net/trd7800/t017800.htm

Huisken, Freerk (1999): Zum »Manifest gegen die Arbeit« (Gruppe KRISIS): »Wir sitzen alle in einem Boot – in dem der kollabierenden Arbeitsgesellschaft!«. Online abrufbar unter:

Huisken, Freerk (1987): Ausländerfeinde und Ausländerfreunde. Eine Streitschrift gegen den geächteten wie den geachteten Rassismus. VSA: Hamburg

Huisken, Freerk (1992): Erziehung im Kapitalismus. Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten. Hamburg : VSA

Käsler, Dirk/Schniedelbach, Herbert (1985): Aufklärung über die Marxistische Gruppe (MG). Online abrufbar unter: http://neueraf.wordpress.com/2009/05/21/aufklarung-uber-die-marxistische-gruppe-mg/

Kling, Marc-Uwe (2011): Das Känguru-Manifest. Berlin: Ullstein

Krisis (1999): Manifest gegen die Arbeit. Eigenverlag. Online abrufbar unter: http://www.krisis.org/1999/manifest-gegen-die-arbeit

Kurz, Robert (2005): Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. Berlin: Verlag Klaus Bittermann

Lohoff, Ernst (1998): Zur Dialektik von Mangel und Überfluss. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 21/22-1998. Online abrufbar unter: http://www.krisis.org/1998/zur-dialektik-von-mangel-und-ueberfluss

Lohoff, Ernst (2013): Auf Selbstzerstörung programmiert. Über den inneren Zusammenhang von Wertformkritik und Krisentheorie in der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie, Krisis 2/2013
http://www.krisis.org/2013/ernst-lohoff-auf-selbstzerstoerung-programmiert/

Lohoff, Ernst (2005): Die Verzauberung der Welt. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft. 29/2005. Online abrufbar unter:
http://www.krisis.org/2005/die-verzauberung-der-welt

Lohoff, Ernst (2006): Ohne festen Punkt. Befreiung jenseits des Subjekts. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft. 30/2006. Online abrufbar unter: http://www.krisis.org/2006/ohne-festen-punkt/

Lohoff, Ernst/Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind, Münster 2012

Marxistische Gruppe (1973): Zum Charakter der Naturwissenschaften. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/mszarx/nat/natwi.htm

Marxistische Gruppe (1977): Freisetzung von Staatsenergie. Der Kampf des Bürgers gegen die Kernspaltung. In: Marxistische Studenten Zeitschrift 16/1977. Online abrufbar unter: http://www.msz1974-80.net/AKWs.html

Marxistische Gruppe (1981): Rede auf der Schlußkundgebung: Gegen BRD-Imperialismus und NATO-Weltherrschaft. In: Marxistische Studenten Zeitschrift 6/1981. Online abrufbar unter:
http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/81/81_6/demo.htm

Marxistische Gruppe (1982): Die zwei großartigen Alternativen des 20. Jahrhunderts in Sachen Gewalt und Produktion. In: Marxistische Studenten Zeitschrift (MSZ), 6/1982. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/82/82_6/sysver.htm

Marxistische Gruppe (1986): Moral – Das moralische Gewissen der Klassengesellschaft. In: Marxistische Studenten Zeitschrift (MSZ), 7/1986. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/86/86_1/moral.htm

Marxistische Gruppe (1989): Kritik – wie geht das? In: Marxistische Studenten Zeitschrift (MSZ), 3/89

Marxistische Gruppe (1991): Der demokratische Staatssicherheitsdienst entlarvt eine abweichende Meinung. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/91/91_4/pervers.htm

Meyer, Leo (1982): Die ›MG‹ live vor den Betriebstoren. Aus den Erfahrungen eines Vertrauensmannes. In: Gäbler, a.a.O.

Mpunkt (2007): Vom feministischen Glauben. Online abrufbar unter: http://mparchiv.wordpress.com/2007/02/05/vom-feministischen-glauben/

Müller, Rudolf Wolfgang (1981): Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike. 2. Aufl., Frankfurt am Main/New York: campus

Ortlieb, Claus-Peter (1998): Bewusstlose Objektivität. Aspekte einer Kritik der mathematischen Naturwissenschaft. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 20/21-1998. Online abrufbar unter: http://www.math.uni-hamburg.de/home/ortlieb/hb09bewobj.pdf

Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx. Freiburg: Ca ira

Reichardt, Sven (2014): Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Rote Zellen AK München: Programmatische Erklärung. Online abrufbar unter: http://neoprene.blogsport.de/images/Rote_Zellen_AK__Programmatische_Erklaerung.pdf

Schandl, Franz (2004): Mehrwert und Verwertung. In: Streifzüge. Online abrufbar unter: `http://www.streifzuege.org/2004/mehrwert-und-verwertung`

Samol, Peter (2013): Michael Heinrichs Fehlkalkulationen der Profitrate. Zur Widerlegung von Michael Heinrichs Kritik am »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« und über die Bedeutung der schrumpfenden Wertmasse für den Krisenverlauf. In: Krisis 1/2013

Spehr, Christoph (2003): Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation. Berlin: Dietz

Trenkle, Norbert (2005): Die metaphysischen Mucken des Klassenkampfs. Über die stummen Voraussetzungen eines merkwürdigen Retro-Diskurses, in: *Krisis* 29, Münster 2005

»ums Ganze!«-Bündnis (2009): »Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit. Zur Kritik des kapitalistischen Normallvollzugs.« Eigenverlag.

Verfassungsschutz (1995): ›Marxistische Gruppe‹ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes

Wedel, Karl-Heinz (2003): Die Höllenfahrt des Selbst. Von Kants Todesform des sinnlosen Willens. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 26, Bad Honnef 2003. Online abrufbar unter: `http://www.krisis.org/wp-content/data/die-hoellenfahrt-des-selbst.pdf`

Weber, Max (1964 [1956]): Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe, Erster Halbband. Köln/Berlin: Kiepenheuer und Witsch

Karl-Heinz Lewed

Rekonstruktion oder Dekonstruktion?

Über die Versuche von Backhaus und der Monetären Werttheorie, den Wertbegriff zu rekonstruieren

Zusammenfassung

Ein zentrales Element der Marx'schen Theorie bildet der Begriff des Fetischismus. In diesem Zusammenhang bedeutet Kapitalismus als fetischistische Herrschaftsform, dass sich das Verhältnis zwischen den Menschen als »gesellschaftliches Verhältnis der Sachen« (Marx) darstellt. Im Geld kommt diese versachlichte Beziehung zum Ausdruck. Es ist die Erscheinungsform und gleichzeitig die Verschleierung der sozialen Vermittlung in der Warengesellschaft.

Hans Georg Backhaus hat in den 1970er Jahren den Anstoß gegeben, genau diese Beziehung zwischen dem Geld und einer dahinter verborgenen gesellschaftlichen Struktur näher zu bestimmen. Seine Analysen waren damit wichtiger Ausgangspunkt für eine Reformulierung radikaler Kritik der Warengesellschaft als Kritik versachlichter Beziehungen jenseits des traditionellen Marxismus mit dessen Fixierung auf den Klassenantagonismus.

Auch der vorliegende Text geht davon aus, dass es für eine adäquate Rekonstruktion der Marx'schen Kritik zentral ist, die Frage nach dem inneren Zusammenhang von Arbeit, Wert und Geld zu klären. In ihr liegt der Schlüssel zum Verständnis der historischen Spezifik kapitalistischer Herrschaft und damit auch der Möglichkeit ihrer Überwindung.

Eine plausible Antwort auf diese Fragestellung ergibt sich allerdings nur, wenn die Arbeit als die Substanz des Werts bestimmt wird. Das bedeutet, die Arbeit in ihrer spezifischen Funktion zu begreifen, die darin besteht, überhaupt erst Gesellschaftlichkeit herzustellen. Genau in dieser Funktion als Zentrum ge-

sellschaftlicher Vermittlung bildet die Arbeit die Substanz des Werts. Im Kapitalismus entstand so historisch eine völlig neue Form gesellschaftlicher Beziehung, die sich von allen vormodernen Formen grundlegend unterscheidet. Wenn sich aber eine Gesellschaft über Arbeit vermittelt, dann heißt dies gleichzeitig, dass sie in einen Zusammenhang von getrennten Privatproduzenten auseinanderfällt. Im Wert jeder Ware, die die Privatproduzenten jeweils herstellen, muss sich die gesellschaftliche Vermittlung durch Arbeit darstellen. Arbeit ist also der Hintergrund oder vielmehr das Wesen jenes gesellschaftlichen Verhältnisses der Sachen. In der kritischen Analyse der Gesamtbeziehung und ihrer einzelnen Momente muss somit die Arbeit den Ausgangspunkt bilden.

Die Notwendigkeit des Geldes entsteht dabei - der logischen Entwicklung der Kategorien nach - erst im Austauschprozess der Waren. Diese nachgeordnete Funktion des Geldes erkennt Backhaus allerdings nicht. Statt in der Arbeit sieht er im Geld die Schlüsselkategorie kritischer Gesellschaftstheorie. Mit seiner »Monetären Werttheorie« und den sich aus ihr ergebenden endlos wiederholten und letztlich ergebnislosen Versuchen, das von ihm so genannte »Geldrätsel« zu entschlüsseln, verharrt Backhaus stets auf der Ebene des Austauschverhältnisses. Auf dieser ist aber eine Bestimmung der gesellschaftlichen Substanz des Werts gar nicht möglich. Mit seiner falschen Fokussierung der Analyse zentriert Backhaus seine Untersuchungen unvermeidlich auf den Austauschprozess und stellt damit zugleich die Weichen weiterer Theorieentwicklung im Kontext der Monetären Werttheorie in eine falsche Richtung. Diese hat unter anderem auch Michael Heinrich eingeschlagen, dessen zirkulationstheoretische Wertlehre vom theoretischen Ansatz her kaum noch eine Differenz zur neoklassischen Volkswirtschaftslehre aufweist. Damit haben sich die Versuche einer Rekonstruktion der Marx'schen Kritik aber in ihr Gegenteil verkehrt.

1. Eine adäquate Kritik der Politischen Ökonomie

In seinem krisis-Beitrag »Auf Selbstzerstörung programmiert«, der sich mit der Stellung der Krisentheorie im System der Kritik der Politischen Ökonomie auseinandersetzt, attestiert Ernst Lohoff der Volkswirtschaftslehre zutreffenderweise völlige Begriffs- und Ratlosigkeit gegenüber »grundlegenden Entwicklungen unserer Krisenepoche«. Dagegen erfasse die Kritik der Politischen Ökonomie, wie sie auch von der krisis verfolgt werde, die herrschende Produktionsweise in ihrer Tiefendimension (siehe Lohoff 2013, 21). Schon Marx hat jenen Zweig der bürgerlichen Ökonomie als »Vulgärökonomie« bezeichnet, der seinen Blick strikt nur auf die Oberfläche des ökonomischen Prozesses richtet. Heute pflegt die *gesamte* VWL einen solchen »vulgären« Zugang zu den tatsächlichen gesellschaftlichen Prozessen.[1] In diesem Zusammenhang verweist Lohoff auf die Entstehungsgeschichte der krisis, die »die im Gefolge der 68er Bewegung entstandene neue Welle der Marxrezeption« (ebd., 22) zum Hintergrund hat. Es entstand damals eine gegen das verkürzte Klassenkampfdenken gerichtete »Lesart, die sich Rechenschaft über den besonderen Charakter der Marx'schen Wertformanalyse ablegte und an die später die Theoriebildung der krisis-Gruppe auf ihre Weise anknüpfen konnte. Insbesondere im universitär verankerten Marxismus entwickelte sich in den Hochzeiten der Marxrezeption in den 1970er Jahren eine relativ breite Debatte, die vor allem um die spezifische Methode und Darstellungsform von Marx kreiste und dabei deutlich machte, wie tief in dieser Hinsicht die Kluft zwischen dessen Kritik der Politischen Ökonomie und der positiven Arbeitswertlehre eines Smith oder Ricardo ist«. (ebd.)[2]

---

[1] Gegenüber der »Vulgärökonomie« urteilt Marx, diese sei in ihrer Analyse wirtschaftlicher Phänomene darauf beschränkt, »die banalen und selbstgefälligen Vorstellungen der bürgerlichen Produktionsagenten von ihrer eigenen besten Welt zu systematisieren, pedantisieren und als ewige Wahrheiten zu proklamieren«. (MEW 23, 95)

[2] Die Debatte und die Standpunkte einer neuen Lesart des Marx'schen Werkes sind bei Lohoff mehr oder weniger nur angedeutet. Im Fokus seines Textes steht v.a. die innere Schranke des Kapitals und der daraus resultierende Krisenprozess.

Die damals entstandenen Versuche einer Rekonstruktion der Werttheorie unterzog aber nicht nur das Verhältnis der Marx'schen Schriften zur Klassik einer kritischen Prüfung, auch die Sicht des traditionellen Marxismus wurde hinterfragt. Dies völlig zu Recht, denn letztlich teilt dieser mit der klassischen Ökonomie das positivistische und affirmative Verständnis zentraler Kategorien der Warengesellschaft, wie etwa Arbeit und Wert. Der Arbeiterbewegung ging es nicht um die Abschaffung und Aufhebung der Arbeit, sondern vielmehr um deren Durchsetzung und Verallgemeinerung. Im historischen Kontext betrachtet, war die nach '68 erwachte Rezeption des Marx'schen Werkes daher eine notwendige Neuorientierung der Linken und letztlich ein Schritt auf dem Weg zu einer emanzipatorischen Perspektive jenseits des traditionellen Marxismus. Das positive Moment der Wert- bzw. Wertformkritik in den 70er Jahren bestand in erster Linie darin, eine kritische Distanz zu unhinterfragten Basiskategorien herzustellen und die von Marx intendierte, radikale Kritik der modernen gesellschaftlichen Form zu rekonstruieren. Damit wurde eine Tiefendimension von Gesellschaftskritik sichtbar, die weit über die Vorstellung des Klassenantagonismus und der Ausbeutung des Proletariats hinausgeht. Kapitalistische Herrschaft entspringt ihrer basalen Logik nach nicht den Interessenkalkülen einer herrschenden Klasse; vielmehr sind diese selbst Folge einer unbewusst hergestellten gesellschaftlichen Verobjektivierung. Die versachlichte Herrschaft im Kapitalismus, so der Kerngedanke der Marx'schen Formkritik, äußert sich für die Subjekte darin, dass diesen ihre eigene Gesellschaftlichkeit als äußeres und natürlich erscheinendes Objekt in Gestalt der Ware und des Geldes gegenübertritt. Ihr gesellschaftliches Verhältnis, so Marx, verkehrt sich zu einem »gesellschaftlichen Verhältnis der Sachen«. Diese Struktur der Verkehrung sozialer Beziehungen in sachliche Verhältnisse der Waren bildet den Kern der Marx'schen Fetischkritik.

Die zentrale Dimension der gesellschaftlichen Beziehungen im Kapitalismus ist somit durch den Charakter der Veräußerlichung und Versachlichung geprägt.[3] War dieser grundlegende Aspekt des Marx'schen Werks für den

[3] Es muss allerdings hervorgehoben werden, dass die Unterwerfung der gesellschaftlichen Beziehungen unter das Formprinzip der Arbeit und des Werts samt der Verob-

Arbeiterbewegungs-Marxismus noch bedeutungslos, so rückte er für die neue Marxrezeption indes in den Mittelpunkt des Interesses.

Hans Georg Backhaus war einer der ersten, der diese Fragestellung genauer untersuchte. In seinem programmatischen Text »Dialektik der Wertform« bemerkt er bezüglich der verdinglichten Struktur im Kapitalismus: »1.Wie ist für Marx das ›gesellschaftliche Verhältnis der Sachen‹ strukturiert? 2. Warum und inwiefern läßt sich das ›Verhältnis der Sachen‹ nur als eine ›ihm selbst äußerliche und bloße Erscheinungsform dahinter versteckter menschlicher Verhältnisse‹ (MEW 23/105) begreifen?« (Backhaus 1997, 47).[4]

Bezüglich der Stellung des Ansatzes der Neuen-Marx-Lektüre[5] zu den Sozialwissenschaften bzw. der ökonomischen Wissenschaft bemerkt Backhaus: »Eine Kritik … ›der‹ Nationalökonomie … ist dann gefordert …, wenn sich herausstellt, daß ihre Vertreter die ökonomischen Gegenstände nicht als Produkte der Selbstentäußerung zu durchschauen vermögen, sondern als typische Repräsentanten des ›natürlichen Bewußtseins‹ gleichsam von Berufs wegen permanent erste und zweite Natur verwechseln.« (ebd., 407)

jektivierung dieser Verhältnisse keineswegs allumgreifend ist. Vielmehr durchzieht ein Bruch die Konstitution der auf der Warenform basierenden Gesellschaftlichkeit. Die Bereiche, die prinzipiell nicht vom Wert erfasst und der Logik der Versachlichung unterworfen werden können, werden abgespalten. Diesem Nicht-Aufgehen der Form trägt auch das von Roswitha Scholz so benannte ›Abspaltungstheorem‹ Rechnung (siehe Scholz 2000). Die folgenden Ausführungen zur Kritik der politischen Ökonomie beziehen sich indes nur auf die immanente Logik des ökonomischen Formprinzips bzw. der Verobjektivierung.

4 Unter dem Aspekt versachlichter und verselbständigter gesellschaftlicher Beziehungen konnte die Reformulierung der Marx'schen Kritik an die Arbeiten der Kritischen Theorie, allen voran Adornos, anknüpfen. Der Bestimmung dieser Objektivität sozialer Beziehungen als zentrale Dimension der Ökonomie hatte die Kritische Theorie allerdings wenig Aufmerksamkeit geschenkt, speziell Adorno hatte in seinen Arbeiten keine im engeren Sinne ökonomische Analyse betrieben. (Siehe dazu Backhaus 2014)

5 Für die Ansätze, die Marx'sche Werttheorie zu rekonstruieren, ist die übergreifende Bezeichung Neue-Marx-Lektüre geläufig. Soweit diese im engeren Sinne die Arbeiten von Hans Georg Backhaus bzw. Helmut Reichelt betreffen bzw. daran anknüpfen, hat sich auch der Begriff der Monetären Werttheorie eingebürgert. Siehe dazu auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Marx-Lekt%C3%BCre

Marx stellt die Grundlogik der in Wert und Geld vergegenständlichten, gesellschaftlichen Beziehungen in den ersten Kapiteln des »Kapital« dar. Speziell in der Wertformanalyse zeigt er die Dialektik der Veräußerlichung der sozialen Verhältnisse und ihre Verobjektivierungen im Geld auf. Im Fortgang der Ausführungen werden dann immer weitere Konkretionen dieser Basisbeziehung getroffen. Ein Hauptverdienst der neuen Marxrezeption besteht darin, die Wertformanalyse als zentrale Dimension der Kritik der politischen Ökonomie kenntlich gemacht zu haben. Die Marx'sche Analyse der dialektischen Beziehungen von gesellschaftlicher Form und stofflichem Inhalt durch ihre Widersprüche hindurch ist alles andere als eine philologische Spitzfindkeit oder »dialektischer Hokuspokus« (Böhm-Bawerk) wie ihn der platte ökonomische Verstand schon immer zu denunzieren versucht hat. Erst mit der Analyse der Wertform wird die Verquickung der Oberflächenerscheinung des ökonomischen Prozesses, der als Geld nur erscheint, mit dem Wesen kapitalistischer Herrschaft, der abstrakten Arbeit, deutlich. Damit wird aber transparent, dass Wert und Geld nicht »natürliche« und überhistorische Phänomene sind, wie die Vulgärökonomie und auch der traditionelle Marxismus meinen, sondern dass vielmehr in ihnen eine spezifisch historische Beziehungsform dinglich zum Ausdruck kommt.

Diese bisher gemachten Anmerkungen zur neuen Marxrezeption bezüglich ihres Hintergrunds bzw. der Programmatik beschreiben allerdings nur deren ursprüngliche Stoßrichtung und den historisch und theoretisch allgemeinen Rahmen, in dem sie verortet war. Die Herausarbeitung der Fragestellung nach den inneren Mechanismen der versachlichten Herrschaftsbeziehung im Kapitalismus ist freilich noch nicht deren Ausführung. Die tatsächliche Ausformulierung und Präzisierung des Programms steht natürlich auf einem anderen Blatt.

Backhaus hat zwar umfassende Untersuchungen darüber angestellt, wie begriffslos die bürgerliche Ökonomie letztlich ihren eigenen ökonomischen Kategorien gegenübersteht und wie wenig sie folglich eine adäquate Bestimmung von Wert und Geld liefern kann. Diese Analysen sind zumeist sehr hellsichtig und

auch schlagend gegenüber den Plattheiten der VWL.[6] Seine ursprüngliche Intention allerdings, die innere Beziehung der Verobjektivierung gesellschaftlicher Verhältnisse, also zwischen dem »Verhältnis der Sachen« und den versteckten menschlichen Verhältnissen zu zeigen und damit zu kritisieren, blieb uneingelöst. Dieser Beziehung selbst und deren ungenügender Klärung durch Backhaus und die Neue-Marx-Lektüre werden Gegenstand der folgenden Ausführungen sein.[7]

Was die jüngeren Vertreter der Monetären Werttheorie, allen voran Michael Heinrich, angeht, so muss man leider konstatieren, dass diese die ursprüngliche Intention einer adäquaten Reformulierung der Kritik der politischen Ökonomie vollends aus den Augen verloren haben.[8] Die Versuche Heinrichs, die

[6] Der Vorwurf von Robert Kurz gegenüber Backhaus, dieser würde die »methodische Grundlage der bürgerlichen Sozialwissenschaften« auf eine Art kritisieren, »sodass die mit Marx begründete … Kritik an der VWL den Balken im eigenen Augen nicht wahrzunehmen braucht«, kann ich nicht teilen (Siehe Kurz 2012). Dies trifft zwar für Michael Heinrich zu, nicht aber für H.G. Backhaus.

[7] In dem Text »Fetisch Alaaf« erhebt Roswitha Scholz den Anspruch, die »Dialektik der Fetischismuskritik im heutigen Prozess des ›Kollaps der Modernisierung‹« (Scholz 2014a, 77) zu klären. So lautet jedenfalls der Untertitel des Artikels. Allerdings wird dort nicht annähernd eine adäquate Entwicklung eines »dialektischen« Verständnisses des Fetischismusbegriffs geleistet. Vielmehr ist der Text von identitätslogischen Zuordnungen durchzogen. Beispielsweise werden völlig disparate Strömungen des aktuellen gesellschaftlichen Diskurses, wie die Neue-Marx-Lektüre (Backhaus, Reichelt, Heinrich, Elbe), die »Jenaer Soziologie« (Dörre, Lessenich, Rosa), Handlungs- und Moraltheoretiker (Honneth, Jaeggi) oder auch psychoanalytisch orientierter Feministinnen (Beatrice Müller) zu einer Gesamtströmung vereinigt. Vor allem aber wird von Scholz der Fetischbegriff inhaltlich überhaupt nicht bestimmt. Die an Marx angelehnte Fetischkritik müsste im Gegensatz zu einer begrifflich unscharfen Perspektive gerade die Wertformanalyse zum zentralen Ausgangspunkt ihrer Bestimmungen machen. Genau diese Wertformanalyse als zentrale Analyseebene zur Kritik des Gesamtverhältnisses hat indes Scholz in ihrem Text »Nach Postone« in der gleichen exit!-Nummer für bloß nachrangig erklärt. Auf diese Weise kann aber kein angemessener Zugang zum Fetischproblem gewonnen werden. (Scholz 2014b, 150)

[8] Auch Backhaus und Reichelt haben schon vor geraumer Zeit in einer ausführlichen Kritik an der Heinrich'schen Perspektive nicht nur erhebliche Zweifel an der Angemessenheit seiner Analyse geäußert; vielmehr seien zentrale Annahmen von Heinrich,

Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie zu reformulieren, führten nicht nur von den zentralen Aspekten einer kritischen Theorie der versachlichten Verhältnisse weg; sein Verständnis gesellschaftlicher Beziehungen deckt sich vielmehr sogar in wichtigen Aspekten mit derjenigen der VWL.[9] So mündete die ursprünglich gedachte radikal kritische Intention der Neuen-Marx-Lektüre in eine Perspektive, die mit der bürgerlichen Ökonomielehre kompatibel ist - angesichts der ursprünglichen Zielbestimmung der Neuen-Marx-Lektüre (im Folgenden: NML) ein erschütternder Befund.

Nun verhält es sich indes nicht so, dass Michael Heinrich die kritischen Arbeiten von Backhaus und Reichelt zu Wert und Wertform völlig umgedeutet hätte. Vielmehr – so die These, die ich in diesem Aufsatz herausarbeiten und belegen will – können die jüngeren Vertreter der NML an den Ungereimtheiten und Verkürzungen der älteren anknüpfen und diese in einem schlechten Sinne radikalisieren. Sie sind also nicht illegitime Erben von Backhaus oder Reichelt, sondern knüpfen vielmehr an deren Missdeutungen an, die ich im Folgenden aufzeigen werde.

2. Backhaus' Kritik an Marx

Backhaus nimmt zunächst die Perspektive der Marx'schen Kritik als Ausgangspunkt. Seiner Ansicht nach hat Marx mit der Kritik der politischen Ökonomie die Grundlagen einer kritischen Analyse des Kapitalismus gelegt. Allerdings seien seine Ausführungen, insbesondere im »Kapital«, mit erheblichen Mängeln behaftet; vor allem sei die dialektische Darstellung der grundlegenden Kategorien dem Gesamtprozess des Kapitals nicht angemessen. Laut Backhaus betrifft das »Mangelhafte der Darstellung ... schon die beiden ersten Abschnitte im ersten Kapitel im ersten Band des ›Kapital‹«, weil sich nämlich darin »die ›Deduktion‹

laut Backhaus und Reichelt, deckungsgleich mit denen der VWL. (Backhaus/Reichelt, 1995)

9 Siehe dazu auch die Kritik von Norbert Trenkle (2000) am Heinrich'schen Standpunkt.

des Werts überhaupt nicht mehr als dialektische Bewegung begreifen lässt«, was auf eine Karikatur von Dialektik hinauslaufe. (siehe dazu und im folgenden Backhaus 1997, 42ff.)[10] Marx gehe im 1. Abschnitt des »Kapital« vom ›empirischen‹ Faktum des Tauschwerts einer Ware aus, dessen Erscheinungsform deren Preis sei. Dem Tauschwert wiederum liege als gesellschaftlicher Gehalt der Wert der Ware zugrunde. So weit könne man der dialektischen Darstellung von Marx im »Kapital« noch folgen. Im nächsten Schritt der Untersuchung, also bei der Analyse der abstrakten Arbeit als Wertsubstanz, verlasse Marx allerdings den Weg einer adäquaten Bestimmung des dialektischen Verhältnisses von Substanz und Form. Es gelte nämlich, den Anforderungen einer adäquaten dialektischen Methode entsprechend, die einzelnen Momente (Wert und Arbeit) in Bezug auf das Ganze zu bestimmen, oder anders formuliert: die Wert*substanz* in Beziehung zur Wert*form* zu formulieren. Entscheidend für die Beziehung des Inhalts zur Form sei ihre innere Verknüpfung. Man könne nicht einfach den Inhalt formallogisch als das Allgemeine und Hauptsächliche setzen und die Form nur als davon Abgeleitetes (und Akzidentielles). Sonst würde die Substanz des Werts, also die Arbeit, unabhängig von der Erscheinungsform im Tauschwert und im Geld begriffen und dem Gebot der inneren Verknüpfung zwischen Form (Geld) und Inhalt (Wertsubstanz) nicht Genüge getan. Im 2. Abschnitt des 1. Kapitels über den Doppelcharakter der in den Waren dargestellten Arbeit entwickelt indes Marx, so Backhaus, den Inhalt ohne die Form, also den Wert ohne die Form des Werts im Geld; demgegenüber müsse eine dialektisch adäquate Bestimmung nach Backhaus sich folgende, zentrale Frage stellen:

> »Wie wird der Wert zum Tauschwert und zum Preis – warum und in welcher Weise hat der Wert sich im Tauschwert und im Preis als den Weisen seines ›Andersseins‹ aufgehoben? Mir scheint, daß die Darstellung im Kapital keineswegs das erkentnisleitende Motiv der Marxschen Formanalyse durchsichtig macht, die Frage nämlich, ›*warum dieser Inhalt jene Form annimmt*‹ (MEW 23, 95, Herv. H.G.B.). Die mangelhafte Vermittlung von Substanz und Form des Werts kommt schon darin zum Ausdruck, daß in

[10] Backhaus 1997; der Artikel »Dialektik der Wertform« im Folgenden: DdW

> der Entwicklung des Werts ein Bruch aufweisbar ist: der Übergang vom zweiten zum dritten Abschnitt des ersten Kapitels (also vom 2. Abschnitt »Doppelcharakter der in den Waren dargestellten Arbeit« zum 3. »Die Wertform oder der Tauschwert«, KL) ist als *notwendiger* Übergang nicht mehr einsichtig ... Daß der ›allgemeine Gegenstand‹ als solcher, das heißt der Wert als Wert sich gar nicht ausdrücken läßt, sondern nur in verkehrter Gestalt ›erscheint‹, nämlich als ›Verhältnis‹ von zwei Gebrauchswerten, entzieht sich dem Verständnis des Lesers ... Die Marxsche Warenanalyse stellt sich dann dar als – unvermittelter – ›Sprung vom einfachen zum Komplizierten, von der Substanz zur Erscheinungsform‹« (DdW, 43f.).

Backhaus hebt hier zu Recht die zentrale Fragestellung der Marx'schen Formanalyse hervor, nämlich diejenige nach dem »Inhalt jener Form«. Mit dieser Frage sind wir in der Tat an einem zentralen Punkt des Verständnisses der Fetischkonstitution des Werts und der Arbeit angelangt. Marx bezieht sich bekanntlich, und wie oben schon angedeutet, mit der zitierten Stelle auf das Verständnis der klassischen Nationalökonomie. Deren wichtigste Vertreter, Smith und Ricardo, hatten, vom Wert einer Ware ausgehend, versucht, diesen qualitativ und quantitativ genauer zu bestimmen. Als Grund und »Substanz« des Werts erkannte die klassische Politische Ökonomie der Qualität nach die Arbeit und der Quantität nach die Arbeitszeit (siehe dazu MEW 23, 94f.). Marx wiederum knüpft einerseits an diese theoretischen Bestimmungen von Wert und Arbeit an, aber nur in dem Sinne, dass er das affirmative Verständnis, das die klassische Politische Ökonomie von ihrem »Gegenstand«, den Grundkategorien der Ökonomie, hat, in eine fundamentale Kritik an diesen Kategorien verwandelt. Wert, Ware und Arbeit sind demnach keine überhistorisch bzw. ontologisch zu fassenden Bestimmungen menschlicher Existenz bzw. sozialer Verhältnisse, sondern zentrale Dimensionen versachlichter Herrschaft im Kapitalismus. Marx' eigentliches theoretisches Verdienst besteht darin, den historisch spezifischen Charakter dieser Kategorien herausgearbeitet und sie als verobjektivierende Herrschaftsdimension dargestellt zu haben. Erst mit einer historisierenden Theorie können die ökonomischen Basisbestimmungen adäquat kritisiert und eine über diese Kategorien hinausweisende Kritik formuliert werden. Die klassische National-

ökonomie dagegen reflektiert zwar die ökonomischen Phänomene, um diese aber gleichzeitig als ewige menschliche Bestimmungen zu affirmieren und sie damit als Legimationsgrund für den Kapitalismus insgesamt zu ideologisieren. Um diese Perspektive zu destruieren, kommt dem Verständnis des spezifischen Charakters und des inneren Verhältnisses von Ware, Wert und Arbeit eine zentrale Bedeutung zu. Diese innere Verknüpfung versucht nun Marx mit der Frage nach dem »Inhalt jener Form« zu bestimmen. Am Ende des Fetischkapitels im Kapitel heißt es: »Die politische Ökonomie hat nun zwar, wenn auch unvollkommen Wert und Wertgröße analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt entdeckt. Sie hat niemals auch nur die Frage gestellt, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt.« (MEW 23, 94f.)

Diese zentrale Frage rückt Backhaus nun bei seinem Versuch der kritischen Reformulierung einer adäquaten Kritik von Geld, Wert und Arbeit in den Vordergrund. In Anlehnung an die Marx'sche Theorie wird damit nicht nur der ökonomische Positivismus der klassischen politischen Ökonomie einer fundamentalen Kritik unterzogen, sondern damit erschließt sich auch der Kern einer die ökonomischen Kategorien historisierenden Kritik der Warengesellschaft. Um nun differenziert den Ansatz von Backhaus dahingehend beurteilen zu können, ob die Beziehung zwischen Form und Inhalt, also zwischen Wertsubstanz und Wertform adäquat bestimmt ist, sind zunächst einige Ausführungen nötig.

3. Arbeit als gesellschaftliche Vermittlung

Dem Kern der Marx'schen Analyse von Wert und Arbeit kommt man näher, wenn man sich die zu Beginn des Fetischkapitels gestellte Frage nach dem Fetischcharakter der Ware vergegenwärtigt. »Woher entspringt … der rätselhafte Charakter des Arbeitsprodukts, sobald er Warenform annimmt? Offenbar aus dieser Form selbst. Die Gleichheit der menschlichen Arbeiten erhält die sachliche Form der gleichen Wertgegenständlichkeit der Arbeitsprodukte.« (MEW 23,

86) Bevor die Frage der »sachlichen Form«, die die Arbeiten annehmen müssen, geklärt werden kann, gilt es für Marx zunächst die »Gleichheit der menschlichen Arbeiten« genauer zu fassen: Was macht die Qualität der Arbeiten als gleiche oder allgemeine aus? Worin besteht die »qualitative Einheit oder Gleichheit … abstrakt menschliche(r) Arbeit« (MEW 23, 94), die den Kapitalismus als historisch spezifisch kennzeichnet.

Im Fetischkapitel des »Kapital« thematisiert Marx diesen »eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert« (MEW 23, 87). Den doppelten gesellschaftlichen Charakter der Arbeit fasst Marx dort wie folgt zusammen: »Die Privatarbeiten der Produzenten … müssen einerseits als bestimmte nützliche Arbeiten ein bestimmtes gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen … Sie befriedigen andrerseits nur die mannigfachen Bedürfnisse ihrer eigenen Produzenten, sofern jede besondre nützliche Privatarbeit mit jeder andren nützlichen Art Privatarbeit austauschbar ist, also gleichgilt«.(ebd.) Jede Privatarbeit »gilt« also der anderen als gleich oder hat die gleiche Qualität, und *nur* wenn der Arbeit diese »qualitative Einheit« zukommt, kann die Arbeit als Mittel dienen, die Bedürfnisse der Produzenten zu befriedigen.

Moishe Postone hat in seinem Buch »Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft« die bei Marx hier angedeutete Dimension der gesellschaftlichen Gleichheit und Allgemeinheit der Arbeit eingehender dargestellt. Wie Postone dort ausführlich entwickelt hat, muss eine adäquate Reformulierung der Marx'schen Kritik, die Kategorie der Arbeit in den Mittelpunkt stellen. Dies deshalb, weil die Arbeit in ihrer vermittelnden Funktion im Kapitalismus die gesellschaftliche Allgemeinheit konstituiere. Er schreibt:

> »In der warenförmigen Gesellschaft sind die Vergegenständlichungen der Arbeit des Einen die Mittel, um von Anderen produzierte Güter zu erwerben … Das Produkt des Einen dient den Anderen als Gut: als Gebrauchswert … In genau diesem Sinne ist ein Produkt eine Ware: es ist zugleich ein Gebrauchswert für die Anderen und ein Tauschmittel für den Produzenten. Dies bedeutet, daß die Arbeit des Einen eine zweifache Funktion hat: einerseits ist sie eine spezifische Art der Arbeit, die besondere Produkte für Andere produziert. Andererseits dient Arbeit, unabhängig von

> ihrem besonderen Inhalt, dem Produzenten als Mittel, Güter zu erwerben. Hinsichtlich der Produkte, die die Käufer dank ihrer Arbeit erwerben, abstrahieren sie von der Besonderheit der Arbeit der Produzenten.« (Postone 2003, 231)

Die Gleichheit oder Allgemeinheit der Arbeit besteht also darin, dass die »Privatarbeit der Produzenten« das Mittel für den Austausch und den Erwerb anderer Waren wird. Damit wird gleichzeitig von den besonderen Bedingungen dieser Arbeit und der Ware abstrahiert. Ihre »qualitative Einheit«, Gleichheit oder Allgemeinheit besteht also in der einheitlichen Form, gesellschaftliche Vermittlung zu konstituieren; d.h. aber, dass das soziale Verhältnis insgesamt in der warenproduzierenden Gesellschaft von einem grundlegenden Abstraktionsprozess geprägt ist. Die konkreten Arbeiten sind »allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit … Diese Dinge stellen nur noch dar, daß in ihrer Produktion menschliche Arbeitskraft verausgabt, menschliche Arbeit aufgehäuft ist. Als Kristalle dieser ihnen *gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz* sind sie Werte – Warenwerte«. (MEW 23, 52, Hervorheb. KL) Der »Doppelcharakter der Arbeit« als nützliche einerseits und gesellschaftlich vermittelnde, d.h. abstrakt gleiche andererseits ist, wie Marx dies nennt »der Springpunkt …, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie« dreht. Mit der Warenproduktion entsteht damit eine völlig andere Art gesellschaftlicher Beziehung, die sich von allen vormodernen Formen gesellschaftlicher Vermittlung grundlegend unterscheidet.

> »Die Arbeit des Einen … (fungiert) als das notwendige Mittel, um Produkte von Anderen zu erhalten. Damit besetzt die Arbeit und ihre Produkte im Resultat die Funktion der Vermittlung anstelle manifester gesellschaftlicher Verhältnisse … Im Kapitalismus vermitteln sich die Arbeit und ihre Produkte selbst: Sie sind gesellschaftlich, sich selbst selbstvermittelnd. Diese Form gesellschaftlicher Selbstvermittlung ist einzigartig.« (Postone, 232)

Im Gegensatz zu nichtkapitalistischen Gesellschaften, in denen die Tätigkeiten immer in einen Kontext von symbolisch-kulturellen Sinnbezügen eingebettet waren, steht in der warenproduzierenden Gesellschaft die Arbeit im Zentrum

gesellschaftlicher Vermittlung. Diese Funktion, die gesellschaftlichen Beziehungen zu konstituieren und nicht Moment des sozialen Gefüges zu sein, macht den historisch spezifischen und ebenso einzigartigen Charakter der Arbeit im Kapitalismus aus.

Die gesellschaftliche Form der Vermittlung über Arbeit bedeutet indes gleichzeitig, dass die Produktion der Waren nur die Form des Privatverhältnisses der Subjekte bzw. die Form des Privateigentums annehmen kann. Jede Privatarbeit hat die gleiche Qualität, als gesellschaftliche Vermittlung zu fungieren. Die Privatproduzenten »befriedigen … nur die mannigfachen Bedürfnisse ihrer eigenen Produzenten, sofern jede besondre nützliche Privatarbeit mit jeder andren nützlichen Art Privatarbeit austauschbar ist, also gleichgilt.« (MEW 23, 87)

Sind die Menschen im Kapitalismus über die Arbeit vermittelt, so hat diese *immer* die Form der Privatarbeit. Vermittlung über Arbeit setzt voraus, dass die Gesellschaft in voneinander unabhängige Warensubjekte auseinanderfällt und umgekehrt. Die Subjekte, die in der Form der Privatarbeit produzieren, produzieren nicht einfach Güter als konkrete Gegenstände, sondern was sie als Warensubjekt zudem und vor allem produzieren, sind Warendinge für den Austausch. Privatperson-Sein, also isoliertes Einzel- oder Warensubjekt, und Vermittlung über die Arbeit in Form der Produktion von Waren als Vergegenständlichung gesellschaftlicher Vermittlung verweisen logisch aufeinander.

Damit ist aber ein grundlegender Widerspruch der warenproduzierenden Gesellschaft schon benannt. Dem Kapitalismus liegt das paradoxe Verhältnis zugrunde, dass Gesellschaftlichkeit sich nur über die Privatproduktion, d.h. durch den Prozess der Arbeit herstellen lässt. Wenn die Arbeit den gesellschaftlichen Zusammenhang konstituiert, so können die Menschen nur über die Herstellung von Waren am gesellschaftlichen Prozess partizipieren. Nur wenn sie als Privatproduzenten Dinge herstellen, die Warenform haben, sind sie Teil des die Gesellschaft dominierenden Prozesses. D.h. aber, dass die Privatheit der Produktion notwendig immer die Form von Warendingen annehmen muss. Sind die Menschen über die Arbeit vermittelt, so stellt sich ihre Gesellschaftlichkeit notwendig über die Objektivität der Produktion von Waren her. Das

System der Vermittlung über Arbeit muss sich also immer in versachlichter Form darstellen. Betrachten wir das Ergebnis der »Privatarbeit der Produzenten«, also die Ware noch etwas genauer, so zeigt sich, dass diese einerseits konkretes Ding als Ergebnis der konkreten Arbeit, andererseits – und aus diesem Grund wird sie überhaupt hergestellt und dies stellt letztlich ihr »Wesen« dar – ist sie bloße Vergegenständlichung der abstrakten Substanz, der Arbeit. Marx identifiziert deshalb auch im Fetischkapitel die in den Warendingen dargestellte »gemeinschaftlich gesellschaftliche Substanz« auch als »sachliche Form der gleichen Wertgegenständlichkeit der Arbeitsprodukte« (MEW 23, 86). Die Bestimmung »sachliche Form der gleichen Wertgegenständlichkeit« bedeutet aber, dass die Warendinge bloß die dingliche Form ihrer gesellschaftlich abstrakten Substanz darstellen. Der Begriff der Wertgegenständlichkeit drückt diese Eigenschaft der Waren als bloße Vergegenständlichungen der gesellschaftlichen Allgemeinheit der Arbeit aus. Marx resümiert im Fetischkapitel: »Der spezifisch gesellschaftliche Charakter der voneinander unabhängigen Privatarbeiten (besteht) in ihrer Gleichheit als menschliche Arbeit (und damit in ihrem spezifischen Charakter als gesellschaftliche Vermittlung, KL) und (nimmt) die Form des Wertcharakters der Arbeitsprodukte an.«(MEW 23, 88) Der gleiche »Wertcharakter« und die »gleiche Wertgegenständlichkeit« kommt allen Waren als Ausdruck der »Gleichheit der menschlichen Arbeiten« in ihrer Form als gesellschaftliche Vermittlung zu. »Die Waren besitzen nur Wertgegenständlichkeit, sofern sie Ausdrücke derselben gesellschaftlichen Einheit, menschlicher Arbeit, sind.« (MEW 23, 62). Diese Konstitution der Wertgegenständlichkeit als gesellschaftlicher Gegenständlichkeit bedeutet, dass die Ware insofern einen gesellschaftlichen Gegenstand darstellt, als dieser die Arbeit in ihrer Funktion als gesellschaftliche Vermittlung repräsentiert.[11] Die Ware stellt also im Sinne

[11] Marx hebt diesen ausschließlichen gesellschaftlichen Charakter hervor: »Im graden Gegenteil zur sinnlich groben Gegenständlichkeit der Warenkörper geht kein Atom Naturstoff in ihre Wertgegenständlichkeit ein.« (MEW 23, 62). In der »krisis« bzw. »Marxistischen Kritik« wurde der Begriff der Wertgegenständlichkeit in dem Aufsatz »Abstrakte Arbeit und Sozialismus« von Robert Kurz schon thematisiert und festgestellt, dass dieser »in der Tauschrelation bereits vorausgesetzt (wird) und nicht

des Marx'schen Fetischbegriffs ein »sinnlich-übersinnliches Ding« (MEW 23, 85) dar, insofern als es Repräsentant und Chiffre gesellschaftlicher Verhältnisse, genauer genommen, der gesellschaftlichen Vermittlung über Arbeit ist.

Damit ist die Ausgangsfrage, »warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit im Wert … darstellt«, eindeutig beantwortet: *Der Wert ist die Form, die die Arbeit als die Substanz des Werts in ihrer Gleichheit als gesellschaftliche Vermittlung der Privatproduzenten annimmt.* In einer Gesellschaft, in der die Arbeiten der Warensubjekte und damit ihre Produkte diesen nur als Tauschmittel dienen, muss sich die Arbeit in der Form der Wertgegenständlichkeit der Produkte darstellen.

Mit dieser qualitativen Ebene der Bestimmung der »Warenform des Arbeitsprodukts« als gesellschaftlicher Vermittlung ist notwendig auch die quantitative Dimension verknüpft. Die Waren sind von ihrer gesellschaftlichen Qualität gleich, sodass sie sich nur hinsichtlich ihrer Quantität unterscheiden können. Eine quantitative Vergleichbarkeit der einzelnen Waren untereinander kann sich indes nur darüber herstellen, dass sich im System der abstrakten Arbeit ein gemeinsamer Maßstab abstrakter Zeit herausbildet. Auf diesen Maßstab abstrakter Zeit sind die durch den Prozess von Produktion und Zirkulation hindurch bestimmten jeweiligen Quanten an Arbeitszeit für jede einzelne Ware, die jeweilige Wertgröße, immer schon bezogen. Diese Wertgröße ist selbstverständlich nicht durch das individuelle, auf das einzelne Produkt verausgabte Arbeitsquantum bestimmt, sondern durch den gesellschaftlichen Durchschnitt, der »gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit« (Marx). Die Ware hat also, wie Marx dies immer wieder betont, eine qualitative *und* eine quantitative Dimension: *Als Wertgegenstände sind sie versachlichter Repräsentant des sozialen Vermittlungsverhältnisses der Arbeit, und gleichzeitig ist an ihnen ein bestimmtes Quantum an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit dargestellt.*

---

erst innerhalb dieser Relation oder im ›Tauschakt‹ entstehen (kann).« (Kurz 1987, 63) Allerdings verkennt Kurz die Bestimmungen der abstrakten Arbeit, die sich in der Wertgegenständlichkeit nur sachlich darstellt. Siehe dazu die Fußnote 13 und die Anmerkungen im Abschnitt »Marx' Naturalismus« am Ende dieses Beitrags.

Damit ist aber die zentrale Fragestellung nach der Form, also nach dem Wert bzw. der Wertgröße des Arbeitsprodukts einerseits und dem Inhalt jener Form, sprich der Arbeit bzw. dem Maß der Arbeit geklärt. In den Analysen zur Warenform wird oftmals der quantitative Aspekt hervorgehoben und so die Wertsubstanz auf die Wertgröße und damit letztlich auf das abstrakte Zeitmaß verkürzt. Oder gar die Wertsubstanz naturalistisch als physische Energieverausgabung missinterpretiert. Die qualitative Dimension der Substanz des Werts als gesellschaftliche Vermittlung über Arbeit wird beide Male übersehen. Für die in diesem Text anzustellenden Betrachtungen kommt es indes in erster Linie auf die qualitative Dimension des Werts und der Arbeit an, sodass hier auf eine genauere Auseinandersetzung mit dem Problem der Wertgröße verzichtet werden kann.

4. Backhaus' Irrtum oder der Kategorienfehler der NML

Wenn wir uns den gerade skizzierten Zusammenhang vergegenwärtigen, dann hat der weiter oben dargestellte Vorwurf von Backhaus gegenüber der Marx'schen Dialektik keine Grundlage. Backhaus' Behauptung, bei Marx sei die Substanz der Arbeit mit dem Wert als Form überhaupt nicht vermittelt, trifft nicht zu. Gerade das Gegenteil lässt sich aus einer angemessenen Rekonstruktion der Marx'schen Kategorien aufzeigen: Wenn der Arbeit die Funktion der gesellschaftlichen Vermittlung zwischen den Privatproduzenten zukommt, so folgt aus dem inneren Widerspruch der Arbeit als privater und allgemeiner zugleich, dass sich die Gleichheit der Arbeiten, d.h. die Substanz des Werts als »Warenform des Arbeitsprodukts« darstellen muss. Die gesellschaftlich allgemeine und gleiche Substanz der Arbeit als Vermittlung verobjektiviert sich notwendig in der Ware als der allgemeinen und gleichen Form der Produkte. In der Marx'schen Analyse sind also der Wert als die Form und die Substanz dieser Form dialektisch sehr wohl miteinander vermittelt.

Angesichts der Kritik von Backhaus stellt sich also keineswegs die Frage, warum Marx falsche Bestimmungen für die Verknüpfung von Form und Inhalt liefert, vielmehr wäre zu erklären, wie Backhaus selbst zu der fälschlichen Annahme kommt, Form und Inhalt seien in der Marx'schen Kritik nicht adäquat oder gar karikaturhaft vermittelt. Dies ist insofern nicht ganz unerheblich, als Backhaus' fragwürdiger Vorwurf Schule gemacht hat und von Autoren der sog. Monetären Werttheorie stets aufs Neue wiederholt wird. Unter dem Label des sog. Methodenproblems wird damit in einem nicht unbeträchtlichen Maße theoretische Verwirrung erzeugt. Sowohl der Kritik von Backhaus an Marx als auch dem ganzen Diskurs um das Methodenproblem liegt indes eine basale Fehlbestimmung oder – wenn man einen Begriff aus der logischen Sprachanalyse entlehnen will – ein Kategorienfehler zugrunde.[12] Wie oben schon dargestellt, ist Backhaus der Ansicht, dass Marx im »Kapital« die Substanz des Werts *unabhängig* von der Erscheinungsform im Tauschwert und im Geld bestimmt habe. Nach den Bestimmungen, die im letzten Abschnitt gemacht wurden, muss man festhalten, dass dieser Vorwurf an der dialektischen Bestimmung von Substanz und Form an der Marx'schen Analyse vorbei zielt. Denn Backhaus überspringt mit seiner Fokussierung auf die Erscheinungsform des Werts im Geld die entscheidende Ebene des Verhältnisses zwischen Arbeit und Wert. Der Begriff der Form bezieht sich auf dieser basalen Ebene bei Marx nur auf die »Warenform des Arbeitsprodukts« als Wertgegenständlichkeit abstrakter Arbeit. Im durch Arbeit vermittelten gesellschaftlichen Prozess stellt sich diese notwendig als gesellschaftliche Wertform der Produkte dar. Erst im Austauschprozess erhält

[12] Kategorienfehler sind nach Gilbert Ryle (1969, S. 14 ff.) solche philosophischen Probleme, die bei genauerer Betrachtung gar keine Probleme sind, da hier Begriffe, die sich auf ganz verschiedene theoretische Ebenen beziehen, so behandelt werden, als lägen sie auf derselben Ebene. (siehe auch: `http://de.wikipedia.org/wiki/Kategorienfehler`). Vor diesem Hintergrund betrachtet, besteht das »Methodenproblem«, kurz formuliert, darin, in die Marx'sche Darstellung und damit in seine Theorie insgesamt das Problem der scheinbar ungenügenden Vermittlung von Inhalt und Form hineinzulesen, das Autoren der Neuen-Marx-Lektüre dann vorgeben, lösen zu wollen. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich aber, dass Marx genau diese Vermittlung schon geleistet hat.

die gesellschaftliche Form der Wertgegenständlichkeit die Gegenständlichkeit in Form des Tauschwerts. Marx weist im »Kapital« explizit auf die notwendige Betrachtung des Werts vor der Erscheinungsform im Tauschwert hin: »Unabhängig von ihrem Austauschverhältnis, worin sie als Tausch-Werthe erscheinen, sind die Waaren daher zunächst als Werthe schlechthin zu betrachten.« (MEGA II. Abt., Bd. 5, 19) Es ist also dem Verhältnis von Arbeit und Wert völlig adäquat, die Wertsubstanz unabhängig von der Erscheinungsform des Werts im Tauschwert zu analysieren. Der Tauschwert ist erst die *Erscheinungsform* des Werts, wobei der Wert selbst schon als »Warenform des Arbeitsprodukts« zu fassen ist. Mit Robert Kurz könnte man sagen: Der Tauschwert ist erst die Erscheinungsform einer ihr vorgelagerten Form, also selbst erst die »Form einer Form« (Kurz 1987, 63)[13]. Oder anders formuliert: Der Wert ist die Äußerungsform eines Widerspruchs, der sich in der Warenform des Produkts als Wertgegenständlichkeit darstellt (1. Ebene der Form), der aber zur Erscheinungsform im Tauschwert werden muss (2. Ebene der Form). Die Marx'sche Bestimmung, »warum dieser Inhalt jene Form annimmt«, die Backhaus durchaus zu Recht ins Zentrum der Analyse stellen will, bezieht sich aber nicht, wie wir gesehen haben, auf die 2. Ebene, also auf die Erscheinungsform des Werts, sondern auf die 1. Ebene, d.h. auf die Warenform des Arbeitsprodukts als Wertgegenständlichkeit und die damit unmittelbar zusammenhängende Analyse der Substanz der Arbeit. Wenn Backhaus nun aber versucht, Wert und Wertsubstanz aus der 2. Ebene der Form zu entwickeln, so zielt er an der adäquaten Bestimmung von

---

[13] Kurz' Rekonstruktion der Begriffe von Arbeit und Wert bzw. Wertform in dem für die damalige krisis-Position grundlegenden und hier zitierten Text wurde auch als Kritik an der Backhaus'schen Position formuliert. Er weist darin zu Recht darauf hin, dass Backhaus sich in seiner Kritik an Marx' Wertbestimmung auf der falschen Ebene der Wertformanalyse bewege, nämlich auf der Ebene der Erscheinungsform des Werts als Tauschwert. Allerdings sind dann die Konsequenzen, die Robert Kurz daraus zieht, alles andere als angemessen. Denn sein Begriff der Wertsubstanz lehnt sich an eine physiologisch-naturalistische Bestimmung dieser Substanz bei Marx an, die einer notwendigen Analyse der Begriffe als gesellschaftlicher Bestimmungen zuwiderläuft. (Siehe dazu auch die Bemerkungen im Abschnitt »Marx' Naturalismus« am Ende des Beitrags.)

Substanz und Form vorbei und setzt die kategoriale Analyse auf einer falschen Ebene, nämlich der logisch nachgeordneten des Austauschprozesses an. Es geht für Marx auf der grundlegendsten Ebene der Kritik nicht um den Zusammenhang zwischen Wert und Geld bzw. Preis, sondern um die Bestimmung der Wertsubstanz und, daran anschließend und aufbauend, um die Darstellungsform dieser Substanz als Wert. Geld und Preis sind erst davon abgeleitete Formen.

Da Backhaus indes die Allgemeinheit als gesellschaftliche Form mit der abgeleiteten Form identifiziert, die der Wert im Tauschwert (und im Geld) gewinnt, kommt er zur falschen Ansicht, dass Marx den Wert und die Wertsubstanz im »Kapital« »unabhängig von der Form« (DdW, 43) analysieren würde. Wenn man das Marx'sche Gesamtwerk im Auge hat, ist genau das Gegenteil richtig: Marx analysiert zuerst die Arbeit als Wertsubstanz in ihrer Funktion als gesellschaftlich vermittelnde Allgemeinheit. Aus dieser folgt dann erst die Wertform des Arbeitsprodukts. Für Backhaus dagegen ist explizit »*Werttheorie als Wertformanalyse* (Hervorheb. im Original!) zu verstehen.« (DdW, 46), d.h die Bestimmung des Werts soll sich aus der Analyse der 2. Ebene der Form bzw. des Austauschprozesses ergeben. Die nötige Analyse der Substanz bleibt bei Backhaus deshalb konsequent eine Leerstelle.[14]

---

[14] Diese Fixierung auf den Austauschprozess seitens der Monetären Werttheorie kann sich auf gewisse terminologische Uneindeutigkeiten im Marx'schen Werk bezüglich der Begriffe Wertform und Tauschwert beziehen. Marx geht bekanntlich nach der Bestimmung der Ware und des Doppelcharakters der Arbeit, also nach der Bestimmung der 1. Ebene der Warenform des Arbeitsprodukts in den ersten beiden Abschnitten des 1. Kapitels des *Kapital* daran, die Erscheinungsform im Tauschwert, also die 2. Ebene, zu bestimmen. Dadurch, dass diese 2. Ebene aber nicht nur als Tauschwert benannt wird, sondern als Wertform, konnte der Eindruck entstehen, dass der Wert erst auf dieser Ebene dingliche Form annimmt. Sicherlich tritt der Wert im Tauschwert nach außen, Wertgegenständlichkeit, wie wir gesehen haben, kommt aber schon den Waren als einzelnen *vor* dem Tauschprozess zu. Konsequent wäre hier, also bei der *Erscheinungs*form des Werts, ausschließlich von Tauschwert zu sprechen. Marx verwendet an manchen Stellen zwar den Begriff Tauschwert (siehe MEGA II. Abt., Bd. 5, 29 und 32), dies ist aber leider eher die Ausnahme. Den Autoren der Monetären Werttheorie kommt indes das zweifelhafte Verdienst zu, diese rein terminologische Uneindeutigkeit bei Marx zu einer gänzlichen Missdeutung bzw. Uminterpretation

Noch deutlicher als bei Backhaus ist diese analytische Fixierung auf den Austauschprozess bei Helmut Reichelt formuliert. In einem Interview hat er seine Perspektive pointiert zusammengefasst: »Wenn man einmal davon ausgeht, dass die Marx'sche ›Ableitung‹ einer objektiven, gegenständlichen Einheit aus der abstrakt-menschlichen Arbeit nicht nachvollziehbar ist[15], dann stellt sich die Frage, wie diese gegenständliche Einheit konstituiert wird. Es bleibt nur die Möglichkeit, dass dies im Austausch geschieht.« (Reichelt 2009, 9) Und weiter:

> »Die Marx'sche Vorstellung des objektiven Wertes bleibt objektivistisch, und das ist der Punkt, an dem ich einsetze. Die Frage lautet jetzt nicht mehr: Wie ›nimmt dieser Inhalt diese Form‹ an, sondern vielmehr: Wie schafft sich die Form diesen Inhalt? Es gibt keine außerhalb der geltenden Form existierende Substanz des Wertes, und damit auch keinen Wertbegriff, wie er von Marx im ‚Kapital' präsentiert wird … Das ist ein wesentlicher Aspekt der dialektischen Darstellung als methodischer Nachvollzug einer im Austausch entspringenden Entwicklung, die sich dann Schritt für Schritt den Reproduktionsprozess unterwirft und so erst Struktur – also Gesellschaft als systemischen Zusammenhang hervorbringt ... Einen Wertbegriff können wir nicht mehr voraussetzen, aus dem dann alles ›abgeleitet‹ wird. Umgekehrt: Aus der im Austausch entspringenden Polarität von Geld und Ware und der sich daran anschließenden Entwicklung der anderen Kategorien (Kapital, Profit, Zins) müssen wir auch entwickeln, was wir unter Wert verstehen.« (ebd., 13f.)

Diese Bestimmungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Der innere Zusammenhang von Arbeit, Wert und Geld wird auf den Kopf gestellt. Aus der Erscheinungsform im Geld soll erst die Substanz des Werts resultieren. Die, wie Reichelt es nennt, »geltende Form« ist die gesellschaftliche Form, die im Austausch konstituiert wird, und nur im und durch diesen überhaupt

der Formproblematik ausgebaut zu haben, als ob erst der Tauschprozess die Waren in die Wertform versetzen würde.

[15] Später werde ich noch ausführlich zeigen, weshalb Reichelt, Backhaus oder auch andere Vertreter der Monetären Werttheorie der Ansicht sind, dass die »abstrakt-menschliche Arbeit«, wie sie Marx formuliert, nicht die »Substanz des Werts« bildet.

»gilt« der Wert erst als diese Form. Mit der Entwicklung einer »Geltungstheorie« des Werts, die rein auf den Austauschprozess bezogen ist, hat Reichelt die bei Backhaus schon angelegte Verkürzung der »Werttheorie auf Wertformanalyse« in eine eigenständige Wertanalyse - nach korrekter Terminologie müsste gesagt werden reine »*Tausch*wertanalyse« - ausgearbeitet. Die Arbeit als gesellschaftliche Substanz und als analytische Tiefendimension des Tauschwerts bzw. des Werts ist zugunsten der Oberflächenbestimmungen der Tauschwertebene weggekürzt.[16]

Vollendet wird die von Backhaus angestoßene theoretische Fixierung auf den Austauschprozess schließlich von Michael Heinrich. Heinrichs Zugang zur Analyse des Werts nimmt schon seit seinen ersten Arbeiten vom Austauschprozess ihren Ausgang. In seiner Perspektive der Warenform ist der Wert eine ausschließlich im Tauschverhältnis erst gesetzte Qualität: »... Bei der Warenproduktion (wird) die Arbeit privat verausgabt und (erhält) ihren gesellschaftlichen Charakter, ihre Anerkennung als Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erst nachträglich, im Austausch...« (Heinrich 1999, 204). Im Grunde müsste Heinrich und wohl mittlerweile auch Reichelt den Begriff der Waren*produktion* fallen lassen; denn nach ihrem Verständnis erhalten die Arbeitsprodukte ja erst durch den Tausch ihren »gesellschaftlichen Charakter«, der sie zu Waren macht. In der Produktion der Güter ist – nach diesem Verständnis – nur der Gebrauchswert und folglich auch nur die konkrete Arbeit von Interesse. Insofern haben dann die Gebrauchsgüter einen rein stofflich-konkreten Charakter im Stoffwechselprozess von Mensch und Natur. Nach dieser der VWL ähnlichen Perspektive stellt Heinrich dann, durchaus in sich logisch, fest: Die Gesamtheit dieser konkreten Arbeiten »ist keine Summe gleichartiger Quantitäten, sondern bloße Menge unvergleichbarer Größen, die … im Tausch ›gewaltsam‹ verglichen werden.« (ebd., 219)

[16] Hatte Reichelt zusammen mit Backhaus in den 1990er Jahren an der tauschfixierten Perspektive von Michael Heinrich noch eine eigentlich vernichtende Kritik verfasst, so scheint er sich mittlerweile diesen Standpunkt selbst zu eigen gemacht zu haben.

Die Heinrich'sche Annahme, eine kritische Analyse müsse die Arbeit zunächst unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Form begreifen, verkehrt die Marx'schen kritischen Bestimmungen in ihr Gegenteil.

Tatsächlich bestimmt Marx die Arbeit als den Inhalt jener Form und macht zunächst die notwendige dialektische Verschränkung von Substanz und Wertform in Bezug auf das über Arbeit vermittelte Verhältnis der Privatproduzenten explizit. Daraus ergibt sich dann als ebenso notwendige Ausdrucksform der Tauschwert, der sich wiederum zur allgemeinen Äquivalentform und schließlich zur Geldform des Werts entfalten muss. Erst diese Analyseschritte zusammen liefern die adäquate Antwort auf die Marx'sche Fragestellung, »warum dieser Inhalt jene Form annimmt.« Auf die Formen des Tauschwerts bezogen, hebt Marx konsequenterweise immer wieder hervor, dass die »Wertabstraktion« als die Warenform des Arbeitsprodukts im »Wertverhältnis einer Ware zur andern« nur erscheint oder zum Ausdruck kommt: »Ihr eignes Werthsein zeigt sie zunächst dadurch, daß sie sich auf eine andere Waare, den Rock, als ihr Gleiches bezieht. Wäre sie nicht selbst Wert, so könnte sie sich nicht auf den Rock als Wert, als Ihresgleichen, beziehn.« (MEGA II. Abt., Bd. 5, 29) Der »Wertcharakter (der Ware, KL) tritt hier hervor durch ihre eigne Beziehung zu der andern Ware.« (MEW 23, 65) Diese Ebene des Hervortretens gilt nun der Monetären Werttheorie als das eigentlich Zentrale, auf das bei der Analyse des gesellschaftlichen Prozesses der Fokus zu richten wäre.

5. Mystifikationen des Austauschverhältnisses

Zwar hat Backhaus immer wieder seine Absicht ausgedrückt, eine Kritik des Verhältnisses der Privatproduzenten und der gesellschaftlichen Arbeit »als das Einzelne übergreifende Allgemeine« zu leisten (Backhaus/Reichelt, 1995, 77), jedoch hat er diesen Anspruch nie eingelöst. Im theoretischen Kern ging es in seinen Analysen stets um das Erscheinen des Werts im Tauschwert und in dessen entwickelter Darstellungsform, dem Geld. Diese Perspektive kommt schon deutlich in dem Ursprungstext »Dialektik der Wertform« zum Ausdruck:

> »Es ist … daran zu erinnnern, daß die Gebrauchswerte immer schon in Preisform gesetzt sind. Insofern ist die Redeweise, daß die Gleichsetzung zweier Gebrauchswerte ein ›Verhältnis‹ herstellt, mißverständlich: Rock und Leinwand werden nicht gleichgesetzt, sondern sind je schon gleichgesetzt. Die Gleichsetzung ist vollzogen, weil sie einem Dritten, dem Gold, gleichgesetzt werden und auf diesem Umweg einander gleich sind. Das Wertverhältnis ist stets Wertausdruck … Das Verhältnis der Sachen, das ›Wertverhältnis‹ ist als ›Wertausdruck‹ das Verhältnis von Ware und Geld.« (DdW, 48)

Backhaus fasst hier das »Verhältnis der Sachen« nicht vor dem Hintergrund der Wertform des Arbeitsprodukts, sondern von dem Hintergrund des gemeinsamen Wertausdrucks im Geld, das Wertverhältnis also als Verhältnis von Ware und Geld. Tatsächlich verhält es sich gerade umgekehrt. Rock und Leinwand sind »je schon gleichgesetzt«, weil sie die Vergegenständlichung der abstrakten Arbeit in ihrer gesellschaftlichen Vermittlungsfunktion sind. Insofern sind sie gleich, haben sie die gleiche abstrakte Qualität der Wertform als Arbeitsprodukte. Ihre Gleichheit und abstrakte Qualität konstituiert sich nicht erst über den Bezug auf das allgemeine Äquivalent, das Geld. Natürlich muss diese Wertgegenständlichkeit sich im Tausch an einem anderen Gebrauchswert realisieren. Dennoch repräsentieren Waren als konkrete Gebrauchswerte selbstverständlich aber auch schon *vor* dem Austausch die gesellschaftliche Objektivität des Werts, sind »Wertträger«, wie Marx dies ausdrückt. Somit liegt das Geheimnis des Warenfetischs nicht in der Erscheinungsform des Warenwerts als allgemeinem Äquivalent bzw. als Geld; sondern der Fetisch besteht primär darin, dass die Arbeitsprodukte als Produkte der Privatproduzenten notwendig Vergegenständlichungen der abstrakten Arbeit als gesellschaftliche Vermittlung sind. Die »Realmetaphysik« der Wertform konstituiert sich bereits auf dieser 1. Ebene und nicht auf der 2. Ebene der Erscheinung im Tauschwert, wie Backhaus meint. »Die ökonomische Zellenform der bürgerlichen Gesellschaft« (MEW 23, 12), die Marx in der Warenform des Arbeitsprodukts als Wertgegenständlichkeit gesellschaftlicher Vermittlung analysiert, verfehlt Backhaus damit. Sein an die Adresse verschiedener Marx-Interpreten gerichtetes Verdikt, sie hätten die Ana-

lyse des Werts nur in »entstellter Form rezipiert« (DdW, 41), trifft somit auch auf ihn selbst zu.

Wer aber das Tauschverhältnis zum Zentralschlüssel der Wertformanalyse macht, muss allein aus der allgemeinen Ware, sprich: dem Geld, alle Widersprüche und Paradoxien abstrakter gesellschaftlicher Vermittlung ableiten. Damit lassen sich schon bei Backhaus bestimmte Momente und Implikationen feststellen, die bei jüngeren Vertreten der Monetären Werttheorie immer wiederkehren. Beispielsweise über die Auffassungen der Wertabstraktion und der Bedeutung des Geldes. Es stellt sich nämlich die Frage, woher denn die Abstraktion des Werts, also die abstrakte Gleichheit der Produkte eigentlich rührt, wenn diese nicht als Ausdruck der Vergegenständlichungsbewegung der abstrakten Arbeit dechiffriert wird. Sie kann nicht von dem immanenten Wert und der Wertgröße der Ware stammen, da sich die gesellschaftliche Objektivität laut Backhaus und Co. erst im Tauschverhältnis herstellt. Der Wert als abstraktifizierte, gleichförmige Äquivalenz konstituiert sich nach diesem Verständnis nur in Bezug auf das allgemeinen Äquivalent, d.h. die Geldware.

Reichelt bestimmt in diesem Sinne die »Setzung und Heraussonderung von Einheit (allgemeine Äquivalentenform als Form allgemeiner unmittelbarer Austauschbarkeit)«: »Indem die Austauschenden sich auf diese ›marktgängigste Ware‹ mehr oder minder bewusst einigen, sie als ›Geld‹ akzeptieren, vollzieht sich zugleich ein anderer Prozess, der jetzt nicht mehr – wie Marx es tut – objektivistisch als eine widersprüchliche ›Warenlogik‹ entwickelt werden darf, sondern als ein objektiver Vorgang im Handeln selbst, der nicht ex mente verläuft, aber auch nicht bewusst im Sinne eines intentional gerichteten Handelns.« (Reichelt, 11) Für Reichelt ist die »Einheit«, d.h. Abstraktion und Allgemeinheit immer nur aus dem Tauschverhältnis heraus zu analysieren. Diese Einheit soll dabei nichts anderes sein als die Form unmittelbarer Austauschbarkeit des Geldes, auf das sich die Austauschenden »mehr oder minder bewusst einigen«. Sicherlich - und in diesem Punkt hat Reichelt selbstverständlich Recht - zählt es zu den Funktionen der allgemeinen Ware, die allgemeine Austauschbarkeit zu repräsentieren. Aber diese Eigenschaft der Geldware, unmittelbar austauschbar gegen

jede besondere Ware zu sein, hat eben die Voraussetzung der Wertäquivalenz jeder einzelnen Ware. Marx schreibt hierzu:

»Die erste Funktion des Goldes (als Geldware, KL) besteht darin, der Warenwelt das Material ihres Wertausdrucks zu liefern oder die Warenwerte als gleichnamige Größen, qualitativ gleiche und quantitativ vergleichbare, darzustellen. So funktioniert es als allgemeines Maß der Werte, und nur durch diese Funktion wird Gold, die spezifische Äquivalentware, zunächst Geld. Die Waren werden nicht durch das Geld kommensurabel. Umgekehrt. Weil alle Waren als Werte vergegenständlichte menschliche Arbeit, daher an und für sich kommensurabel sind, können sie ihre Werte gemeinschaftlich in derselben spezifischen Ware messen und diese dadurch in ihr gemeinschaftliches Wertmaß oder Geld verwandeln.« (MEW 23, 109)

Die Waren sind also austauschbar nicht durch das Geld, sondern dadurch, dass sie qualitativ als Arbeitsprodukte und Vergegenständlichung gesellschaftlicher Vermittlung gleich sind. Diese qualitativ gleichen und quantitativ vergleichbaren Werte stellen sich im Geld als Wertausdruck dar. In dieser Hinsicht ist das Geld das Maß des Werts. Reichelt reduziert aber die Analyse des Werts und der Wertformen auf das Geld als allgemeines Äquivalent und als Form allgemeiner und unmittelbarer Austauschbarkeit. Damit blendet er aber die zentrale Voraussetzung dieser Austauschbarkeit als qualitative Gleichheit des Geldes aus, die sich nur über die Analyse der Wertsubstanz bestimmen lässt.

Nicht erst Reichelt und Heinrich, sondern auch schon Backhaus war auf das Verhältnis von Ware zu Ware fixiert und beschreibt dieses als

»paradoxe(s) Verhältnis« in dem »die Ware sie selbst und zugleich ihr Anderes ist: Geld. Sie ist also Identität von Identität und Nicht-Identität. Die Ware *ist* dem Geld wesensgleich und doch zugleich von ihm unterschieden. Diese ›Einheit in der Verschiedenheit‹ wird bekanntlich mit dem Hegel'schen Terminus ›Verdopplung‹ bezeichnet. Dieser dialektische Begriff wird von Marx verwandt, um die Struktur der Ware-Geld-Gleichung zu kennzeichnen. Der Warentausch ›produziert *eine Verdopplung der Ware in Ware und Geld*, einen äußeren Gegensatz, worin sie ihren immanenten Gegensatz von Gebrauchswert und Wert

darstellen‹. (MEW 23,119)« (DdW, 53, Hervorheb von H.G. Backhaus). Es ist nicht zutreffend, was Backhaus hier unterstellt, dass nämlich bei Marx der Begriff der Verdopplung (nur) die Ware-Geld-Gleichung kennzeichnen würde. Der Verdopplungsbegriff wird von Marx vom Sinngehalt her im Zusammenhang mit dem »Doppelcharakter der Arbeit« eingeführt, dem »Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht« (MEW 23, 56). Die »Einheit in der Verschiedenheit« resultiert aus der abstrakten Vermittlungsfunktion gesellschaftlicher Beziehungen durch die Arbeit. Sie, die Arbeit, konstituiert in ihrer Selbstvermittlung die »Identität von Identität und Nicht-Identität«. Backhaus verengt indes den Begriff der Verdopplung auf das Austauschverhältnis bzw. auf das Verhältnis von Ware und Geld. Damit müssten aber zwangsläufig aus dem »Verhältnis der Sachen« im Austausch die Formen ökonomischer Objektivität und die Konstitution der Wertabstraktion entspringen und nicht aus der spezifischen Form der gesellschaftlichen Beziehungen, die die Arbeit als Selbstvermittlung setzt. In der Marx'schen Perspektive ist dies umgekehrt: Das Äquivalent bzw. das Geld dient der Ware nur dazu, »ihre »Werthgegenständlichkeit im Unterschied von ihrer … Gebrauchsgegenständlichkeit darzustellen. […] Um sich darzustellen als das was sie ist, muß sie daher ihre Form verdoppeln. (MEGA II. Abt., Bd. 5, 31f.)«

Der Kategorienfehler, den Wert aus der Form des Tauschwerts entwickeln zu wollen, findet sich zuerst bei Backhaus, in den Arbeiten von Helmut Reichelt und Michael Heinrich ist er konsequent ausgearbeitet worden. Insgesamt betrachtet, stellt dieser zentrale Aspekt der Monetären Werttheorie eine völlige Umkehrung der Marx'schen Bestimmungen zur Warenform und zur Wertgegenständlichkeit des Arbeitsprodukts dar. Marx selbst hat diesen Standpunkt schon als sachliche Verschleierung gesellschaftlich konstituierter Formen treffend charakterisiert: »Es ist aber eben diese fertige Form – die Geldform der Warenwelt, welche den gesellschaftlichen Charakter der Privatarbeiten und daher die gesellschaftlichen Verhältnisse der Privatarbeiter sachlich verschleiert, statt sie zu offenbaren. … Derartige Formen bilden eben die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie. Es sind gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen für

die Produktionsverhältnisse dieser historisch bestimmten gesellschaftlichen Produktionsweise, der Warenproduktion«. (MEW 23, 90) Mit der Fixierung auf die Geldform und der daraus zwangsläufig folgenden Orientierung auf die ökonomischen Oberflächenerscheinungen bringen sich Reichelt und Heinrich, aber auch Backhaus, trotz gegenteiliger Absichtserklärung, theoretisch-strukturell stets in die Nähe der bürgerlichen Ökonomie.

6. Marx' Naturalismus

In den bisherigen Ausführungen wurden auf der Grundlage der Marx'schen Kritik die kategorialen Basisbeziehung der modernen Warengesellschaft dargestellt, einschließlich ihrer inneren dialektischen Widersprüche und der Formen, in denen sich diese Widersprüche bewegen. Der Kapitalismus, so das Ergebnis der Untersuchung, unterscheidet sich von allen anderen gesellschaftlichen Beziehungsverhältnissen durch die spezifische Form gesellschaftlicher Vermittlung, die durch Arbeit konstituiert wird. In keinem anderen Gemeinwesen steht die produktive Tätigkeit derart im Zentrum des sozialen Zusammenhangs. Neben dieser historisch spezifischen Bestimmung und gleichzeitigen Kritik von Arbeit, Wert und Geld weist das Marxsche Werk aber auch noch eine andere Perspektive auf. Statt die Historisierung konsequent durchzuhalten, wechselt Marx – leider auch an entscheidenden Stellen seines Werks – von einer radikalen Kritik und Historisierung, zu einer ontologisierenden und naturalisierenden Perspektive. So fußen die Ausführungen über den Doppelcharakter der Arbeit im 1. Kapitel des »Kapitals« auf naturalistischen Annahmen. Marx bestimmt dort die abstrakte Arbeit als Substanz des Werts nicht in ihrer Allgemeinheit als Funktion gesellschaftlicher Vermittlung, sondern als natürliche, weil physische Gleichheit. Im zweiten Abschnitt zum »Doppelcharakter der Arbeit« heißt es: »Alle Arbeit ist … Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinne, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert.« (MEW 23, 60). Die Arbeit als Wertsubstanz ist aus dieser Perspektive nicht gesellschaftlich bestimmt, sondern

Ergebnis physischer Verausgabung menschlicher Energie. Damit wird aber der rein »gesellschaftliche Charakter der Arbeit«, den Marx im Fetischkapitel hervorhebt, verfehlt und zu einer dinglichen Eigenschaft naturalisiert. Bei Marx erweist sich somit der Begriff der abstrakten Arbeit als doppeldeutig: einerseits als historisierende Kritik der Gleichheit und Allgemeinheit der Arbeit in ihrer Funktion gesellschaftlicher Vermittlung und andererseits als ontologisierende und naturalisierende Annahme der Verausgabung von physischer Energie.

Auch Moishe Postone weist in seiner Rekonstruktion der Marx'schen Kritik auf den doppelten Begriff der abstrakten Arbeit bei Marx hin: »Die Bestimmungen der abstrakt menschlichen Arbeit (als physische, KL) (sind) … äußerst problematisch. Es scheint hier, als stelle in diesem Kontext Arbeit so etwas wie ein biologisches Residuum dar, so daß sie als bloße Verausgabung von menschlicher physiologischer Energie interpretiert werden müsste.« (Postone, 224) Es ist zutreffend, wenn Postone diesen naturalisierenden Standpunkt selbst noch dem Fetischismus der Warenform zurechnet, insofern als dieser die Erscheinungsform des Werts als scheinbar natürlich-materielle Substanz reflektiert. Eine kritische Analyse dürfe sich nach Postone aber »nicht damit begnügen, zu zeigen, daß die abstrakt menschliche Arbeit einen gesellschaftlichen Charakter hat. Sie muß auch die historisch spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse, die dem Wert zugrunde liegen, untersuchen und erklären, warum diese Verhältnisse als physiologische erscheinen und deshalb von Marx auch so präsentiert werden – als transhistorisch, naturgegeben und somit geschichtslos.« (Postone 2003, 226)[17] Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Marx' Bestimmung der

[17] Postone hat zwar die Frage nach einer näheren Klärung der naturalistischen Perspektive von Marx aufgeworfen, in seiner Untersuchung finden sich aber keine weiteren Ausführungen dazu. Es wäre in einer hier nicht zu leistenden, weiteren Untersuchung herauszuarbeiten, inwiefern Marx mit dem physiologischen Arbeitsbegriff einem scheinbar objektiven, naturwissenschaftlichen und überhistorischen Energieparadigma erlegen ist. Dieses Paradigma begreift die gesamte Wirklichkeit als von Energieströmen durchzogen und von deren Gesetzmäßigkeiten bestimmt. Die menschliche Arbeitskraft gilt darin nur als energetischer Apparat zur Umwandlung von Energie in Bewegung. Die Ausarbeitung der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie fällt in jene Zeit, in der dieses neue wissenschaftliche Paradigma beispielsweise in Form

Wertsubstanz im »Kapital« uneindeutig ist und zwischen einem naturalisierenden Verständnis der Allgemeinheit der Arbeit einerseits und einer adäquaten historisch-spezifischen Bestimmung als gesellschaftlicher Selbstvermittlung andererseits schwankt. Dieser inhaltliche Widerspruch zeigt sich im »Kapital« als Widerspruch in der Darstellung. Bestimmt Marx im 1. Kapitel abstrakte Arbeit noch als physische, so hebt er im Fetischkapitel - auf das ich mich in den Ausführungen weiter oben vor allem bezogen habe -, aber auch in den Grundrissen die rein gesellschaftliche Dimension der abstrakten Arbeit und des Werts hervor. Die Passagen, in denen Marx mit einem historisch unspezifischen Begriff abstrakter Arbeit operiert, waren und sind für Backhaus, Reichelt und auch Heinrich die primären Angriffspunkte ihrer Kritik. So interpretiert Heinrich die physische Substanz des Werts bei Marx als Unterstellung einer »ungesellschaftlichen«, »natürlichen Grundlage« (Heinrich 2004, 48). Der Naturalismus der physischen Bestimmung der Arbeit ist für Heinrich der Hintergrund, Marx selbst noch der klassischen politischen Ökonomie in der Tradition von Smith und Ricardo zuzuordnen. Bezogen auf die Darstellung im »Kapital« schreibt Heinrich: »Daß die Abstraktheit der Arbeit keine Natureigenschaft, sondern eine gesellschaftliche Eigenschaft der Arbeit ist ... wird innerhalb der beiden ersten Unterabschnitte des ersten Kapitels des ›Kapital‹ nicht klar.« (Heinrich 1999, 211f.) Dieser Einwand gegen die ungesellschaftliche Bestimmung der Wertsubstanz ist berechtigt. Und nicht nur das: Bezogen auf die methodische Darstellung im »Kapital« bedeutet die Annahme einer natürlichen und somit gerade *nicht* gesellschaftlichen Qualität der Arbeit und des Werts auch, dass die dialektische Entwicklung, die Marx eigentlich mit der Niederschrift des »Kapital« beabsichtigte, nicht einzulösen ist. Aus einer natürlichen Eigenschaft eines Dinges oder Arbeitsprodukts, wie z.B. diejenige, schwer zu sein, folgt für das gesellschaftliche Verhältnis nämlich gar nichts. Dagegen folgt aus dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlich allgemeinen Charakter der Arbeit und der Form der Privatheit dieser Arbeit, dass sich die Arbeit im Wert bzw.

des Ersten und Zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik formuliert wurde (siehe dazu auch Kuhn 1976).

in der Wertgegenständlichkeit einer Ware darstellen muss, genauso wie aus der allgemeinen Qualität der Wertgegenständlichkeit der je besonderen Waren die Allgemeinheit eines Äquivalents resultieren muss. Es war nun Backhaus, der – wie wir uns erinnern – zutreffend auf diesen »Mangel an Dialektik« bei Marx hingewiesen hat. Diese Stelle sei hier nochmals ausführlich zitiert:

> »Mir scheint, dass die Darstellung im Kapital keineswegs das erkenntnisleitende Motiv der Marxschen Formanalyse durchsichtig macht, die Frage nämlich, ›warum dieser Inhalt jene Form annimmt‹ (MEW 23, 95, Herv. H.G.B.). Die mangelhafte Vermittlung von Substanz und Form des Werts kommt schon darin zum Ausdruck, daß in der Entwicklung des Werts ein Bruch aufweisbar ist: der Übergang vom zweiten zum dritten Abschnitt des ersten Kapitels (also vom 2. Abschnitt »Doppelcharakter der in den Waren dargestellten Arbeit« zum 3. »Die Wertform oder der Tauschwert«, KL) ist als notwendiger Übergang nicht mehr einsichtig ... Daß der ›allgemeine Gegenstand‹ als solcher, das heißt der Wert als Wert sich gar nicht ausdrücken läßt, sondern nur in verkehrter Gestalt ›erscheint‹, nämlich als ›Verhältnis‹ von zwei Gebrauchswerten, entzieht sich dem Verständnis des Lesers ... Die Marxsche Warenanalyse stellt sich dann dar als – unvermittelter – ›Sprung vom einfachen zum Komplizierten, von der Substanz zur Erscheinungsform‹« (DdW, 43f.).

Backhaus hat insofern Recht, als von einem notwendigen, dialektischen Übergang vom zweiten zum dritten Abschnitt durch die naturalistische Wesensbestimmung der Arbeit tatsächlich nicht die Rede sein kann. Die Einlösung des Anspruchs einer methodisch angemessenen Entwicklung ergibt sich erst durch die Bestimmung einer gesellschaftlichen Substanz des Werts. Dieser Mangel wird allerdings in den Arbeiten von Backhaus und der Neuen-Marx-Lektüre insgesamt gerade *nicht* behoben. Mit ihrer auf den Austauschprozess fixierten Perspektive können sie die andere, jenseits des Naturalismus gelegene gesellschaftliche Dimension des Marx'schen Substanzbegriffs nicht in den Blick bekommen. Die Monetäre Werttheorie beabsichtigt zwar, die naturalistische Marx'sche Auffassung hinter sich zu lassen, die sie angeblich mit der klassischen politischen Ökonomie verbindet; mit der berechtigten Kritik am Naturalismus

eskamotiert sie aber gleichzeitig die Wertsubstanz insgesamt und damit auch die gesellschaftliche und historisch adäquate Bestimmung des Werts (siehe Heinrich 2004, 48f.). Was als Überwinden des Substanzdenkens der bürgerlichen Ökonomie intoniert wird, ist tatsächlich die theoretische Regression politökonomischer Analyse auf die Zirkulation. Also gerade die Adaption der Sichtweise der Volkswirtschaftslehre.

7. Gesellschaftliche Vermittlung als Selbstvermittlung der Arbeit

Die irrtümliche Annahme der Neuen-Marx-Lektüre, die Zirkulation sei die zentrale Ebene gesellschaftlicher Konstitution, macht eine adäquate Analyse der gesellschaftlichen Allgemeinheit unmöglich. Damit ist ihr aber der Zugang verwehrt, mithilfe einer angemessenen Rekonstruktion der Marx'schen Kritik den Kern der sozialen Beziehungen in der Warengesellschaft zu bestimmen und damit die Grundlagen für eine historisierende Kritik am Kapitalismus zu legen.

Allerdings ist mit den bisher gemachten Ausführungen bezüglich des Begriffs der Vermittlung noch nicht die ganze Tiefendimension der modernen Warengesellschaft und insbesondere auch nicht ihr dynamischer Charakter beschrieben. Der bisher dargestellte Begriff der Arbeit als gesellschaftlicher Vermittlung ist – so wird sich zeigen – selbst noch in gewisser Weise aus der Perspektive der Zirkulation heraus formuliert. Erst mit dem Begriff der Selbstvermittlung bzw. der Vermittlung als Totalität lässt sich der Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen im Kapitalismus adäquat fassen. Hierzu sind zunächst einige Anmerkungen nötig.

Wenn man der Marx'schen Darstellung folgt, so liegt der Zweck der Produktion von Waren für die einzelnen Warensubjekte im Gebrauchswert einer anderen Ware: »Da jeder für sich arbeitet und sein Produkt nichts für sich ist, muß er natürlich austauschen, … um sein eignes Produkt in ein Lebensmittel für sich selbst zu verwandeln« (MEW 42, 76). In dieser Bestimmung erscheint das gesellschaftliche Verhältnis so, wie es sich für die Warensubjekte darstellt:

Der Zweck der Produktion von Waren liegt im Gebrauchswert einer anderen Ware. Diese Bewegung hat Marx bekanntermaßen mit W-G-W bzw. W-W als einfache Zirkulation bezeichnet. (siehe MEW 23, 167) Im Folgenden werde ich die gesellschaftliche Form der Vermittlung, die die Bewegung Ware-Geld-Ware zum Inhalt hat, deswegen auch als einfache Vermittlung bezeichnen.[18] Terminologisch konsequent begreift Marx zudem auch die Zirkulationssubjekte als einfach Austauschende: »Soweit die Ware oder die Arbeit nur noch als Tauschwert bestimmt ist und die Beziehung, wodurch die verschiednen Waren aufeinander bezogen werden als Austausch dieser Tauschwerte gegeneinander … sind die … Subjekte zwischen denen dieser Prozeß vorgeht, nur einfach bestimmt als Austauschende. (MEW 42, 152) Die soziale Verhältnisbestimmung der einfachen Vermittlung drückt zwar die verdinglichte Beziehung der Vermittlung über Arbeit aus, d.h. in der warenproduzierenden Gesellschaft kann sich die gesellschaftliche Beziehung eben nur als versachlichter Prozess von Waren bzw. von Wertgegenständlichkeiten darstellen. Zudem impliziert die Beziehung W-W, dass die vermittelnde Funktion der Arbeit sowohl abstrakt wie instrumentell insofern ist, als sie von der eigenen Qualität und Besonderheit absieht und diese nur als äußerliches Mittel dient. Im Hinblick auf den Gesamtprozess, der die gesellschaftlichen Beziehungen in ihrem Wesen kennzeichnet, ist indes die Bestimmung von W-W alles andere als adäquat. Denn dieser Perspektive zufolge würde nach dem Austausch der Waren die Produktionsbeziehung der Privatproduzenten im Genuss des Gebrauchswerts der eingetauschten Ware enden. Der Endzweck der Produktion wäre somit auf den Gebrauchswert gerichtet. Auch das obige Zitat von Postone, dass »in der warenförmigen Gesellschaft die Vergegenständlichungen der Arbeit des Einen die Mittel (sind), um von Anderen produzierte Güter zu erwerben«, beschreibt letztlich die gesellschaftliche Vermittlung als auf konsumtive Bedürfnisse und den Gebrauchswert orientiert. Nicht nur das. Dadurch, dass die »Privatarbeit der Produzenten« als Mittel für

[18] Marx nennt die einfache Zirkulation zuweilen auch »kleine« Zirkulation: »Die kleine Zirkulation zwischen Kapital und Arbeitsvermögen« … begleitet den Produktionsprozeß und erscheint als Kontrakt, Austausch, Verkehrsform« (MEW 42, 570).

den Austausch und den Erwerb anderer Waren erscheint, wird der Tausch als zentrales Moment gesellschaftlicher Vermittlung interpretiert.

Die gesellschaftlichen Beziehungen in der Warengesellschaft im Ganzen betrachtet, so hat Marx hinlänglich gezeigt, haben aber keineswegs ein derartiges Produktionsverhältnis zur Grundlage. Denn die bisher skizzierte Vermittlungsbewegung, die letztlich auf die Produktion von Gebrauchswerten gerichtet ist, existiert überhaupt nicht real als gesellschaftliches Verhältnis und hat historisch auch niemals bestanden.[19] Der zentrale Inhalt kapitalistischer Vermittlung besteht vielmehr im Verwertungsprozess des Kapitals, d.h im quantitativen Wachstum eines vorgeschossenen Kapitals G: »Wert wird zu Kapital infolge des Prozesses der Verwertung des Werts, wobei dessen Größe anwächst.« (Postone, 404) Marx fasst dies bekanntlich mit der Formel G-W-G'. War in der einfachen Vermittlung der Formwechsel von W-G-W bzw. der Tauschwert lediglich das Mittel, um sich Gebrauchswerte von anderen anzueignen, so wird in der Bewegung G-W-G' nunmehr der Tauschwert selbst zum Zweck: »Aus bloßer Vermittlung des Stoffwechsels wird dieser Formwechsel zum Selbstzweck« (MEW 23, 144). D.h. aber, dass der Tauschwert als solcher den Inhalt bildet, nicht nur Form ist, sondern sein eigner Gehalt. (siehe ebd., 164 f.)[20] Damit hebt sich der Wert aber nicht mehr im Gebrauchswert auf bzw. verschwindet im Konsum

[19] Nadja Rakowitz hat in ihrem Buch »Einfache Warenproduktion« angemerkt, dass die in Anschluss an Engels verbreitete Auffassung einer einfachen Warenproduktion historisch niemals existiert hat (Rakowitz, 14). Es ist ein zentrales Kennzeichen der Marx'schen Kritik, nicht auf dieser Ebene der Analyse der einfachen Zirkulation und damit auch der einfachen Warenproduktion stehen zu bleiben. Die irrtümliche Fixierung auf die Bewegung W-G-W hat indes in der Theoriegeschichte der Kritik der politischen Ökonomie und auch der Linken eine lange Tradition. Im *Kapital* und v.a. auch in den *Grundrissen* hat Marx diesen Standpunkt, der mit Proudhon seinen ersten wichtigen Vertreter hatte, einer gründlichen Kritik unterzogen (Siehe MEW 42). Dies hat allerdings leider nicht die Konsequenz gezeitigt, diese Perspektive in die theoretische Bedeutungslosigkeit zu treiben.

[20] Der gesamte Satz lautet in den Grundrissen: »Geld ist die erste Form, worin das Kapital als solches erscheint. G-W-W-G … ist die erste Bewegung, worin der Tauschwert als solcher den Inhalt bildet, nicht nur Form ist, sondern sein eigner Gehalt.« (MEW 42, 164 f.)

der Waren, sondern indem sich der Tauschwert zum alleinigen Zweck des gesellschaftlichen Verhältnisses aufschwingt, konstituiert er sich als absurder Prozess des Kapitalkreislaufs, der mit seinem Endpunkt stets wieder den Anfang einer neuen Verwertungsbewegung setzt. Ist der Gebrauchswert in der einfachen Zirkulation W-G-W der Zweck und gleichzeitig der Endpunkt der Bewegung, so dient er in der mehrwertsetzenden Bewegung nur noch als Mittel für die immer weiter gehende und sich selbst fortschreibende Akkumulation des Werts. Diese Akkumulationsbewegung bedeutet aber nichts anderes, als dass der Wert nurmehr mit sich selbst vermittelt ist und der Gebrauchswert nur noch als Mittel für diese Selbstvermittlung dient. Die gesellschaftliche Vermittlung konstitutiert sich, im Gesamten betrachtet, also als reiner Selbstzweck der Wertverwertung und damit als tautologische Vermittlungsbewegung des Werts mit sich selbst. Wenn aber der tautologische Gesamtzweck im Kapitalismus im Vermittlungsprozess des Werts mit sich selbst liegt, so bedeutet dies, dass auch die Arbeit nur als Prozess der tautologischen Rückkopplung auf sich selbst zu begreifen ist. Die Funktion der Arbeit im gesellschaftlichen Gesamtverhältnis besteht also nicht darin, Gebrauchswerte zu produzieren und Bedürfnisse zu befriedigen, vielmehr ist mit der Rückkopplung des Werts auch die Arbeit auf sich selbst rückgekoppelt. Was nichts anderes heißt, als dass sie *Selbstzweckcharakter* hat. Aus diesem Grund ist der Begriff der Vermittlung auch nicht inhaltlich-konkret zu fassen, sondern abstrakt-tautologisch. Konkret gesprochen: Warendinge werden nicht produziert, weil die Warensubjekte die Vergegenständlichung ihrer Arbeit, also ihr eigenes Produkt (auf dem Markt) in ein Lebensmittel für sich selbst zu verwandeln suchen; sondern Arbeit wird verausgabt und als Wert bzw. Mehrwert dargestellt, um anschließend noch mehr Arbeit zu verausgaben und noch mehr Wert darzustellen. Diese Fähigkeit der Arbeit, Wert und Mehrwert zu produzieren, fasst Marx mit dem Begriff des Gebrauchswerts der Ware Arbeitskraft, »als Möglichkeit wertsetzender Tätigkeit« (MEW 42, 205). Der Gebrauchswert dieser Ware besitzt die »eigentümliche Beschaffenheit …, Quelle von Wert zu sein« (MEW 23, 181). Dieser ist von der inhaltlich-stofflichen Dimension des Gebrauchswerts der Ware »als äußerer Gegenstand …

, (der) durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt« und auch der konkreten Arbeit, die diesen Gebrauchswert produziert, grundsätzlich zu unterscheiden. Denn beim Gebrauchswert der Arbeitskraft im Verwertungsprozess des Werts geht es nur um die »quantitative Seite« des »Wertbildungsprozesses« (MEW 23, 209), also um die quantitative Vermehrung des vom Kapital vorgeschossenen Werts. Dadurch »(wird) der Wert … prozessierender Wert, prozessierendes Geld und als solches Kapital.« (ebd., 170) Durch ihre Eigenschaft, mit ihrem Konsum gleichzeitig den Wert zu setzen und diesen zu reproduzieren, wird die Ware Arbeitskraft somit das wesentliche Moment der Selbstvermittlungsbewegung des Werts. In der Anwendung von »lebendiger Arbeit« auf »tote Arbeit« vermittelt und begründet sich der Wert als Zweck an sich. Marx fasst dies wie folgt zusammen: »Die einfache Warenzirkulation – der Verkauf für den Kauf – dient zum Mittel für einen außerhalb der Zirkulation liegenden Endzweck, ... die Befriedigung von Bedürfnissen. Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung.« (ebd., 167)

Für die Besitzer der Ware Arbeitskraft ist es nun allerdings subjektiv gesehen so, dass ihre für sich genommene Vermittlung darin besteht, ihr Arbeitsvermögen wegzugeben und dafür - vermittelt über das Geld – Gebrauchswerte zu erwerben. Sie verwandeln im Tausch »ihr eigenes Produkt«, den Tauschwert »lebendige Arbeit«, in ein Lebensmittel für sich. In diesem Verhältnis dient demnach die Arbeit für die Arbeitssubjekte tatsächlich als Tauschmittel für einen konkret-inhaltlichen Zweck.

»Aber, was das Wesentliche ist, der Zweck des Austauschs für ihn (den Arbeiter, KL) ist die Befriedigung seines Bedürfnisses. Der Gegenstand seines Austauschs ist unmittelbarer Gegenstand des Bedürfnisses, nicht der Tauschwert als solcher. Er erhält zwar Geld, aber … nur als sich selbst aufhebende und verschwindende Vermittlung.« (MEW 42, 195) Im Vermittlungsverhältnis der Arbeit, wie sie sich für die Arbeitssubjekte darstellt, endet die Bewegung mit dem Konsum der Gebrauchswerte. In der Perspektive der ihre Arbeit verausgabenden Subjekte hat also der Selbstvermittlungsprozess den Charakter der

einfachen Vermittlung: als bloße Produktion von Waren zur Konsumtion von Waren. Diese Sichtweise, die aus der spezifischen Beziehung der Arbeitssubjekte im verselbständigten Vermittlungsprozess der Arbeit resultiert, ist charakteristisch für das systematische Verkennen des Gesamtzusammenhangs der Selbstvermittlung der Arbeit und - was damit zusammenhängt - der historischen Spezifik dieses Verhältnisses. Sowohl für die ökonomischen Wissenschaften wie für den Alltagsverstand scheint nichts selbstverständlicher zu sein, als dass der Mensch ein arbeitendes Wesen ist, das zur eigenen Bedürfnisbefriedigung unabhängig von anderen Güter herstellt, um diese dann vermittelt über das Geld zu tauschen. Auch in der Redeweise, der Arbeiter würde mit dem Verkauf seiner Arbeitskraft »sein Brot« verdienen, kommt das fetischistische Verständnis der einfachen Vermittlung schlagend zum Ausdruck. Marx hat im Kapitel über den Fetischcharakter der Ware den Fetischismus als notwendig falsches Bewusstsein verkehrter gesellschaftlicher Verhältnisses bestimmt. D.h., dass sich die historisch spezifischen gesellschaftlichen Beziehungen nicht als eben diese Beziehungen darstellen, sondern dinglich erscheinen, ja dinglich erscheinen müssen. Er schreibt: »Den (Produzenten) erscheinen … die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen …, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.« (MEW 23, 87) Ebenso erscheint die gesellschaftliche Vermittlung im Rückkopplungsprozess der Arbeit auf sich selbst als das, was diese für die Privatproduzenten ist: als einfache Vermittlung der Warensubjekte, d.h als Produktion von Waren zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung. Diese einfache Vermittlung ist aber nur ein Moment im übergreifenden Prozess der Selbstvermittlung des Werts und der Arbeit. Denn mit dem Verkauf und dem Konsum des Gebrauchswerts der Arbeit als mehrwertsetzender Tätigkeit wird die Arbeit auf sich selbst rückgekoppelt und damit mit sich selbst vermittelt. Dieser spezielle Gebrauchswert ist nicht ein sinnlich-stofflicher, so wie die Perspektive der einfachen Vermittlung unterstellen würde, sondern er besteht schlicht in der Fähigkeit, Wert bzw. Mehrwert

zu setzen. Und erst dieser Gebrauchswert der Arbeit, Mehrwert zu setzen, ist die Grundlage für die Gesamtzirkulation des Kapitals, also des Prozesses G-G'.[21]

Marx unterscheidet klar zwischen der einfachen Form der Vermittlung und dem diese Form einschließenden Gesamtprozess der Zirkulation des Geldes als Kapital: »Die einfache Warenproduktion – der Verkauf für den Kauf dient zum Mittel für einen außerhalb der Zirkulation liegenden Endzweck, die Aneignung von Gebrauchswerten, die Befriedigung von Bedürfnissen. Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos«. (MEW 23, 167) Wird die Arbeit von der zirkulativ verkürzten Perspektive der Vermittlung zum Zweck der Gebrauchswertproduktion her bestimmt, so wird das gesellschaftliche Verhältnis so wahrgenommen, wie es sich für die Warensubjekte als Waren- und Arbeitsfetisch darstellt und nicht wie es als Gesamtprozess an sich ist.

Der Produktionsprozess erscheint den Arbeitssubjekten nicht als Selbstvermittlung der Arbeit mit dem absurden Zweck, aus Geld mehr Geld zu machen, sondern als ontologisch zu verstehende Beziehung von Produzenten, die Güter herstellen, um bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen. Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft, die Wert setzt und im Selbstvermittlungsprozess auf sich selbst rückgekoppelt wird, verschwindet für die fetischistische Wahrnehmung des ökonomischen Prozesses hinter der angeblichen Gebrauchswertorientierung der einfachen Warenproduktion.[22]

[21] Die Logik der Verwertung, die die Formel G-G' ausdrückt, nämlich eine Bewegung, die sich selbst voraussetzt und sich dabei nur wieder selbst reproduziert und selbstvermittelt, hat in der mehrwertsetzenden Arbeit ihre strukturelle Voraussetzung; genauso wie das Geld bzw. der Wert die Allgemeinheit der Arbeit als gesellschaftliche Vermittlung zur Voraussetzung hat. Marx fasst diesen Zusammenhang pointiert zusammen: »Wie im Geld der Tauschwert, d.h alle Bestimmungen der Waren als Tauschwerte, als Ding erscheint, so in dem Kapital alle Bestimmungen der tauschwertschaffenden Tätigkeit, der Arbeit.« (MEW 42, 166 Fußnote)

[22] Siehe dazu auch die Bemerkungen in Fußnote 19 und 26

8. Selbstvermittlung der Arbeit und ihr Verhältnis zur Zirkulation

Wie wir gesehen haben, erschließt sich der Selbstzweckcharakter des auf sich selbst rückgekoppelten Werts erst in seiner vollen Tiefendimension, wenn wir die Rückkopplung der Arbeit auf sich selbst als gesellschaftliches Gesamtverhältnis begreifen. Postone schreibt hierzu: »Die Gesellschaftsform (des Kapitalismus, KL) ist eine Totalität … weil sie durch eine allgemeine und homogene ›Substanz‹ konstituiert wird, die ihr eigener Grund ist. Da diese Totalität sich selbst begründet, sich selbst vermittelt und vergegenständlicht, existiert sie quasi-unabhängig.« (Postone, 243) In der einfachen Bestimmung gesellschaftlicher Vermittlung, also aus der Perspektive des Austauschprozesses, ist die Arbeit nicht ihr eigener Grund und vermittelt sich nicht selbst. Sondern Ziel der Produktion wäre darin die Produktion von Gebrauchswerten zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung, die auf dem Markt zu tauschen sind. Marx hebt in seiner Analyse indes explizit hervor, dass die Beschreibung der »einfache(n) Bewegung der Tauschwerte« in der Zirkulation nicht das Gesamtverhältnis einer prozessierenden gesellschaftlichen Substanz reflektiert, in der der Tauschwert der eigentliche Zweck darstellt: »Sie (die einfache Zirkulation, KL) kann zum Entziehn und Aufhäufen des Geldes führen, aber sobald das Geld wieder in die Zirkulation tritt, löst es sich auf in eine Reihe von Tauschprozessen mit Waren, die verzehrt werden, geht daher verloren, sobald seine Kaufkraft erschöpft ist. Ebenso die Ware, die sich vermittelst des Geldes gegen Ware ausgetauscht hat, tritt aus der Zirkulation heraus, um konsumiert zu werden. Wird sie aber im Geld gegen die Zirkulation verselbständigt, so stellt sie nur mehr die substanzlose Form des Reichtums dar.« (MEW 42, 165) Die Verselbständigung gegenüber der Zirkulation bedeutet, dass der Reichtum in Form des Geldes als Schatz bloß aufgehäuft wird. Es fehlt diesem Reichtum und seiner Produktion der Charakter des Prozesshaften, d.h. der fortwährenden Erneuerung aus sich selbst heraus. Erst der Reichtum, der nicht »gegen die Zirkulation verselbständigt wird« ist eine substanztragende Form des Reichtums. D.h. aber, dass die Bestimmung dieses Reichtums als substanti-

ell *notwendig* den Prozess der Selbstvermittlung der Arbeit zur Voraussetzung hat. Nur wenn der Reichtum nicht als Schatz aufgehäuft wird, sondern vielmehr in der »stets erneuerte(n) Bewegung« wieder Grundlage der Produktion als Selbstzweck wird, ist dieser Reichtum auch als substanztragend zu begreifen.

Damit hat sich für den Begriff der Substanz des Werts eine entscheidende Erweiterung ergeben. Erst wenn die Waren unter den Bedingungen der Verselbständigung des Werts und der Selbstvermittlung der Arbeit produziert werden, kommt der Tätigkeit der Charakter einer gesellschaftlichen Substanz zu: Nur dann sind die konkreten Arbeiten »allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit« (MEW 23, 52). Und auch die Waren sind nur unter dieser Bedingung »Kristalle« der »gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz«, also Werte. Erst im Rückkopplungsprozess der Arbeit bzw. im verselbständigten Produktionsprozess ist die Arbeit eine prozessierende gesellschaftliche Substanz und konstituiert damit den Wert als eine substanztragende Form des Reichtums. Und schließlich bildet die Arbeit nur als gesellschaftliche Beziehungsform, die »sich selbst begründet, sich selbst vermittelt und vergegenständlicht« (Postone), eine Totalität. Erst mit dieser Bestimmung der sich selbstbegründenden und selbstvermittelnden Bewegung einer gesellschaftlichen Totalität ist der Begriff der Substanz des Werts adäquat bestimmt.

Retrospektiv auf die Ware und ihren Doppelcharakter gewendet, bedeutet dies, dass sich die Bestimmung des Allgemeinen der Ware ändert, wenn wir den Wert vor dem Hintergrund der prozessierenden Substanz der Arbeit dechiffrieren. Marx hat dies Allgemeine der Ware zunächst nicht näher qualifiziert, wenn er schreibt: »Als Wert ist sie allgemein, als wirkliche Ware eine Besonderheit« (Grundrisse, 60) In der weiteren Analyse wird klar, dass dies Allgemeine nicht schlicht aus dem Austauschprozess heraus im Gegenüber zweier Waren zu klären ist, sondern als prozessierender Wert im Rückkopplungsprozess der Arbeit auf sich selbst. Damit ist auch das Geld als Realabstraktion Ausdruck und Moment des prozesshaften Charakters der »tauschwertsetzenden Arbeit« und keineswegs als Allgemeines zu fassen, das im Zirkulationsprozess erst

konstituiert wird. Geld, so lässt sich somit zusammenfassend sagen, ist die Äußerungsform der Selbstvermittlung der Arbeit, weil die Arbeit der Privatproduzenten sich notwendigerweise in der Wertgegenständlichkeit der Waren darstellen und im Austauschprozess sich der Wert der Waren schließlich im Geld darstellen muss. Die entwickelte Analyse von Marx ist also eine differenzierte Bestimmung des Verhältnisses eines prozessierenden Allgemeinen der Arbeit (Produktionssphäre), das sich im realen Besonderen der Ware und des Geldes darstellt (Zirkulationssphäre), um dann wieder als Ausgangspunkt für einen weiteren Zyklus der Selbstvermittlungsbewegung der Arbeit zu dienen. Die Zirkulationssphäre ist zwar der Produktionssphäre in der Analyse logisch nachgeordnet, dennoch ist diese selbstverständlich notwendig für den Gesamtprozess, denn schließlich vollzieht sich in ihr der Realisierungprozess des Werts. Allerdings ist der Austauschprozess, wie wir gesehen haben, nicht eine sich selbst begründende Vermittlung wie die Arbeit. Nur die Arbeit als totalisierende Selbstvermittlung – dies sei hier nochmals betont – konstituiert sich als ihr eigener Grund. Marx fasst dies wie folgt zusammen:

> »Die Zirkulation trägt daher nicht in sich selbst das Prinzip der Selbsterneuerung. Die Momente derselben sind ihr vorausgesetzt, nicht von ihr selbst gesetzt. Waren müssen stets von neuem und von außen her in sie geworfen werden wie Brennmaterial ins Feuer. Sonst erlischt sie in Indifferenz. Sie erlösche in dem Geld als indifferentes Resultat, das, insofern es nicht mehr in bezug auf Waren, Preise, Zirkulation stünde, aufgehört hätte Geld zu sein, ein Produktionsverhältnis auszudrücken … Die Zirkulation, dies also als das unmittelbar Vorhandne an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint, ist nur, sofern sie beständig vermittelt ist. In sich selbst betrachtet, ist sie die Vermittlung vorausgesetzter Extreme. Aber sie setzt diese Extreme nicht: muß also doch nicht nur in jedem ihrer Momente, sondern als Ganzes der Vermittlung, als totaler Prozeß selbst vermittelt sein. Ihr unmittelbares Sein ist daher reiner Schein. Sie ist das Phänomen eines hinter ihr vorhergehenden Prozesses … Wenn ursprünglich der Akt der gesellschaftlichen Produktion als Setzen von Tauschwerten … als Zirkulation erschien – als vollständig entwickelte Bewegung von Tauschwerten gegeneinander – so geht jetzt die Zirkulation

> zurück in die Tauschwertsetzende oder produzierende Tätigkeit. Sie geht darein zurück als in ihren Grund.« (MEW 42, 166)

Das Allgemeine ist nur als wertproduzierende Tätigkeit totaler, d.h. sich selbst begründender und vermittelnder Prozess. Schien der Austauschprozess in der Analyse zunächst als Sphäre, in der der Wert nur das am Gebrauchswert orientierte Bedürfnis vermittelte, so stellt sich in der weiter entwickelten Bestimmung heraus, dass die Zirkulation als Selbständiges nur Schein ist. Tatsächlich ist sie nur vermittelndes Moment der sich selbst fundierenden und selbsterneuernden Bewegung der Arbeit.

Die gesellschaftliche Allgemeinheit ist also nicht bloß als einfache Form der Vermittlung über Arbeit zu begreifen, die sich in Wertgegenständen als Repräsentanten dieses Vermittlungsverhältnisses versachlicht; vielmehr ist die verdinglichte Vermittlung zwischen den Warensubjekten im Zusammenhang des Gesamtprozesses von Arbeit und Kapital zu fassen. Der Begriff der gesellschaftlichen Allgemeinheit als Vermittlung über Arbeit ist doppelt bestimmt: Einerseits als die Selbstvermittlung der Arbeit im Rückkopplungsprozess des Werts auf sich selbst im Prozess des quantitativen Wachstums der Mehrwertproduktion;[23] zum anderen als Vermittlung der einzelnen »Produzenten in ihren Privatarbeiten«. Die beiden Dimensionen der Vermittlung sind sowohl ineinander verschränkt, als sie sich gegenseitig voraussetzen.In der begrifflich-theoretischen Analyse geht Marx konsequenterweise von der Oberflächenebene der Zirkulation aus. Erst durch den Begriff der Arbeit als gegenüber den Warensubjekten verselbständigter Rückkopplungs- und Selbstvermittlungsprozess ist der prozessierende Charakter des Allgemeinen adäquat bestimmt.[24] Dieser

[23] Neben dieser qualitativen Bestimmung sei hier angemerkt, dass sich in der Tauschbeziehung vermittelst der Realisierung des Werts die quantitative Dimension der Wertgröße bzw. der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit manifestiert.

[24] Es ist indes ein auch in der linken Tradition beliebter Irrtum, die beiden Dimensionen unabhängig voneinander aufzufassen. Von Engels ausgehend, wurde in der Rezeption der Marx'schen Kritik das Moment der einfachen Vermittlung bzw. der einfachen Warenproduktion einseitig als Emanzipationsversprechen interpretiert. (siehe dazu

Begriff kennzeichnet die allgemeinste Bestimmung der sozialen Beziehungsform im Kapitalismus.

9. Formelle und substantielle Totalität

Der beschriebene Prozess der Selbstvermittlung der Arbeit als Totalität ist indes nicht so zu begreifen, dass diese – einmal installiert – ewig nach ihren gleichen Funktionsgesetzen funktionieren würde. Vielmehr ist die Entwicklung der Warengesellschaft von Widersprüchen bestimmt, die aus der inneren Logik des Systems resultieren, die aber auch gleichzeitig zur Schranke des Gesamtsystems werden können. So geriet mit der Entwicklung des Wissens zur Hauptproduktivkraft das auf seinen eigenen Grundlagen prozessierende System der Arbeit in eine fundamentale Krise. Ernst Lohoff und Norbert Trenkle haben mit ihrer Untersuchung »Die große Entwertung« die Totalität der Arbeit in dem Sinne historisiert, als sie die reale Verwertungsbewegung seit den 70er Jahren als einem säkularen Krisenprozess unterliegend interpretieren. Die Zeit seit dem Ende des Fordismus bestimmen die beiden Autoren als eigenständige Epoche des »fiktiven Kapitals«, in der die Kapitalakkumulation nicht mehr auf realer Verwertung der Arbeitskraft basiert, sondern Kapital durch Vorgriff auf erwarteten, zukünftigen Wert akkumuliert wird. Dieser Auffassung ist ohne Abstriche zuzustimmen. Freilich scheint mir in der Analyse eine zu weit ausgreifende Bestimmung der »Dignität« bzw. des Wirklichkeitscharakters des fiktiven Kapitals vorzuliegen. Was ist damit gemeint? Lohoff/Trenkle behaupten, dass die Produktion von kapitalistischem Reichtum im System des fiktiven Kapitals »keinen Deut weniger wirklich ist als die auf die tatsächliche Vernutzung lebendiger Arbeit gegründete Variante« (Lohoff/Trenkle 2012, 120). M.E nach läuft diese Bestimmung allerdings auf eine unzulässige Einebnung der Differenz zwischen dem, was wir einerseits als substanzielle und andererseits als formelle Totalität bezeichnen können, hinaus.

auch Rakowitz, 14) Die Ideale der Zirkulationssphäre, also Freiheit und Gleichheit, sollten dort ohne die Herrschaft des Kapitals verwirklicht werden.

Der klassische Kapitalprozess als Prozess der Akkumulation von kapitalistischem Reichtum muss als *substanzielle* Totalität begriffen werden, also als Totalität, die sich »selbst begründet, selbst vermittelt und selbst vergegenständlicht« (Postone). Substanziell ist sie zudem in dem Sinne, dass sie sich auf ihr Gegenteil, auf das Andere ihrer selbst bezieht, dabei allerdings mit sich identisch bleibt. Als realer gesellschaftlicher Prozess drückt diese auf Hegels idealistische Philosophie zurückgehende Begrifflichkeit das Verhältnis des Kapitals in seiner Bewegung G-W-G' aus. Das Kapital als »tote Arbeit« bezieht sich im Prozess der Verwertung auf sein Gegenteil, die »lebendige Arbeit« als das Andere ihrer selbst. Diese substanzielle Vermittlung unterlag im Prozess der Herausentwicklung der Hauptproduktivkraft Wissen aber einer stetigen Erosion ihrer Substanz und mündete so in eine neue Epoche, die man als Epoche der formellen Totalität bezeichnen könnte. Diese Totalität stellt zwar auch eine sich selbst begründende Vermittlung dar, aber nicht als »Einheit von unterschiedenen Bestimmungen« (Hegel) durch die Bewegung ihrer Metamorphosen hindurch, sondern nur als formelle Identität mit sich selbst. Das Kapital vermittelt sich nicht selbst durch den Prozess der Verwertung im Bezug auf ihr inhaltlich-konkretes Gegenteil, die Arbeit; vielmehr wird der Prozess nur durch beständige Generierung von neuen Eigentumstiteln für noch zu schaffenden Wert am Laufen gehalten. Der Gesamtprozess basiert also im Wesentlichen nicht mehr auf der Verwertung von Arbeit, sondern auf der Produktion von Ansprüchen auf zukünftige Arbeitsverausgabung. Konsequent wäre es vor diesem Hintergrund, den Gesamtprozess als Totalität des *Versprechens* und nicht als Totalität der *Arbeit* zu bezeichnen: eine Totalität, die sich durch Zukunftsversprechen selbst begründet und selbst vermittelt, die sich in ihrem Prozess selbst aber nicht vergegenständlicht und deshalb auch nicht substantiell ist.

Mit dem Wechsel des Inhalts der Totalität verändern sich indes auch die Bestimmungen der allgemeinen Ware. War diese in der Bewegungsform der substantiellen Totalität als allgemeine Form der Wertgegenständlichkeit aller besondren, d.h gegenständlichen Waren zu begreifen, so verliert das Geld im Prozess der formellen Totalität des Kapitals den Charakter der Wert*gegenständ-*

lichkeit. D.h die Subjekte sind nicht länger über die Verausgabung von Arbeit vermittelt, die sich notwendig in einer allgemeinen Ware vergegenständlicht ausdrücken muss; vielmehr sind es formelle Ansprüche auf zukünftigen Wert, die keine vergangene und damit vergegenständlichte Arbeit repräsentieren. Diese wichtige Differenz zwischen einer substantiellen und formellen Totalität des Kapitals lässt es m.E nach durchaus berechtigt erscheinen, von einem veränderten Wirklichkeitscharakter des Systems der Kapitalakkumulation zu sprechen.

10. Backhaus' Schwanken

Um auf unsere Ausgangsfragestellung zurückzukommen: Backhaus sucht mit seinem Ansatz der Rekonstruktion der Marx'schen Theorie – so weit das Ergebnis der oben gemachten Ausführungen - das gesellschaftlich Allgemeine der Warengesellschaft im Kontext des *Austauschprozesses.* Mit dieser Fokussierung und der damit einhergehenden Abweisung, die Substanz des Werts und damit letztlich auch des Geldes einer näheren Bestimmung zu unterziehen, beraubt sich Backhaus der Möglichkeit, die Allgemeinheit als prozessierende Substanz gesellschaftlich verdinglichter wie entfremdeter Selbstvermittlung zu dechiffrieren. Er zielt zwar in der Fragestellung seiner Analyse darauf, die »Totalität als .... übergreifendes Allgemeines« zu erfassen, (Backhaus 2014a), aber mit der Fokussierung auf »Werttheorie als Wert*form*analyse«, d.h auf die Ebene des »Hervortretens« der Wertsubstanz in der Sphäre der Zirkulation, ist gerade der Zugang zur Ebene der Allgemeinheit der Arbeit als Selbstvermittlung versperrt. Konnte Backhaus schon nicht klären, »warum dieser Inhalt, jene Form annimmt«, warum also die Arbeit in ihrer Funktion gesellschaftlicher Vermittlung sich notwendig als Wertgegenständlichkeit an den Warendingen darstellen muss, so ist auch seine Bestimmung der Arbeit als prozessierender Einheit der Selbstvermittlung der kapitalistischen Realität – wie sich im folgenden Abschnitt noch ausführlicher zeigen wird - , gelinde gesagt, nicht adäquat.

Backhaus steht also am Anfang des Grundmissverständnisses der Neuen-Marx-Lektüre, auf der Ebene des Austauschprozesses die notwendigen Bestimmungen über den Begriff des Werts und der Formen von Objektivität machen zu wollen. Seine Analysen sind indes – anders als bei Heinrich und mittlerweile auch bei Reichelt nicht gänzlich von dieser Perspektive durchdrungen. Vielmehr macht Backhaus immer wieder – jedenfalls von seiner Intention her – geltend, man müsse den Kapitalismus als Einheit von Produktion und Zirkulation analysieren. Dabei betont Backhaus durchaus den zentralen Stellenwert der Arbeit im Marx'schen Kritikansatz: »Jener Prozess nun, der diese Objekte (Tauschwert, Ware ...) hervorbringt und in Bewegung hält, ist offenbar ein sozialer und jene Bestimmungen sind insofern soziale, allgemeine. Wie läßt sich nun aber ihre »allgemeine Bedeutung herleiten ...? Die Marxsche »Gesamtarbeit« oder eben »allgemeine Arbeit« erfüllt diese Bedingung ... (DdW, 1997, 341)« An anderer Stelle führt Backhaus aus: »Die ›menschlichen Verhältnisse‹ werden (von Marx, KL) als ›gesellschaftliche Beziehung von Privatarbeiten‹ oder auch als ›gesellschaftliche Verhältnisse der Produzenten zur Gesamtarbeit‹ definiert.« (ebd., 47) Und in einer Paraphrasierung der Marx'schen Kritik an Ricardo heißt es: »Seine (Ricardos, KL) Theorie besteht darin, den Wert in Arbeit aufzulösen. Er übersieht, dass die Hauptsache noch zu tun bleibt. Die Tatsache nämlich, dass das Produkt sich von sich selbst abhebt und sich, ein selbständiges Reich ökonomischer Kategorien, jenseits des Bewußtseins fixiert, ist eben nur aus der Selbstzerissenheit und dem sich-selbst-Widersprechen der gesellschaftlichen Arbeit zu erklären … Methodisch handelt es sich hier um die … Problematik des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten, vom Wert zur Erscheinungsform des Werts.« (ebd., 52) Backhaus klagt zwar zutreffend die kritische Analyse des Selbstwiderspruchs der Arbeit ein, letztendlich bleibt dies aber bloße Absichtserklärung. Im Anschluss an die zitierte Stelle wird nur Bezug genommen auf das Austauschverhältnis zweier Waren, nicht aber auf deren Voraussetzung, also der vorgängigen »Warenform des Arbeitsprodukts«. Dieser Widerspruch, einerseits die Form der Privatproduktion als Grundlage des gesellschaftlichen Gesamtprozesses und damit der kritischen Analyse der Arbeit festzuhalten, andererseits

die Ebene des Tauschverhältnisses und des Tauschwerts als alleiniges Feld der Begriffsbestimmung des Werts zu betonen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeiten von Hans Georg Backhaus. Dies wird auch deutlich in der Kritik, die er zusammen mit Helmut Reichelt an der Analyse von Michael Heinrich schon vor längerer Zeit vorgelegt hat. Backhaus und Reichelts Kritik an Heinrich zielt im Kern auf die dem Warenfetisch unterliegende Interpretation der Ökonomie als einer Zweiteilung in Naturalprozess und Gesellschaftsprozess, in der der allgemeine Charakter der Arbeit völlig verkannt wird: »Im Einklang mit der Gesamtökonomie … gibt es für Heinrich eine absolute Zweiteilung der Ökonomie in naturale Realsphäre, in der keine Waren, sondern Produkte hergestellt werden, und der Sphäre des Austauschs.« (Backhaus/Reichelt 1995, 68) Weiter oben wurde schon gezeigt, dass diese Zweiteilung in Güterproduktion des arbeitenden Menschen einerseits und der Tauschsphäre andererseits aus der fetischistischen Verkennung in der einfachen Zirkulation und ihrer projizierten Loslösung vom Gesamtprozess der Wertverwertung resultiert. In einer kritischen Distanzierung von der Heinrich'schen Perspektive versuchen nun Backhaus und Reichelt in einer ausführlichen Darstellung ihre Konzeption einer adäquaten Wertanalyse zusammenzufassen. Es sei hier nochmals darauf verwiesen, dass Reichelt sich inhaltlich von dem Programm einer Kritik des Gesamtverhältnisses des Kapitalismus verabschiedet hat. Die damalige Kritik der beiden an Heinrich – 1995 formuliert, also vor über 20 Jahren - ist aber gerade deswegen von Interesse, weil dort noch der notwendige Ausgangspunkt der Rekonstruktion der Marx'schen Theorie und damit der Stellenwert des Begriffs der Arbeit betont wird. In Abgrenzung zu Heinrich wird also explizit der »Begriff der allgemeinen Arbeit« als zentraler Bestandteil einer »Theorie von der Einheit der Gesellschaft« hervorgehoben. (ebd., 77) »Dies (die kritische Analyse der gesellschaftlichen Einheit, KL) soll unseres Erachtens der Begriff der allgemeinen Arbeit leisten, der als Totalität im Hegelschen Sinne konzipiert ist. Es ist also Arbeit, die in der besonderen Tätigkeit unmittelbar ihr eigenes Gegenteil, das Allgemeine, die Einheit hervorbringt.« (ebd.) Im Gegensatz zu Heinrich und auch zum späteren Standpunkt Reichelts wird hier zutreffend

auf den gesellschaftlich allgemeinen Charakter der Arbeit abgehoben, der die »Einheit der Gesellschaft« konstituiert. Von der Formulierung her scheint die Intention zwar deckungsgleich mit dem von mir weiter oben dargestellten Begriff der Arbeit zu sein, in den näheren Bestimmungen über den allgemeinen Charakter der Arbeit wird indes die gesellschaftliche Totalität dann doch nicht auf der ihr angemessenen Ebene erfasst. Erst die Bestimmung der Arbeit in ihrer Funktion, gesellschaftliche Selbstvermittlung zu konstituieren, ist dem Begriff der gesellschaftlichen Einheit als Totalität angemessen: die Arbeit als Substanz des Werts, die sich selbst vermittelt und damit zugleich selbst begründet. Eine adäquate Formulierung dieses Begriffs einer gesellschaftlichen Totalität lassen Backhaus und Reichelt aber vermissen. In der Zusammenfassung der Heinrich'schen Position kommen sie selbst nicht über eine Bestimmung der Totalität hinaus, die diese im Austauschprozess situiert:

> »Indem jeder Austauschende die beiden Produkte als Äquivalente gleichsetzt, setzt er sie als ununterscheidbare Einheit. Wenn es aber eine Denkbewegung ist, in der Einheit gesetzt wird, wird Vieles als eines gesetzt und damit eben auch das Viele als das Viele des Einen. Es muß sich also um eine in sich gegenläufige Denkbewegung handeln, ein beständiges Unterscheiden und Ineinssetzen, in welcher die vielen Gebrauchswerte nur noch den absoluten Unterschied darstellen, jeder besondere Gebrauchswert nur die Besonderung, die Selbstunterscheidung des Einen ist. Wenn Marx in der einfachen Gegenüberstellung zweier Waren das Äquivalent als ›unmittelbar austauschbaren Gebrauchswert‹ (MEGA II/5, S.33) charakterisiert, dann ist er in dieser Gleichsetzung bereits Totalität, Einheit, ein Allgemeines; das weder Dieses noch Jenes ist, aber ebenso als Gleichgeltendes gleichgültig, auch Dieses wie Jenes zu sein. In dieser Denkbewegung wird also immer ein Besonderes als unmittelbar Allgemeines gesetzt, das zugleich beides ist. Marx handelt daher zu Recht die gesamte Reflexionsstruktur in der Gegenüberstellung zweier Waren ab. Denn die Einheit der Gesellschaft, die Allgemeinheit der Arbeit, existiert bereits in dieser Denkbewegung, es ist die Objektivitität in uns« (B/R, S.91).

Es ist bezeichnend, dass Backhaus/Reichelt hier den Begriff der Totalität aus dem *Austauschprozess* heraus formulieren. Denn dieser stellt bei Ihnen wie auch in Anschluss an sie bei der Monetären Werttheorie insgesamt den zentralen Fokus ihrer Analyse dar. Diese Fokussierung hat freilich die Konsequenz, dass der Begriff der Totalität defizitär bleibt. Totalität ist dann nicht eine gesellschaftliche Allgemeinheit, die sich selbst begründet und selbst vermittelt, sondern bloß die Markierung der Abstraktion des Besonderen in der Gleichsetzung zweier Waren. Sicherlich ist es zutreffend, wenn Backhaus/Reichelt davon sprechen, dass der Wert »Einheit, ein Allgemeines, das weder Dieses noch Jenes ist«. Aber diese Bestimmungen des Einen im Austauschprozess sind eben nur Äußerungsformen der in sich selbst vermittelnden Wertsubstanz; sie erschließen sich also nur von der Sphäre der *Gesamtbewegung* von Produktion und Zirkulation. Mit der Fokussierung auf die Zirkulation können aber Backhaus/Reichelt keinen Zugang zu einer adäquaten Formulierung der Bedeutung der Arbeit für die gesellschaftliche Synthesis gewinnen. Die »Reflexionsstruktur« von Allgemeinem und Besonderem, auf die sie hinweisen, ist nicht »in der Gegenüberstellung zweier Waren« wirklich erfasst, sondern kann nur in der Bewegung der prozessierenden Substanz der Arbeit adäquat bestimmt werden: als notwendige Erscheinungsform des Werts an der Ware und im Geld im Prozess der Selbstvermittlung der Arbeit. Nur mit der Bestimmung der Arbeit auf beiden Ebenen, nämlich in ihrer die einzelnen Warensubjekte vermittelnden Funktion einerseits und dem Prozess der Selbstvermittlung als Rückkopplungsprozess der Arbeit auf sich selbst andererseits, kann ein adäquater und historisch spezifischer Begriff gesellschaftlicher Synthesis formuliert werden.

Dieser zentrale Mangel in der Analyse ist kein Zufall. Denn Backhaus/Reichelt haben in der Bestimmung des Werts die Frage der Wertsubstanz systematisch ausgeschlossen und den Wert und die Wertabstraktion in die Sphäre der Zirkulation verlegt. Auf der Ebene des Gesamtverhältnisses, also der des Kapitals, müssen sie aber – wenn sie nicht die gesamte Marx'sche Theorie hinter sich lassen wollen – notwendig wieder auf die Arbeit rekurrieren. Doch damit ergibt sich ein logischer Bruch zwischen der Perspektive, die den Wert unter

explizitem Absehen von dessen Substanz zirkulativ bestimmen will, und der Analyse des Kapitals, die ohne den Begriff der »allgemeinen Arbeit« – wie Backhaus/Reichelt dies formulieren – nicht auskommt. Ohne den Zusammenhang zwischen Zirkulation und Produktion wirklich klären zu können, sprechen Backhaus/Reichelt dann abstrakt von »Formwechsel in der Zirkulationsbewegung des Kapitals«, oder von Werterhaltung und Vermehrung (ebd., S.80) in der Bewegung der »Reproduktion des Kapitals«. Damit wird aber nur festgestellt, aber nicht erklärt, weshalb der Formwechsel überhaupt zustande kommt. Backhaus und Reichelt insistieren zwar auf Richtiges und Zutreffendes, dass nämlich das Kapital notwendig den Formwechsel von Arbeit, Ware und Geld durchlaufen muss; allerdings bleiben sie dann bei der letztlich äußerlichen und bloß formellen Feststellung stehen, dass die sich im Wert darstellende Arbeit sich wohl in diesem Formwechsel erhalten müsse, denn das mache ja gerade dessen allgemeinen Charakter aus. Die Wertverwertung wird dann aber nicht in ihrer Substanz als verselbständigte Vermittlung im Gesamtprozess von Produktion und Zirkulation dechiffriert. Der Formwechsel kann nur festgestellt, aber nicht der inneren Logik nach erklärt werden.

11. Backhaus, Adorno und die ewige Wiederkehr der gleichen Fragestellung

Diese äußerliche Erklärung des Formwechsels und der Wertverwertung wird noch deutlicher in den Ausführungen von Backhaus zu Adornos Warenformkritik. Backhaus – dies sei hier kurz angemerkt – war ein Schüler Adornos und knüpfte folglich auch an dessen Verständnis der Warengesellschaft an. Wie auch einige Untersuchungen in der krisis gezeigt haben, bleibt Adornos kritische Perspektive auf die Zirkulation beschränkt, und sie kommt somit nicht über ein äußerliches Verständnis der Grundlogik der gesellschaftlichen Form hinaus. Es muss eine Vermutung bleiben, ob die Fokussierung des Tauschverhältnisses seitens Backhaus die theoretischen Vorgaben seines Lehrers zur Ursache haben.

Defacto bleibt indes bei beiden die Bestimmung der gesellschaftlichen Totalität als Vermittlungsprozess der Arbeit eine Leerstelle.

Backhaus führt im Hinblick auf »Adornos Definition des Wert« aus: die »›Einheit des Vielen, der sinnlich verschiedenen Dinge‹ … schließt ein, daß auch ›die‹ Arbeit als Einheit der vielen, der sinnlich verschiedenen Arbeiten verstanden werden muß, der konkreten, d.h als Einheit ›der‹ Arbeit[25], der ›Arbeit überhaupt‹, der Marxschen ›Gesamtarbeit‹. Diese ist eine ›Totalität‹ nur insofern von ihrer Vereinzelung qua konkret-private Arbeit ›objektiv abstrahiert‹ wird. Nur als Teil oder Moment dieser Totalität ist die Arbeit eine wertbildende; sie ›erscheint‹, ›verwirklicht‹ sich nur in der Totalität, ›Einheit‹ der ihr gegenüberstehenden ›sinnlich verschiedenen Dinge‹: Der Gebrauchswerte.« (Backhaus 2014, 15)

Damit steht die Logik der Warenproduktion aber auf dem Kopf. Die Gleichheit und Allgemeinheit der Waren resultiert in dieser Perspektive nicht aus der Gleichheit und Allgemeinheit der Arbeit als Selbstvermittlung. Vielmehr soll die »Arbeit überhaupt« als »Teil oder Moment« aus der Totalität folgen, die als Einheit der »sinnlich verschiedenen Dinge« begriffen wird. Nur in Bezug auf die Totalität, die angeblich mittels des Austauschprozesses begründet wird, ist die »Arbeit eine wertbildende«. Dies ist eine vollkommene Verkehrung der tatsächlichen Beziehungen. Da Backhaus/Reichelt den Begriff der Substanz des Werts aufgegeben und stattdessen das Gegenüber der Waren im Austauschprozess in den Vordergrund ihrer Analyse gestellt haben, können sie die Bildung des Werts nur aus der Zirkulation erklären. Damit sind aber die Weichen in die Richtung gestellt, auf denen dann Michael Heinrich munter weiter in die theoretische Irre, Richtung VWL, abdriften konnte. Weil die Allgemeinheit der Arbeit nicht ihrem inneren Wesensgehalt nach bestimmt wird, und somit auch nicht das Verhältnis dieser Allgemeinheit zum Besonderen der konkreten Arbeit bzw. der konkreten Seite der Waren, wird die Analyse immer wieder auf

[25] Die Bestimmung »Einheit ›der‹ Arbeit« zeigt schon, dass hier ein äußerliches Verständnis der Arbeit vorliegt. Die Arbeit stellt schon die gesellschaftliche Einheit dar. »Die Einheit ›der‹ Arbeit« wäre dann die »Einheit der Einheit«.

die scheinbar offensichtliche Beziehung im Tauschverhältnis bezogen. Damit unterliegt sie aber, entgegen ihrem Anspruch methodischer Tiefe und Reflektiertheit, der Erscheinungsform der gesellschaftlichen Vermittlungsverhältnisse, die im Austauschprozess bloß seine oberflächliche Gestalt annimmt.[26] Aus diesem Grund kann man auch nicht davon reden, dass Backhaus das »Geldrätsel gelöst« habe, denn das Geld wird letztlich immer nur aus den erscheinenden Formen des Werts bestimmt. Mit der Fokussierung der Analyse auf die Ware-Geld-Gleichung wird die Abstraktion als äußerliche gefasst, die der Ware die abstrakte Qualität erst aufprägt. Die Analysen von Backhaus über die wirkliche Einheit und Allgemeinheit der Warengesellschaft müssen so letztlich immer nur die Formulierung der Fragestellung wiederholen. Zwar legt Backhaus treffende Kritiken der VWL vor, die deren theoretische Phantasmen bezüglich ihrer Grundkategorien aufzeigen[27], selbst kann er aber nicht zu einer weiterführenden kritischen Bestimmung der Kategorien von Ware, Geld, Wert und Arbeit gelangen. In seinen Schriften weist er implizit selbst immer wieder auf diese grundlegende Leerstelle hin. Im Vorwort zur Veröffentlichung im Jahr 1997 der »Dialektik der Wertform«, die ja selbst nur eine Zusammenstellung längst schon erschienener Aufsätze war, resümiert er: »Vergleicht man den ersten Aufsatz von 1969 mit dem 1997 verfassten Text »Zur logischen Misere der Nationalökonomie«, so wird es (dem) Leser auffallen, daß immer wieder dieselben Autoren diskutiert werden, oft sogar dieselben Zitate. Was sind die Gründe dafür, daß es mir immer wieder auf die Diskussion der Simmelschen Philosophie des Geldes und etwa eines halben Dutzend nationalökonomischer Autoren ankommt … ?« (Backhaus 1997, 34) Die Antwort, die Backhaus sich selbst gibt, dass nämlich die Nationalökonomie ihre eigenen Grundkategorie nicht ansatzweise erklären kann, ist natürlich richtig und auch als Stachel für deren Kritik zu sehen. Aber sie trifft nur ein Moment der Position. Denn mit dem Seufzer,

[26] Deswegen ist auch die Feststellung von Robert Kurz zutreffend: »Ungewollt hat sich Backhaus so schon im Ansatz … auf die Ebene positivistischer Interpretationen eingelassen, und auf diesem Boden kann er nicht gewinnen«. (Kurz 1989, 65)

[27] Siehe dazu auch Backhaus 2014a.

»immer wieder dieselben Autoren diskutieren« zu müssen, wird nur die eigene Leerstelle der Entwicklung einer kategorial adäquaten Kritik der politischen Ökonomie verdeckt. Wie wenig die Ausarbeitung vorangekommen ist, weiß Backhaus selber und gesteht dies auch ein. In dem für 2014 angekündigten, aber bis heute noch nicht erschienenen Sammelband »Marx, Adorno und die Kritik der Volkswirtschaftslehre« ist als Internetveröffentlichung zu lesen: »Eine neue nicht-›ideologische‹ und zugleich nicht-›positivistische‹ Ökonomie müsste … jenseits der Marxschen wie der subjektiven Ökonomie in dialektischer und nicht bloß abstrakter Negation beider ausgearbeitet werden. Ein solch dritter Weg war nirgendwo in Sicht und ist es auch heute weniger denn je.« (Backhaus 2014, 4) Backhaus hebt hier – wieder einmal - auf einen angeblichen Mangel an Dialektik bei Marx ab, der mit der dialektischen Perspektive von Adorno abzuhelfen wäre. Wie die Ausführungen in diesem Text gezeigt haben, ist es jedoch sehr wohl möglich, eine stringente dialektische Analyse bei Marx zu rekonstruieren. Doch darauf kommt es hier gar nicht an. Hervorzuheben ist lediglich das Backhaus'sche Eingeständnis, dass die Monetäre Werttheorie auf ihrem Weg einer nicht-positivistischen Kritik der politischen Ökonomie offensichtlich keinen Millimeter vorangekommen ist. Was Reichelts »Geltungstheorie« und Heinrichs angebliche »Wissenschaft vom Wert« angeht, müssen wir leider sogar von einem Versagen sprechen. Diese Analysen können nicht mehr als Versuche einer Rekonstruktion der Marx'schen Theorie gewertet werden, sondern vielmehr als deren Dekonstruktion.

Literatur

Backhaus, Hans-Georg/Reichelt, Helmut (1995): Hans-Georg Backhaus/ Helmut Reichelt: »Wie ist der Wertbegriff zu konzipieren? Zu Michael Heinrich: ›Die Wissenschaft vom Wert‹; in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1995.

Backhaus, Hans-Georg (1997): Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur Marxschen Ökonomiekritik; Freiburg i. Br.

Backhaus, Hans-Georg (2014): Adorno und die metaökonomische Kritik der positivistischen Nationalökonomie. In: ders., Marx, Adorno und die Kritik der Volkswirtschaftslehre; Freiburg i. Br. Vorab veröffentlicht unter `www.isf-freiburg.org` Freiburg i. Br.

Backhaus, Hans-Georg (2014a): Der widersprüchliche und monströse Kern der nationalökonomischen Begriffsbildung. In: ders., Marx, Adorno und die Kritik der Volkswirtschaftslehre; Freiburg i. Br. Vorab veröffentlicht unter `www.isf-freiburg.org` Freiburg i. Br.

Heinrich, Michael (1999): Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition. Münster.

Heinrich, Michael (2004): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart.

Kuhn, Thomas S. (1976): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt am Main.

Kurz, Robert (1987): Abstrakte Arbeit und Sozialismus. In: Marxistische Kritik 4; Erlangen.

Kurz, Robert (2012): Geld ohne Wert; Grundrisse zu einer Transformation der Kritik der politischen Ökonomie; Berlin.

Lohoff, Ernst (2013): Auf Selbstzerstörung programmiert; `http://www.krisis.org/2013/ernst-lohoff-auf-selbstzerstoerung-programmiert`

Lohoff, Ernst / Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung; Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind; Münster.

Marx, Grundrisse = Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie; (Rohentwurf); Frankfurt, Wien; zuerst 1939 und 1941.

MEGA II, Abt. 5 = Marx, Karl (1983): Das Kapital. Erster Band; Berlin; zuerst: Hamburg; 1867.

MEW 23 = Marx, Karl (1988): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie; Bd. 1.; Berlin.

MEW 42 = Marx, Grundrisse

Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx; Freiburg i.Br.

Rakowitz, Nadja (2003): Einfache Warenproduktion: Ideal und Ideologie; Freiburg i.Br.

Reichelt, Helmut (2009): Kapital als Handlung und System. In: http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/Kapital_als_Handlung_und_System.pdf

Ryle, Gilbert (1969): Der Begriff des Geistes; Stuttgart.

Scholz, Roswitha (2014a): Fetisch Alaaf! Zur Dialektik der Fetischismuskritik im heutigen Prozess des »Kollaps der Modernisierung«. Oder: Wieviel Establishment kann radikale Gesellschaftskritik ertragen?; in: exit! 12; Berlin.

Scholz, Roswitha (2014b): Nach Postone. Zur Notwendigkeit einer Transformation der fundamentalen Wertkritik. Moishe Postone und Robert Kurz im Vergleich – und die Wert-Abspaltung-Kritik; in: exit! 12; Berlin.

Scholz, Roswitha (2000): Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats; Bad Honnef.

Trenkle, Norbert (2000): Im bürgerlichen Himmel der Zirkulation. http://www.krisis.org/2000/im-buergerlichen-himmel-der-zirkulation

Peter Samol

All the lonely People

Narzissmus als adäquate Subjektform des Kapitalismus

Zusammenfassung

Sigmund Freud war der wohl scharfsinnigste Analytiker der subjektiven Daseinsbedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft. Die von ihm geprägte Psychoanalyse stellt die ausgereifteste Theorie über die Opfer dar, die unsere Gesellschaft den Individuen, die in ihr leben müssen, abfordert. Allerdings hat Freud seine Herangehensweise selbst als eine naturwissenschaftliche verstanden, wodurch die Psychoanalyse zur Anthropologie verkümmerte, wo sie kritische Theorie hätte sein können (Adorno). Der vorliegende Artikel verfolgt die Absicht einer kritischen Rekonstruktion der Psychoanalyse im Hinblick auf den Begriff des Narzissmus. Dieser von Freud selbst geprägte Begriff eignet sich in besonderer Weise dazu, die bürgerliche Subjektform zu charakterisieren.

Narzissmus ist das Resultat der Konfrontation des Individuums mit den Versagungen der gesellschaftlichen Realität. Der Begriff bezeichnet die Abwendung von dieser Realität und die Hinwendung in eine innere Welt, in der das Individuum absolute, wenn auch nur imaginierte Macht besitzt. In der Folge kennt die bürgerliche Subjektivität im Grunde nur zwei Zustände: Einerseits das absolute Ohnmachtsgefühl angesichts der Fremdbestimmtheit der eigenen Existenz, andererseits die Allmachtsphantasien mitsamt der Illusion der absoluten individuellen Freiheit, Unabhängigkeit und Unbedingtheit. Letztere fordert allerdings einen hohen Preis, denn sie führt dazu, dass unmittelbar menschliche Beziehungen zurückgedrängt und immer mehr durch versachlichte, geldvermittelte Beziehungen ersetzt werden. Von der eigenen Großartigkeit überzeugt, verdrängt der Narzisst, dass er auf die reale Welt nur wenig Einfluss hat und macht sich selbst

vor, alles sein zu können, während in ihm in Wirklichkeit nur ein großes Nichts steckt. Gerade dadurch stellt der Narzisst die kongeniale Subjektform für das Kapital dar, das in seiner end- und ziellosen Verwertungsbewegung ebenfalls nur eine völlige Leere zum Inhalt hat.

1. Einführung

Dieser Artikel versteht sich als subjekttheoretischer Beitrag zur Analyse der kapitalistischen Gesellschaft. Bekanntlich reproduziert jede Gesellschaft die Voraussetzungen ihres Bestehens auch in den Menschen, die ihr angehören, und diese wiederum reproduzieren durch ihr Handeln die Struktur der Gesellschaft, in der sie leben. Folglich sind die Verfasstheit der Individuen einerseits und die objektivierte gesellschaftliche Dynamik andererseits zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die bürgerliche Gesellschaft folgt als kapitalistische Gesellschaft bekanntlich in ihrem Wesenskern der Selbstzwecklogik, aus Geld mehr Geld zu machen, und verwandelt im Zuge dieser Dynamik alle gesellschaftlichen Beziehungen in Warenbeziehungen. In diese Bewegung sind die Menschen mit Haut und Haar eingebunden. Sie sind Subjekte in dem Sinne, dass sie sich zu sich selbst, zu den anderen Gesellschaftsmitgliedern und zum gesellschaftlichen Zusammenhang als Objekte verhalten müssen. Dieser Subjektform aber entspricht ein ganz bestimmter Sozialcharakter, der sich treffend mit dem von Sigmund Freud geprägten Begriff des *Narzissmus* fassen lässt. Allerdings bedarf dieser Begriff einer kritischen Neuinterpretation, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

Betrachten wir zunächst, wie der Begriff seinen Weg vom psychoanalytischen Fachbegriff in eine breitere Öffentlichkeit gefunden hat. Von Sigmund Freud erstmals im Jahr 1914 in seinem Aufsatz »Zur Einführung des Narzißmus« explizit benannt, fristete er danach lange Zeit selbst innerhalb der Psychoanalyse ein Schattendasein.[1] Circa 50 Jahre lang standen die »klassischen Psychoneu-

[1] Zwar griffen Freud und einige sich auf ihn beziehende Theoretiker (beispielsweise der Sozialphilosoph Theodor W. Adorno – siehe etwa Adorno (1972a [1952]) sowie

rosen mit ihren gut abgegrenzten Symptombildern nach reiferem ›ödipalem‹ Muster« (Altmeyer 2000, S. 22) im Vordergrund der herrschenden Debatten und Untersuchungen. Das änderte sich Anfang der 1960er-Jahre; seit dieser Zeit wurde der Narzissmus in den psychotherapeutischen Praxen in wachsendem Umfang wahrgenommen: »Früher kamen die Leute gewöhnlich mit Waschzwängen, Phobien und vertrauten Neurosen in die Behandlung. Jetzt haben wir es hauptsächlich mit narzißtischen Störungen zu tun« (Bach 1976, zitiert nach Lasch 1995, S. 333). Das spiegelte sich selbstverständlich auch in den psychoanalytischen Fachveröffentlichungen wider. Der Analytiker Heinz Kohut reagierte Anfang der 1960er-Jahre als einer der ersten und gilt – neben seinem etwas später auftretenden Fachkollegen Otto Friedmann Kernberg – als Begründer der so genannten *Neuen Narzissmus-Theorien.* Kohut trat erstmals mit einer umfassenden Arbeit zum Narzissmus vor die psychoanalytische Öffentlichkeit, als er 1965 auf einem Kongress der Amerikanischen Psychoanalytischen Vereinigung den Vortrag »Formen und Umformungen des Narzißmus« (veröffentlicht 1966) hielt.[2]

Seinen Weg aus dem engen Fachdiskurs in eine breitere Öffentlichkeit fand der Begriff mit der Veröffentlichung des 1979 erschienenen Buches »The Culture of Narcissism« (die deutsche Erstausgabe folgte ein Jahr später unter dem Titel »Das Zeitalter des Narzissmus«) des amerikanischen Soziologen Christopher Lasch. Damals erlebte der Begriff einen ersten Höhepunkt seiner Wahrnehmung (siehe Altmeyer 2000, S. 22). Zwar schien die »diskursive Hochkonjunktur des Narzissmus« um das Jahr 2000 herum vorbei zu sein, wie etwa Altmeyer (ebd.) glaubte, faktisch handelte es sich jedoch nur um eine kurze Pause im Verlauf der öffentlichen Diskussion. Im Jahr 2006 veröffentlichte die amerikanische Psychologin Joan M. Twenge das populäre Buch »Generation Me«, drei

(1972b [1959]) – wiederholt auf diesen Begriff zurück, aber selbst innerhalb ihres jeweiligen wissenschaftlichen Referenzrahmens, geschweige denn in einer breiteren Öffentlichkeit, stieß dies auf wenig Resonanz.

2 Im Jahr 1980 wurde die von Kohut klassifizierte »Narzisstische Persönlichkeitsstörung« schließlich als klinische Diagnose in das offizielle Handbuch der psychiatrischen Störungen aufgenommen.

Jahre später folgte das zusammen mit ihrem Kollegen W. Keith Campbell veröffentlichte Werk »The Narcissism Epidemic« (beide wurden bisher nicht ins Deutsche übertragen), womit die Thematik nicht nur erneut von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, sondern endlich auch einen festen und prominenten Platz in der Empirischen Psychologie[3] einnahm. Was Deutschland betrifft, ist in den letzten Jahren insbesondere der deutsche Analytiker[4] Hans-Joachim Maaz zu erwähnen, der im Jahr 2012 das Buch »Die narzisstische Gesellschaft« veröffentlichte, das es seinerzeit einige Wochen auf die Bestsellerlisten schaffte. Nicht zuletzt wird das Thema auch von der Presse aufgegriffen und taucht wiederholt in den Feuilletons renommierter Zeitungen auf.[5] Die Autoren der jüngeren Veröffentlichungen kommen in der Regel zu dem Schluss, dass die entwickelten Industrieländer seit Jahren unter einer wahren »Epidemie« des Narzissmus leiden. Das Hauptmerkmal für den konstatierten Narzissmus

---

3 Zwischen der Psychoanalyse und der Empirischen Psychologie (letztere wird häufig auch als »Akademische Psychologie« bezeichnet) herrschte von Beginn an, sprich seit Ende des 19. Jahrhunderts, eine starke Rivalität. Das hängt einerseits zusammen mit der Herkunft der jeweiligen Disziplin (die Psychoanalyse entstand als Teildisziplin der Medizin, die Empirische Psychologie sah sich von jeher als eigenständige Wissenschaft), andererseits mit den angewandten Methoden: Die Psychoanalyse ging von vornherein kasuistisch vor, d.h. sie orientierte sich an Einzelpatienten, wobei der jeweilige Therapeut seine Erfahrungen kumulierte und daraus seine Schlüsse zog, woraus schließlich entsprechende Symptomatiken, Krankheitsbilder und letztlich umfassende Theorien resultierten. Die Empirische Psychologie orientierte sich dagegen von Beginn an vorzugsweise an naturwissenschaftlichen Methoden und bevorzugte Experimente, Massenerhebungen mit möglichst hohen Fallzahlen sowie eine weitgehende Mathematifizierung ihrer Forschungsergebnisse; dabei gilt ihr das Experiment als Königsdisziplin und höchste aller Beweisformen. Zwar kamen immer wieder Gegentendenzen auf (in der Anfangszeit der Disziplin etwa bei ihrem Mitbegründer William James oder seit den 1960er-Jahren unter dem Dach der »Kritischen Psychologie«), die sich aber nicht durchsetzten konnten und bis heute ein kaum wahrgenommenes Schattendasein innerhalb der Disziplin führen.

4 Psychoanalytiker werde ich auch häufiger kurz als »Analytiker« bezeichnen, während der Begriff »Psychologe« in diesem Text für Empirische Psychologen reserviert bleibt.

5 Genannt seien hier beispielhaft die Artikel von Melanie Mühl (2015) und Joachim Müller-Jung (2015), aus denen weiter unten zitiert wird.

wird in der Ausbreitung eines ausufernden Selbstbezogenheitstrends gesehen (siehe etwa Mühl 2015, S. 4), der sich beim jeweils Einzelnen in Form eines grandiosen Gefühls der eigenen Wichtigkeit, Phantasien von grenzenlosem Erfolg und Macht sowie dem Verlangen nach übermäßiger Bewunderung äußert; hinzu kommen in der Regel ausbeuterisches Verhalten in Beziehungen zu den Mitmenschen, Empathiemangel, Neid, Arroganz und Überheblichkeit (ebd.).

Seit der »Wiederentdeckung« des Narzissmus in den 1960er-Jahren krankt die Wahrnehmung dieses Phänomens allerdings daran, dass seine Verbreitung in den westlichen Gesellschaften lediglich als individuelles Problem diskutiert wird, das entweder auf eine »defizitäre Sozialisation« in einem entsprechend »defizitären Elternhaus« zurückgeführt[6] oder als Auswuchs einer »allgemeinen Narzisstischen Kultur«[7] betrachtet wird. Damit erscheint der Narzissmus als prinzipiell behebbar, ohne dass seine spezifische Genese durch die kapitalistische Vergesellschaftungsform genauer unter die Lupe genommen werden muss. Infolgedessen kratzen die betreffenden Autoren lediglich an der Oberfläche eines tieferliegenden Phänomens und gelangen nicht zu einem echten Verständnis der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Formkonstellation. Damit fallen sie im Grunde noch hinter die ursprüngliche Position von Sigmund Freud zurück, der den Narzissmus sehr viel grundsätzlicher gefasst hatte. Im Folgenden soll es daher zunächst um eine kritische Rekonstruktion der Freudschen Position gehen, die anschließend kritisch betrachtet und aus wertkritischer Sicht neu interpretiert und erweitert wird (Abschnitt 2 bis 5). Anschließend folgt (in Ab-

[6] So etwa bei Kohut (1973) und Kernberg (1978).

[7] Siehe Twenge u. Campbell (2009) oder auch Maaz (2012). Lediglich Christopher Lasch revidiert mit seinem späteren Aufsatz »The World and I« aus dem Jahr 1990 (dt. 1995 unter dem Titel »Das Zeitalter des Narzißmus im Rückblick« als Nachwort den späteren Auflagen seines Buches »Das Zeitalter des Narzissmus« beigefügt) diese Position aus seinem früheren Buch. Der jeweils zugrunde liegende Kulturbegriff ist bei den genannten Autoren so gefasst, dass er weitgehend mit dem Begriff des »Zeitgeistes« übereinstimmt. Im Gegensatz dazu umfasst der Freudsche Kulturbegriff die gesamte Zivilisation (einschließlich der materiellen Reproduktion und damit prinzipiell auch die kapitalistische Gesellschaftsformation als solche, auch wenn Freud selbst diese nicht in seine Analyse mit einbezieht).

schnitt 6 und 7) ein Blick auf die Entwicklung der narzisstischen Subjektform vom Kriegsende bis in die Gegenwart.

2. Mit Freud über Freud hinaus

Ähnlich wie Karl Marx ein scharfer Analytiker und Kritiker der kapitalistischen Vergesellschaftungsform war, stellte Sigmund Freud den wohl schärfsten Analytiker der subjektiven Daseinsbedingungen innerhalb dieser Gesellschaftsform dar (siehe Lohmann 1999, S. 9). In ihr ist das Individuum weit mehr von Kräften determiniert, die außerhalb seiner Kontrolle und unabhängig von seinen Intentionen und Handlungen liegen, als ihm lieb ist und die meisten Menschen wahrhaben wollen. Die Freudsche Psychoanalyse stellt in diesem Zusammenhang die ausgereifteste Theorie über die individuell und kollektiv internalisierten Opfer dar, die diese Vergesellschaftungsform jedem Individuum als Preis ihres Erhalts abfordert. Sich selbst versteht sie als Theorie der Verinnerlichung von Triebversagungen, wobei sie den Anpassungsleistungen innerhalb der bürgerlichen Subjekte nachspürt und diese in ihrem Wesen zu begreifen versucht (siehe Bösch 2000, S. 111). Auf diese Weise spürt sie den Sedimenten gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse in der Psyche der Individuen nach und fördert Unterdrücktes zu Tage (siehe Lohmann 1999, S. 10), wodurch sie nicht zuletzt auch über ein emanzipatorisches Potenzial verfügt.

Freud selbst fasst seine Theorie als *Theorie eines allgemeinen Konflikts zwischen Kultur und Individuum* auf. Allerdings versteht er beide nicht historisch, sondern fasst sie als nahezu statische[8] anthropologische Konstanten auf. Das hängt mit seinem Selbstverständnis als Naturwissenschaftler zusammen, das ihn zeitlebens davon abhielt, seine Arbeit als kritische Gesellschaftswissenschaft aufzufassen. Infolgedessen konnte er nur anthropologisch argumentieren, da

8 »*Nahezu* statische«, weil Freud Entwicklungen zwar zugesteht, diese aber als »natürlich« im Rahmen einer evolutionären Entwicklung auffasst. (Freud ist übrigens eher lamarckistisch als darwinistisch orientiert – siehe Erdheim 1991, S. 11.) Von einer historischen Betrachtungsweise ist Freud damit immer noch meilenweit entfernt.

die zentrale Idee einer sich als Naturwissenschaft verstehenden Psychoanalyse nur die einer ahistorischen Triebnatur sein kann (siehe Bösch 2000, S. 99). So konnte Freud den Gegensatz von Kultur und Individuum auch nur als ewigen und letztlich unlösbaren Konflikt fassen. In diesem Zusammenhang sah er die Hauptaufgabe der Psychoanalyse darin, psychische Probleme, die aus diesem Konflikt entspringen, zu lindern, indem die unter ihnen leidenden Individuen einer Therapie unterzogen werden. Das gilt noch stärker für Freuds Schüler. Abgesehen von jenen, die sich wie etwa Wilhelm Reich oder Carl Gustav Jung in das Gebiet der Esoterik verirrten (und damit einer kritischen Gesellschaftstheorie auf andere, nämlich irrationale Weise den Rücken kehrten), reagierte das Gros der Psychoanalytiker rein reaktiv auf die vorgefundenen Verhältnisse, indem es sich vollends auf die klinische Rolle als Therapeuten zurückzog. Als Vertreter einer »Medizinalisierung« (Parin, zitiert nach Erdheim 1991, S. 41) der Psychoanalyse bewahrten sie vom Erbe Freuds lediglich den therapeutisch-klinischen Aspekt seines Werkes, wodurch die Psychoanalyse zu einer banalen Lehre individueller Abweichungen, die therapeutisch behoben werden können, verkümmerte (Lohmann 1999, S. 8 u. S. 11). Auf diese Weise machte sie sich selbst zu einem Instrument im Dienste der gesellschaftlichen Konformität (ebd., S. 71). Damit geriet zugleich auch die Frage, wie die Verfasstheit der Subjekte von den gesellschaftlichen Bedingungen, in die sie jeweils hineingeboren wurden, überhaupt erst mitkonstituiert wurde, vollends aus dem Blickfeld. Dem typischen, naturwissenschaftlich fixierten Analytiker erscheint die menschliche Psyche aus ähnlichen Gründen als rein natürliches und damit unveränderliches Phänomen, wie das kapitalistische Verwertungsgeschehen den Wirtschaftswissenschaftlern »als ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion« (Bösch 2000, S. 99). Dadurch erscheint die Welt als ewiger Gegensatz zwischen repressiver Kultur einerseits und triebhaften Menschen, die erst zivilisiert werden müssen, andererseits. Bei Freund ist dies ausgedrückt in der Beschreibung des a priori gegebenen konflikthaften Verhältnisses zwischen menschlicher Triebnatur und immer schon versagender Gesellschaft. Aus diesem Konflikt resultiert nach ihm jenes »Unbehagen in der Kultur«, das er im gleichnamigen Buch aus dem Jahr

1930 beschreibt. Freuds darin fixierte Auffassung blieb nicht ohne Wirkung. Generationen von Analytikern, Psychologen und Sozialforschern widmeten ihr Lebenswerk der Frage, wie in der Gesellschaft diese beiden Pole miteinander vermittelt werden.[9] Darüber wurde jedoch vergessen zu fragen, wie es eigentlich dazu kam, dass die Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft in diese beiden scheinbar unvereinbaren Gegensätze zerfallen ist, die anschließend wieder irgendwie miteinander »vermittelt« werden müssen (ebd.).

Generell spielt das historische Gewordensein der bürgerlichen Gesellschaft sowie ihre spezifische Vergesellschaftungsform, die nicht nur das Denken und Handeln prägt, sondern sich bis ins Unbewusste der Menschen erstreckt, für eine Psychoanalyse, die sich als medizinischer Reparaturbetrieb auf der erkenntnistheoretischen Basis der Naturwissenschaften auffasst, keine Rolle. Unmittelbar damit zusammenhängend – und mindestens ebenso hinderlich wie die Beschränkung auf das rein therapeutische Wirken – ist die Fixierung der Analytiker auf die bürgerliche Kleinfamilie als denjenigen Raum, in dem die frühe Sozialisation der neuen und heranwachsenden bürgerlichen Subjekte nahezu ausschließlich stattfinde und die damit quasi das Quellgebiet schlechthin für das Entstehen psychischer Probleme darstelle. Aus diesen Gründen gibt es die Freudsche Theorie bestenfalls als Einheit von klinischen *und* kulturtheoretischen Überlegungen. Meist jedoch fallen letztere einfach unter den Teppich; aber gerade in ihnen steckt ein hohes kritisches Potenzial. In diesem Zusammenhang ist es von größter Bedeutung, die »Triebnatur«, die der Psychoanalyse unveränderlich erscheint, als eine historisch entstandene und damit gesellschaftlich erzeugte Pseudonatur zu entschlüsseln und entsprechend begrifflich neu zu fassen. Alle entscheidenden Momente für dieses Unterfangen sind laut Robert Bösch (2000, S. 100) bereits bei Sigmund Freud vorhanden. Allerdings sind die kritischen Befunde dort häufig nur implizit formuliert und müssen erst mühsam freigelegt werden.

[9] Beispielhaft sei hier der Soziologe Norbert Elias genannt, der sich zeitlebens mit der Frage nach der Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft beschäftigte und sich dabei auch auf Freud berief.

3. Freuds Formulierung des primären Narzissmus

In dem bereits erwähnten Aufsatz »Zur Einführung des Narzissmus« aus dem Jahr 1914 geht Freud erstmals der Frage nach, was es mit Triebregungen auf sich hat, die nicht auf äußere »Objekte«[10], sondern auf die eigene Person gerichtet sind (Lohmann 1999, S. 50). Die Beantwortung dieser Frage ist für ihn eine theorieimmanente Notwendigkeit (Bösch 2000, S. 107), die er mit dem Narzissmuskonzept zu geben versucht. Zunächst geht Freud davon aus, dass das »Ich« als zentraler Bestandteil der menschlichen Subjektivität nicht einfach als vorhanden vorausgesetzt werden kann, sondern zunächst als solches leer ist und den Ausgangspunkt eines sich entfaltenden Prozesses darstellt. Hinter diesem Prozess steht als treibende Kraft die Libido, sprich ungerichtete Triebenergie, die zu ihrer Abfuhr eine Richtung benötigt (ebd., S. 108). Der Idealzustand einer menschlichen Gesellschaft kann vor diesem Hintergrund so gedacht werden, dass die Libido-Energie ungehindert zwischen den Menschen und ihrer Umwelt fließt, wobei keine Staus und somit auch keine repressiven Strukturen entstehen; die Menschen leben in ihr in einem Zustand der Autonomie, in dem sich die Fähigkeit verwirklicht, im Einklang mit den eigenen Bedürfnissen und Gefühlen zu leben (siehe Gruen 1987, S. 37). Das ist jedoch in der bürgerlichen Gesellschaft nicht möglich, denn diese wird von den Individuen vor allem als »versagende« Realität erlebt, d.h. als ein Zustand, in dem die Libido-Energie eben nicht ungehindert abfließen kann, sondern immer wieder auf jene massiven Hindernisse stößt, die diese Vergesellschaftungsform notwendig mit sich führt und die nicht überwunden werden können, ohne auch diese Vergesellschaftungsform zu überwinden.

Die erste Hürde, die ein Mensch in seinem Leben zu nehmen hat, besteht in Form der von Freud so bezeichneten *Ödipalen Phase.* Um ein reifes und selbst-

[10] In der Psychoanalyse gilt alles als Objekt, worauf sich die Psyche beziehen kann. Im Unterschied zum gewöhnlichen Sprachgebrauch fallen darunter wohlgemerkt auch Menschen!

bewusstes Mitglied der Gesellschaft zu werden, muss laut Freud jeder Mensch im Alter von drei bis fünf Jahren den von ihm so genannten »Ödipuskomplex« durchlaufen und überwinden. Diesen Komplex stellte Freud ins Zentrum seiner Psychologie. Demnach wird das Väterliche für den Heranwachsenden zur Repräsentanz der versagenden Realität und der Herausforderungen der Gesellschaft mit ihren Leistungsanforderungen und ihrer allgemeinen Konkurrenz. Zwar spricht Freud hier immer von der Gesellschaft im Allgemeinen, doch ist ziemlich offensichtlich, dass er die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft vor Augen hat, die er wie jeder bürgerliche Theoretiker zum Muster der Gesellschaft schlechthin erhebt. Der Begriff »Ödipuskomplex« lehnt bekanntlich an den gleichnamigen griechischen Mythos an und bezeichnet den imaginierten Vatermord wie auch den imaginierten Inzest mit der Mutter. Er stellt in der Freudschen Theorie den Zentralmythos dar, der laut Freud vom Erwachen der Kultur sowie von der für den Kulturfortschritt unabdingbaren Internalisierung von Gewalt und Sexualität erzählt, den jede Generation erneut durchlaufen muss. Wie schon das Wort »imaginiert« anzeigt, finden hierbei keine realen Handlungen statt; vielmehr werden die entsprechenden Konflikte im Inneren der Individuen ausgetragen und lagern sich als verdrängte Triebwünsche im Unbewussten ab (siehe Lohmann 1999, S. 11). In diesem Zusammenhang hat sich jeder männliche Nachkomme die väterlichen Momente, darunter vor allem die Beherrschung von Aggressionen sowie die Entwicklung von Fleiß und Leistungsbereitschaft, anzueignen. Dabei muss der Vater, der hier quasi den Prototyp aller künftigen Konkurrenten im Kampf um die Stellung innerhalb der Gesellschaft darstellt, nicht nur nachgeahmt, sondern überwunden und damit zugleich verinnerlicht werden. Hierdurch vollzieht der junge Mensch (Mann) den entscheidenden Schritt zur Entwicklung einer eigenen bürgerlichen Persönlichkeit und zur Fähigkeit, an der materiellen und symbolischen Reproduktion der Gesellschaft teilzunehmen. Der Sohn tötet dabei den Vater nicht wie im Ödipus-Mythos, sondern versucht ihn vielmehr zu übertreffen und zu degradieren, bringt sich also gewissermaßen auf den Kurs, in Zukunft eine noch anerkanntere und noch besser bezahlte Position in der Gesellschaft zu erringen

als sein Erzeuger. Somit wird der Ödipuskomplex also gar nicht überwunden, sondern erhält sich vielmehr für das gesamte Leben und kann allenfalls durch entsprechende Erfolge im Leistungskampf vorübergehend besänftigt werden. Die hierin zum Ausdruck kommende bürgerliche Grundhaltung zeigt sich unter anderem in Form der allgemeinen Aufstiegsorientierung, wie sie vor allem in der typischen kleinbürgerlichen Familie gepflegt und tradiert wird. Entscheidend dabei ist, dass diese Verinnerlichung entsprechender Orientierungen einschließlich einer entsprechenden Emotionalität und Affektkontrolle von jedem Individuum reproduziert werden muss, sofern sein psychischer Apparat in die Lage versetzt werden soll, sich in einer Gesellschaft zurechtzufinden, die vom allgemeinen Kampf ums Dasein geprägt ist.[11]

Während des Durchlaufens der ödipalen Phase ereignet sich zugleich noch etwas anderes. Indem nämlich der Vater durch sein Auftreten als prototypischer Konkurrent die symbiotische Mutter-Kind-Dyade massiv stört und damit den Einbruch des Gesellschaftlichen in eine scheinbar[12] naturale Ganzheit symbolisiert (siehe Bösch 2000, S. 115), bringt er zwar einerseits die Sozialisation des jungen Mannes zum bürgerlichen Subjekt ins Rollen, verkörpert jedoch als Repräsentant der kapitalistischen Realität zugleich die grundlegende Gefahr des eigenen existenziellen Ungenügens und damit einer versagenden Realität. Das Individuum flüchtet vor dieser Erfahrung, die es erst mit dem Vater und später mit unzähligen anderen Elementen der Außenwelt (am bedrohlichsten sicher zunächst im Erziehungs- und Bildungssystem sowie später am Arbeitsplatz, aber auch in vielen anderen Lebensbereichen, wie etwa beim Sport oder beim wetteifernden Statuskonsum) wiederholt durchmacht, in eine weltabgewandte Innerlichkeit, was zur Ausbildung des narzisstischen Ich führt. In diesem narzisstischen Ich wird aufgestaute Libido-Energie – der von der versagenden Realität (verkörpert durch den Vater) kein Abfluss nach außen gestattet wird

[11] Im Grunde wäre für diese Entwicklung eine Metaphorik zutreffender, wonach das Kind getötet wird, damit der Erwachsene aus ihm geformt werden kann.

[12] »Scheinbar« deshalb, weil die typische Mutter-Kind-Beziehung der bürgerlichen Kleinfamilie entspringt, die ihrerseits keineswegs natürlich, sondern historisch bedingt ist (mehr hierzu weiter unten).

– dergestalt organisiert, dass ein rudimentäres Selbst entsteht, das sich selbst zum Objekt der libidinösen Besetzung wird (ebd., S. 108). Denn wenn sich das männliche Subjekt wirklich bemüht, den durch den Vater repräsentierten Erwartungen zu entsprechen, dann kann die einzige bedingungslose Liebe, die er noch erfahren kann, nur noch aus dem eigenen Inneren kommen. Genau das aber ist Narzissmus, und diesen Narzissmus fördert unsere Kultur sehr wirkungsvoll (siehe Gruen 1987, S. 83). Da durch das Auftauchten des Vaters ferner die ursprüngliche symbiotische Beziehung zur Mutter unwiederbringlich gestört ist, errichtet sich das narzisstische Ich außerdem ein *Selbstobjekt*, das quasi die idealisierte Mutter bzw. die Imagination der ungestörten, symbiotischen Beziehung mit ihr repräsentiert.[13] Das Selbst-Objekt wird für unfehlbar gehalten und soll ganz allein und exklusiv für das Subjekt da sein. Im Rahmen der ödipalen Phase kann man diese Wandlung übrigens als den sublimierten Wunsch nach dem Inzest mit der Mutter auffassen. Das betreffende Subjekt sieht den einzigen noch offenen Weg zur Erlösung vom Schmerz eines Lebens als einsames, ständig von Niederlage und Vernichtung bedrohten Konkurrenzsubjekts darin, für immer mit der Mutter zu verschmelzen. Es imaginiert in ihr, von der es abhängig ist, eine Quelle nie endender, unambivalenter Befriedigung (Lasch 1995, S. 338).

Der primäre Narzissmus ist also das Resultat einer Bewegung, die aufgrund der unlustvollen Erfahrung der äußeren Realität und ihrer Versagungen in eine Abwendung von dieser Realität übergeht, wobei sich das Ich stattdessen einer nach außen abgeschlossenen Welt zuwendet, in der es die absolute, wenn auch nur imaginierte Macht besitzt. Es ist zugleich die Imagination eines Zustands vollkommener Unabhängigkeit und das Verleugnen jeder Abhängigkeit von anderen Menschen – außer dem Selbst-Objekt, das jedoch seinerseits vollkommen den eigenen Wünschen und Bedürfnissen untergeordnet wird und als solches

[13] Kohut (1973, S. 131) spricht in diesem Zusammenhang vom »Idealisierten Eltern-Imago«, was – von geringen theoriespezifischen Unterschieden abgesehen – dasselbe meint.

selbst eine Imagination darstellt.[14] Der innige Wunsch, sich im Selbst-Objekt vollständig zu verlieren, ist nicht zu verwechseln mit einer Beziehung, in welcher das Gegenüber in seiner Individualität und in seinen Eigenheiten gesehen und angenommen wird (siehe Gruen 1987, S. 123). Im primären Narzissmus wird der Mensch zur autonom-selbstgenügsamen, in sich abgeschlossenen Monade, die als solche das Produkt der Abwehr einer versagenden Realität ist (Bösch 2000, S. 108). Diesen Prozess durchlaufen alle Individuen der bürgerlichen Gesellschaft in ungefähr derselben Weise, wobei er von Generation zu Generation immer wieder reproduziert wird. Die Illusion der Omnipotenz erfolgt dabei um den Preis, dass nahezu sämtliche menschlichen Beziehungen entweder ganz abgeschnitten oder in der Gestalt des Selbst-Objekts bis zur Unkenntlichkeit von narzisstischen Phantasien überformt werden.

Narziss ist der unvermeidbare und zugleich ungeliebte siamesische Zwilling von Ödipus. Während sich der ödipale Anteil des Subjekts als »gestandener Mann« den äußeren Bedingungen nicht nur klaglos unterwirft, sondern künftig auch aktiv zu ihrer Aufrechterhaltung und Reproduktion beiträgt, wehrt Narziss die eingrenzende und bedrohliche äußere Realität in Bausch und Bogen ab und flüchtet sich in eine Innerlichkeit, in welcher er der absolute Herrscher ist. Dadurch wird er zur selbstbezogenen *narzisstischen Monade,* in welcher eine bedrohliche Leere herrscht, weil in ihr die Triebenergien ohne jede substanzielle Besetzung und damit völlig leer kreisen. Dabei ist die gefühlte Allmacht die Kehrseite der realen Ohnmacht gegenüber dem objektivierten gesellschaftlichen Prozess. Letztere ahnend, flieht das Subjekt in das Bestreben nach völliger Auflösung, wobei es am liebsten einen völligen Nullzustand des eigenen Seins erreichen würde. Dieses Bestreben hat Freud als »Todestrieb« bezeichnet. Zur Formulierung dieses Begriffs gelangte Freud durch seine eingehende Beschäftigung mit dem primärem Narzissmus. Im Jahr 1920 veröffentlichte er seine

[14] Das erklärt übrigens auch das häufige Scheitern vieler Partnerbeziehungen. Indem der Sexualpartner am Selbst-Objekt gemessen und dadurch ein unerfüllbarer Maßstab an ihn gelegt wird, ist die Enttäuschung vorprogrammiert, die dann häufig in einer raschen Folge neuer Partnerwahlen resultiert, die niemals zu einem befriedigenden Ergebnis führt.

entsprechenden Gedanken in dem Aufsatz »Jenseits des Lustprinzips«. Damit leitete er seine Spätphilosophie ein (siehe Lohmann 1999, S. 50). Der »Todestrieb«, den man zum besseren Verständnis, wie Freud es gelegentlich selbst tat, auch »Nirwana-Prinzip« nennen könnte, ist die Sehnsucht nach dem vollständigen Erlöschen der inneren Reizspannung (Lasch 1995, S. 336), und damit gewissermaßen »das Verlangen, vom Verlangen befreit zu sein. Er ist die rückwärts gerichtete Suche nach jenem absoluten Frieden, der in vielen mystischen Traditionen als die höchste Stufe der spirituellen Vollkommenheit gilt« (ebd.).[15] Dieser Trieb geht mit Verachtung für die Bedürfnisse des Körpers sowie der Imagination eines Zustands vollkommener Unabhängigkeit und dem Verleugnen jeder Abhängigkeit von anderen einher (ebd.).

Nach Freud müssen die lebenserhaltenden erotischen Triebe permanent diese destruktiven Triebe in konstruktive Bahnen lenken, um nicht nur der Selbstzerstörung des Subjekts, sondern auch der Zerstörung der Kultur vorzubeugen (Bösch 2000, S. 111). Seiner Auffassung nach geschieht auch dies im Rahmen der ödipalen Phase. In ihr wiederhole jedes Individuum ein weit zurückliegendes Ereignis in der Menschheitsgeschichte, bei dem jene Bändigung der destruktiven Triebe zum ersten Mal gelungen sei, woraufhin sich erst die menschliche Zivilisation entwickeln konnte. Diese Theorem stellt zwar ein gewisses Zugeständnis an die Tatsache der historischen Bedingtheit gesellschaftlicher Verhältnisse dar, aber indem Freud das grundlegende Ereignis in die Vorgeschichte der Menschwerdung zurückverlegt, bettet er es letztlich wieder in einen naturalistischen (nämlich evolutionistischen) Ansatz ein. Somit begeht er auch hier wieder den Fehler, gesellschaftliche Zustände als Naturverhältnis aufzufassen. Dadurch erscheint der Ödipuskomplex als Konstellation der ersten Natur, ähnlich wie den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern die Kapitalverhältnisse als ewige und unveränderliche Natur erscheinen. Aus dieser Sicht folgt konsequenterweise, dass dem Subjekt nur die Möglichkeit bleibt, sich im Rahmen begrenzter

[15] So etwa im Buddhismus, den Hauptzweigen des Hinduismus sowie (im Abendland) im Gnostizismus und vielen Zweigen des Mystizismus.

Möglichkeiten möglichst bewusst zum Herrn über eine irrationale Triebwelt aufzuschwingen (siehe Lewed 2005, S. 116).

4. Kritik des Freudschen Naturalismus

Die sich selbst als naturwissenschaftlich verstehende Herangehensweise Freuds macht seine Theorie zu einem zweischneidigen Schwert. Einerseits fasst er mit der professionellen Nüchternheit, Distanz und Präzision des Naturforschers »die Realität ins Auge wie sie ist, um sich nicht von ihr verdummen zu lassen« (Adorno 1972a, S. 37), wodurch er zu einer ungetrübten Bezeugung der »Wahrheit über die Verhältnisse, von denen er nicht spricht« (ebd., S. 36) gelangt. So birgt seine präzise Offenlegung der ödipalen Konstellation und des daraus folgenden Narzissmus samt Todestrieb insofern ein emanzipatorisches Potenzial, als die Ursprünge des Destruktiven im bürgerlichen Subjekt sichtbar werden. Zugleich stellt die Ontologisierung seiner Befunde aber wiederum ein regressives Moment in Freuds Theorie dar. Indem er nämlich in der Destruktivität des Menschen das Wirken universaler und unhintergehbarer »natürlicher Instinkte« sah, trug er zugleich dazu bei, ihre wahren Ursprünge zu verdecken (siehe Gruen 1987, S. 52), und den Blick für eine mögliche Emanzipation von den Strukturen gesellschaftlicher Herrschaft zu verstellen. Stattdessen rechtfertigte Freud im Namen eines unterstellten »Realitätsprinzips« die seelischen Opfer des Individuums, ohne dass er auf den Gedanken käme, die vorgefundene Realität als solche einer rationalen Prüfung auszusetzen (siehe Adorno 1972a, S. 39). Im Endergebnis wurde Freud aufgrund seines Naturalismus in einen unversöhnlichen Pessimismus geführt. Die Verhältnisse erschienen ihm – und in der Folge auch der Psychoanalytischen Orthodoxie – immer schon als gegeben, mit der Folge, dass die Psychoanalyse zur Anthropologie verkümmerte, wo sie kritische Theorie hätte sein können.

5. Kritik des Konzepts der familiären Prägung

Die Psychoanalyse erklärt die Eltern – und von diesen noch einmal insbesondere die Mutter – zu den Hauptverantwortlichen für die Entwicklung eines Menschen. Schon Freud (1914, S. 13) schrieb, dass ein Mensch ganz zu Anfang nur zwei Objekte hat: sich selbst und das »pflegende Weib«.[16] Wenn die Mutter ihrer Aufgabe nicht gerecht werde, so legt dies nach Freud (und praktisch allen ihm nachfolgenden Analytikern) die Grundlage für schwere »Störungen«. Der Vater könne zwar auch »Persönlichkeitsstörungen« bewirken, die jedoch weniger schwerwiegend und leichter behebbar seien.[17] Auf jeden Fall gelten die ersten Lebensjahre eines Kindes, die sich nahezu ausschließlich im Umfeld des Elternhauses abspielen, als Basis für ein späteres glückliches oder unglückliches Leben. Derselben Auffassung sind die beiden Hauptvertreter der sogenannten *Neuen Narzissmustheorien,* Heinz Kohut und Otto Friedmann Kernberg.

Heinz Kohut fasst den primären Narzissmus als ursprünglichen und damit natürlichen Ausgangszustand der kindlichen Psyche auf. Infolgedessen versucht er, den Widerspruch zwischen narzisstischem Allmachtsgefühl und dem Moment der äußeren Welt »positiv« aufzulösen (Lewed 2010, S. 22). Zentral ist dabei das von ihm so bezeichnete Moment der »optimalen Versagungen« von Seiten der erziehenden Person, womit Kohut zugleich die Grundzüge für ein »optimales« Erziehungsprogramm formuliert. Die »optimalen Versagungen« sollen das Kind aus seinem ursprünglichen Narzissmus heraus in die reife Persönlichkeit führen. Das ist folgendermaßen zu verstehen: Zunächst befindet sich das Kind laut Kohut in seiner ganz eigenen subjektiven, primärnarzisstischen Triebrealität, die für es die ganze Welt darstellt. Darin nimmt es selbst eine allmächtige Position

[16] Der heute nur noch abwertend gebrauchte Ausdruck »Weib« ist dem damaligen Sprachgebrauch geschuldet. Davon abgesehen ist Freuds Fixierung auf »die Mutter« und damit ausschließlich auf eine einzelne Frau als primäre Bezugsperson für kleine Kinder ein weiteres Beispiel für die Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese Auffassung ist beim Berufsstand der Psychoanalytiker bis heute weit verbreitet und typisches Beispiel für eine professionelle Deformation.

[17] Siehe z.B. bei Kohut 1973.

ein. Diese Fiktion absoluter Allmacht bezeichnet Kohut als »Größen-Selbst«. Irgendwann erkennt das Kind jedoch, dass die ihm gegenübertretende Erziehungsperson nicht Teil von ihm selbst ist, sondern einen von ihm abgetrennten Teil der Welt darstellt; diese Person stellt also gewissermaßen die erste erlebte Außenwelt des werdenden Menschen dar. Der reale Mensch, der dahinter steckt – in der Regel die Mutter –, macht nun im Laufe des Kontakts mit dem Kind zwangsläufig Fehler, die auch vom Kind wahrgenommen werden und entsprechende Desillusionierungen und Enttäuschungen mit sich bringen. Solche »Fehler« können schon allein darin bestehen, dass z.B. auf den Hunger des Kindes nicht immer prompt mit der Nahrungsgabe reagiert werden kann (z.B. weil das Essen erst zubereitet werden muss) oder es zu falschen Reaktionen kommt (statt Nahrung zu geben wird das Kind geschaukelt, die Windeln gewechselt etc.). Hinzu kommen unvermeidliche Versagungen, weil schlichtweg nicht alle Erwartungen des Kindes erfüllbar sind (man kann nicht eine stark befahrene Straße überqueren, auch wenn das Kind darauf drängt sofort weiterzugehen etc.). Ereignen sich solche Fehler und Versagungen in einem erträglichen Ausmaß und verhält sich die Elternfigur entsprechend einfühlsam, dann wird das Kind laut Kohut in die Lage versetzt, einen Teil seiner Triebenergie zum Aufbau triebbeherrschender Strukturen zu verwenden, die ihm dabei helfen, sich in der vorgefundenen Welt zurechtzufinden. Am Ende einer solchen laut Kohut »gesunden« Entwicklung entsteht auf diese Weise das Triebverzicht übende Individuum, das sich durch produktive Leistungen mit der Außenwelt vermittelt. Misslingt jedoch der Prozess der »optimalen Versagung«, dann bezieht sich das betreffende Individuum nicht mehr auf äußerliche Objekte, sondern fällt wieder in den ursprünglich allumfassenden Narzissmus und damit zugleich auf seine alte Position als Größen-Selbst zurück. Damit wendet es sich verächtlich von der Außenwelt ab, der alle Unvollkommenheit zugeschrieben wird und verlegt alle Triebenergie in die Vollkommenheit und Macht eben dieses verinnerlichten Größen-Selbst (Kohut 1973, S. 130).

Dieses relativ simple Entwicklungsmodell ist selbstverständlich auf Kritik gestoßen. Modena (1981, S. 155) bringt diese auf den Punkt, indem er Kohut zu

Recht vorwirft, ein geschlossenes System von allzu großer Einfachheit entwickelt zu haben, in dem sich das Selbst kontinuierlich vom frühesten Säuglings- bis ins Erwachsenenalter als Produkt einer optimal einfühlenden Umwelt entwickelt, an deren Ende das optimal angepasste Individuum stehe (siehe auch Bösch 2000, S. 109). Demnach entstehen Probleme einzig aus einer fehlschlagenden Sozialisation das Individuums, das nicht optimal an seine Umgebung, die ihrerseits keinerlei kritischer Betrachtung bedarf, angepasst wurde. Man muss sich vor Augen halten, dass das Kohutsche Theorem unter dem Eindruck der Epoche des Fordismus und der damit einhergehenden ökonomischen Prosperität formuliert wurde; eine gelungene Sozialisation bestand seinerzeit vor allem darin, den werdenden Menschen auf seine Stellung in einer vermeintlich ewig weiterfunktionierenden Wohlstandsgesellschaft vorzubereiten. Damals »schien das bürgerliche Subjekt ebenso krisenfrei und selbstverständlich zu funktionieren zu beginnen wie die gesellschaftliche Objektivität« (ebd.). Probleme ließen sich hier scheinbar mit den richtigen Instrumenten – Keynesianismus und Wohlfahrtstaat im ökonomischen, Kohutsche Selbstpsychologie im psychischen Bereich – beheben (ebd.). Indem sich die Psychoanalyse auf diese Aufgabe beschränkte, regredierte sie zum Reparaturbetrieb für schlecht verlaufene Sozialisationsvorgänge: »Als Methode medizinischer Behandlung innerhalb gegebener sozialer Verhältnisse muß sie die gesellschaftliche Anpassung des Patienten befördern, ihn zur Arbeit und Freude innerhalb der Verhältnisse animieren« (Adorno 1972a, S. 39). Das impliziert auch einen Dualismus von Gesundheit und Krankheit (Bösch 2000, S. 109), während der Ansatz einer Psychoanalyse als Kritik der Zivilisation, die sich bei Freud immer auch fand, vollkommen aufgegeben wurde.

Während Kohut einen entwicklungslogisch notwendigen und in diesem Sinne »gesunden« Narzissmus voraussetzt, der nur durch »Störungen« im Verlauf der Sozialisation zum Problem wird (Bösch 2000, S. 109), ist der zweite große »Neue Narzissmustheoretiker« *Otto Friedmann Kernberg* der Auffassung, dass es beim Menschen gar keinen primären (und damit auch keinen »gesunden«) Narzissmus gibt. Narzissmus, Allmachtsphantasien und das mit ihnen verbundene Größen-Selbst sind für Kernberg keine Rückfälle in ein ursprüngliches

kindliches Selbst, sondern entstehen erst später im Laufe der psychischen Entwicklung. Zur Erhärtung dieser These weist Kernberg (1978, S. 312) darauf hin, dass die Größenphantasien normaler Kleinkinder bei weitem realitätsgerechter sind als diejenigen narzisstisch gestörter Erwachsener. Letztere halten sich in einer geradezu absurden Weise für rundum großartig und bombastisch, wie es bei Kindern in dieser hochgradig ausgeprägten Form nicht vorkommt. Außerdem verfügen Kleinkinder über eine bemerkenswerte Fähigkeit, sich an andere Menschen wenden zu können, was in auffallendem Gegensatz zur Unfähigkeit narzisstischer Erwachsener steht, überhaupt vertrauensvolle Beziehungen zu anderen einzugehen (ebd.). Während Heinz Kohut also eine Kontinuität von einem unterstellten normalen kleinkindlichen zu einem späteren pathologischen Narzissmus sieht, wobei letzterer auf dem Ausbleiben oder der Fehlerhaftigkeit wichtiger Entwicklungsschritte fußt, geht Kernberg (1978, S. 317) davon aus, dass es sich beim Narzissmus um eine Struktur handelt, die nicht zuvor als Durchgangsstadium beim Kind vorlag, sondern sich erst später entwickelt hat. Bei dieser Struktur handelt es sich um ein »aufgeblähtes Selbstkonzept« (ebd., S. 266), das als pathologisches Verschmelzungsprodukt aus bestimmten Aspekten des Real-Selbst (nämlich jemand besonderes zu sein, was ja in dem Sinne stimmt, dass es einen als solchen nur einmal gibt), dem Ideal-Selbst (vor allem aus Phantasien von Macht, Reichtum, Allwissenheit und Schönheit, die kompensatorisch gegen Erfahrungen schwerer Frustration, Wut oder Neid entwickelt worden sind) und Ideal-Objekten (Phantasien von einer unablässig gebenden, grenzenlosen liebenden, akzeptierenden Elternfigur – im Gegensatz zu den wirklichen Eltern) entstanden ist (ebd., S. 303f.).

Für das Produkt dieses Verschmelzungsprozesses übernimmt Kernberg (1978, S. 304) den von Kohut geprägten Ausdruck des Größen-Selbst. In dieses Größen-Selbst werden ausschließlich solche Anteile aufgenommen, welche die eigene Grandiosität unterstützen; inakzeptabel erscheinende Selbstanteile werden dagegen abgespalten und entweder ins schattenhafte der eigenen Persönlichkeit verdrängt oder auf äußere Objekte (meist Personen) projiziert, die dafür entwertet werden (ebd., S. 266). Am Ende besteht die intrapsychische Welt der Betref-

fenden nur noch aus dem eigenen Größen-Selbst, begleitet von schemenhaften Schatten der abgespaltenen bzw. verdrängten Selbstanteile sowie der entwerteten äußeren Objekte (ebd., S. 322), die allesamt negativ bewertet werden. Das so gebildete Größen-Selbst ermöglicht die Leugnung der Tatsache, dass man anderer Menschen bedarf. Die Anderen werden stattdessen notorisch geringgeschätzt und entwertet (ebd., S. 323f.). Ist diese Struktur einmal etabliert, reproduziert sie sich als Circulus vitiosus von Selbstbewunderung, der Geringschätzung Anderer und der Vermeidung jeder wirklichen Beziehung zu ihnen, fortlaufend selbst. Statt sich Anderen anzuvertrauen, wird die ominöse Fähigkeit ausgebaut, sich vor der Offenheit gegenüber Anderen und den Risiken, die diese in sich birgt, durch den Rückzug in eine grandios-überlegene Isolierung zu schützen (ebd., S. 322f.).

Bei flüchtigem Hinsehen könnte es vielleicht so erscheinen, als ob sich Kernbergs Konzept mit unseren bisherigen Ausarbeitungen zum primären Narzissmus deckt. Allerdings stellt die Entwicklung des Narzissmus für Kernberg nicht jenen Normalfall einer Entwicklung zum bürgerlichen Subjekt dar, den *ausnahmslos jedes* Individuum in der kapitalistischen Gesellschaftsformation durchmacht, sondern lediglich einen pathologischen Ausnahmefall – auch wenn dieser in einer immer stärkeren Häufung auftritt. Der Narzissmus wird also auch bei Kernberg (ebd., S. 270) nicht durch die Gesellschaftsform, sondern, genauso wie der »pathologische« Narzissmus bei Kohut, durch defizitäre Eltern hervorgerufen.

Der gemeinsame Nenner der Arbeiten von Kohut und Kernberg liegt vor allem darin, dass sie die Ursache für die Entwicklung eines (pathologischen) Narzissmus im entwicklungspsychologisch frühen Mangel an adäquater elterlicher Zuwendung, Annahme und Bestätigung in den ersten Lebensjahren sehen. Insofern gehen sie – wie auch praktisch alle ihrer Fachkollegen – davon aus, dass eine »gelungene« Kindheit zur Ausbildung einer »gesunden« Subjektivität führt und folglich eine narzisstische Symptomatik ausschließt. Damit verkennen beide, dass der Narzissmus (als Primärnarzissmus) mitsamt seinem Größen-Selbst konstitutiv in der Sozialisation zum bürgerlichen Subjekt angelegt ist. Wie oben

dargestellt, stellt der primäre Narzissmus weder eine natürliche Ausgangsdisposition dar, noch fußt er auf einer späteren Prägung, die angeblich nur in *defizitären* Familien stattfindet. Vielmehr resultiert gerade die *gelungene* Sozialisation zum bürgerlichen Konkurrenzsubjekt in jener persönlichen Formatierung, die den primären Narzissmus erst hervorruft. Kohut und Kernberg sehen das nicht, weil sie die Beziehungsstruktur der bürgerlichen Kleinfamilie als selbstverständliche Norm und primäre Sozialisationsinstanz voraussetzen und daher nur nach »Fehlentwicklungen« innerhalb dieser Normstruktur fragen können. Mit dieser fälschlichen Familienzentrierung bei der Ursachensuche sind sie beileibe nicht allein, gehört es doch vielmehr zum psychoanalytischen Grundkanon, dass sich angeblich alles Entscheidende bei der Entwicklung eines Menschen in den ersten fünf Lebensjahren und damit eben vor allem im Elternhaus abspielen soll – eine Auffassung, die schon Adorno (1972a, S. 36) kritisierte: »Schematisch gesehen besagt seine (Freuds) Auffassung, daß in unserer Entwicklung nach dem fünften Lebensjahre nichts ausgesprochen Neues mehr eintritt und daß Reaktionen oder Erfahrungen der späteren Jahre nur die des frühen Lebensalters wiederholen«; nach dieser ersten Entwicklungsphase passiert für Freud nichts entscheidendes Neues mehr (ebd.).[18] Dieser Ansatz führt dann zwangsläufig zu dem Fehlschluss, dass der sich ausbreitende Narzissmus auf Erziehungsfehler zurückzuführen sei.

Nachvollziehbar ist dieser Irrtum, wenn man sich vor Augen führt, dass in der bürgerlichen Gesellschaft tatsächlich zunächst die Kleinfamilie der Ort ist, an dem sich die ersten Lebensjahre nahezu jedes jungen Menschen abspielen. Insofern ist sie primäre Sozialisationsinstanz, aber eben als historisch-spezifische Form, die als solche die gesellschaftlichen Anforderungen und Zwänge in sich reflektiert und vermittelt. Die Kleinfamilie ist nicht nur der Ort, an dem die Kinder die gesellschaftlichen Normen und Verhaltensweisen lernen bzw. lernen sollen, mit denen sie sich dann in der allgemeinen Konkurrenz behaupten. Viel

[18] Bei den empirischen Psychologen spielt übrigens das Alter von sieben bis zwölf die angeblich entscheidende Rolle (Müller-Jung 2015, S. 6). Dieser Ansatz ist genauso fragwürdig wie die Freudsche Festlegung auf die ersten fünf Lebensjahre.

grundsätzlicher noch gilt, dass die Form der Kleinfamilie als separierter, emotional hochgradig aufgeladener Raum, als solcher geradezu die idealen Bedingungen für die Herausbildung des in seinem Wesenskern narzisstischen bürgerlichen Warensubjekts bereitstellt. In diesem strikten Sinne ist die bürgerliche Kleinfamilie tatsächlich als Keimzelle der Gesellschaft zu betrachten.

Bekanntlich ist die Kleinfamilie selbst ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft. Sie bildete sich erst im Laufe des 18. Jahrhunderts heraus und enthielt damals viele historisch neue Elemente, durch die sie sich von ihrer Vorgängerform – der bäuerlichen oder handwerklichen Großfamilie – grundlegend unterschied (Rosenbaum 1982, S. 378). Die bürgerliche Klein- oder Kernfamilie entstand im Zuge der Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise und war eine Folge der Trennung von Arbeitsstätte und Haushalt. Dadurch wurde die Familie zum gesonderten Lebensbereich, dessen Mitglieder sich zunehmend auf ihre zwischenmenschlichen Beziehungen konzentrierten, vor allem auf die Gattenbeziehung und die Erziehung der Kinder. Zugleich wurde die Kindheit erstmals als besonderes Lebensalter aufgefasst und herausgestellt (ebd., S. 251) und die sich dadurch erst als gesonderte Tätigkeit herausstellende Kindererziehung (zusammen mit der Erledigung des Haushalts) nahezu ausschließlich der Frau zugewiesen. So etablierte sich innerhalb der Familie eine spezifische Rollenteilung, bei der dem Mann die Zuständigkeit für den außerhäuslichen Erwerb zufiel, während die Frau die Verantwortung für Kinder, Haushalt und Emotionalität bekam (ebd., S. 13).

Auf den ersten Blick mag die Kleinfamilie wie ein Schonraum erscheinen, der vordergründig eine Freistellung von den Zwängen der materiellen Reproduktion ermöglicht; bei näherem Hinsehen entpuppt sie sich jedoch als Anhängsel der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen. Gerade *wegen* ihrer Abschottung und durch diese vermittelt werden die in der Kleinfamilie lebenden Menschen zum Anhängsel der Verwertungsbewegung. Ganz offensichtlich ist dies beim arbeitenden Gatten, der während der Arbeitszeit weite Bereiche des eigenen Selbst unterdrücken bzw. regelrecht abspalten muss (Roswitha Scholz 1992), um seiner Rolle als Wirtschaftssubjekt gerecht zu werden. Als solches kann er sich nur

bewähren, indem er sämtliche für diese Rolle dysfunktionalen Selbstanteile verleugnet, die nichts zum Verwertungsgeschehen beitragen, derer es jedoch auch bedarf, um als Mensch existieren zu können. Diese werden abgespalten und an die Frau delegiert, die als Trägerobjekt des Abgespaltenen das Dysfunktionale zugleich aufbewahrt und es dem Mann in dessen arbeitsfreier Zeit in erträglicher Form wieder verfügbar macht (Bösch 2000, S. 116). Verbunden ist dies mit der Ausbildung einer männlich besetzten öffentlichen und einer weiblich besetzten privaten Sphäre des innerfamiliären Raums (ebd., S. 115), wobei der Frau die Zuständigkeit für die Fürsorge und Erziehung der Kinder zufällt. In diesem Zusammenhang entstand auch jene Ideologie der angeblich »natürlichen Mutterliebe«, der unter anderem die Psychoanalytiker so leicht aufsitzen. Indem sie die Sozialisation der Kinder unkritisch zur wesenhaften Funktion der Familie erklären, unterstellen sie unter der Hand die bürgerlichen Verhältnisse als unumstößliche Naturgesetze und übersehen, dass jene vorwiegend weibliche Zuwendung zu Kindern sowie auch deren zentrale Stellung innerhalb der Familie, ein historisch relativ neues Phänomen darstellt (siehe Rosenbaum 1982, S. 493).

Indem sie sich praktisch ausschließlich auf das innerfamiliäre Geschehen und hier noch einmal besonders auf die Mütter konzentrieren, erscheinen für Kohut, Kernberg und das Gros ihrer Fachkollegen die personellen Beziehungen innerhalb der Familie als zentrales Problemfeld, während jene gesellschaftlichen Bedingungen, welche die moderne Familie erst hervorgebracht haben, gar nicht erst ins Blickfeld geraten (siehe auch Rosenbaum 1982, S. 486). Dadurch sind sie weitgehend blind für die spezifischen Zwänge der bürgerlichen Vergesellschaftungsform, weswegen es ihnen auch leicht fällt, für »die Welt da draußen« das Vorhandensein einer selbstverständlichen »Normalität und Gesundheit« zu unterstellen, der die »normale Kleinfamilie« entspricht. Faktisch jedoch stellt die Familie selbst etwas Vermitteltes dar, das nicht nur die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaftsform in sich reproduziert, sondern zugleich auch einem permanenten Anpassungsdruck unterliegt, der aus der historischen Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Gesellschaft resultiert. So haben Frauen zwar

in den letzten Jahrzehnten in zunehmendem Maße das Feld der Erwerbsarbeit erobert, blieben aber zugleich nahezu ausschließlich für die Sorgetätigkeiten innerhalb der Familien zuständig, weil die Männer überwiegend nicht bereit waren und sind, diese mit zu übernehmen. Da aber gleichzeitig die Familie immer stärker auf sich selbst zurückgeworfen ist, weil das Netz der traditionellen sozialen Bindungen im Zuge der fortschreitenden Ökonomisierung der Gesellschaft ausgedünnt wurde, gerät sie unter zunehmenden Druck, dem sie oftmals nicht gewachsen ist. Daher verliert die Kleinfamilie in Zeiten des hochflexiblen Turbokapitalismus, genauso wie alle anderen äußeren Strukturen, zusehends ihre Verlässlichkeit. Das scheint den Analytikern in ihrer Annahme, die Familie sei der originäre Entstehungsort des Narzissmus, vordergründig Recht zu geben – aber nur, weil sie nicht das Gesamtbild im Auge haben.

Den Grundzug jenes Gesamtbildes benennt Adorno (1972a, S. 36) treffend: »In der bestehenden Verfassung des Daseins gehen die Beziehungen zwischen den Menschen weder aus ihrem freien Willen noch aus ihren Trieben hervor, sondern aus sozialen und ökonomischen Gesetzen, die sich über ihren Köpfen durchsetzen«. Wesenskern dieser sozialen und ökonomischen Gesetze ist der sich selbst verwertende Wert, also das Geld als Kapital, dessen einziger Zweck darin besteht, sich über den Umweg einer produzierten Ware (oder verrichteten Dienstleistung) und deren Verkauf in noch mehr Geld zu verwandeln: »Kapital wird eingesetzt um Kapital hervorzubringen, um Kapital hervorzubringen, um Kapital hervorzubringen« (Distelhorst 2014, S. 105) – ein endloser und vollkommen sinnloser Zirkel, der alles um sich herum einsaugt und dem es vollkommen gleichgültig ist, was dabei an Waren und Dienstleistungen hervorgebracht wird, sofern diese nur gekauft werden. Im Zentrum dieser Bewegung ist nichts als die Leere der endlosen Selbstvermehrung, ein leeres Nichts, dem die Menschen in absoluter Ohnmacht gegenüberstehen; diese Bewegung unterminiert Schritt für Schritt jedes andere Bedeutungsverhältnis, indem sie alles in ihre leere Tautologie hineinzieht (ebd., S. 113). Dies geschieht durch die Notwendigkeit der Geldbeschaffung, sei es durch Arbeit, sei es durch anderweitige Geschäftstätigkeit, der jeder unterworfen ist. Durch den Gütertausch, den es vermittelt,

verbindet das Geld alles und alle miteinander, aber immer nur oberflächlich. Es drängt jeden zur entsprechenden Formatierung der eigenen Persönlichkeit, bei der das eigene Wissen, die eigenen Fähigkeiten, sogar die eigenen Gefühle sowie die persönlichen Eigenschaften und Beziehungen zum Nebenprodukt eines Verhältnisses werden, in dem sie nur insofern zählen, als sie dem allgegenwärtigen geldvermittelten Austauschprozess dienen. Sowohl die Menschen mit ihren Eigenschaften als auch das soziale Beziehungsgefüge sind hier bloße Mittel zu dem außerhalb von ihnen liegenden Zweck der Teilnahme am allgemeinen Geldgeschehen.

In diesem Zusammenhang nehmen auch *Leistungsvergleiche und Konkurrenz*druck immer mehr Raum ein. Das wiederum beinhaltet die Notwendigkeit, den Gegenstandsbereich des Vergleichs zu *quantifizieren*, denn nur dann sind Vergleiche überhaupt möglich. Hierzu dienen Noten, Punkte, Ranglisten, die Angabe eines Geldwerts etc. Beispielsweise werden Schulaufsätze schon ab der Grundschule einer quantitativen Bewertung zugeführt, indem sie mit Hilfe von Checklisten auf das Vorhandensein bestimmter standardisierter Leistungsvorgaben (»Wird das Wetter erwähnt?«, »Kommt mindestens eine wörtliche Rede vor?«, »Wird die Zeitform konsequent durchgehalten?« etc.) durchgesehen werden, für deren Erfüllung es jeweils Punkte gibt, aus denen dann wiederum die Note resultiert. Solche Quantifizierungen versehen Menschen bzw. deren Lebensäußerungen mit einem bestimmten numerischen Wert und eröffnen bzw. versperren Optionen: man bekommt den Job oder den Studienplatz, darf eine bestimmte weiterführende Schule besuchen etc. – oder eben nicht (siehe Distelhorst 2014, S. 82). Quantifizierung ist unvermeidlich schematisch. Wie etwa am Beispiel des Schulaufsatzes deutlich wird, wird die Welt durch solche Quantifizierungen tendenziell entleert und entsinnlicht, denn sie reduzieren immer mehr Dinge und Menschen (einschließlich ihrer Eigenschaften, Handlungen und Erzeugnisse) auf inhaltsleere Kenngrößen.[19] Wer an ihnen scheitert, fühlt

[19] In dieselbe Richtung geht der neueste Mode-Trend des »Quantified Self«. Darunter versteht man »die peinlich genaue Erfassung, Messung, Digitalisierung und Speicherung von Körperfunktionen« (Voß 2016, S. C543) nach dem Motto »Selbsterkenntnis durch Zahlen« (ebd.). Hierzu werden mittels tragbarer Geräte wie z.B. Smartwatches

sich nicht wertgeschätzt, und selbst wer Erfolg hat, hat diesen in einer zunehmend inhalts- und damit sinnentleerten Welt (ebd., S. 16). Das Leistungsprinzip ist außerdem ein weiteres Moment, die Menschen zu vereinzelten Einzelnen zu machen, die konkurrierend ihre Haut zu den Arbeitsmärkten oder auf die anderen Felder des allgemeinen Vergleichs tragen. So wird das Leben zusehends zu einer Dauerleistungsshow, die längst auch die Zeit außerhalb der Arbeit bzw. der Bildungsinstitutionen erfasst hat.

Die kapitalistische Realität birgt in sich unvermeidlich für jeden das grundlegende Risiko des existenziellen Ungenügens. Ständig droht die Gefahr, nicht gut genug zu sein oder schlichtweg das Falsche getan, sprich Nicht-Nachgefragtes produziert zu haben (und sei es in Form der eigenen Persönlichkeit, die man als Arbeitskraft zu Markte tragen muss). Dabei steht über allen Beteiligten die ständige Bedrohung, dass die Tauschakte nicht gelingen und man sich unversehens im sozialen Aus wiederfindet. Die kapitalistische Realität ist somit eine zumindest potenziell versagende Realität. Dadurch erscheint die Gesellschaft als ein immer schon äußerlicher Zwang für ein sich als primär ungesellschaftlich erlebendes Individuum. Damit wäre die soziale Wurzel des Narzissmus freigelegt. Sie besteht darin, »daß das Individuum durch die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich jeglicher spontanen und direkten Beziehung zwischen Menschen heutzutage in den Weg legen, dazu gezwungen wird, seine ungenutzten Triebenergien auf sich selbst zu lenken« (Adorno 1972a, S. 33). Dieser Zwang entsteht nicht erst in der familiären Konstellation, vielmehr ist er bereits tief in der Matrix der bürgerlichen Gesellschaft angelegt.

oder Google-Uhren ständig Blutdruck, Puls, Schrittmenge, Atemfrequenz des Trägers gemessen und daraus weitere Werte wie z.B. Kalorienverbrauch, Verbrennung von Körperfett oder etwa die »Pulsfrequenzvariabilität« errechnet (ebd.). Viele stellen außerdem ihre Werte online, wobei manch einer außerdem noch Persönlicheres wie etwa die Anzahl der Toilettengänge oder der eigenen Orgasmen hinzufügt (siehe ebd.). Solches Verhalten ist nichts anderes als die »digital-numerologische Variante der Selbstverliebtheit, des Narzissmus« (ebd.).

6. Die Entwicklung der Subjektivität vom Kriegsende bis zum Beginn der 1970er-Jahre

Im Lauf ihrer Geschichte unterliegt die kapitalistische Gesellschaft spezifischen Wandlungen, die den Menschen, die in ihr leben müssen, jeweils bestimmte »Anpassungen der Triebstruktur an gesellschaftliche Bedingungen" (Freud 1932, zitiert nach Rothschild 1981, S. 52) abverlangen. So musste die Subjektivität in der unmittelbaren Nachkriegszeit beispielsweise den Bedürfnissen der industriellen Massenproduktion entsprechen. Diese erforderten eine Einordnung der Menschen in die fordistischen Produktionsabläufe, die sich über viele Jahre nur wenig – und dann meist absehbar – veränderten, wogegen heute die rasche und hochflexible Anpassung an sich schnell und kaum vorhersehbar ändernde Produktionsbedingungen im Vordergrund steht.

Bis in die Nachkriegszeit dominierte daher zunächst der »Autoritäre Charakter«, wie er von Adorno und anderen im Jahr 1950 beschrieben wurde (siehe Adorno 1973).[20] Der Autoritäre Charakter zeichnet sich durch eine weitgehende Triebunterdrückung aus, wie sie zur Unterordnung unter starre Hierarchien und die stark normierten industriellen Produktionsabläufe über viele Jahrzehnte erforderlich war. Mit ihr korrespondierte eine Berufswelt, die durch lebenslange starre Berufsrollen geprägt war und den Menschen ihren einmal eingenommenen Platz in der Arbeitsgesellschaft meist auf Lebenszeit garantierte, sofern sie sich in ihr diszipliniert und fleißig genug verhielten. Die Arbeitsprozesse selbst waren in den meisten Berufen monoton (in der verarbeitenden Industrie war Fließbandarbeit an der Tagesordnung), häufig körperlich ruinös und generell mit einer weitgehenden Anpassung und Unterordnung unter relativ starre Produktionsbedingungen verbunden, die so gut wie keinen Spielraum für Kreativität oder Eigeninitiative eröffneten. Typisch für den Autoritären Charakter

[20] Adorno gehörte einem Forscherteam an, das im Rahmen des Projekts »The Authoritarian Personality« Ende der 1940er-Jahre in den USA gebildet wurde. Ein wesentliches Forschungsergebnis war die ausführliche Untersuchung und Beschreibung eben jenes »Autoritären Charakters«.

ist daher auch die Haltung, »von Anfang an die überwältigende Überlegenheit des Bestehenden über das Individuum und seine Interessen anzuerkennen und sich als Anhängsel der Maschinerie einzuordnen« (Adorno 1973, S. 319). Das schließt auch eine Affirmation der konkreten Seite der Arbeit ein, die naturalisiert und äußerlich gegen die abstrakte Seite der Arbeit ausgespielt wird (Bösch 2000, S. 117).

Es ist auf den ersten Blick nur schwer zu erkennen, aber der Autoritäre Charakter stellt eine zeitspezifische Unterform des Narzissmus dar. Zwar ist er vordergründig durch ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem Bestehenden bestimmt, aber hinter dieser Ohnmacht lauert das Größen-Selbst mit seinem Allmachtsgefühl. Die bürgerliche Subjektivität kennt im Grunde nur zwei Zustände: a) das Ohnmachtsgefühl angesichts der Fremdbestimmheit der eigenen Existenz, b) die Allmachtsphantasien, d.h. die Illusion der absoluten individuellen Freiheit, Unabhängigkeit und Unbedingtheit (siehe Lewed 2005, S. 131). Diese Zustände stehen in den verschiedenen Entwicklungsphasen der bürgerlichen Gesellschaft in einem unterschiedlichen Verhältnis zueinander. Der Autoritäre Charakter »überwindet« das Ohnmachtsgefühl, indem er das Größen-Selbst externalisiert und einer äußeren Autorität zuschreibt. Dabei kommt es zur Bildung von imaginären, scheinkonkreten Großsubjekten, die der Abstraktheit der bürgerlichen Verhältnisse entgegengesetzt werden wie z.B. »die Nation«, »das Volk« oder auch die Religionsgemeinschaft der wahren Gläubigen samt ihrem Gott (siehe Lewed 2010, S. 25). Der Autoritäre Charakter verlegt das Größen-Selbst in solche Großsubjekte und findet dabei befriedigende Triebabfuhr in der Identifikation mit dem Aggressor, die ihrerseits wiederum mit Unterwerfung und Sadomasochismus einhergeht (Bösch 2000, S. 115). Diese Großsubjekte stellen eine gefühlte Allmachts-Instanz der Vollkommenheit und Stärke dar, der sich das autoritär orientierte Subjekt undifferenziert verbunden fühlt. Das, was er vor sich selbst zu verleugnen gelernt hat (z.B. Arbeitsunlust, den vermeintlich unrealistischen Wunsch nach einem Leben ohne ständige Mühe, lustbetonte Wünsche etc.) wirft er den Nichtangepassten, Armen, Hilfebedürftigen, Migranten etc. vor (siehe Adorno 1973, S. 238), um es bei diesen projektiv zu

bekämpfen. Für sich selbst betont er dagegen Durchhaltevermögen, Selbstbeherrschung und Gehorsam gegenüber Vorgesetzten sowie nicht zuletzt auch die Anerkennung des allgemeinen Konkurrenzkampfs.

Gegen Ende der 1950er-Jahre begann ein Prozess, bei dem der Autoritäre Charakter allmählich erodierte und von einem Konsumistischen Sozialisationstypus abgelöst wurde (siehe Bösch 2000, S. 100). Der bis dahin erreichte allgemeine materielle Wohlstand ließ es vor allem jungen Menschen immer weniger einsichtig erscheinen, dass man sich ein Leben lang einer restriktiven Disziplinierung unterwerfen sollte. Damit begann ein Wechsel von disziplin- zu lustbetonten Werten, der durch die Wachstumsdynamik des Kapitals selbst noch verstärkt wurde. Angesichts des produzierten Warenbergs drohte das Schreckgespenst einer Übersättigung der Märkte (siehe Böckelmann 1987, S. 40) mit Absatzeinbrüchen, Entlassungen, Betriebsschließungen etc. als Folge. Demgegenüber versuchte die Industrie durch den massenhaften Einsatz von Werbung den Privatverbrauch und damit den Absatz der Waren zu steigern (ebd.). Traditionelle Hemmungen in den Köpfen der Menschen – Sparsamkeit, Genügsamkeit sowie eine allgemeine Aversion, Schulden zu machen – mussten beseitigt und durch hedonistische Motive ausgetauscht werden. In der geldvermittelten Gesellschaft soll man nicht nur arbeiten, sondern auch konsumieren und »Spaß haben«. Im Laufe der Zeit war diese allgemeine Neuprogrammierung schließlich so erfolgreich, dass sie es sogar schaffte, eine regelrechte Scham bei den Subjekten hervorzurufen, wenn sie zu wenig Neues besaßen (Twenge u. Campbell 2009, S. 63). Für die betreffenden Subjekte wurde der Konsum neben der Bewunderung durch andere die wichtigste Stütze ihres Ich (Böckelmann 1987, S. 68).

Da Konsum immer nur vorübergehend befriedigt, werden die Betreffenden geradezu zwanghaft zu neuem Konsum gereizt. Dadurch werden sie »in einem ständigen Kreislauf von Sucht und Frustration gefangen und erreichen nur im hektischen Verbrauch ein schwebendes Gleichgewicht« (ebd.). Ähnlich verhält es sich mit der Bewunderung durch andere. Auch diese wird rasch schal und muss ständig erneuert werden. Da die Konsumwelt eine sofortige Bedürfnisbe-

friedigung auf nahezu allen Gebieten ermöglicht, kann die Persönlichkeit jede Triebspannung schnell abbauen. Lange Zeit hatte es daher den Anschein, als sei die bürgerliche Subjektivität dadurch in befriedete Bahnen gelenkt. Auf Dauer konnte das allerdings nicht gut gehen. Zwar lag Freud richtig damit, »den Trieben eine großartige Verschiebbarkeit« zu attestieren (siehe Bösch 2000, S. 112), was im Zusammenhang mit der Logik des Konsumismus bedeutet, dass die Ohnmacht gegenüber den übermächtigen gesellschaftlichen Verhältnissen affektiv durch eine ständige Neubesetzung beherrschbarer Konsumobjekte kompensiert werden kann (siehe ebd., S. 118). Aber all dem lag die Voraussetzung einer gelungenen Wertverwertung zugrunde. Um ausreichend zu konsumieren, bedarf es »ausreichend allgemeinen Äquivalents« (ebd.), sprich man muss über genügend Geld verfügen. Überhaupt entspricht das Geld dem Allmachtsgefühl des narzisstischen Größen-Selbst. Seine Eigenschaften erscheinen als die Eigenschaften seines Besitzers (Marx), löschen seine Individualität aus und ersetzen diese durch die scheinbare Allmacht des Geldes. Es erscheint als an keine konkrete Beschränkung gebunden und ist so das narzisstische Medium schlechthin (ebd., S. 118). An Geld zu gelangen wird jedoch in Krisenzeiten, unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und der Wucherung schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse immer schwieriger. Damit zerfiel der Konsumismus allmählich in seiner Funktion als «integrierende Plombe« (ebd., S. 119).

7. Narzissmus in der Krise

Der Psychologe Ronald Inglehart (1977, 1989) meinte, dass seit den 1970er-Jahren ein »Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten« auszumachen sei, bei dem Sekundärtugenden wie Disziplin und Gehorsam zusehends an Bedeutung verlören und durch Werte wie Lebensqualität, Selbstverwirklichung, Solidarität etc. abgelöst würden. Im Zuge dieses »Wertewandels« sollten neben den konsum- und leistungsorientierten »normierten Massenmenschen« der fordistischen Industriegesellschaft immer mehr flexible, meist junge Individuen treten, denen die eigenen Entscheidungen über alles gingen und

die weniger an materiellem Wohlstand als an gelungenen sozialen Beziehungen orientiert seien. Solidarische Lebenszusammenhänge und basisdemokratisch-sozialstaatliche Institutionen seien diesen Subjekttypus, den Inglehart als »Postmaterialisten« bezeichnete, wichtiger als Geld und wirtschaftlicher Erfolg. Diese These stellte sich allerdings als Irrtum heraus. Das Gros der vermeintlichen Postmaterialisten war weiterhin leistungsorientiert und sehr an einer weiteren Steigerung des individuellen Konsums interessiert. Zwar stellten »Postmaterialisten« in der Tat gewisse Sekundärtugenden, darunter vor allem Unterordnung und Disziplin, in Frage und legten stattdessen größten Wert auf individuelle Selbstbestimmung; diese äußerte sich aber vor allem in der Wertschätzung wirtschaftlicher Autonomie, kaum jedoch in Form einer Orientierung zugunsten solidarischer oder basisdemokratischer Lebenszusammenhänge – geschweige denn in Richtung emanzipatorischen Gedankenguts. Das zeigte sich nicht zuletzt auch am Schicksal der vielen »selbstbestimmten« bzw. »alternativen« Betriebe, Läden, Landkommunen etc., die Ende der 1970er oder Anfang der 1980er gegründet wurden. Nahezu alle verschwanden entweder bald wieder von der Bildfläche oder verwandelten sich über kurz oder lang in erfolgreiche kommerzielle Unternehmen. In letzteren herrschte zwar in der Regel ein anderer Kommunikations- und Arbeitsstil, der weniger hierarchisch und stattdessen flexibler war, hart gearbeitet wurde aber auch hier – und das nicht selten länger und intensiver als in den althergebrachten Unternehmen.[21] Die Flexibilität und die neue Arbeitsmoral, die der vermeintlich postmaterialistische Sozialisationstypus mitbrachte, wurden schließlich auch von der etablierten Wirtschaft erkannt und aufgegriffen. Am Ende fanden sich viele vormals »Alternative« als flexible und gutbezahlte Arbeitskräfte in althergebrachten Unternehmen wieder, wo sie bereitwillig ein hohes Arbeitspensum verrichteten und sich dabei meist als »produktiver« herausstellten als ihre traditionell orientierten Kollegen.

Statt eines »postmaterialistischen« Sozialisationstypus setzte sich also ein neuer Sozialcharakter durch, bei dem sich der narzisstische Anteil der eigenen

[21] Sehr gut beschrieben wird diese Entwicklung in dem Buch »Kleine geile Firmen« von Arndt Neumann (2008).

Persönlichkeit nicht mehr hinter dem ödipalen verbarg, sondern offensiv in den Vordergrund drängte, wodurch in spezifischer Weise Triebenergien aus dem narzisstischen Persönlichkeitsanteil für die tägliche Arbeit mobilisiert werden konnten. Dabei wurde auch die Arbeitsethik des Autoritären bzw. Konsumorientierten Charakters durch eine flexiblere und hedonistischere Variante ersetzt, die imstande war, eine noch höhere Arbeitsintensität als ihre Vorgängercharaktere zu bewältigen, und das oft sogar freiwillig. Was sich damals tatsächlich ereignete, war also keineswegs der Anfang vom Ende der Unterwerfung unter die unbewusst konstituierten gesellschaftlichen Zwangsverhältnisse der kapitalistischen Vergesellschaftungsform, ja es war noch nicht einmal eine tendenzielle Verschiebung der Gewichte in diese Richtung; vielmehr wurde die Monadenhaftigkeit der voneinander getrennten vereinzelten Privatproduzenten ins Extrem getrieben und zugleich fälschlich als Inbegriff persönlicher Freiheit aufgefasst: »Aus der Formkonstituiertheit der entfremdeten Einzelwillen wurde das ›Recht auf Selbstbestimmung‹« (Lewed 2005, S. 104), was die Individuen aber keineswegs aus den Zwängen der Wertverwertung entließ, sondern lediglich bewirkte, dass diese nicht mehr als Zwänge wahrgenommen wurden.

Dieser neue narzisstische Arbeitnehmertypus verbreitete sich zunächst langsam, dann aber immer schneller, in dem Maße, wie im Zuge der Dritten industriellen Revolution und der Globalisierung die Unternehmens- und Arbeitsstrukturen konsequent umgebaut wurden, während gleichzeitig unter dem Druck der säkularen Krise sich allgemeine Verunsicherung breit machte. Neben der Arbeitslosenzahl nahm auch die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse stetig zu, während der Wohlfahrtsstaat immer weiter abgebaut wurde. Spätestens mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen dürfte in Deutschland auch dem Letzten klar geworden sein, dass niemand mehr vor Armut sicher ist und keiner mehr seine Ruhe vor den Launen des »freien Marktes« hat. Auch innerhalb der sogenannten Normalarbeitsverhältnisse fand ein spürbarer Wandel statt. Heute verbringen Angestellte nur noch selten ihr gesamtes Berufsleben in derselben Firma. Kaum ein Arbeitsplatz ist heute mehr sicher, sondern kann jederzeit outgesourced, restrukturiert oder einfach weggestrichen werden (siehe Twenge

u. Campbell 2009, S. 52). Praktisch Jeder kann heutzutage plötzlich aufgrund von unberechenbaren Entwicklungen wie etwa einer plötzlichen Änderung des Massengeschmacks oder einer neuen Produktionsmethode, deren Einführung niemand vorausahnen konnte, nutzlos werden.

Alles in allem werden die Lebenswege also immer unberechenbarer. In dieser allgemeinen Verunsicherung mit ihren ständigen und unvorhersehbaren Wandlungsprozessen erscheint die Arbeitswelt mitsamt der ihr anhängenden Konsum- und Freizeitindustrie nicht mehr als Konglomerat sicherer Strukturen, in die man sich einfach nur bereitwillig einzufügen hat, um anschließend ein sicheres und kalkulierbares Leben führen zu können. Stattdessen drohen heute jederzeit und von allen Seiten einschneidende Veränderungen, die sämtliche bis dahin erbrachten individuellen Leistungen von einem Moment auf den anderen null und nichtig machen können. Es ist eine gänzlich unverlässliche und absolut existenzbedrohende Welt, in der die Individuen völlig auf sich selbst zurückgeworfen sind. In dieser Situation lässt sich der ödipale Persönlichkeitsanteil immer weniger in die vermeintlich »gesunde« Subjektivität der Warenform transformieren und »produktiv nutzbar« machen. Seine in früheren Jahren übliche idealisierende und libidinöse Übertragung auf die äußerlichen Strukturen und Objekte wird zusehends unmöglich, da diese Äußerlichkeitsstrukturen immer mehr ihre Kohärenz verlieren (siehe Lewed 2010, S. 23). Der ödipale Persönlichkeitsanteil findet somit immer weniger Bezugspunkte, während für den narzisstischen zugleich der kompensatorische Konsum wegfällt oder zumindest jederzeit wegzufallen droht.

Die Ansprüche, die an die Individuen gestellt wurden, stiegen im Rahmen der allgemeinen Verunsicherung stetig an. Gefordert wurden nicht nur Bestleistungen im Beruf und im vorgeschalteten Bildungssystem, sondern auch bedingungslose Flexibilität und nicht zuletzt die ausgeprägte Fähigkeit zur Selbstanpreisung. Zunehmend wurden die Menschen gezwungen, sich in eine permanente Inszenierung von Einzigartigkeit zu verwandeln. So wurde aus dem Verkauf der Arbeitskraft der Verkauf der eigenen Persönlichkeit, als ob diese ein Gebrauchsgut wäre (siehe Distelhorst 2014, S. 67). Heutzutage gilt die ständige

Selbstbefragung, ob das eigene Handeln und Denken auch den anerkannten Kriterien wirtschaftlicher Verwertbarkeit entsprechen, als Selbstverständlichkeit. Dabei muss man stets die Version dessen darstellen, was in der Arbeitswelt gerade nachgefragt wird. Hinter dieser Anpassungsleistung an das jeweils antizipierte Anforderungsprofil steckt letztlich eine ungeheure Beliebigkeit. Mit der Frage im Hinterkopf, wie man den eigenen Marktwert steigern oder zumindest vor dem Verfall bewahren kann, gibt man dabei um des persönlichen Erfolgs willen nach und nach alles preis, was die eigene Persönlichkeit bisher ausmachte; es ist eine ständige Übung der Selbstverleugnung, die um so leichter fällt, je leerer das eigene Selbst bereits ist. In der spätkapitalistischen Dauerkrise können sich die Menschen noch nicht einmal darauf verlassen, dass das, was von ihnen verlangt wird, längeren Bestand hat. Auch persönliche Beziehungen werden zusehends der allseitigen Flexibilität und Mobilität geopfert und degenerieren entweder zu Partnerschaften auf Zeit oder zu »Netzwerken«, die vor allem dazu dienen, sich durch möglichst viele »Kontakte« im Spiel zu halten und so die beruflichen Optionen zu vermehren. Alles in allem werden auf diese Weise gnadenlos anpassungsbereite Blender ohne starke Bindungen (weder an andere Menschen noch an ihren Betrieb oder ihren Beruf) hervorgebracht und gefördert. Ein solches Leben korrespondiert mit intensiven Gefühlen von Leere und von fehlender Authentizität (Lasch 1980, S. 70). Wer kann schon bei der ständigen Anpassungsbereitschaft im Job und nach etlichen Partnerwechseln noch sagen, was für ein Mensch er eigentlich ist und welcher nicht? Genau dieser Prozess führt in eine narzisstische Persönlichkeit neuen Typs, die alles sein kann, weil hinter ihr ein großes Nichts steckt (ebd., S. 120).

Um das rastlose Getriebe und das daraus folgende Getriebensein der modernen Arbeits- und Lebensverhältnisse mitsamt der darin enthaltenen Sinnlosigkeit auszuhalten, werden zunehmend Ich-bezogene Größenphantasien entwickelt (Lewed 2005, S. 117). In einem forcierten und zunehmend offen zur Schau gestellten Narzissmus in der Krise versuchen die Einzelnen so die wachsenden Anforderungen nicht mehr durch Unterordnung und die damit verbundenen Verlagerung des Größen-Selbst an äußere Autoritäten zu bewältigen,

sondern vermittels einer »irrealen Wirklichkeitswahrnehmung allmächtiger Potenz« (ebd., S. 126). Dieser Narzissmus unterscheidet sich von den bisherigen Formen des Narzissmus unter anderem durch seine ausdrückliche Wendung ins Positive. Sein Inhalt ist keine Flucht mehr nach innen, sondern mündet in eine forcierte Anpassung an die von außen gestellten Anforderungen, wobei sich die Individuen eine mehr oder weniger lange Zeit lang vormachen, wirklich *alles* erreichen zu können. In kritischer Anlehnung an Kohuts Konzept der »optimalen Versagungen«, kann man diesen Narzissmus auch als endlose Folge fortgesetzter Versagungen verstehen, die zu entsprechenden Anpassungsleistungen in Form von gesteigerter Leistungserberingung, höherer Flexibilität und gesteigerter Selbstvermarktung führen. Diese Versagungen sind allerdings schon längst zur Dauerzumutung (Stichwort »lebenslanges Lernen«) geworden, da die Anpassung an die sich ständig und unvorhersehbar ändernde »Realität« in der vom Wert beherrschten Gesellschaft niemals aufhört. Letztlich laufen sie auf den Zwang zur Teilnahme an einem lebenslänglichen Lauf im Hamsterrad hinaus, das sich nicht nur immer schneller, sondern auch immer unkalkulierbarer dreht. Das jeweils individuelle Versagen ist hier absehbar, denn irgendwann kommt für jeden der Moment, indem die eigene Begrenztheit ihren Tribut fordert – spätestens dann, wenn man ein Alter erreicht, in dem man nicht mehr mithalten kann.

Die Realität, auf die sich dieser Narzissmus bezieht, ist eine gefährliche, immer prekäre und hochgradig fragwürdige. Auf diese Weise ist er zum Leitsyndrom einer Welt geworden, die durch Individualisierung und Isolation, soziale Kälte und Ellbogenmentalität sowie durch eine allgemeine Erosion gesellschaftlicher Bindungskräfte gekennzeichnet ist (Altmeyer 2000, S. 22). Mit dieser Erosion geht das bereits erwähnte Gefühl einer tiefen inneren Leere einher. Diese muss durch immer neue Aktivitäten gefüllt werden, weil sie sonst in den Vordergrund des eigenen Erlebens drängen würde, was für die Betreffenden völlig unerträglich wäre. Die Leere gründet auf dem Gefühl, völlig schutzlos ausgeliefert und von nichts und niemandem wirklich geliebt und angenommen zu sein. In ihr sieht sich jeder vom Rest der Welt und insbesondere von allen

anderen Menschen getrennt und abgespalten. Die Individuen tun daher alles, um dieses Gefühl zu verdrängen bzw. zu überspielen, denn es fühlt sich für sie an wie ein Todesurteil. Wie das zum Kapital gewordene Geld, das nach seiner gelungenen Vermehrung sofort wieder nach der nächsten Investitionsmöglichkeit suchen muss, so müssen auch sie sich sofort wieder auf die Suche nach dem nächsten Erfolg oder dem nächsten tollen Konsumerlebnis begeben. Es ist eine unausgesetzte Rückkopplungsschleife, die kein Ziel hat. Sowohl das Kapital wie auch die narzisstische Persönlichkeit befinden sich damit in einer unendlichen, absolut leeren und sinnlosen tautologischen Bewegung – und genau deswegen ergänzen und befördern beide einander so gut. Was die Menschen der Leere entgegensetzen, ist die Überzeugung, etwas Besonderes zu sein. In diesem Sinne sind sie nun aber auf Gedeih und Verderb davon abhängig, zu den Erfolgreichen zu gehören, und ständig verfolgt von der entsetzlichen Angst, als Versager etikettiert zu werden, was sie wieder auf ihre innere Leere zurückwerfen würde (Lasch 1980, S. 130). Deswegen ist das ganze Leben für sie ein niemals endender Kampf jedes Einzelnen um Vorteile und Ansehen (ebd., S. 105). Die damit verbundene narzisstische *Überbewertung der eigenen Person* im Rahmen der vom Größen-Selbst hervorgebrachten Allmachtsphantasien ist jetzt nicht mehr bloß der heimliche Begleiter einer nach außen hin ödipal geprägten Persönlichkeit, sondern wird offensiv nach außen getragen und damit zum neuen Aushängeschild des eigenen Selbst. Hinzu kommt eine *berechnende Verführungsgabe in Kombination mit ausgeprägten Blenderqualitäten*, inklusive eines enormen Gespürs dafür, was gerade angesagt ist und womit man anderen imponieren kann, wodurch es leicht fällt, auf andere Eindruck zu machen (siehe Lasch 1980, S. 68). Damit einher geht auch ein persönliches *Gieren nach Bewunderung, äußerer Bestätigung und Anerkennung,* denn zur Erhaltung ihrer Allmachtsvorstellungen und ihrer eigenen Beruhigung brauchen die narzisstischen Individuen unbedingt andere, die Anerkennung, Bewunderung und Beifall zollen (siehe Kohut 1973, S. 172).

Weil aber weder ständige Erfolge (von Misserfolgen ganz zu schweigen) noch oberflächliche Darstellungsqualitäten und die dadurch erzeugte Bewunderung

dazu geeignet sind, echte Beziehungen zu stiften, kommt die Entwicklung einer bindungsfähigen Persönlichkeit nicht zustande. Völlig auf sich selbst zentriert und nur mit sich selbst beschäftigt, ist der neue narzisstische Typus nicht zuletzt *vollkommen unfähig zur Empathie* und so gut wie gar nicht in der Lage, sich in andere Menschen einzufühlen oder auch nur Interesse für sie zu entwickeln (Auchter u. Strauss 1999, S. 127). Da die genannten Charakterzüge als Leistungsorientierung und Wille zum Erfolg erscheinen, werden sie in aller Regel positiv aufgenommen und honoriert (Kohut 1973, S. 144), was erfolgreiche Narzissten wiederum in ihrer Haltung bestärkt. Je oberflächlicher die Bindungen an den gegenwärtigen Job, die aktuelle Umgebung und nicht zuletzt auch an nahestehende Menschen sind, umso leichter gelingt ihnen die ständige Neuausrichtung an den laufend sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen. Wie flexibel man zu reagieren vermag, ist zum Gütesiegel der Anpassungsfähigkeit und des »Realitätssinns« geworden (siehe Gruen 1987, S. 42). Nicht mehr fest gebunden und jederzeit bereit, sich selbst neu zu erfinden, stellt der Narzisst in der total flexiblen und allgemein verunsicherten Leistungsgesellschaft des neuen Jahrtausends die passende Subjektform für den Krisenkapitalismus dar. Der bedrohlichen Gesellschaftlichkeit wird innerhalb der Individuen ein Selbst entgegengesetzt, das unabhängig und unangreifbar gegenüber den äußeren Bedrohungen zu sein scheint (Lewed 2010, S. 20).

Nun stellt der Narzissmus allerdings eine äußerst prekäre Persönlichkeitsstruktur dar, die durch ein höchst labiles Gleichgewicht zwischen den Empfindungen von Allmacht und Ohnmacht geprägt ist (siehe Lewed 2005, S. 113). Diese Struktur wird umso instabiler, je mehr die Allmachtsphantasien der Individuen an der gesellschaftlichen Realität scheitern und die »Außenwelt« im Zuge des Krisenprozesses immer mehr zu einer manifesten Bedrohung wird (siehe Lewed 2010, S. 24). Innerhalb des Auflösungsprozesses des Systems der Wertverwertung mitsamt dem zunehmenden Kampf um die verbleibenden Gratifikationen, wie z.B. attraktive Arbeitsmöglichkeiten, kommt es zu einer sich immer weiter aufschraubenden Konkurrenzdynamik, die den Einzelnen deutlich macht, dass sie niemals wirklich genug zu leisten imstande sein werden.

So droht ständig die Gefahr des Absturzes. Aus Sicht der Einzelnen ist es ein Leben zwischen der Charybdis der weiteren, narzisstisch befeuerten Teilnahme an der ökonomischen Wachstums- und Steigerungslogik unter Inkaufnahme von ständiger Arbeitsverdichtung und drohendem Zusammenbruch unter der zunehmenden Belastung einerseits und der Scylla des plötzlichen Versagens und des Ausscheidens, was mit einem Umkippen in die totale Ohnmacht verbunden ist, andererseits. Der Raum dazwischen wird zusehends enger. Im Falle des Scheiterns droht die Hinwendung zu regressiven Kollektividentitäten. Aus der Ohnmacht heraus entwickeln sich dann rasch neue Allmachtsgefühle, die jedoch nicht mehr in die Bahnen ökonomischer Betätigung gelenkt werden, sondern enthemmt sind, leicht außer Kontrolle geraten und dann gewalttätig ausgelebt werden. Das kann dann jeweils ideologisch grundiert sein (Nationalismus, religiöser Fundamentalismus, Kulturalismus etc.) oder in Gruppenkontexten geschehen (z.B. in Form des Mobs, der Menschengruppen als »minderwertig« ausmacht und attackiert). Sich selbst erlebt das betreffende Subjekt dabei als Träger aller Vollkommenheit und Macht, während alles Unvollkommene »den Anderen« zugeschrieben wird (Kohut 1973, S. 130, Fußnote); alles Gute ist hier »innen«, alles Schlechte und Negative wird »Außenseitern« zugeschrieben (ebd., S. 46, Fußnote). Das kann, wie die Geschichte gelehrt hat, bis hin zur systematischen Verfolgung und Vernichtung der angeblich »Minderwertigen« gehen (ebd.). Da solche Identitäten und daraus resultierende Handlungen besonders dann in Erscheinung treten, wenn den kapitalistisch formatierten Individuen die »normalen« Wege zu einer hinreichenden Bedienung ihrer Allmachts- und Größenfantasien versperrt werden, gedeihen sie gerade in Zeiten der Krise – und zwar Seite an Seite mit rücksichtslosem Konkurrenzverhalten.

8. Ausblick

Die rastlose Dynamik des warenproduzierenden Systems vertieft und verfestigt den Narzissmus als Grundmuster der modernen Subjektform. Die dafür typischen Verhaltensweisen gelten mittlerweile in allen Lebensbereichen (Öffent-

lichkeit, Arbeitswelt, Medien einschließlich Internet sowie selbstverständlich auch in den öffentlichen Erziehungsinstitutionen und in den persönlichen Beziehungen) als normal, ja als geradezu erwünscht und werden durch öffentliche Anerkennung, wirtschaftlichen Erfolg, beruflichen Aufstieg etc. honoriert.

Denn sie sind der von den Menschen unbewusst selbstgeschaffenen und jeden Tag reproduzierten Realität des Fetischverhältnisses adäquat, jener Pseudonatur des Wertverhältnisses, die nur die vollkommen sinnlose Selbstvermehrung des Geldes zum Inhalt hat. In Gestalt des bindungsunfähigen Narzissten, der als hochflexible Arbeitskraft und williger Warenkonsument fungiert, kommt das wertförmige Subjekt erst wirklich zu sich selbst. Innerlich leer, rastlos nach äußerlicher Bestätigung für seine Leistungen und nach immer neuen Konsumgenüssen strebend, verhält es sich kongenial zur inhaltsleeren, unendlichen und letztlich sinnlosen Bewegung der Wertverwertung.

Die Aufhebung dieser ihrem Wesen nach narzisstischen Subjektform ist unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen ausgeschlossen, denn diese lassen keine offene persönliche Entwicklung zu. Ein Leben außerhalb der narzisstischen Selbstregulation sähe grundlegend anders aus: Ohne Arbeitswahn, ohne Konkurrenzkampf und Leistungsstress, ohne Einzelkämpfertum und ohne den Druck zur permanenten Selbstdarstellung und Selbstbehauptung. Solange all diese Zwänge aber noch vorherrschen, fehlen die Grundvoraussetzungen für die Entwicklung freier gesellschaftlicher Individuen (Marx) jenseits der warenförmigen Subjektivität. Die Hoffnung liegt darin, dass wir uns unserer Abhängigkeit voneinander bewusst werden und erkennen, das wir als Menschen Gattungswesen sind, die vielfältiger – und nicht bloß eindimensionaler – Beziehungen zueinander bedürfen. Die materiellen Voraussetzungen hierzu sind in einer von Überproduktion gekennzeichneten Welt längst gegeben. Dazu dürfen wir die Vergesellschaftung aber nicht länger einem unbewussten Prozess überlassen, der uns als Zwang gegenübertritt, den wir unsererseits tagtäglich exekutieren und reproduzieren (siehe Bösch 2000, S. 120). Zwar wird das diesem Prozess zugrunde liegende Wertverhältnis in einem wachsenden und spürbarem Maße dysfunktional, aber darauf folgt leider kein Automatismus, der in eine befreite

Gesellschaft führt. Es ist daher keinesfalls ausgemacht, dass es gelingen kann, den unbewusst-prozessierenden, destruktiven Gesellschaftsprozess aufzuheben und durch eine bewusste Vergesellschaftung zu ersetzen. Die Kritik der Subjektform im Kapitalismus und ihrer inneren psychosozialen Logik und Dynamik ist ein notwendiger Schritt in diese Richtung.

Literatur

Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main 1973 [1950]

Adorno, Theodor W.: Die revidierte Psychoanalyse [1952]. In: Derselbe: Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main 1972a, S. 20-41

Adorno, Theodor W.: Theorie der Halbbildung [1959]. In: Derselbe: Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main 1972b, S. 93-121

Altmeyer, Martin: Den Betrachter insgeheim betrachten. Das Selbst im Spiegel des Anderen – eine Neuinterpretation des Narzissmus. In: Frankfurter Rundschau 05.12.2000, S. 22

Auchter, Thomas; Strauss, Laura Viviana: Kleines Wörterbuch der Psychoanalyse. Göttingen 1999

Böckelmann Frank: Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit. Freiburg i. Br. 1987 [1965]

Bösch, Robert: Zwischen Allmacht und Ohnmacht. Zur Psychopathologie des bürgerlichen Subjekts. In: Krisis Nr. 23, 2000, S. 99-120

Distelhorst, Lars: Leistung. Das Endstadium der Ideologie. Bielefeld 2014

Erdheim, Mario: Zur Lektüre von Freuds Totem und Tabu. (Einleitung) In: Freud, Sigmund: Totem und Tabu. Frankfurt am Main 1991, S. 7-42

Freud, Sigmund: Zur Einführung des Narzißmus. In: Jahrbuch der Psychoanalyse: Neue Folge des Jahrbuchs für psychoanalytische und psychopathologische Forschung, Nr. 1 1914, S. 1-24

Freud, Sigmund: Das Unbehaben in der Kultur. Frankfurt am Main 1994 [1920]

Gruen, Arno: Der Wahnsinn der Normalität. München 1987

Inglehart, Ronald: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Frankfurt/Main, New York 1989.

Kernberg, Otto F.: Borderline-Störungen und pathologischer Narzißmus. Frankfurt am Main 1978 [engl. Orig. 1975]

Kohut, Heinz: Narzißmus. Eine Theorie der psychoanalytischen Behandlung narzißtischer Persönlichkeitsstörungen. Frankfurt am Main 1973 [engl. Orig.: 1971]

Lasch, Christopher: Das Zeitalter des Narzissmus. München 1980 [engl. Orig: 1979]

Lasch, Christopher: Das Zeitalter des Narzißmus im Rückblick. In: Derselbe: Das Zeitalter des Narzißmus. Hamburg 1995a [engl. Orig: 1990]

Lewed, Karl-Heinz: Schopenhauer on the Rocks. Über die Perspektiven postmoderner Männlichkeit. In: Krisis 29, 2005, S. 100-142

Lewed, Karl-Heinz: Erweckungserlebnis als letzter Schrei. Der Islamismus und die rational-irrationale Subjektivität der Warengesellschaft. In: Krisis 33, 2011, S. 16-57

Lohmann, Hans-Martin: Sigmund Freud zur Einführung. 4. verbesserte Auflage. Hamburg 1999

Maaz, Hans-Joachim: Die narzisstische Gesellschaft. Ein Psychogramm. München 2012

Modena, Emilio: Unter dem Banner des Narzißmus. Gedanken zu einem psychoanalytischen Bestseller. In: Seminar Zürich (Hg.): Die neuen Narzißmustheorien: Zurück ins Paradies? Frankfurt am Main 1981, S. 151-164

Mühl, Melanie: Narzissmus. Ich kam, ich sah, ich wirkte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 24.02.2015 `http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/narzissmus-ist-das-krankheitsbild-unserer-zeit-13443497.html`, letzter Zugriff am 14.12.2015

Müller-Jung, Joachim: Narzissmus und der gute Freund. Kinder wie ich verdienen etwas besonderes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.03.2015 `http://www.faz.net/aktuell/wissen/narzissmus-und-der-gute-freud-kinder-wie-ich-verdienen-etwas-besonderes-13474927.html`, letzter Zugriff am 14.12.2015

Neumann, Arndt: Kleine geile Firmen. Hamburg 2008

Rosenbaum, Heidi: Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main 1982

Rothschild, Berthold: Der neue Narzißmus – Theorie oder Ideologie? In: Seminar Zürich (Hg.): Die neuen Narzißmustheorien: Zurück ins Paradies? Frankfurt am Main 1981, S. 31-68

Scholz, Roswitha: Der Wert ist der Mann. Krisis Nr. 12 1992:19-52; http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=23&posnr=25&back-text1=text1.php

Twenge, Jean M.; Campbell, W. Keith: The Narcissism Epidemic. Living in the Age of Entitlement. New York 2009

Voß, Burkhard: Vermessen. Quantified Self. In: Deutsches Ärzteblatt. Jg. 113, Heft 14, 08.04.2016, S. C543

Ernst Lohoff

Die letzten Tage des Weltkapitals

Kapitalakkumulation und Politik im Zeitalter des fiktiven Kapitals

Zusammenfassung

Die Wirtschafts- und Geldpolitik kann machen was sie will, doch die fundamentale Krise der Wertverwertung schafft sie nicht aus der Welt. Das bedeutet aber nicht, dass sie keinerlei Einfluss auf den ökonomischen Prozess ausüben würde. Insbesondere die Akkumulation von fiktivem Kapital, die seit mehr als drei Jahrzehnten die lahmende Mehrwertakkumulation als Motor der Weltwirtschaft ersetzt, wird in starkem Maße von wirtschaftspolitischen Weichenstellungen und geldpolitischen Entscheidungen beeinflusst. Es hängt wesentlich mit von den Regierungen und Zentralbanken ab, in welchen Umfang es gelingt, über die Vermehrung von Schuldpapieren, Aktien und Finanztiteln auf künftige Wertproduktion vorzugreifen. Schon bei der Inthronisierung der Finanzwirtschaft als neuer »Basisindustrie« des kapitalistischen Weltsystems Anfang der 1980er Jahre spielte die Politik eine Schlüsselrolle. Mit ihrer Hochzins- und Verschuldungspolitik haben die Reaganomics die Erzeugung von Finanzmarktprodukten entfesselt und jene internationale Arbeitsteilung geschaffen, die seitdem die Weltwirtschaft auf die Touren hält: die Arbeitsteilung zwischen Standorten, die monetäre Zukunftsversprechen exportieren, wie den USA einerseits, und Gütermarktwaren exportierenden Ländern wie China und Deutschland andererseits.

Gerade der große Krisenschub von 2008 hat gezeigt, wie weit die Macht der Politik auf diesen Terrain gehen kann. Angesichts des drohenden Systemkollapses schufen die Zentralbanken und Regierungen der kapitalistischen Kernstaaten in einer konzertierten Aktion ein weltumspannendes System der Public-Private-Partnership der Erzeugung fiktiven Kapitals. Während die öffentliche Hand und

die Zentralbanken die Verwaltung der verbrannten kapitalistischen Zukunft übernehmen, sorgt die Privatwirtschaft für die neuen spekulativen Blasen, die für den Fortgang des globalen Akkumulationsprozesses unerlässlich sind. Mit dieser Installation einer weltumspannenden finanzmarktsozialistischen Ordnung – ironisches Ergebnis der neoliberalen Revolution – hat die Politik dem maroden kapitalistischen Weltsystem noch einmal eine Gnadenfrist erkauft.

Diese in erster Linie durch die Negativzinspolitik der Zentralbanken ermöglichte Ausweitung des Vorgriffs auf zukünftigen Wert ist aber nicht nur prekär, weil sie längerfristig die Grundlagen des Geldsystems unterminiert. Die größte historische Leistung der Politik in Sachen Krisenverschiebung markiert gleichzeitig den Umschlagspunkt, an dem die Politik selber zu einer eigenen Krisenquelle wird. Die US-amerikanische Haushaltskrise, die Griechenlandkrise und der Brexit zeigen beispielhaft, wie die internationale Krisenverwaltung immer mehr in die Zange gerät. Zum einen verschärfen sich die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen kapitalistischen Staaten in einem System, das die Verteilung der Krisenverwaltungslasten immer neu politisch ausfechten muss, enorm. Zum anderen kollidieren die Imperative der Krisenverwaltung zunehmend mit den Krisenverarbeitungsideologien, die sich auch in politischen Entscheidungen und Wahlergebnissen niederschlagen. Insofern hat der Übergang zu einem globalen System staatlich gestützter Produktion fiktiven Kapitals neue, kaum mehr zu überbrückende Widersprüche hervorgebracht, welche die eindeutig funktionale Rolle der Politik infrage stellen und sie selbst zu einem dynamisierenden Moment der Krisenentwicklung machen. Der nächste größere Krisenschub könnte in einem Zerfall des weltkapitalistischen Zusammenhangs entlang regionaler und nationaler Gegensätze münden.

1. Die Krise der Verwertung

In der Theoriebildung der Zeitschrift Krisis – nomen es omen – spielt die Akkumulations- und Krisentheorie seit jeher eine Schlüsselrolle. Seit ihrer Erstformulierung Mitte der 1980er-Jahre verbindet die wertkritische Krisen-

theorie zwei zentrale Gesichtspunkte miteinander. Zum einen vertritt sie den Standpunkt, dass mit der Dritten industriellen Revolution das System der Wertverwertung unweigerlich in eine fundamentale Krise gerät, die letztlich nur mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise enden kann. Zum anderen liefert sie eine Erklärung dafür, warum diese fundamentale Krise der Wertverwertung den Prozess der Kapitalakkumulation nicht sofort zum Erliegen bringt, sondern erst nach einer relativ langen Latenzzeit.

Das erste Moment der wertkritischen Krisentheorie, der Gedanke einer fundamentalen Krise der Wertverwertung, ist deutlich älter als unser Ansatz. Er wurde rund hundertdreißig Jahre früher von Marx in den »Grundrissen« skizziert. In einem als »Maschinenfragment« bekanntgewordenen Abschnitt setzt sich der Gründungsvater der Kritik der Politischen Ökonomie mit der weiteren Produktivkraftentwicklung auseinander und prophezeit nicht nur, dass dereinst die »Anwendung der Wissenschaft auf die Produktion« zur Hauptproduktivkraft aufsteigen wird und der Arbeiter »neben den Produktionsprozeß« tritt, »statt sein Hauptagent zu sein«; er macht darüber hinaus deutlich, welche fatalen Folgen diese Entwicklung für die kapitalistische Produktionsweise haben muss. Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion, so Marx, »bricht die auf dem Tauschwert ruhnde Produktion zusammen«. (MEW 42, S. 601) Die wertkritische Krisentheorie hat diesen Gedanken aufgegriffen, auf die eigene Epoche bezogen, konkretisiert und systematisiert. Der Marx‘sche Gedanke einer inneren Schranke der kapitalistischen Produktionsweise wird »heute praktisch wahr«[1], weil die Dritte industrielle Revolution, der Vormarsch der Mikroelektronik, die lebendige Arbeit quer durch die Branchen aus dem Produktionsprozess eliminiert und weil damit die Substanz des Werts einem unaufhaltsamen strukturellen Auszehrungsprozess unterliegt.

Als die ersten wertkritischen Texte zur Krisentheorie publiziert wurden, hatte der Siegeszug der Dritten industrielle Revolution bereits begonnen. Mittlerweile sind die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien omnipräsent,

---

[1] Editorial der ersten Ausgabe unserer Zeitschrift: *Marxistische Kritik,* Nr. 1 Erlangen 1986, S. 5

ja es ist sogar schon von einer vierten industriellen Revolution die Rede, deren Grundlage die digitale Vernetzung sein soll. Vor diesem historischen Hintergrund ließ und lässt sich mehr denn je die These, der Einsatz der Mikroelektronik unterminiere das System der Wertverwertung, nur dann vertreten, wenn schlüssig begründet wird, wie es dem Kapital gelingt, trotz wegbrechender Wertbasis seinen Akkumulationsprozess fortzusetzen. Grundsätzlich war es für die Wertkritik nie ein Rätsel, in welchem Wirtschaftssektor diese von tatsächlicher Wertproduktion abgelöste Kapitalakkumulation vonstatten geht: Die explosionsartige Ausdehnung der Finanzmärkte, die mit den Reaganomics begann und bis heute andauert, kompensiert das Schrumpfen der produzierten Wert- und Mehrwertmasse und hält die gesellschaftliche Kapitalakkumulation erst einmal am Laufen.

Doch: Welcher inneren Logik folgt dieser mittlerweile gut dreieinhalb Jahrzehnte währende Prozess? Und in welchem Verhältnis steht der aufgeblähte Sektor des »fiktiven Kapitals« (Marx) zu dem des fungierenden Kapitals?

So viel ist schon empirisch klar: Die ungeheure Anhäufung von Vermögenswerten in den letzten Jahrzehnten lässt sich unmöglich auf die Abschöpfung realwirtschaftlich entstandenen kapitalistischen Reichtums zurückführen. Da das fiktive Kapital, in Gestalt von Schuldtiteln, Aktien, Derivaten etc., sich um ein Vielfaches schneller vermehrt hat und einen vielfach größeren Umfang hat als das fungierende Kapital, kann sich das dramatische Wachstum der Vermögenswerte wohl kaum aus dessen Akkumulationsbewegung speisen. Wer der empirischen Wirklichkeit des heutigen Kapitalismus daher keine Gewalt antun will, muss von einer eigenen, den Geld- und Kapitalmärkten innewohnenden Kapitalbildungspotenz ausgehen. Wie diese finanzindustrielle Form der Kapitalerzeugung vonstatten geht, ist bereits an anderer Stelle ausführlich dargestellt worden. Dabei stand die innere Logik der Akkumulation von fiktivem Kapital und deren Rolle in der »Epoche des inversen Kapitalismus« im Mittelpunkt (Lohoff 2014; Lohoff/Trenkle 2012; vgl. auch Trenkle 2016). Hier soll nun ein Aspekt geklärt werden, der in diesem Zusammenhang noch nicht explizit erör-

tert wurde. Welche Rolle spielt die *Politik* in dieser Epoche, und über welche Spielräume verfügt sie gegenüber dem Krisenprozess?

2. Der weitreichende Einfluss der Politik auf die Akkumulation fiktiven Kapitals

Diese Frage lässt sich zunächst ganz grundsätzlich formulieren: Wie weit reicht die Macht der Politik, wenn es darum geht, den Fortgang der Kapitalakkumulation sicherzustellen? Verfügt sie über Instrumente, die es ihr erlauben, die Selbstzweckbewegung der Verwandlung von Geld in mehr Geld beständig am Laufen zu halten und Akkumulationskrisen wirksam gegenzusteuern? Oder ist sie der Eigendynamik der ökonomischen Prozesse letztlich passiv ausgeliefert?

Die Antwort auf diese Grundsatzfrage über die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns fällt höchst unterschiedlich aus, je nachdem, welchen Sektor der Kapitalvermehrung wir betrachten: die auf produktiver Arbeitsvernutzung beruhende Mehrwertakkumulation oder das bei der Emission von handelbaren Schuldtiteln, Aktien und Derivaten entstehende »fiktive Kapital«. Richten wir den Blick allein auf den ersten Typus der Kapitalakkumulation, so erweist sich die Reichweite politischen Handelns als recht begrenzt. Die verschiedenen Territorialstaaten und Staatenbünde wie die EU können zwar Maßnahmen ergreifen, die ihre Konkurrenzposition verbessern und den Anteil des eigenen Standorts an der globalen Mehrwertabschöpfung nach oben schrauben, sie sind aber nicht in der Lage, deren absoluten Gesamtumfang zu vergrößern. Vor allem das Grundproblem des Wertverwertungssystems in der gegenwärtigen Epoche entzieht sich vollständig ihrem Zugriff: dass im Gefolge der Dritten industriellen Revolution die lebendige Arbeit sukzessive aus dem Produktionsprozess verdrängt wird und damit die Fähigkeit des fungierenden Kapitals, neue Wert- und Mehrwertmassen zu erzeugen sukzessive abnimmt, lässt sich weder gesetzlich verbieten noch durch politische Beschlüsse konterkarieren. Auf diesen die Grundlage des Selbstzwecksystems der Wertverwertung zerstörenden Prozess hat die Politik genauso viel Einfluss wie der Dreikäse-

hoch im Kinderkarussell hinter dem Steuer des Feuerwehrautos auf die Fahrt seines Löschfahrzeugs. Solange man ausschließlich die Wert- und Mehrwertakkumulation betrachtet, kann die Politik nur auf deren Verteilung zwischen den konkurrierenden Weltregionen und Standorten einwirken.

Ein ganz anderes Bild bietet sich dagegen bei der Erzeugung fiktiven Kapitals. Was diesen Kapitaltypus betrifft, so hängt auch dessen Gesamtvolumen ganz wesentlich von wirtschaftspolitischen Weichenstellungen und geldpolitischen Entscheidungen ab. Für eine endlos weiterlaufende Vermehrung kann die Politik zwar auch beim fiktiven Kapital nicht sorgen;[2] es hängt aber wesentlich von ihr ab, welche Dimension die Akkumulation fiktiven Kapitals annimmt, wie lange die Entwertung der aufgehäuften ungedeckten Zukunftsansprüche hinausgezögert werden kann und welche Formen diese schließlich annimmt.

Die Reichweite politischen Handelns fällt auf den beiden Feldern der Kapitalakkumulation derart unterschiedlich aus, weil die staatlichen Instanzen gegenüber dem System der Wert- und Mehrwertproduktion eine andere Position einnehmen, als sie sie in der Welt fiktiver Kapitalschöpfung innehaben. An der Mehrung fiktiven Kapitals sind staatliche Einrichtungen ganz *unmittelbar* beteiligt; was hingegen den Kreislauf des fungierenden Kapitals angeht, so beschränkt sich die Rolle des Staates im Kern darauf, die Rahmenbedingungen der Wert- und Mehrwertproduktion sicherzustellen.

Es gehört zu den strukturellen Eigentümlichkeiten des Wertverwertungsprozesses, dass er keineswegs all seine sozialen und materiellen Voraussetzungen selber schaffen kann. Damit das fungierende Kapital an einem bestimmten Weltmarktstandort mit der Herstellung von Gütermarktwaren Wert- und Mehrwert erzeugen kann, bedarf es auch eines vorgeschalteten staatlich organisierten Sektors, »allgemeiner Arbeit«[3]. Dieser umfasst zum einen das Polizei-, Rechts- und

---

[2] Dass dem Vorgriff auf künftige Wertproduktion so etwas wie eine »innere Schranke« innewohnt, habe ich an anderer Stelle ausführlich dargestellt (Lohoff/Trenkle 2012).

[3] Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Begriff »allgemeine Arbeit« kommt in der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie in zwei verschiedenen Bedeutungen vor, die man strikt auseinanderhalten muss. Zum einen bezeichnet die Kategorie der »abstrakt allgemeinen Arbeit« (MEGA II.2, S. 109) in der Marx'schen Warenformanalyse

Verwaltungswesen, also jene staatlichen Apparate, die die Achtung des Privateigentums erzwingen und für die Einhaltung von Verträgen Sorge tragen. Zu ihm gehören fernerhin eine ganz Reihe infrastruktureller Leistungen wie das Bildungswesen oder das öffentliche Straßennetz. So unabdingbar beide Abteilungen für den Verwertungsprozess auch sind, weder die eine noch die andere trägt unmittelbar zur Bildung von Wertsubstanz bei. Das Polizei- und Rechtswesen sichert ausschließlich die Herrschaft der Wertform. Die infrastrukturellen Leistungen des Staates gehen zwar vermittelt in die Gebrauchswertproduktion der fungierenden Kapitalien ein; doch schon weil sie gar nicht die Warenform annehmen, repräsentieren sie keinen zusätzlichen Tauschwert. Beide Abteilungen stellen im Gegenteil »faux frais« der kapitalistischen Produktionsweise dar, die in der einen oder anderen Weise (beispielsweise über die Abschöpfung von Steuern) aus der laufenden Erzeugung kapitalistischen Reichtums alimentiert werden müssen.

Der Staat muss sich nicht zwangsläufig auf seinen Kernbereich, den Sektor der »allgemeinen Arbeit«, beschränken. Zwar ist diese Praxis seit der neoliberalen Revolution aus der Mode gekommen, doch können auch in Staatsbesitz befindliche Unternehmen als Warenproduzenten agieren und damit als Produzenten von Wert und Mehrwert. Das war nicht nur ein für die untergegangene realsozialistische Spielart des Kapitalismus charakteristisches Phänomen. Auch in vielen westlichen Ländern war diese Tendenz in früheren Stadien kapitalistischer Entwicklung recht ausgeprägt. In Österreich beispielsweise befand sich

die Tauschwert setzende Dimension der Privatarbeit. Während die »konkrete Arbeit« sich im jeweils besonderen Gebrauchswert einer Gütermarktware niederschlägt, bildet »die abstrakte allgemeine Arbeit« die Substanz des Werts. Wie jede Ware, so hat auch die Waren hervorbringende Privatarbeit einen Doppelcharakter, und mit »abstrakt allgemeiner Arbeit« bezeichnet Marx nur *eine Seite* der Privatarbeit. Im Zusammenhang mit der Wissenschaft und der Staatstätigkeit verwendet Marx im dritten Band des »Kapitals« den Begriff der »allgemeinen Arbeit«, ohne ihn mit dem Attribut abstrakt zu versehen. In diesem Kontext firmiert »allgemeine Arbeit« *als Gegenbegriff zur Arbeit von getrennten Privatproduzenten*, die den Warenreichtum hervorbringt. Wenn hier von »allgemeiner Arbeit« die Rede ist, dann in dieser zweiten, in der marxistischen Diskussion weitgehend vergessenen Bedeutung.

die Schwerindustrie seit Ende der 1940er-Jahre in Staatsbesitz, mit der Folge, dass noch im Jahr 1970 ein Fünftel der gesamten Industriearbeiterschaft bei Staatsunternehmen in Lohn und Brot stand, welche ein Viertel der Exporterlöse erwirtschafteten. Dass die öffentliche Hand selber als Wert und Mehrwert heckender Warenproduzent auftritt, verändert den Umfang der Wertproduktion nicht weiter. In Staatseigentum befindliches fungierendes Kapital ersetzt in solchen Fällen lediglich fungierendes Privatkapital und das läuft in Hinblick auf den erzeugten Gesamtmehrwert auf ein Nullsummenspiel hinaus.[4]

In die Bildung fiktiven Kapitals sind staatliche Akteure dagegen ganz direkt involviert, und zwar als zusätzliche »Produzenten« neben den privaten, ohne diese deshalb zu verdrängen. Fiktives Kapital entsteht bei der erfolgreichen Neuausgabe von handelbaren Zahlungsversprechen.[5] Bei diesem Vorgang sind staatliche Instanzen sowohl als Emittent als auch als Käufer von Schuldtiteln mit am Werk. Als Anleihen-Emittent und Kreditnehmer zählt die öffentliche Hand traditionell zu den wichtigsten Anbietern von Zahlungsversprechen auf dem Kapitalmarkt überhaupt. So oft Kommunen, die Zentralregierung oder andere staatliche Institutionen Teile ihres Finanzbedarfs auf den Kapitalmarkt decken, bringen sie fiktives Kapital in Umlauf. Noch wichtiger ist die Zentralbank. Sie spielt im System der Vorabkapitalisierung künftiger Wertproduktion, aber auch was die Nachfrage nach fiktivem Kapital angeht, eine Schlüsselrolle. Jedesmal wenn eine Zentralbank »Geld schöpft«, indem sie Geschäftsbanken Kredite gewährt, akkumuliert sie selber Zahlungsversprechen der kreditnehmenden Geschäftsbanken und damit fiktives Kapital.[6] Aber nicht nur, indem sie selber

---

4 Der Warencharakter des Produkts verweist unmittelbar darauf, dass die zu einer Herstellung unmittelbar benötigte Arbeit den Charakter von Privatarbeit hat. Oder um mit Marx zu sprechen: »Nur Produkte selbständiger und voneinanderunabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber.« (MEW 23, S. 57) Auch wenn das den üblichen Sprachgewohnheiten, die auf die Frage des juristischen Eigentums ausgerichtet sind, widerspricht – sobald der Staat als Warenproduzent auftritt, ist er aus akkumulationstheoretischer Perspektive selber zum Privatproduzenten geworden.

5 Zur genaueren politökonomischen Analyse fiktiver Kapitalbildung vgl. Lohoff 2014.

6 Den Begriff »Geldschöpfung« verwende ich an dieser Stelle nur, weil er etabliert ist. Als Ausdruck fetischistischen Denkens vernebelt er den realen Zusammenhang gleich

als Sammelstellen für Zahlungsversprechen fungieren, bestimmen die Zentralbanken über die Gesamtmasse fiktiven Kapitals mit; durch ihre Geldpolitik können sie auch die innerprivatwirtschaftliche Erzeugung von fiktivem Kapital fördern oder drosseln. Das Geldkapitalangebot der Geschäftsbanken und damit deren Nachfrage nach fiktivem Kapital hängt wesentlich von den Leitzinsen und den Mindestreserven ab, und deren Festlegung gehört nun einmal zu den Kernkompetenzen der modernen Zentralbanken.

In keiner Phase kapitalistischer Entwicklung hat die Akkumulation fiktiven Kapitals eine derart wichtige Rolle gespielt wie in unserer Epoche. Ohne ein tieferes Verständnis dieser Form der Kapitalbildung lässt sich der zeitgenössische Kapitalismus überhaupt nicht verstehen, und die Entwicklungen, die er durchmacht, bleiben unerklärlich. Als ein selbsttragendes Selbstzwecksystem der Wertverwertung hatte der Kapitalismus bereits mit der Krise des Fordismus in den 1970er-Jahren seine historische Schranke erreicht. Neue Entwicklungsspielräume eröffneten sich ihm nur, weil er sich in ein immer monströsere Dimensionen annehmendes Vorgriffssystem auf künftigen Wert verwandelte. Seit den 1980er-Jahren hat die Erzeugung von fiktivem Kapital die auf realer Arbeitsvernutzung beruhende Wertproduktion als Motor des Akkumulationsprozesses abgelöst. Damit hat sich eine Art *inverser Kapitalismus* herausgebildet, in dem das traditionelle Verhältnis von Finanzsektor und fungierendem Kapital auf dem Kopf steht. Der Finanzüberbau ist paradoxerweise zur »Basisindustrie« des Kapitalismus geworden, während die Akkumulation des fungierenden Kapitals nur noch als ein Anhängsel fiktiver Kapitalbildung weiterfunktionieren kann.

---

in zweierlei Hinsicht. Zum einen erhalten die Geschäftsbanken von den Zentralbanken keineswegs simples Geld, sondern von vornherein in Geld*kapital* verwandeltes Geld; denn es entsteht eine Kreditbeziehung, in welcher sich die Geschäftsbanken verpflichten, die geliehene Geldsumme zu einem späteren Zeitpunkt vermehrt zurückzubezahlen. Zum anderen suggeriert der Begriff der »Schöpfung«, Giralgeld entstünde als Ergebnis einer einseitigen Setzung durch einen Demiurgen aus dem Nichts. In Wirklichkeit entspringt alles Buchgeld immer einem Interaktionsverhältnis. Die Zentralbank kann nur Geld »schöpfen«, indem sie mit Geschäftsbanken in Beziehungen tritt, und die Geschäftsbanken, indem sie geeignete Kreditnehmer finden.

Diese grundlegende Veränderung im kapitalistischen Gefüge und die Funktionsweise des inversen Kapitals haben wir in die »Die Große Entwertung« (Lohoff/ Trenkle 2012) untersucht. Allerdings verblieb die Darstellung in dieser Arbeit im Wesentlichen auf der logischen Ebene einer Theorie des fiktiven Kapitals im Allgemeinen.[7] Dass der Aufstieg fiktiver Kapitalbildung zur dominanten Form der Akkumulation, die von staatlichen Instanzen direkt beeinflussbare Form der Kapitalbildung, zum Dreh- und Angelpunkt des Systems macht, stand nicht im Fokus. Es wurde zwar erwähnt, dass auf den Geld- und Kapitalmärkten unterschiedliche Typen von Akteuren interagieren, nämliche privatwirtschaftliche Akteure, die Rendite erwirtschaften wollen, und staatliche Akteure, deren Marktteilname ein ganz anderes Motiv zugrunde liegt; die weitreichenden Implikationen sind aber nicht systematisch ausgeleuchtet worden. Um zu einem genaueren Bild der Binnengeschichte des inversen Kapitalismus zu gelangen, ist es aber unerlässlich, der besonderen Rolle der Politik im System der Wertantizipation Rechnung zu tragen.

Dieser Text versucht, diese Lücke in der wertkritischen Theoriebildung zu schließen, und lässt unter diesem Aspekt die Entwicklung der letzten Jahrzehnten noch einmal Revue passieren. Vor allem auf zwei historische Phasen richtet sich dabei das Augenmerk: auf die Installationsgeschichte des inversen Kapitalismus und auf das zur Bewältigung des Crashs von 2008 entstandene Krisenverwaltungsregime. Für die gut drei Jahrzehnte von den Anfängen des inversen Kapitalismus in der Reagan-Ära bis zur Notverstaatlichung maroden privaten fiktiven Kapitals nach der Lehman-Brothers-Pleite lässt sich ein roter Faden erkennen, dem die herrschende Wirtschafts- und Geldpolitik in dieser langen Zeit konsequent folgte. Auch wenn den Protagonisten das vermutlich nicht klar gewesen sein dürfte: Durch alle Wechselfälle hindurch hat die Politik letztlich das getan, was für die Entfesselung und Verlängerung des System fiktiver Kapitalschöpfung jeweils funktional war. Es wäre allerdings voreilig, diese Linie unbesehen in die Zukunft zu verlängern und als selbstverständlich

[7] Das gilt noch mehr für den Beitag »Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation« (Lohoff 2014).

zu unterstellen, dass diese Logik so lange ungebrochen weiterwirken wird, bis die absolute Schranke fiktiver Kapitalschöpfung erreicht ist. In dem Maße, wie die Staaten und die Zentralbanken angesichts drohender weiterer Crashs notgedrungen zu den Hauptprotagonisten der Erzeugung fiktiven Kapitals werden, in demselben Maße kollidieren die ökonomischen Sachzwänge der globalen Krisenverwaltung zusehends zum einen mit den nationalen Sonderinteressen und zum anderen mit legitimationsideologischen Imperativen. Wie im Schlussteil dieses Beitrags vor allem am Beispiel der Griechenland-Krise und des Brexit skizziert wird, kündigt sich bereits in den aktuellen wirtschaftspolitischen Konflikten an, dass eine an den ideologischen Krisenverarbeitungen orientierte Politik drauf und dran ist, im weiteren Krisenverlauf selber zu einer krisenverschärfenden Kraft zu mutieren.

3. Das Zeitalter des fiktiven Kapitals zerfällt in drei Phasen

Je nachdem, in welchem Entwicklungsstadium der inverse Kapitalismus sich gerade befand, hat die Politik in dessen Gesamtgefüge unterschiedliche Aufgaben übernommen. Für einen groben Überblick genügt zunächst einmal die Unterscheidung dreier Phasen. Das Zeitalter des fiktiven Kapitals beginnt mit der Installationsphase des neuen Akkumulationsregimes. In diesem Zeitabschnitt steht die Politik insofern im Zentrum des ökonomischen Umstrukturierungsprozesses, als die Geld- und Wirtschaftspolitik überhaupt erst die Voraussetzungen für die Entfesselung der Finanzmarktdynamik schuf. Im Vorreiterland der neuen Ordnung, den USA, war dieser Prozess bereits Mitte der 1980er-Jahre im Wesentlichen abgeschlossen, in anderen Ländern erstreckte er sich über einen längeren Zeitraum. Daran schloss sich die ein knappes Vierteljahrhundert währende Blütezeit des fiktiven Kapitals an. In dieser Phase war die innerprivatwirtschaftliche Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung selbsttragend geworden, und die Politik konnte in den Hintergrund treten und sich auf eine flankierende Rolle beschränken. Diese Phase endete abrupt mit dem großen Krisenschub

von 2008. Zwar ließ sich die Dynamik innerprivatwirtschaftlicher fiktiver Kapitalschöpfung nach dem massiven Einbruch noch einmal in Gang bringen, aber nur durch eine massive Dauerstützung vonseiten des öffentlichen Sektors. Zum einen übernahm dieser die von der Privatwirtschaft bereits verbrannte kapitalistische Zukunft (in der Gestalt von »faulen Papieren«, die in Bad Banks ausgelagert wurden), zum anderen fluteten und fluten die Zentralbanken mit ihrer Negativzinspolitik die Wirtschaft mit frischem Geldkapital und werden damit zum wichtigsten Träger der Produktion fiktiven Kapitals.

An der Wiege des inversen Kapitalismus stand die Politik, und auch in seinen letzten Tagen sind die staatlichen Institutionen unverzichtbar, um sein Leben zu verlängern. In gewisser Weise macht der auf der Erzeugung fiktiven Kapitals gründende inverse Kapitalismus eine ganz ähnliche Entwicklung durch wie vor ihm der auf Mehrwertauspressung gründende klassische Kapitalismus – allerdings im Zeitraffer[8]. Auch die Initiative zur Etablierung des Wertverwertungssystems ging in der frühen Neuzeit vom Staat aus.[9] In der mehrhundertjährigen Epoche der »ursprünglichen Akkumulation« (Marx) setzten die sich formierenden absolutistischen Staaten Europas die Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln, insbesondere vom Grund und Boden, durch

8 Man vergleiche nur, wie lange der Kapitalismus als selbsttragendes Wertverwertungssystem und als selbsttragendes Wertantizipationssystem auf Expansionskurs blieb. Beim klassischen Kapitalismus zog sich diese Kernphase gut ein Vierteljahrtausend hin, beim inversen Kapitalismus gerade einmal ein knappes Vierteljahrhundert.

9 Seit den Tagen Adam Smiths verbreiten die bürgerlichen Ökonomen die Mär, Geld- und Marktwirtschaft hätten sich deshalb durchgesetzt, weil sie in Sachen stofflicher Reichtumsproduktion der traditionellen Naturalwirtschaft haushoch überlegen gewesen wären. Wie Robert Kurz, anknüpfend an die Arbeiten des Historikers Geoffrey Parker, dargestellt hat, ist diese Vorstellung ein Mythos (siehe Kurz, 1999). In Wirklichkeit nahm der Siegeszug der Ware und die Verwandlung der gesellschaftlichen Beziehungen in Geldbeziehungen von der Kriegswirtschaft ihren Ausgang, also von der Destruktionsproduktion. Um nach der Einführung von Feuerwaffen und stehenden Heeren die explodierenden und in Geldform fälligen Kriegs- und Rüstungsausgaben zu decken, erzwangen die frühabsolutischen Staaten eine Monetarisierung des Abgabewesens und schlugen damit eine erste Bresche in die bestehenden, naturalwirtschaftlichen Reproduktionsformen.

und erzeugten damit den auf den Verkauf seiner Arbeitskraft angewiesenen »doppelt freien Lohnarbeiter«. Die politische Gewalt hob damit überhaupt erst jene merkwürdige Ware aus der Taufe, die den besonderen Gebrauchswert hat, Mehrwert erzeugen zu können und die aufgrund dieser Eigentümlichkeit als die Basisware des Wertverwertungssystems später Karriere machte.

Als sich der fordistische Nachkriegsboom erschöpft hatte und mit der Verdrängung lebendiger Arbeit aus dem Produktionsprozess im Gefolge der Dritten industriellen Revolution die alte Basisware immer weniger imstande, war ihren Dienst als Grundlage der Wertverwertung zu tun, benötigte der Kapitalismus eine neue Basisware, um aus der strukturellen Akkumulationskrise herauszufinden. Der Übergang zum inversen Kapitalismus hatte dementsprechend den Wechsel der Basisware zum Inhalt. Nicht mehr die lebendige Arbeit, die den Gebrauchswert hat, Mehrwert zu schaffen, stellt das Fundament des kapitalistischen Gesamtgebäudes dar, sondern die Ware Geldkapital und ihre okkulte Fähigkeit, sich im Verkauf zu verdoppeln. Anders als der frühabsolutistische Staat musste die Politik die neue Basisware nicht neu erfinden. Geldkapital, das selber als Ware gehandelt wird, existiert bereits seit einigen hundert Jahren.[10] Trotzdem besteht zwischen der Installation des inversen Kapitalismus und der Installationsgeschichte des Wertverwertungssystems insofern eine Parallele, als die sprunghafte Vermehrung von Eigentumstiteln und damit deren Aufstieg zur neuen Basisware keineswegs dem Selbstlauf der Marktprozesse und der Eigendynamik des privatwirtschaftliche Sektors entsprang, sondern Resultat der einseitig auf die exzessive Steigerung der Masse des fiktiven Kapitals ausgelegte Wirtschaftspolitik der Reagan- und Thatcher-Ära war. Insofern könnte man diese Jahre ironisch als die Epoche der ursprünglichen Akkumulation des fiktiven Kapitals bezeichnen.

[10] Schon die 1602 gegründete niederländische Ostindienkompanie war als Aktiengesellschaft organisiert. Und auch das Finanzderivat ist keine ganz neue Erfindung. Warenterminkontrakte gab es bereits im 19. Jahrhundert.

4. Der geheime Fokus der neoliberalen Revolution

Dass die neoliberale Revolution der frühen 1980er-Jahre einen wichtigen Einschnitt in der Wirtschaftsgeschichte darstellt und der Take-off der Finanzmärkte in diese Zeit fällt, hat sich herumgesprochen. Allerdings kann erst die Theorie des inversen Kapitalismus konsistent darlegen, wie konsequent die neoliberale Wirtschaftspolitik darauf hingearbeitet hat, die Vermehrung des fiktiven Kapitals zum Dreh- und Angelpunkt der Gesamtakkumulation zu machen. Solange man nur den Bereich der Gütermarktwarenproduktion für sich betrachtet, ist die Behauptung der neoliberalen Ideologie, der deregulierte Markt sei dem staatlich eingehegten Markt überlegen, durch nichts gedeckt.[11] Bezogen auf diesen Sektor der Gesamtökonomie und den Umfang der Wert- und Mehrwertproduktion, waren fast alle Veränderungen, die der Neoliberalismus auf den Weg brachte, entweder kontraproduktiv oder für das Gesamtsystem irrelevant. In einer Hinsicht war die Wirtschaftspolitik von Reagan und Thatcher der keynesianischen Politik, die noch am Primat des fungierenden Kapitals orientiert war, weit überlegen; nämlich in ihrer Fähigkeit die Eigentumstitelproduktion zu entfesseln. Das und die Rückwirkungen dieser Entfesselung fiktiver Kapitalschöpfung auf die Wirtschaft insgesamt stellen das Erfolgsgeheimnis der neoliberalen Revolution dar. Vor allem vier Aspekte sind hierbei zu nennen:

a) Zu den Eckpunkten der neoliberalen Wirtschaftspolitik gehören bekanntlich die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur und die steuerliche »Entlastung der Leistungsträger«, also eine Umverteilungspolitik von unten nach oben. Schon was diese beiden weit über die Installationsphase des inversen Kapitalismus hinaus aktuell gebliebenen Lieblingsprojekte des Neoliberalismus angeht, ist zu konstatieren, dass sie ausschließlich der finanzindustriellen Produktion zugute kommen, aber keine direkte positive Wirkung auf das System der Wertverwertung haben.

[11] Auf das Verhältnis von realem historischem Prozess und neoliberaler Ideologie gehe ich später noch ausführlicher ein.

Bleiben wir zunächst einmal bei der Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur. Selbstverständlich eröffnet die Auslieferung zentraler Elemente der öffentlichen Dienste wie Post, Eisenbahn, Telekommunikation und Gesundheitswesen an private Kapitalien diesen neue Bereiche für die Erwirtschaftung von Profit. Diese Perspektive mag für das eine oder andere Einzelkapital verlockend sein, das nach erweiterten Anlagemöglichkeiten sucht; doch darf man die Ebene der einzelnen betriebswirtschaftlichen Einheiten nicht mit der gesamtkapitalistischen Bilanz verwechseln.

Werden Infrastrukturunternehmen der öffentlichen Hand entwunden, bleibt die Verwertungsbasis, gesamtkapitalistisch betrachtet, genauso unverändert wie bei der weiter oben schon behandelten Verstaatlichung von Schlüsselindustrien.[12] Die neoliberale Vorstellung, der Markt sorge per se für einen effzienteren Einsatz von Geld und Ressourcen spricht gerade im Infrastrukturbereich der Wirklichkeit Hohn. Die Absurdität der neoliberalen Ideologie springt vor allem beim Aufbau neuer Infrastruktur-Sektoren unter privatwirtschaftlicher Ägide unmittelbar ins Auge. Man nehme nur einen Bereich wie das Mobilfunkwesen, das in den 1990er-Jahren im Rahmen des New Economy Booms in allen kapitalistischen Ländern neu eingerichtet wurde. Weil dieser neue Markt nicht von einem staatlichen Monopolisten erschlossen wurde, sondern von konkurrierenden Privatanbietern, entstanden, statt eines mehrere Parallelnetze, was die Gesamtkosten beim Aufbau und beim Unterhalt selbstverständlich vervielfachte. Fast immer beruhen die Profite auf einer Verteuerung der einst öffentlichen Güter, während gleichzeitig Qualität und Versorgungssicherheit abnehmen. Das

[12] Der öffentliche Sektor umfasst sowohl wertproduktive Bereiche (z.B. die Energieversorgung und den öffentlichen Nahverkehr) als auch rein unproduktive Sektoren, wie das Renten- und Krankenversicherungswesen. Durch Privatisierungen ändert sich der Verlauf dieser Trennlinie keineswegs. Der Lokführer einer staatlichen Eisenbahn ist produktiver Arbeiter, sein Kollege bei einer Privatbahn auch. Der Angestellte einer öffentlichen Krankenversicherung leistet wertunproduktive Arbeit, der Angestellte einer privaten Krankenversicherung ebenfalls. Ausnahmen von dieser Regel ergeben sich nur, wo vom Staat bis dato kostenlos zur Verfügung gestellte Güter Warenform annehmen, etwa wenn öffentliche Bildungseinrichtungen durch Privatschulen ersetzt werden.

wirkt sich aber direkt oder indirekt negativ auf das in den übrigen Branchen operierende fungierende Kapital aus und kann zulasten ihrer Konkurrenzfähigkeit gehen.

Die realwirtschaftliche Verschleuderung von monetären Mitteln entpuppt sich allerdings als Ausdruck einer höheren gesamtkapitalistischen Vernunft, sobald man die Kapitalakkumulation durch die Vermehrung des fiktiven Kapitals in die Überlegungen mit einbezieht. Damit es zur Bildung fiktiven Kapitals kommen kann, müssen zwei Bedingungen zusammenkommen: Zum einen bedarf es realwirtschaftlicher Bereiche, die *für die Zukunft* sprudelnde Einnahmen versprechen;[13] zum anderen müssen die Betreiber privatisierter Infrastrukturen zur Finanzierung Fremdkapital heranziehen, also Kredite aufnehmen oder Aktien ausgeben. Das heißt aber, dass die Privatisierung insofern das System der Wertantizipation auf eine breitere Grundlage stellt, als sich die Angebotspalette an Eigentumstiteln (Anleihen, Aktien etc.) erweitert. Solange die öffentliche Hand direkt als fungierender Infrastruktur-Kapitalist auftritt und nur mit Eigenkapital und Steuermitteln operiert, fällt dieser Wirtschaftssektor als möglicher Bezugspunkt für die Erzeugung fiktiven Kapitals aus. Der Beitrag dieses Wirtschaftsbereichs zur Kapitalbildung durch Vorabkapitalisierung liegt bei Null. Deutlich besser sieht die Sache schon aus, wenn das Infrastrukturunternehmen als eine Aktiengesellschaft mit der öffentlichen Hand als Mehrheitsaktionär organisiert ist. Allerdings setzt auch diese Mischform von öffentlichen und privaten Unternehmen, die in der Regel immer noch dem »Gemeinwohl« verpflichtet bleibt, den Gewinnphantasien und damit auch der erreichbaren Börsenkapitalisierung relativ enge Grenzen. Damit das Potential fiktiver Kapitalschöpfung voll ausgeschöpft werden kann, müssen solche Bremsklötze wegfallen, und der Primat des betriebswirtschaftlichen Kalküls muss gnadenlos durchgesetzt werden.

[13] Wir haben diese realwirtschaftlichen Anknüpfungspunkte als die realwirtschaftlichen Hoffnungsträger für die Produktion fiktiven Kapitals bezeichnet (Lohoff/Trenkle 2012, S. 216ff).

Ganz ähnliche Auswirkungen wie die Privatisierung der staatlichen Infrastruktur hat auch der Zuwachs an privatem Wohneigentum auf Kosten des sozialen Wohnungsbaus. Vom Standpunkt der Wertproduktion ist es im Prinzip unerheblich, ob Menschen ihre eigenen vier Wände erwerben oder immer wieder neu ein Nutzungsrecht an dem fremden Wohneigentum einkaufen, also Miete zahlen. Im zweiten Fall schiebt sich zwischen die Ware und ihrem Nutzer lediglich die ökonomische Zusatzkategorie des Vermieters, politökonomisch betrachtet ein Hybrid aus Grundrentner und Kapitalist. Was die Möglichkeiten der Mehrung fiktiven Kapitals angeht, besteht dagegen ein gravierender Unterschied zwischen Mieten und dem Erwerb von Wohneigentum. Im Prinzip ist der Kauf privater Konsumgüter kein geeigneter Bezugspunkt für die Erzeugung fiktiven Kapitals[14]. Bereits verbrauchte oder in Nutzung befindliche Gebrauchsgüter taugen nun einmal schlecht als Garant der Zahlungsfähigkeit des Konsumenten. Das gilt nicht nur für die Kosten von Urlaubsreisen und Stromrechnungen, sondern selbstverständlich auch für fällige Mietzahlungen. Beim Erwerb einer Eigentumswohnung oder eines Eigenheims sieht das aber anders aus. Nicht nur dass dieser Kauf in der Regel der hohen Summen wegen mit Krediten finanziert werden muss. Bei diesem speziellen Konsumgut dient, im Gegensatz zu allen anderen Konsumkrediten, der zu erwartende Wiederverkaufspreis als wichtigstes Unterpfand für die spätere Realisierung der Zahlungsverpflichtung und damit als Bezugspunkt für die Erzeugung fiktiven Kapitals. Aus diesem Grund ist die Kreditaufnahme für den Ankauf von Wohneigentum mit weitem Abstand der wichtigste Posten bei der Verschuldung der privaten Haushalte.[15] Der Immobilienkauf ist in der Regel die einzige Gelegenheit im Leben von Otto

[14] Die Existenz von Konsumentenkrediten dementiert das nur auf den ersten Blick. Wenn Autos oder Urlaubsreisen auf Pump finanziert werden, ist für das Zustandekommen des Kredits nämlich keineswegs der Wert entscheidend, den der gekaufte Konsumgegenstand möglicherweise in der Zukunft noch repräsentieren wird, sondern das laufende Einkommen des Kreditnehmers oder andere, von der eingekauften Ware unabhängige Sicherheiten.

[15] Selbst in den USA entfallen 71% der privaten Verschuldung heute noch auf Immobilienkredite.

Normalverbraucher, bei der auch er auf der Anbieterseite mit Summen in der Höhe einiger Jahresgehälter am großen Spiel der Erzeugung fiktiven Kapitals mitwirken kann.

b) Das zweite zentrale Element der neoliberalen Politik war die Senkung der Steuerlast für Kapitaleigner und Bezieher hoher Einkommen sowie die brutale Deregulierung des Arbeitsmarkts, die eine massive Reduktion der Löhne und der Arbeitskosten für die Unternehmen zur Folge hatte. Der neoliberalen Ideologie zufolge sollte diese »Entlastung der Realwirtschaft« zur Ankurbelung der Produktion und zur Ausweitung der Investitionstätigkeit führen und die Weltwirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen. Dementsprechend wurde dann auch die Erholung der Weltwirtschaft nach der Krise der 1970er-Jahre auf das Konto dieser Maßnahmen verbucht.

Dabei wird allerdings das Wesentliche übersehen. Vom Standpunkt der Mehrwertproduktion hatte die neoliberale Steuersenkungs- und die von der Thatcher- und der Reagan-Administration erzwungene Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen zwiespältige Folgen. Auf der einen Seite verbessern niedrigere Kosten die Ertragslage der Unternehmen; auf der anderen Seite bedeuten stagnierende oder sinkende Masseneinkommen zunächst einmal sinkende eine Konsumgüternachfrage und können insofern für das fungierende Kapital zum Hindernis bei der Realisation ihrer Waren und damit ihrer Profite werden. Für die Bildung von fiktivem Kapital ist die Bilanz dagegen eindeutig. Bei den unteren Einkommensschichten ist die Sparquote niedrig. Ihr Einkommen setzt sich im Wesentlichen gegen Gütermarktwaren um. Die potentiellen Käufer von Kapitalmarktwaren sind dagegen in erster Linie unter den »Vermögenden« zu suchen. Jede politisch erzwungene Einkommensverschiebung zugunsten dieser sozialen Gruppe steigert damit das Nachfragepotential nach fiktivem Kapital.

Die Privatisierung der Infrastruktur und die neoliberale Steuersenkungspolitik sowie die gezielte Absenkung der Arbeitskosten gehören dementsprechend nicht nur ideologisch, sondern auch ökonomisch zusammen. Erstere brachte zusätzliche realwirtschaftliche Anknüpfungspunkte für die Erzeugung von Eigentumstiteln hervor und steigerte damit das *Angebot* an potentiellem fiktivem

Kapital, die zweitere stärkte durch die Umverteilung abstrakten Reichtums die entsprechende Nachfrage nach Kapitalmarktwaren

c) Die Umverteilung von unten nach oben und die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur sind, wie schon angemerkt, kein Sondermerkmal der Installationsphase. Diese Eckpunkte des neoliberalen Programms bleiben die gesamte Epoche des fiktiven Kapitals hindurch bestimmend. Bei den Maßnahmen, die ausschließlich in der Zeit der Reaganomics zur Anwendung kamen, springt noch deutlicher ins Auge, wie einseitig sie darauf ausgerichtet waren, die Erzeugung fiktiven Kapitals auf eine neue Stufe zu heben – und das erst einmal auf Kosten des fungierenden Kapitals. Das gilt vor allem für die Hochzinspolitik, die für den Prozess der »ursprünglichen Akkumulation des fiktiven Kapitals« geradezu unabdingbar war. Exorbitante Zinssätze sind für die Realwirtschaft bekanntlich Gift. Hohe Refinanzierungskosten drosseln die Investitionstätigkeit des fungierenden Kapitals und dämpfen den privaten Konsum. Deshalb hatte die keynesianische Politik gerade in Zeiten lahmenden Wachstums immer auf ein niedriges Zinsniveau gesetzt und lieber inflationäre Entwicklungen in Kauf genommen, als die Konjunktur zu gefährden.[16] Die Reagan-Administration vollzog demgegenüber eine 180 Grad-Wendung. Mit der Begründung der Inflationsbekämpfung erhöhte die FED die Leitzinsen drastisch und katapultierte die Zinsen auf ein Rekordniveau.

Auch eine andere Maßnahme der US-Regierung fügte sich passgenau in den Prozess der ursprünglichen Akkumulation des fiktiven Kapitals ein: Sie finanzierte die Steuersenkungspolitik und damit die Entlastung der Reichen durch eine sprunghafte Erhöhung der Staatsverschuldung. Während die Reagan-Administration durch die Entlastung der Reichen die potentielle Nachfrage nach Waren 2ter Ordnung erhöhte, erweiterte sie gleichzeitig mit ihren Staatspapieren das Angebot an solchen Waren und das, dank der Hochzinspolitik, zu höchst attraktiven Bedingungen. In den 1970er-Jahren hatten die Versuche, der Krise

[16] Der damalige deutsche Finanzminister, Helmut Schmidt hat diese Ausrichtung 1972 in einer Rede vor Ruhrkumpels auf eine kurze Formel gebracht: »Mir sind 5% Prozent Inflation lieber als 5% Arbeitslosigkeit.«

mit den Mitteln des Keynesianismus gegenzusteuern, die Renditen für alle Formen des fiktiven Kapitals weltweit in den Keller sinken lassen. Anfang der 1980er verwandelte die neue neoliberale Politik die USA in ein Schlaraffenland für Anlage suchendes Geldkapital.

Auch diese Entwicklung hatte für das heimische fungierende Kapital zwiespältige Konsequenzen. Auf der einen Seite garantierte der Zustrom ausländischen Geldkapitals nicht nur die Zahlungsfähigkeit des US–amerikanischen Staates und damit dessen Staatskonsum, inklusive der Rüstungsausgaben (»Star Wars«), sondern sorgte überhaupt auf dem US-Markt für zahlungsfähige Nachfrage und sicherte damit den Absatz von Waren 1ter Ordnung; in dieser Hinsicht kam dem sprunghaften Wachstum der Außenverschuldung eine ähnliche Funktion zu wie dem klassischen keynesianischen deficit spending. Auf der anderen Seite katapultierte der Zustrom ausländischen Geldkapitals ins Hochzinsland USA den Dollar auf ungeahnte Höhen – mit desaströsen Folgen für die internationale Wettbewerbsposition der US-amerikanischen Industrie. Deshalb machte das Land unter Reagan eine regelrechte De-Industrialisierung durch.

Vom Standpunkt des US-amerikanischen Industriekapitals aus mag das als eine unerquickliche Entwicklung erscheinen; aus der Perspektive des weltkapitalistischen Ganzen hat die Reagan-Administration mit dieser Politik indes einen der Ecksteine der neuen finanzindustriellen Ordnung festgelegt, indem sie der internationalen Arbeitsteilung einen neuen Inhalt gab. In den 1970er-Jahren hatten die USA unter Nixon, Ford und Carter noch verzweifelt versucht, ihre erodierende Weltmarktposition bei der Produktion von Waren 1ter Ordnung zu verteidigen. Dazu hatte die US-Administration zeitweise auf Währungsdumping gesetzt und den Dollar gegenüber den Ersatzweltwährungen Yen und D-Mark ganz bewusst in den Keller rutschen lassen. Sie bewegte sich damit noch im Muster des klassischen Kapitalismus, in dem innerhalb der internationalen Arbeitsteilung die verschiedenen Volkswirtschaften jeweils bestimmte Segmente der Gütermarktwarenproduktion übernahmen. Mit den Reagonomics überließen die USA den Handelspartnern die überfüllten Märkte der Waren 1ter Ordnung und konzentrierten sich selber auf die Erzeugung von handelbaren

Zukunftsversprechen. Die Initialzündung ging dabei vom Staat und der FED aus. Mit der enormen Steigerung des Haushaltsdefizits und der Ausgabe immer neuer Staatspapiere beglückte nicht nur die US–Administration das Anlage suchende Geldkapital der Welt mit einer schnell wachsenden und hochattraktiven Anlagemöglichkeit, sondern mit der Hochzinspolitik, der die anderen Länder nolens volens folgen mussten, verschafften sie den Geld- und Kapitalmärkten insgesamt eine ganz neue Anziehungskraft.

d) Die Epoche der »ursprünglichen Akkumulation«, aus der das Wertverwertungssystem hervorging, zog sich über Jahrhunderte hin. Die Phase der »ursprünglichen Akkumulation« des fiktiven Kapitals nahm nur wenige Jahre in Anspruch. Die Hochzinspolitik fand nach etwa einem halben Jahrzehnt bereits ihr Ende, und auch der Dollar sank 1987 wieder auf jenes Niveau, von dem aus sein Höhenflug begonnen hatte. Das Ende der Hochzinspolitik war unabdingbar dafür, dass der US-Staat als Haupthoffnungsträger abgelöst werden konnte und die selbsttragende Schöpfung von fiktivem Kapital mit privatwirtschaftlichen »Zukunftsindustrien« als realwirtschaftlichem Bezugspunkt an ihre Stelle treten konnte.[17] Der Aktienboom der New Economy, der Ende der 1980er einsetzte, wäre ohne eine Normalisierung des Zinsniveaus nie in Gang gekommen. Trotzdem waren die Reaganomics kein bloßes Intermezzo, sondern insofern bahnbrechend, als sie mit wirtschaftspolitischen Mitteln für eine radikale Neugestaltung des weltwirtschaftlichen Gefüges gesorgt haben. So wurde der Primat der Akkumulation fiktiven Kapitals überhaupt erst durchgesetzt. In den 1970er-Jahren waren die Staaten allesamt noch bemüht gewesen, direkt die Realwirtschaft zu stimulieren, was angesichts der strukturellen Krise der Wertverwertung im Ganzen gesehen scheitern musste. Die Reaganomics entfesselten dagegen die Dynamik des fiktiven Kapitals, was auf der Ebene der Weltwirtschaft auch eine realwirtschaftliche Akkumulation induzierte. Das hervorstechendste Merkmal dieser auf dem Primat fiktiver Kapitalschöpfung beruhenden Akkumulation war eine Neuausrichtung der internationalen Arbeitsteilung. Seit den Reaganomics zerfällt der Kern des kapitalistischen Weltsystems in Län-

[17] Vgl. Lohoff/Trenkle 2012, S. 228f

der wie die USA, die mit der Erzeugung von immer neuen Renditeerwartungen auf den Geld- und Kapitalmärkten reüssieren und deren Wirtschaftswachstum auf dem Export von Eigentumstiteln beruht, und solchen, die diese Eigentumstitel importieren. Deren Wirtschaft wiederum wächst, weil sie im Gegenzug Gütermarktwaren exportieren können. Der wichtigste Kooperationszusammenhang dieser Art, der in der wertkritischen Diskussion traditionell unter dem etwas irreführenden Titel »pazifischer Defizitkreislauf«[18] firmiert, bildete sich schon während der Reaganomics heraus. Der Aufstieg Ostasiens zur Wachstumsregion par excellence und das auf Verschuldung beruhende Wachstum der US-Ökonomie bildeten immer zwei Seiten derselben Medaille. Bei der Arbeitsteilung von Volkswirtschaften, deren Wachstum vom Export Waren 2ter Ordnung abhängt, und solchen, die dank des Exports von Waren 1ter Ordnung akkumulieren, handelte es sich aber keineswegs um eine Spezialität einer bestimmten Weltregion. Wir haben es vielmehr mit einer für die Kapitalakkumulation im inversen Kapitalismus unverzichtbaren Grundstruktur zu tun.

5. Public-Private-Partnership in der Erzeugung von fiktivem Kapital

In dem Maße wie der Prozess der Akkumulation fiktiven Kapitals selbsttragend wurde und die privaten Geld- und Kapitalmärkte aus ihrer eigenen Dynamik heraus für eine ständige exponentielle Vermehrung der als Waren handelbaren Eigentumstitel sorgten, konnte die Politik ins zweite Glied zurücktreten und sich im Kern darauf beschränken, günstige rechtliche und geldpolitische Rahmenbedingungen für die Bildung privaten fiktiven Kapitals zu garantieren.

[18] Der Begriff, der sich an den VWL-Begriff des Leistungsbilanzdefizits anlehnt, wurde in einer Phase der wertkritischen Theoriebildung geprägt, als die Theorie der Waren 2ter Ordnung noch nicht formuliert war. Der Begriff suggeriert eine einseitige Übertragung von Waren. In Wirklichkeit geht es aber nicht um einen einseitigen Transfer, sondern um den Tausch unterschiedlicher Warenkategorien.

Auch wenn immer wieder Einbrüche in dem einen oder anderen Sektor des Finanzüberbaus zu einer Entwertung von fiktivem Kapital führte, blieb diese Grundkonstellation etwas mehr als zwei Jahrzehnte erhalten. Selbst nach dem Crash der New Economy Anfang des 21. Jahrhunderts, dem größten Rückschlag bis dahin, genügte eine zeitlich befristete Absenkung der Leitzinsen, um die innerprivatwirtschaftliche Eigentumstitelproduktion wieder auf Touren zu bringen. An die Stelle der geplatzten Dotcom-Blase traten nach einer kurzen Durststrecke Ersatzblasen, vor allem die auf den Subprime-Märkten für Immobilien.

Beim letzten großen Krisenschub, dem Krisenschub vom Herbst 2008, sah dies anders aus. Diesmal erwies sich nicht der eine oder andere Kapitalmarktsektor als marode, es drohte ein Einsturz des gesamten globalen Bankensystems und damit eine Abwärtsspirale sondergleichen. Das ist keineswegs nur das Ergebnis widriger Umstände, sondern verweist auf ein grundsätzliches Problem. Die inneren Widersprüche des inversen Kapitalismus hatten sich bereits zu weit entfaltet, die Akkumulation bereits verbrannter kapitalistischer Zukunft im Bankensystem hatte einen zu großen Umfang erreicht, als dass sie noch in der zwei Jahrzehnte lang bewährten Manier zu bewältigen gewesen wären. Als ein nur von privaten Gewinnerwartungen getragenes System hatte die Kapitalbildung durch Wertantizipation ihre historische Schranke erreicht. In dieser hochgradig prekären Situation demonstrierte die Wirtschafts- und Geldpolitik indes, dass sie noch ein Pfund zum Wuchern hatte. Das System der fiktiven Kapitalschöpfung brach nicht zusammen, weil jetzt Akteure im ganz großen Stil als Käufer von Waren 2ter Ordnung auftraten, denen es nicht um Profit geht, sondern einzig und allein um die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Zusammenhangs. Die von der neoliberalen Revolution in Gang gesetzte Dynamik, bei der die Akkumulation primär von den privaten Akteuren getragen war, hatte sich zwar erschöpft; eine zweite Revolution, deren wichtigster Träger die Zentralbanken waren, verschaffte dem kapitalistischen Weltsystem aber einen neuen Spielraum. Die Krisenverwaltung schlug ein ganz neues Kapitel in der Geschichte des inversen Kapitalismus auf. Es entstand ein System des

Public-Private-Partnership bei der Akkumulation von fiktivem Kapital, das sich durch folgende Arbeitsteilung auszeichnet: Der öffentliche Sektor übernahm die Funktion eines Zwischen- und Endlagers verbrannter kapitalistischer Zukunft. Ein erheblicher Teil der vom privaten Bankensektor akkumulierten nicht realisierbaren Waren 2ter Ordnung wurde in das Eigentum staatlicher und suprastaatlicher Institutionen überführt oder landete bei den Zentralbanken. Parallel zu dieser Übernahme des Entwertungsbedarfs pressen die Zentralbanken mit ihrer Negativzinspolitik seit knapp sieben Jahren ununterbrochen via Kreditgeldschöpfung frisches Geldkapital in das Bankensystem.

In gewisser Hinsicht verhält sich die neue Ordnung des Public-Private-Partnership zur Aufrechterhaltung der Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung spiegelverkehrt zur Phase der ursprünglichen Akkumulation des fiktiven Kapitals. Zunächst einmal drückt sich dies darin aus, dass beide Phasen von einer extremen Leitzinspolitik gekennzeichnet sind, aber mit umgekehrten Vorzeichen. In der Reagan-Ära erreichten die Leitzinsen der FED historische Höchststände, der Spitzenwert belief sich damals auf 18%. In der Zeit nach 2008 wurden sie in den kapitalistischen Kernländern unter die Inflationsrate abgesenkt, und damit auf einen geldpolitisch irregulären Tiefststand, und verharren auf diesem Niveau seit nunmehr sieben Jahren. Und auch die offizielle Begründung für diese Geldpolitik ist heute der von damals diametral entgegengesetzt. Die neoliberale Revolution wurde mit Inflationsbekämpfung legitimiert, die Negativzinspolitik mit dem Kampf gegen die Deflation. Zugleich hat auch die Funktion gewechselt, in der die staatlichen Institutionen auf den Geld- und Kapitalmärkten auftreten. In der Phase der ursprünglichen Akkumulation von fiktivem Kapital trat der Staat fast ausschließlich als Verkäufer von Eigentumstiteln in Erscheinung, während die Zentralbanken, die abstrakte Allgemeinheit des Monetären, als Ankäufer von fiktivem Kapital höchst zurückhaltend agierten.[19] Nach dem Einbruch von 2008 trat die öffentliche Hand plötzlich auch als Notaufkäufer von fiktivem Kapital in Erscheinung (»Bad Banks«). Vor allem die Zentralbanken agierten und agieren bis heute als Großaufkäufer fiktiven Kapitals.

---

[19] Im verqueren VWL-Jargon firmierte das als Politik des »knappen Geldes«.

2008 hieß es noch, bei der staatlichen Bankenrettung und der Negativzinspolitik handle es sich um kurzfristige Notmaßnahmen. Aus dem geldpolitischen Ausnahmezustand ist inzwischen aber längst ein Dauerzustand geworden. Zwar ist die akute Notsituation vom Herbst 2008 längst Geschichte; wie die historischen Aktienhöchstständen in den folgenden Jahren dokumentieren, hat die innerprivatwirtschaftliche Erzeugung von fiktivem Kapital spätestens seit 2010 wieder Fahrt aufgenommen, und längst sind neue Blasen entstanden. Die innerprivatwirtschaftliche Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung hat sich allerdings nie so weit stabilisiert, dass die Zentralbanken zu einer Zinswende hätten schreiten können. Dementsprechend wird die »unkonventionelle« Geldpolitik der Öffentlichkeit inzwischen etwas anders verkauft als an ihrem Beginn, nämlich als das geeignetste Mittel, um angesichts »deflationärer Tendenzen« das traditionelle Ziel der Geldwertstabilität sicherzustellen.

Dechiffriert man Deflation als einen Prozess der relativen Entwertung der besonderen Gütermarktwaren gegenüber der allgemeinen Ware, dem Geld, dann ist diese Deutung auf einer ganz grundsätzlichen Ebene sogar in einer verqueren Weise richtig. Wenn sich das relative Austauschverhältnis zwischen besonderen Waren und allgemeiner Ware aufgrund einer Entwertung der besonderen Waren zu verändern droht, dann ist eine Rückkehr zum Status quo ante auf zwei Weisen möglich: Entweder endet der Entwertungsprozess der besonderen Waren (Deflation), oder die Entwertung der besonderen Waren wird durch die Entwertung der allgemeinen Ware (Inflation) ergänzt. Es liegt außerhalb der Reichweite der Geldpolitik für ersteres zu sorgen, ergo schlug sie den zweiten Weg ein und leitete eine strukturelle Entwertung der allgemeinen Ware ein.

6. Zur Politischen Ökonomie negativer Realzinsen

Wer das moderne Geldsystem begreifen will, muss zwischen Geldsymbolen, privatem Kreditgeld und der eigentlichen Geldware unterscheiden. Das was uns alltäglich im Zahlungsverkehr als Geld begegnet, sind immer privates Kreditgeld und Geldsymbole wie Banknoten und Münzen. Die eigentliche Grundlage des

Geldwesens, die Geldware, findet sich ganz woanders, nämlich in den Zentralbankbilanzen. In einem vom Gold abgelösten Geldsystem entsteht die allgemeine Ware in der Kreditbeziehung zwischen Geschäftsbanken und Zentralbank (vgl. Lohoff 2014, S. 13ff). Es ist nichts anderes als das fiktive Kapital, das sich letztere einhandeln, wenn sie Kredite an Geschäftsbanken vergeben; denn dem Zentralbankgeld, das die Geschäftsbanken erhalten, stehen ja Zahlungsansprüche der Zentralbanken gegenüber.[20]

Aus dieser Perspektive markiert das Jahr 2008 aber einen historischen Einschnitt. Zum einen wurde der eherne Grundsatz jeder stabilitätsorientierten Geldpolitik, demzufolge die Geschäftsbanken Zentralbankgeld nur gegen erstklassige Sicherheiten leihen dürfen, in sein Gegenteil verkehrt. Bei den Zentralbanken sammelt sich heute fiktives Kapital mit einer hohen Entwertungswahrscheinlichkeit an statt monetärer Ansprüche, deren Einlösbarkeit über jeden Zweifel erhaben scheint. Genauso bemerkenswert wie der Qualitätsverfall bei den Zentralbank-Sicherheiten ist aber der neue Inhalt, den die Beziehung zwischen Zentralbanken und Geschäftsbanken bekommen haben. Kreditbeziehungen liegt bekanntlich immer dasselbe Prinzip zugrunde: Der Kreditnehmer bekommt eine bestimmte Geldsumme unter der Bedingung, dass er diese Geldsumme zu einem späteren Zeitpunkt vermehrt zurückgibt. Die Kreditbeziehung ist darauf ausgelegt, dass sich in ihr das Geldkapital des Kreditgebers vermehrt. Das macht sie für ihn zu Kapital. Vor 2008 galt das selbstverständlich auch für die wichtigste Form der Zentralbankgeldschöpfung, die Kreditvergabe der Zentralbank an Geschäftsbanken. Die Nutzung des Zentralbankgeldes war für die Geschäftsbanken als Kreditnehmer mit Kosten verbunden. Im Krisenaufschubsystem unserer Tage geht der mit Kreditbeziehungen untrennbar verknüpfte Reichtumstransfer aber inzwischen in die entgegengesetzte Richtung. Die Zinssätze, zu denen die Geschäftsbanken von den Zentralbanken Kredite erhalten, sind in den letzten Jahren so weit herabgesetzt worden, dass zumindest inflationsbereinigt die Geschäftsbanken einen geringeren Betrag als die ursprünglich

[20] In der Regel müssen die Geschäftsbanken Wertpapiere als Sicherheit für die von der Zentralbank gewährten Kredite hinterlegen.

ausgeliehene Summe an die Zentralbanken zurückzahlen müssen.[21] Am Ende der Kreditbeziehung ist also sogar noch abstrakter Reichtum an den Kreditnehmer abgetreten worden.

Die neue führende Rolle der Zentralbanken bei der Erzeugung fiktiven Kapitals steigert die Fähigkeit des Gesamtsystems, künftigen Wert vorab in gesellschaftliches Zusatzkapital zu verwandeln, enorm. Allerdings hat diese Art der Rettung gewisse Schönheitsfehler. Zunächst einmal sind selbstverständlich auch die bereits in Public-Private-Partnership erzeugten Spekulationsblasen nicht für die Ewigkeit gemacht. Ob die Erschütterungen an den chinesischen und brasilianischen Börsen im Jahr 2016 schon Vorboten des nächsten großen Einbruchs sind oder nicht, früher oder später werden die Blasen platzen. Zum anderen hat die neue Krisenlösung, eine Art »Finanzmarktkommunismus« zugunsten der Geschäftsbanken, den Pferdefuß, dass sie den Krisenprozess um eine neue Dimension bereichert: Die Entwertung wird dadurch in die Zukunft verschoben, dergestalt dass ein wachsender Teil des Entwertungsbedarfs vom privaten fiktiven Kapital auf die allgemeine Ware übertragen wird. Dieser Preis ist allerdings erst dann zu entrichten, wenn auch die gestützte Variante des inversen Kapitalismus an seine Grenzen stößt und die im Gefolge der unkonventionellen Geldpolitik notdürftig wieder in Gang gekommene Dynamik privater fiktiver Kapitalschöpfung erlahmt.

---

21 Die Leitzinsen der US-amerikanischen FED lagen bereits Ende 2008 bei 0,13% und wurden Ende 2015 auf 0.38% angehoben. In den anderen westlichen Ländern sind die Leitzinsen in den letzten Jahren immer wieder abgesenkt worden. In Großbritannien liegt der Leitzins derzeit bei einem Rekordtief von 0.25%, in Japan bei 0.05% und bei der EZB bekommen die Geschäftsbanken Geldkapital für einen Zinssatz von 0.00%. Wer glaubt, weniger ginge nicht, wird durch das Beispiel der Schweiz eines Besseren belehrt: Dort liegt der Leitzins inzwischen bei -0,75%. Vgl. `http://www.finanzen.net/leitzins/`

7. China als ideeller Gesamtkapitalist

Der Entwicklungsspielraum, den die Politik dem Kapitalismus mit dem Übergang zur Public-Private-Partnership bei der Erzeugung fiktiven Kapitals verschafft hat, ist beträchtlich, aber auch nicht unbegrenzt. Es wäre eine eigene theoretische Aufgabe, diesen genauer abzuschätzen. Diese Frage werde ich an dieser Stelle nicht weiterverfolgen, weil ein anderes Problem zunächst einmal von größerer praktischer Bedeutung ist. Um den theoretisch vorhandenen Akkumulationsspielraum bis zum letzten auszureizen, müsste die Politik bis zum bitteren Ende einen vom weltkapitalistischen Gesamtstandpunkt »rationalen« Kurs durchhalten, wenn man das Wort »rational« im Zusammenhang mit einem durch und durch irrationalen System überhaupt benutzen darf. Das mag im Großen und Ganzen in den letzten drei Jahrzehnten der Fall gewesen sein, es gibt aber gute Gründe, diese Linie nicht einfach in die Zukunft zu verlängern. Gerade weil die Politik heute weit mehr in der Pflicht ist als in der Zeit der sich selbsttragenden Akkumulation von fiktivem Kapital, besteht die Gefahr, dass sie sich an der Sachzwanglogik und den Gesetzmäßigkeiten des fiktiven Kapitals versündigt. Der Übergang zur gestützten Akkumulation von fiktivem Kapital schafft nämlich neue, bisher unbekannte Widersprüche, die das kapitalistische Weltsystem zu zerreißen drohen. Zum einen gewinnen die strukturellen Interessengegensätze zwischen den verschiedenen kapitalistischen Kernländern eine bis dato unbekannte Schärfe. Der Zwang bei der globalen Krisenverwaltung zu kooperieren, kollidiert insbesondere mit den Sonderinteressen der Weltregionen mit Gläubigerstatus, wie wir gleich sehen werden. Zum anderen lassen sich die Aufgabe der Politik bei der Krisenverwaltung immer schlechter mit ihrer ideologischen Integrationsfunktion unter einen Hut bringen.

Weiter oben wurde schon darauf hingewiesen, dass der inverse Kapitalismus an eine bestimmte internationale Arbeitsteilung gebunden ist. Das Kapital kann global akkumulieren, weil Staaten wie die USA Waren 2ter Ordnung exportieren und im Gegenzug andere Weltregionen erfolgreich Waren 1ter Ordnung ausführen. Solange die Renditeerwartungen privater Anleger den Import fiktiven Kapitals in Gang setzen und am Laufen halten konnten, beschränkte sich der

Beitrag der internationalen Politik zur Herstellung dieser Win-Win-Situation darauf, alle dem freien Fluss des fiktiven Kapitals im Wege stehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen (etwa Kapitalverkehrskontrollen). Als die privaten Renditeerwartungen 2008 reihenweise platzten, waren die Staaten und Zentralbanken der Importeure von fiktivem Kapital gefordert. Wenn der Motor der Weltkonjunktur der Austausch von Waren 1ter Ordnung gegen Waren 2ter Ordnung zwischen verschiedenen Weltregionen ist, dann heißt die Weltwirtschaft retten, diesen Austausch aufrechterhalten, und dazu müssen in der Krisensituation die staatlichen Institutionen der Gläubigerländer für die Privatwirtschaft in die Bresche springen. Sie müssen in irgendeiner Form die Haftung für die Schulden der Partner übernehmen und zu Notankäufen von ausländischen Schuldtiteln schreiten. Damit das weltwirtschaftliche Gefüge nicht einstürzt, genügen also auf den jeweiligen volkswirtschaftlichen Rahmen beschränkte Bad Banks nicht; damit zumindest die für das kapitalistische Weltsystem unverzichtbaren Schuldner-Volkswirtschaften nicht wegbrechen, bedarf es so etwas wie eines grenzüberschreitend operierenden Bad Bank-Systems.

Gerade was den wichtigsten Kooperationszusammenhang – den transpazifischen – angeht, klappte in der akuten Krisensituation 2008/2009 das internationale Krisenmanagement erstaunlich gut. Damals drohte nach der Lehman Brothers-Pleite eine allgemeine Fluchtbewegung von privatem Geldkapital aus den USA, die nicht nur den USA den Todesstoß versetzt hätte, sondern auch die ostasiatische Exportmaschine schlagartig zum Erliegen gebracht hätte. In dieser angespannten Situation ging vor allem China, der wichtigste Gläubiger der USA, bei der Einrichtung eines transnationalen Bad Bank-Systems mit gutem Beispiel voran. Die chinesischen Staatsfonds agierten konsequent antizyklisch und steigerten noch einmal ihr US-Engagement. Sie mutierten zur wichtigsten inoffiziellen Bad Bank für US-amerikanische Staatspapiere.[22] In diesem histori-

[22] Anfang 2013 besaß China US-Staatsanleihen in Höhe von 1,2 Billionen Dollar. http://www.welt.de/finanzen/article12668190/USA-schulden-China-deutlich-mehr-Geld-als-bekannt.html

schen Augenblick handelte die chinesische Regierung so, als wäre sie von einem globalen »ideellen Gesamtkapitalisten« beauftragt worden.

Warum die chinesische Führung derart »altruistisch« verfuhr, lässt sich allerdings leicht erklären: Ihr Eigeninteresse fiel in dieser spezifischen Situation mit dem kapitalistischen Gesamtinteresse in eins. Ein Zusammenbruch der US-amerikanischen Verschuldungswirtschaft hätte Chinas Wirtschaft doppelt getroffen. Zum einen wären die Exportindustrien in eine schwere Krise gestürzt, zum anderen hätte das eine Entwertung der bereits im chinesischen Besitz befindlichen US-amerikanischen Papiere nach sich gezogen. Vor diesem Hintergrund entschied sich Chinas Regierung für das geringere Übel und stützte das System auch auf die Gefahr hin, zu einem späteren Zeitpunkt auf einem noch höheren Berg von Schrottpapieren sitzen zu bleiben.

Der Übergang zu einer transnationalen Public-Private-Partnership bei der Produktion von fiktivem Kapital wurde im Falle Chinas sicherlich dadurch erleichtert, dass es sich aufgrund des staatskapitalistischen Charakters dieses Landes erübrigt, neue Akteure ins Spiel zu bringen. Die chinesischen Staatsfonds taten, was sie vorher auch getan hatten, und kauften US-amerikanische Schuldtitel. Nur das treibende Motiv hatte gewechselt. An die Stelle des Renditeinteresses waren die Notwendigkeiten der Krisenverwaltung getreten.

Die Bereitschaft der chinesischen Regierung letztlich verlorenem Geld noch mehr Geld hinterherzuwerfen, wurde insofern nicht weiter strapaziert, als im Gefolge der Intervention die private Nachfrage nach US-amerikanischen Papieren sich relativ schnell wieder erholte. Die chinesischen Staatsfonds mussten also nicht permanent Papiere nachkaufen, die dauerhaft auf Talfahrt gewesen wären. Sie konnten in der Zwischenzeit ihr US-Engagement sogar etwas zurückfahren. Sollte der nächste Krisenschub abermals von den USA seinen Ausgang nehmen, steht es in den Sternen, ob China, als nach wie vor größter Gläubiger der USA noch einmal den Retter in der Not spielt. Seit dem Crash von 2008 ist die innerchinesische Produktion von fiktivem Kapital explodiert. Das hat zum einen die Abhängigkeit des Landes von der US-Konjunktur etwas relativiert, zum anderen hat die chinesische Führung alle Hände voll damit zu tun,

das Platzen der entstandenen Blasen hinauszuschieben. Beides macht es eher unwahrscheinlich, dass Chinas Staatsfonds im Bedarfsfall noch einmal für das fliehende private Geldkapital der Welt in die Bresche springen.

8. Europa zentrifugal

Auch in der Eurozone hat sich – wenn auch in kleinerem Maßstab als im pazifischen Raum – eine Arbeitsteilung zwischen Staaten herausgebildet, die Waren 1ter Ordnung exportieren und solchen, die Waren 2ter Ordnung exportieren. In den Nullerjahren profitierten der Süden Europas und Länder wie Irland erheblich von der Gemeinschaftswährung, weil sie zu attraktiven Anlagestandorten für das Finanzkapital aufstiegen. In Irland expandierte der Bankensektor extrem stark, während Spanien einen Immobilienboom erlebte. Standorte mit starker Industrie, wie vor allem Deutschland, profitierten wiederum vom finanzkapitalistischen Boom, weil er ihnen expandierende Absatzmärkte verschaffte.

Als in Europa das private Geldkapital sich im Gefolge des Crashs von 2008 aus dem Süden zurückzog, gestaltete sich der Übergang zu einem gestützten System fiktiver Kapitalschöpfung weit friktionsreicher als im Verhältnis zwischen den USA und Ostasien. Zudem blieb die neue Ordnung dauerhaft prekär. Anders als in China gab es 2008 in Europa keine Staatsfonds, denen die europäische Administration die Order zu einer Aufkaufpolitik hätte geben können. In der Gestalt des ESFS (European Financial Stability Facility) bzw. seines Nachfolgers des ESM (European Stability Mechanism) mussten erst neue suprastaatliche Institutionen für die Sicherstellung der Geldkapitalversorgung in den Krisenländern geschaffen werden. Das war aber noch das geringste Problem. Schwerer wog, dass Europas »Reich der Mitte« sich wesentlich weniger kooperativ zeigte als China. Die deutsche Regierung fand sich nur sehr zögerlich und unter der Bedingung harscher Auflagen dazu bereit, die Zahlungsfähigkeit der südeuropäischen Partnerländer zu garantieren.

Beim Kriseneinbruch waren die deutschen Geschäftsbanken noch in großem Stil in Südeuropa engagiert. Die dortige Finanzmarktmalaise drohte deshalb unmittelbar auf das hiesige Bankensystem zurückzuschlagen. Vor diesem Hintergrund hatte die Merkel-Regierung in der akuten Krisensituation gar keine andere Wahl, als die Rettung des südeuropäischen Bankensystems mitzutragen. Nachdem Europas öffentlicher Sektor das private Bankensystem von der Last der von Entwertung bedrohten Eigentumstitel südeuropäischer Provenienz weitgehend befreit hatte, war diese Rückschlaggefahr im Wesentlichen gebannt. Das bremste merklich die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Bonitätsweitergabe an die Partnerländer zu verstetigen, wie vor allem die Debatte um die Eurobonds dokumentiert, und machte das Verhältnis zwischen den Geber- und Nehmerländern höchst konfliktträchtig. Solange eine mögliche Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und anderer südeuropäischer Staaten das europäische Finanzsystem insgesamt bedrohte, zwang ihr Eigeninteresse die Geberländer zum Entgegenkommen. In dem Maß wie die deutschen, österreichischen und holländischen Geschäftsbanken ihre Risiken schon ausgelagert hatten, geriet Südeuropa Deutschland und Co. gegenüber in eine miserable Verhandlungsposition. Auf frisches Geldkapital angewiesen, aber in ihrer Malaise für Deutschland momentan nur bedingt systemrelevant, konnte die Merkel-Regierung die Bedingungen für den für die südeuropäischen Partnerländer unabdingbaren Bonitätstransfer nach ihrem Gusto diktieren. Vor allem für Griechenland galt das Motto »Friss oder stirb!«.

Aber nicht nur die Krisenländer leiden unter den Versuchen der deutschen Regierung sich aus der Haftungsgemeinschaft mit den Partnerländern herauszustehlen. Auch vom Standpunkt des europäischen Gesamtzusammenhangs ist der nur verzögerte Bonitätstransfer kontraproduktiv, weil er die Gesamtkosten der Refinanzierung unnötigerweise in die Höhe treibt. Entscheidend sind in diesem Zusammenhang die Zinsen, die die notleidenden Staaten bieten müssen, um ihre Staatspapiere noch abzusetzen. Besonders extrem ist das griechische Beispiel. Entscheidend sind in diesem Zusammenhang die Zinsen, die die notleidenden Staaten bieten müssen, um ihre Staatspapiere noch abzusetzen. Besonders ex-

trem ist das griechische Beispiel. Als 2012 unklar war, ob die Partnerländer den Staatsbankrott in Kauf nehmen würden, kletterten die Zinsen für 10-jährige griechische Staatsanleihen auf bis zu 28 %, und auch 2015 lagen sie, nach einer zwischenzeitlichen Senkung, infolge der brutalen Politik Schäubles gegenüber der Syriza-Regierung wieder über 10 %. Aber auch die Kosten für die Refinanzierung der portugiesischen, spanischen und italienischen Staatsschulden wären mit Eurobonds deutlich niedriger ausgefallen als bei einem System, das formell am Prinzip der nationalen Zurechnung von Staatsschulden festhält, um es im Fall akuter Krisenschübe dann doch nicht durchhalten zu können.

Seit 2010 geistert als Synonym für die Eurokrise der Begriff der »Staatsschuldenkrise« durch die hiesigen Gazetten. Diese Bezeichnung hat insofern ein empirisches Substrat, als die Staatsverschuldung mit dem Krisenschub von 2008 und der Überführung der nicht realisierbaren Schuldtitel der Geschäftsbanken in öffentliches Eigentum in allen kapitalistischen Ländern einen gewaltigen Sprung nach oben gemacht hat – auch in den hierzulande seitdem als die »PIIGS«-Länder denunzierten Euro-Mitgliedsstaaten. Trotzdem handelt es sich beim Ausdruck Staatsschuldenkrise um eine irreführende Namensgebung. Zum einen ist in ihr ausgelöscht, was die Staatsverschuldung nach 2008 nach oben katapultiert hat, nämlich das »Marktversagen«, das die Staaten gezwungen hat, in die Bresche zu springen; vor allem aber vernebelt er, was »Krisenländer« und Gewinnerregionen der frühen 2010er-Jahre tatsächlich voneinander unterscheidet. Anders als der Ausdruck Staatsschuldenkrise suggeriert, hängt es mitnichten vom absoluten Stand der Staatsverschuldung ab, ob ein Land mit einer manifesten Krise zu kämpfen hat oder zurück in die Wachstumsspur fand. Für den Standorterfolg war vielmehr entscheidend, ob ein Land hinlänglich am neuen Zyklus der Bildung von fiktivem Kapital profitiert oder nicht.[23]

[23] Nur zum Vergleich: Japans Staatsverschuldung stieg zwischen 2007 und 2014 von 183% auf 246% des BIP. (http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152666/umfrage/staatsverschuldung-japans-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/) In Griechenland wuchs sie im gleichen Zeitraum angesichts eines dramatisch schrumpfenden Bruttoinlandsprodukts von 107% auf 174%. (http://de.statista.com/statistik/daten/studie/

Im Zeitalter des inversen Kapitalismus kann sich das kapitalistische Weltsystem von den Einbrüchen bei der Kapitalakkumulation nur erholen, wenn an die Stelle der geplatzten Spekulationsblasen neue und größere treten. Der Wechsel der Anlagefelder für die Basisware Geldkapital geht häufig mit einer Verschiebung der jeweiligen Wettbewerbspositionen verschiedener Standorte einher. An der Aufschwungdynamik partizipieren primär jene Weltregionen, die die realwirtschaftlichen Hoffnungsträger für den neuen Boom stellen sowie Standorte, die die für den neuen Hoffnungsträgerbereich notwendigen Investitionsgüter erzeugen.

In Europa ging in dieser Hinsicht der Boom der frühen 2010er-Jahre mit einer extremen Polarisierung einher. Südeuropa zählte zu den eindeutigen Verlierern. Während Länder wie Spanien oder Irland im vorhergehenden Zyklus gut mit im Geschäft gewesen waren, ging der Aufschwung ab 2010, sowohl was die Gütermarktwaren als auch die Kapitalmarktwaren betraf, voll an dem vorbei, was diese Regionen Europas aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur zu bieten hatten. Das gilt besonders für Griechenland. Dort hatte sich schon in den Nullerjahren die Beteiligung des privaten Sektors an der Emission von Eigentumstiteln in engen Grenzen gehalten, und das Land hatte von der Euro-Einführung nur insofern profitiert, als der Staat sich zu günstigen Konditionen verschulden konnte. Private Hoffnungsträger, auf die sich das fiktive Kapital richten konnte, waren Mangelware.

Ein ganz anderes Bild bot sich indes nördlich der Alpen. Die Veränderungen, die das weltwirtschaftliche Gefüge in den frühen 2010er-Jahren durchmachte, waren Deutschlands Wirtschaftsstruktur wie auf den Leib geschneidert. Viele

---

167463/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/) Trotzdem steckt nur Griechenland in der Staatsschuldenkrise, Japan aber nicht. Was macht den Unterschied? Fiktives Kapital japanischer Provenienz findet private Abnehmer, wie sich am Steigen des Nikkei-Index von 7568 Punkten im Februar 2009 auf über 20000 Punkte im Mai 2015 festmachen lässt. (http://www.finanzen.net/index/Nikkei_225/Historisch) Griechenland dagegen blieb für das Anlage suchende private Geldkapital mehr oder minder eine No-Go-Area.

Jahrzehnte hatte dieser Standort mit seinem vergleichsweise schwach entwickelten Dienstleistungssektor und seiner einseitig auf die industrielle Produktion ausgerichteten Exportwirtschaft als rückständig gegolten. Nun jedoch verwandelte sich genau diese vermeintlich anachronistische Ausrichtung in einen Wettbewerbsvorteil sondergleichen. Mit seiner Investitionsgüterindustrie wie dem Maschinenbau war das Land dazu prädestiniert, von den gigantischen Infrastrukturmaßnahmen der BRIC-Staaten zu profitieren, die vom 2008er-Crash nicht so stark getroffen worden waren (wie Brasilien) oder die wie China die Konjunktur durch die interne Schöpfung von fiktivem Kapital ankurbelten. Gleichzeitig stieg der Kapitalmarktstandort Deutschland zum neuen Mekka des Fluchtkapitals auf. Das Land wurde dafür belohnt, dass es in den Nullerjahren von der Akkumulation des fiktiven Kapitals, hauptsächlich vermittelt über die induzierte Wertproduktion, also über die Belieferung der Märkte mit Gütermarktwaren, profitiert hatte. In der verqueren Wahrnehmung der öffentlichen Meinung und des sogenannten ökonomischen Expertentums stellte sich dies so dar, als sei die deutsche Wirtschaft »solide« geblieben, und deswegen gilt sie nun als sicherer Hafen für Geldkapital aus aller Welt, das massenhaft zuströmt (und übrigens hier u.a. die Immobilienspekulation massiv anheizt).[24]

Auch ein staatenübergreifendes Bad Bank-System hat eine absolute Schranke. Diese wäre erreicht, wenn die Haftungsübernahme für die Schuldnerländer auf die Stellung der Geberländer auf den Kapitalmärkten zurückschlüge. Der Euro-Raum ist von diesem Punkt allerdings weit entfernt. Solange der gegenwärtige Zyklus währt, verfügt Europas »Reich der Mitte« als das Gewinnerland par excellence im neuen weltumspannenden System der Public-Private-Partnership über ein beeindruckendes Potential zur Mobilisierung fiktiven Kapitals. Seine privilegierte Stellung in der derzeitigen globalen Arbeitsteilung würde es

[24] Besonders deutlich lässt sich das an der Rendite für deutsche Staatspapiere ablesen. So schreibt das Handelsblatt am 27.5.2013: »Einen Zins von 0.0011 Prozent verlangen Investoren, wenn sie dem Bund Geld leihen. Die Nachfrage nach Staatspapieren steigt, obwohl die Minizinsen den Inflationsverlust nicht kompensieren können.« http://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/anleihen/deutsche-staatspapiere-bund-finanziert-sich-zum-mini-zins/8260406.html

ihm ohne Weiteres erlauben, durch einen großzügigeren Bonitätstransfer das Wohlstandsniveau der Partnerländer zu sichern, statt Ländern wie Griechenland einen Verarmungsschub zu oktroyieren, ohne dass dies sich negativ auf die Attraktivität als Anlagestandort für Geldkapital auswirken würde.[25] Denkt man über den gegenwärtigen Zyklus hinaus, dann erweist sich eine Austeritätspolitik erst recht als wenig funktional. Angesichts des Entwertungsbedarfs, vor dem die Weltwirtschaft insgesamt und ihr derzeitiges Lieblingskind stehen, ist das Fälligwerden der akkumulierten Bürgschaften für die Partnerländer ungefähr genauso bedrohlich wie ein tropfender Wasserhahn angesichts eines Rohrbruchs.

Der Übergang zum System der Public-Private-Partnership bei der Produktion fiktiven Kapitals hat Deutschland zwar das Potential verschafft, die Geldkapitalversorgung der Partnerländer sicherzustellen, zum Schaden der südeuropäischen Euro-Länder hat er aber noch eine weitere Konsequenz. Er hat die deutsche Regierung von dem unmittelbaren Zwang befreit, dieses Potential auch in hinlänglichem Umfang abzurufen. Europas Reich der Mitte befindet sich den PIIGS-Staaten gegenüber in einer völlig anderen Situation als Asiens Reich der Mitte gegenüber den USA während des Krisenschubs 2008/2009. China musste damals aus purem Eigeninteresse den amerikanischen Partner retten. Dagegen beeinträchtigt das Elend der Partner den hiesigen Standort vorderhand nicht weiter. Zum einen hat, wie schon erwähnt, der drohende Staatsbankrott von

[25] Der DGB machte sich für einen erhöhten Bonitätstransfer stark und präsentierte 2012 einen klassisch keyesianisch orientierten »Marshallplan für Europa«. Dieser sah jährliche Investitionen von 150 Mrd Euro vor, die vor allem einer europäischen Energiewende dienen und mit der Ausgabe von Eurobonds finanziert werden sollten. Was die dauerhaften Wachstumseffekte angeht, lief dieser Plan natürlich auf eine Milchmädchenrechnung hinaus. Ein dauerhaftes selbsttragendes Wachstum würde sich in Europa selbstverständlich genausowenig einstellen wie in China, wo die Führung als Antwort auf den Krisenschub von 2008 die größte Investitionsruinenlandschaft aller Zeiten aus den Boden stampfen ließ. Finanzierbar wären die vom DGB vorgeschlagene Programme aber durchaus gewesen und erst recht natürlich Programme, die sich auf die für die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung relevanten Sektoren konzentrieren und die sich bei der Mobilisierung von fiktivem Kapital nicht erst mit hohlen Wachstumsversprechen legitimieren.

Ländern wie Griechenland mit der Übertragung der entwertungsbedürftigen Papiere von den Geschäftsbanken auf den öffentlichen Sektor für die Finanzmärkte viel von seinem Schrecken verloren. Zum anderen hat der Export von Gütermarktwaren in die europäischen Partnerländer für Deutschland nach dem Krisenschub von 2008 gegenüber der vorhergehenden Periode erheblich an Bedeutung eingebüßt. Spätestens seit 2010 überkompensieren die Exporte in die USA und vor allem in die BRIC-Staaten die rückläufigen Exporte in den Euro-Raum. Dank der Verschuldungsoffensive der USA und der Länder in Fernost brummt die deutsche Wirtschaft derart, dass hierzulande gegen den allgemeinen Trend die Staatsverschuldungsquote sogar rückläufig ist. Vor diesem Hintergrund fällt es leicht, gegenüber den europäischen Partnern sich als die Inkarnation einer soliden Haushaltspolitik zu gebärden.

9. Der drohende Zerfall des Weltkapitals

Mit der Etablierung eines Systems der Public-Private-Partnership bei der Produktion fiktiven Kapitals haben die Regierungen und Zentralbanken die private Kapitalakkumulation vor dem drohenden Kollaps gerettet und ihr einen neuen Spielraum eröffnet. Es wäre eine eigene, noch zu leistende theoretische Aufgabe, dessen Reichweite zu bestimmen. Dieser Beitrag spart diese genuin akkumulationstheoretische Frage aus zwei Gründen aus. Zum einen würde er von der Fragestellungen unseres Textes, wegführen, die da lautet: Wie ist im Lichte der Theorie des inversen Kapitalismus das Verhältnis von Politik und Ökonomie zu bestimmen, und wie gestaltet es sich in den verschiedenen Phasen konkret? Zum anderen ist ein damit verbundenes Problem von eminenter praktischer Bedeutung: Kann die Politik ihr volles Krisenverschiebungspotential überhaupt ausreizen?

Ein grundlegendes Problem war bereits weiter oben implizit Thema: Im Gegensatz zum Markt, der sich längst zum Weltmarkt entfaltet hat, bleibt die Politik an den nationalstaatlichen Bezugsrahmen gebunden. Das Wohlergehen des jeweiligen Standorts, nicht die Maximierung der globalen Akkumulation

des Weltkapitals bildet das Ziel allen politischen Handelns. Diese Asymmetrie im Verhältnis von Politik und Markt wird seit vielen Jahren unter dem Aspekt diskutiert, dass sie die Handlungsspielräume der Politik begrenzt und sie zum Wohlverhalten gegenüber dem Markt verpflichtet. Im Zeitalter der staatlich gestützten Akkumulation von fiktivem Kapital gewinnt sie aber noch eine Zweitbedeutung. Das Fehlen einer abstrakten Allgemeinheit, die das Gesamtinteresse des Weltkapitals repräsentiert und dieses im Bedarfsfall gegen die Konkurrenzinteressen der verschiedenen Standorte durchsetzen könnte, macht die Rettung der Kapitalakkumulation durch das System der Public-Private-Partnership zu einer hochprekären Angelegenheit. In dem Maß wie sich die inneren Widersprüche des neuen Krisenverschiebungssystems entfalten und heranreifen, wird es für die Politik zunehmend schwieriger, sich auf die für die Aufrechterhaltung der globalen Kapitalakkumulation eigentlich notwendigen Maßnahmen durchzuringen. Nach der Lehman Brothers-Pleite erwuchsen daraus noch keine Störungen, weil die Sonderinteressen der zentralen kapitalistischen Staaten und die für die Aufrechterhaltung des globalen Akkumulationsprozesses notwendigen Maßnahmen synchron liefen.

Schon beim nächsten Crash ist es sehr fraglich, ob die Regierungen und Zentralbanken noch einmal wie 2008/2009 zu einer konzertierten Aktion zusammenfinden. Vor allem ein Damoklesschwert schwebt seit dem letzten Krisenschub über der Weltwirtschaft: die Abhängigkeit des inoffiziellen transnationalen Bad Bank-Systems vom »Altruismus« der Regierungen des wichtigen Gläubigerlandes. Wird China, das beim letzten Einbruch die Hauptlast der Rettung trug und auch weitertragen muss, noch einmal für die USA als »Lender of the last resort« einspringen? Angesichts der gigantischen internen Spekulationsblase liegt für die chinesische Führung eigentlich eine Prioritätenverschiebung nahe. Falls der nächste Crash abermals von den USA seinen Ausgang nimmt, ist es angesichts der unglaublichen Masse an entwertungsbedürftigen chinesischen Eigentumstiteln eher unwahrscheinlich, dass Chinas Regierung die heimischen Staatsfonds noch einmal dazu nötigt, die Gläubigerposition gegenüber den USA antizyklisch auszubauen. Sollte China selber zum Epizentrum des nächsten

Weltmarktbebens werden, ist die Lage genauso gefährlich. Der Ausfall der Volksrepublik als Konjunkturlokomotive stellt dabei noch das geringere Problem dar. Sollte der chinesische Player, bei dem sich rund ein Drittel der akkumulierten US–amerikanischen Staatsschuld angesammelt hat[26], der naheliegenden Versuchung unterliegen, zusätzliches Geldkapital für den inneren Markt durch den Verkauf US–amerikanischer Eigentumstitel zu mobilisieren, droht der Einsturz der gesamten internationalen Finanzarchitektur.

Aber nicht nur die Sonderinteressen der Gläubigerländer könnten die Politik von der vollständigen Ausschöpfung ihres Krisenverschiebungspotentials abhalten. Gefahr droht auch noch von einer ganz anderen, ungewohnten Seite. Die Sicherstellung der Kapitalakkumulation ist zwar die Grundvoraussetzung des modernen bürgerlichen Staates, aber selbstverständlich hat sich die Politik noch anderen Anforderungen zu stellen. Zu ihren zentralen Aufgaben gehört u.a. die ideologische Integration der Gesellschaft. Im politischen Richtungsstreit haben diejenigen Gruppierungen einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil, denen es am besten gelingt, an den Deutungsmustern der gesellschaftlichen Entwicklung anzuknüpfen, die das warengesellschaftlich zugerichtete Bewusstsein gerade besonders plausibel findet. Mit dem Übergang zu einem System, in dem die Staaten und Zentralbanken die Produktion von fiktivem Kapital massiv stützen und aktiv fördern müssen, gerät die Politik aber in einen unauflösbaren Zielkonflikt zwischen ökonomischem Sachzwang einerseits und den legitimationspolitischen Erfordernissen andererseits. Es besteht eine enorme Spannung zwischen den Krisenverarbeitungsideologien und den Aufgaben, die die Politik erledigen muss, um den globalen Akkumulationsprozess zu retten. Folgt man der gängigen Deutung des Krisengeschehens, dann stellt die Entfesselung der Finanzmärkte und das Ingangsetzen der Verschuldungsspiralen die für die weltwirtschaftliche Malaise verantwortliche Ursünde dar. Das Heil kann in dieser Sicht nur in der Wiederherstellung des Primats des Realkapitals liegen. Um sich und die herrschende Wirtschaftsweise zu legitimieren, muss die Politik dieser irrigen Vorstellung Rechnung tragen und sich zumindest offizi-

[26] Ein weiteres Drittel besitzt die FED; der Rest befindet sich in Streubesitz.

ell das phantasmagorische Ziel setzen, die aufgeblähten Finanzmärkte auf ein vermeintlich gesundes Maß zurückzuführen und die Schuldenakkumulation zu begrenzen. Das heißt aber nichts anderes, als dass die ideelle und die reelle Pflicht der Krisenverwaltungspolitik miteinander ins Gehege kommen. Solange die Politik einen Kurs einschlägt, der offensichtlich dem, was sie predigt, diametral entgegengesetzt ist, arbeitet sie an ihrer Delegitimierung. Versucht sie den ideologischen Verlautbarungen Taten folgen zu lassen, ist sie drauf und dran, zu einer krisenverschärfenden Kraft zu mutieren.

10. Das Finanzkapital – der Retter als Sündenbock

Spätestens seit dem großen Krisenschub von 2008 hat sich der Alltagsverstand angesichts der ökonomischen Verwerfungen auf die Finanzsphäre als Verursacher der ganzen Malaise eingeschossen. Die Gier der Spekulanten und die Verschuldungswut sollen für die ökonomische Krise verantwortlich sein. Ein Grund für das automatische Einrasten dieses Deutungsmuster ist sicherlich im Ablauf der akuten Wirtschaftskrise zu suchen. Schon im klassischen Kapitalismus, der noch auf Wertverwertung gründete, nahmen die akuten Krisenschübe vom Finanzüberbau ihren Ausgang. Das gilt erst recht für die manifesten Kriseneinbrüche im inversen Kapitalismus, und der bisher dramatischste unter ihnen, der Einbruch von 2008, macht da selbstverständlich keine Ausnahme. Einem oberflächenfixierten Bewusstsein verwandelt sich die Sphäre, in der der Auslöser des Wirtschaftseinbruchs angesiedelt ist, im Handumdrehen in deren Ursache. Wichtiger ist aber ein anderer Gesichtspunkt. Wie schon Marx in seiner Auseinandersetzung mit der klassischen Ökonomie klarlegte, bauen die gängigen Vorstellungen einer auf Warenproduktion ausgelegten Wirtschaftsweise auf mystifizierenden Grundannahmen über das Wesen von Ware und Geld auf. Das herrschende Denken erkennt fälschlicherweise im Gebrauchswert die wesentliche Bestimmung der Ware und in der Gebrauchsgütererzeugung den eigentlichen Inhalt der Warenökonomie. Der Tauschwert, der wirkliche Inhalt des warengesellschaftlichen Reichtums, dessen Mehrung der einzige Zweck al-

len Wirtschaftens darstellt, wird demgegenüber »als etwas ganz Gleichgültiges oder der Natur der Ware selbst Äußerliches« (MEW 23, S. 95) behandelt und dementsprechend auch das Geld, die verselbständigte Erscheinungsform des Tauschwerts, als ein rein technisches Mittel missverstanden. Es hat angeblich keinen anderen Zweck als den, als »Schmiermittel der Wirtschaft« (David Hume) den Güterverkehr in einer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft zu erleichtern. Vor dem Hintergrund dieses auf dem Kopf stehenden Bildes der Warengesellschaft ist ein Wirtschaftszweig, der keinerlei Gütermarktwaren hervorbringt und sich ausschließlich mit Geld beschäftigt, immer suspekt. Vor allem wenn ausgerechnet dieser Sektor weit schneller wächst als alle anderen, kann diese Entwicklung eigentlich nur als Abweichung vom Pfad marktwirtschaftlicher Tugend erscheinen.

Die Aufblähung der Finanzindustrie hat dem Kapitalismus, der als Wertverwertungssystem schon Ende der 1970er-Jahre seine historische Schranke erreicht hatte, neue Entwicklungsspielräume eröffnet. Allerdings ist es mit der warengesellschaftlichen Basisideologie unvereinbar, dass aus dieser Art der Rettung des kapitalistischen Systems ein gesellschaftliches Programm würde, das sich offensiv vertreten ließe. Dementsprechend eigentümlich gestaltet sich das Verhältnis von Durchsetzungsideologie und tatsächlich ins Werk gesetzte Umwälzungsprozess schon bei der neoliberalen Revolution der frühen 1980er-Jahre. Wie weiter oben ausführlicher dargestellt, fügen sich die zentralen Punkte der Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung und der Reagan-Administration von den massiven Steuersenkungen für die Reichen, über die Privatisierungs- und die Hochzinspolitik bis hin zum US-Doppeldefizit (Haushaltsdefizit und Leistungsbilanzdefizit) und zur Finanzmarktderegulierung zu einer Art Gesamtpaket zur Herstellung idealer Bedingungen für eine sprunghafte Erweiterung der Erzeugung von fiktivem Kapital zusammen. Die monetaristische Wirtschaftslehre, die zur Rechtfertigung dieser Umwälzung im System des kapitalistischen Reichtums diente, erzählt eine ganz andere Geschichte. Das dominierende wirtschaftswissenschaftliche Konzept seiner Zeit, den Keynesianismus, bekämpfte Milton Friedman mit der höchst aufschlussreichen Argumentation: Keynes sei nur des-

halb auf die Idee verfallen, die Wirtschaft ließe sich mit geldpolitischen Mitteln stimulieren, weil er den »Geldschleier« nicht als solchen erkenne und stattdessen der Illusion aufsitze, dem Geld komme eine eigenständige Rolle zu. Mit einer keynesianischen Geldpolitik ließen sich aber nur Strohfeuer entzünden. Um nachhaltige Wachstumseffekte zu erzielen, müsse man einen ganz anderen Weg einschlagen und die realwirtschaftlichen Beziehungen an die Bedürfnisse des Realkapitals anpassen. Alle Versuche, außerhalb der Realwirtschaft den Hebel anzusetzen, seien vergebliche Liebesmüh.

Die Durchsetzungsideologie der neoliberalen Revolution, der Monetarismus, erklärt ausgerechnet das Zentrum der späteren realen marktradikalen Umstrukturierung zu einer Nebelwelt, von der abzusehen sei, um zu einem adäquaten Verständnis der relevanten ökonomischen Fragen zu gelangen. Verquerer könnte das Verhältnis von neoliberaler Ideologie und tatsächlicher neoliberaler Revolution kaum sein. Die monetaristischen Vordenker der neoliberalen Revolution hatten ausschließlich die Produktion von Gütermarktwaren im Auge, als sie den entfesselten Markt als die Ordnung abfeierten, die am allerbesten die Reichtumsproduktion fördert. Auf diesem Feld der Warenproduktion erwies sich dieser Anspruch aber als völlig haltlos. Bei der Erzeugung von Kapitalmarktwaren jedoch ist der entfesselte Markt dem alten keynesianischen Modell tatsächlich haushoch überlegen. Das neoliberale Reformprogramm hat den Eigentumstitelausstoß auf ein Niveau katapultiert, das unter den Bedingungen einer keynesianisch ausgerichteten Politik niemals zu erreichen gewesen wäre. Dieser Bereich gilt in der monetaristischen Theorie aber amüsanterweise als irrelevant.

11. Krisenverwaltung im Dilemma

Das herrschende Bewusstsein war in allen Phasen des inversen Kapitalismus blind für den Aufstieg der Finanzindustrie zur Basisindustrie des kapitalistischen Weltsystems. Diese Blindheit stellte für den Fortgang des Akkumulationsprozesses allerdings vor dem Krisenschub von 2008 aus einem einfach Grund

keine Gefahr dar. In den ersten Jahrzehnten des Zeitalters des inversen Kapitalismus hatte die Privatwirtschaft für die Absorption des fiktiven Kapitals gesorgt. Ob Geschäftsbanken, Versicherungen und Kleinanleger Eigentumstitel kaufen oder lieber abstoßen, hängt indes allein von den mit den Finanzmarktinvestitionen verbundenen Gewinnaussichten und Ausfallrisiken ab. Wenn sich die Kaufentscheidungen ausschließlich am Prinzip der privaten Profitmaximierung orientieren und die allgemein-gesellschaftliche Frage nach den gesamtökonomischen Wirkungen ihres Tuns für diese Finanzmarktakteure ohne jeden Belang ist, dann ist für den Fortgang des Akkumulationsprozesses umgekehrt auch ohne Belang, welche Vorstellungen sich die Anleger und das Publikum von den gesamtökonomischen Implikationen ihres Treibens machen mögen. Was die Zentralbanken und die öffentliche Hand betrifft, so ist dagegen die gesamtökonomische Wirkung der einzige Grund für eine Intervention in der Finanzsphäre. Übernehmen sie entwertungsbedürftiges fiktives Kapital in ihre Obhut, dann lässt sich dieser Schritt prinzipiell nur mit dem »wirtschaftlichen Gesamtinteresse«, also dem Fortgang der Akkumulationsbewegung rechtfertigen.

Nach der Lehman Brothers-Pleite fand sich die politische Krisenverwaltung damit in einem legitimationspolitischen Dilemma wieder. Auf der einen Seite musste sie erklären, warum der öffentliche Sektor gut daran tut, für die Verluste der Geschäftsbanken gerade zu stehen und zu deren Gunsten in das freie Spiel der Marktkräfte einzugreifen. Die Krisenverwaltung musste also explizit aussprechen, wo heute das Herzstück der Weltmarktgesellschaft liegt. Das neue geflügelte Unwort der »Systemrelevanz« steht für dieses Eingeständnis. Im Gegensatz zu allen Zweigen der Realwirtschaft ist ausgerechnet der hypertrophe Finanzsektor für das wirtschaftliche Ganze zu wichtig, als dass die Politik nach dem Lehman Brothers-Desaster noch den Konkurs einer weiteren Großbank hätte riskieren dürfen. Auf der anderen Seite hieß es, den ideologischen Konsens wahren und also die Fiktion vom prinzipiellen Primat der Realwirtschaft aufrechterhalten.

Um diesen Spagat hinzubekommen, bediente sich die Politik einer ebenso simplen wie wirkungsvollen Argumentation. Unter dem Motto »Außergewöhn-

liche Situationen erfordern außergewöhnliche Schritte« wurde die Rettung des Systems fiktiver Kapitalschöpfung durch den öffentlichen Sektor als eine befristete Ad hoc-Nothilfe verhandelt. Sobald sich die Lage beruhigt hätte, so das mit den Rettungsaktionen verkoppelte Versprechen damals, begänne die Reregulierung der hypertrophen Finanzmärkte und die Rückkehr zu einer »gesunden Marktwirtschaft«. Die Politik unterwarf sich also zwar vollständig dem ökonomischen Imperativ, das von der Dynamik des fiktiven Kapitals diktiert wurde, und übernahm die toxisch gewordenen Elementen des fiktiven Kapitals in staatliche Obhut. Legitimiert wurde dieses Vorgehen aber mit der Versicherung, der Finanzsektor würde später an die Kandare genommen und auf seine angeblich eigentliche Funktion als »Diener der Realwirtschaft« zurückgeführt.

Diese Auflösung des Widerspruchs von ökonomischem Sachzwang und Ideologie durch zeitliche Aufspaltung – ersterer soll in der Gegenwart gelten, letzterer in der phantasmagorischen Zukunft – hat allerdings einen Pferdefuß: Sie lässt sich nicht beliebig lange prolongieren. Schon ein uneinlösbares Versprechen taugt schlecht als dauerhafte Legitimationsgrundlage politischen Handelns; ein Versprechen aber, das permanent gebrochen werden muss, um das zu tun, was unter Gesichtspunkten der Krisenverwaltung getan werden muss, um den Laden am Laufen zu halten, stellt aber geradezu eine legitimations-ideologische Zeitbombe dar.

Dass diese bis dato nur tickt und noch nicht zündet, liegt in erster Linie daran, dass die Krisenverschiebungspolitik gegriffen hat. Aufgrund des neuerlichen Höhenflugs privater fiktiver Kapitalschöpfung blieb die Masse des in den öffentlichen Sektor ausgelagerten, toxischen fiktiven Kapitals begrenzt. In einigen Gewinnerländern – man denke nur an Deutschland – war die Dynamik privatwirtschaftlicher Akkumulation fiktiven Kapitals so stark, dass der Staat sein Engagement im heimischen Bankensektor vorerst sogar wieder drastisch reduzieren konnte.[27] Auch was den Widerspruch zwischen warengesellschaftli-

[27] Zu den Erfolgsgeschichten gehörte eine gewisse Zeit beispielsweise die Entwicklung bei der Commerzbank. 2009 hatte der Bund die Bank in der Form von stillen Einlagen mit 16,4 Milliarden € gestützt. Davon über-

cher Basisideologie und ökonomischem Sachzwang angeht, steht die eigentliche Belastungsprobe für das System des Public-Private-Partnership erst dann ins Haus, wenn die Ersatzblasen platzen und der öffentliche Sektor der kapitalistischen Kernstaaten ein zweites Mal nach 2008/2009 zur großen Bankenrettung aufgefordert ist, und das mit viel höherem Einsatz als damals.

12. Die Zentralbanken und ihr legitimationspolitischer Kredit

Aufseiten der staatlichen Institutionen bilden die Zentralbanken den Dreh- und Angelpunkt im neuen System der Public-Private-Partnership bei der Vermehrung des fiktiven Kapitals. Was die nationalstaatlichen Stützungsmaßnahmen angeht, musste sowohl in Europa als auch in den USA die Krisenverwaltung nur in den beiden ersten Jahren des Krisenschubs mit der Bankenverstaatlichung auf ein Instrument zurückgreifen, das in den Zuständigkeitsbereich der Regierungen und Parlamente fällt. Auch dieser Umstand erklärt mit, warum sich der Widerspruch zwischen ökonomischem Sachzwang und Ideologie noch nicht schärfer zugespitzt hat. Der Alltagsverstand ist zwar darauf geeicht, der Exekutive und der Legislative auf die Finger zu schauen und deren Tun und Lassen an den eigenen Vorstellung zu messen. Das Zentralbanktreiben liegt aber außerhalb des üblichen Aufmerksamkeitsbereichs. Die Währungshüter werden als eine über den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen schwebende Instanz wahrgenommen und ihre Geldpolitik als eine mit rein technischen Fragen beschäftigte Geheimwissenschaft. In der Bundesrepublik ist dieser Zug besonders ausgeprägt. Hierzulande gehörte es viele Jahrzehnte zur Tradition, dass sich Politik und Öffentlichkeit dem Ratschluss der Bundesbank fraglos füg-

wies das Kreditinstitut bereits 2011 das Gros, nämlich 14,3 Mrd € zurück. http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/rettung-in-der-finanzkrise-commerzbank-zahlt-die-steuerzahler-aus-1.1623081

Inzwischen hat sich die Situation der Commerzbank allerdings wieder dramatisch verschlechtert.

ten. Diese sakrosankte Stellung ist nicht nur insofern auf die EZB übergegangen, als sie dem deutschen Vorbild nachkonstruiert wurde und weisungsunabhängig agiert. Auch wenn dieser Nimbus bröckelt, seitdem in Frankfurt nicht mehr die heilige D-Mark, sondern der Euro gehütet wird, ist er keineswegs verflogen. Es ist eine recht neue Entwicklung, dass die Schelte an die EU und ihren Institutionen die Notenbank nicht mehr ausnimmt.

Dass die öffentliche Wahrnehmung ausgerechnet die entscheidende Instanz und ihr Tun weitgehend ausblendet und vor allem dem Handeln der Exekutive mit Skepsis begegnet, liegt natürlich nicht nur an den eingebürgerten Aufmerksamkeitsmustern; auch die Wirkungsweise des ökonomischen Krisenverschiebungs-Mechanismus erleichtert diese für die öffentliche Debatte charakteristische groteske Fehlgewichtung. Die eigentliche geschichtsträchtige Innovation der Krisenjahre 2008/2009 bestand in der Überführung der Beziehungen zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken in ein höchst eigentümliches Schenkungsverhältnis. Die Negativzinspolitik und der Aufkauf von Staatspapieren aus dem eigenen Währungsraum durch die FED, EZB und Co. haben zwar einen hohen Preis: Um die Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung am Laufen zu halten, unterminieren die Zentralbanken die Grundlagen des Geldwesens; dieser Preis wird aber mit einer zeitlichen Verzögerung fällig. Auch wenn schon seit Jahren von verschiedensten Seiten vor dem mit der »Politik des billigen Geldes« verbundenen Inflationspotential gewarnt wird, solange der Finanzüberbau das frisch »geschöpfte« Geld absorbiert, treibt die exzessive Kreditgeldschöpfung nur die Preise für Kapitalmarktwaren wie Aktien in die Höhe, nicht die der Gütermarktwaren.[28] Das damit geschaffene Inflationspotential entlädt sich erst dann, wenn die private Schöpfung fiktiven Kapitals trotz Stützung ausfällt und die Zentralbanken direkt frisches Geld in die Realwirtschaft pressen müssen. Der warengesellschaftlich zugerichtete Verstand leidet nicht nur an ideologischer Verblendung, sondern noch an einer zweiten Bewusstseins-

[28] Es gibt freilich eine wichtige Ausnahme von dieser Regel, nämlich den Immobiliensektor. Das liegt daran, dass sich in diesem Sektor Endkonsum und Kapitalanlage überschneiden.

störung, an »Empiritis«. Entwicklungen, die unter der Oberfläche vonstatten gehen und erst verzögert ihre Konsequenz entfalten, existieren für ihn in der Regel einfach nicht. Diese beiden Beeinträchtigungen wirken in der derzeitigen Situation aber gegeneinander. Die Inflationsängste bleiben diffus und spielen in der politischen Debatte keine ernsthafte Rolle, solange sie keine unmittelbare Bestätigung erfahren.

13. Menetekel US-Haushaltsklippe

In der Phase zwischen dem Krisenschub von 2008/2009 und dem sich wohl bereits anbahnenden nächsten großen Einbruch waren also gleich mehrere Schutzmechanismen wirksam und verhinderten, dass die herrschende Ideologie vom Primat des Realkapitals der staatlichen Krisenverwaltung ernsthaft in die Quere kam. Umso bemerkenswerter ist, dass diese trotzdem nur in einer relativ kurzen Phase, nämlich unmittelbar nach der Lehman Brothers-Pleite, ohne größere Konflikte einen konsequent an den ökonomischen Sachzwängen orientierten Kurs fahren konnte. Um die Zentralbanken blieb es zwar fürs erste weitgehend ruhig, auf dem Nebenkriegsschauplatz der Staatsverschuldung forderte die Ideologie jedoch ihren Tribut und prägte die Entwicklung mit. Das gilt zunächst einmal für das Land, von dem der Krisenschub seinen Ausgang genommen hatte, den USA. Wie in allen anderen kapitalistischen Kernstaaten, so gehörte auch in den USA die sprunghafte Ausweitung der Staatsverschuldung zum Gesamtpaket des Public-Private-Partnership. Seit den Weltkriegen existiert für den US-Bundeshaushalt eine offizielle Verschuldungsobergrenze, die nur mit Zustimmung des Kongresses angehoben werden darf. Das geschah zwar in den letzten 50 Jahren, unabhängig von den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen im Parlament, mehr als 70 mal und war mehr oder minder zur Formalie geworden; ausgerechnet in einer Phase, in der für die Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung eine ausgeprägte staatliche Verschuldungsfreude besonders wichtig war, nutzten die Republikaner ihre Mehrheit im Kongress, um aus der routinemäßig fälligen Anpassung plötzlich einen parteipolitischen Streitfall zu machen. Das Land

stand gleich zweimal, zuerst im Sommer 2011 und dann um den Jahreswechsel 2012/13, kurz vor dem Sturz über die »Fiskalklippe«. Wäre der eingetreten, hätte das nicht nur für die US-Wirtschaft unabsehbare Folgen gehabt, sondern auch für die gesamte Weltwirtschaft.

Der Tea Party-Bewegung ging es bekanntlich mit ihrem Erpressungsmanöver darum, ein großes Streichkonzert bei den Sozialleistungen durchzusetzen. Diese Zielsetzung liegt selbstverständlich in der Kontinuität neoliberaler Interessenpolitik, die schon immer das Ziel einer Umverteilung von Unten nach Oben verfolgte. Auf der ideologischen Ebene setzte die republikanische Opposition auf ihre Weise auf den nach dem Crash von 2008 so populären Impuls, endlich zu einem »gesunden«, realwirtschaftlich orientierten Kapitalismus zurückzukehren. Indem Reagans geistige Erben die Aufblähung des Finanzüberbaus auf die Aufblähung der Staatsverschuldung verengten, konnten ausgerechnet sie sich als Vertreter einer auf Solidität ausgerichteten Wirtschaftspolitik gerieren. Während die Republikaner die Obama-Administration zu einem Synonym für eine ausufernde staatliche Verschuldung erklärten, nahmen sie für sich selber in Anspruch, für eine Wirtschaftspolitik zu stehen, in der sich der Bundeshaushalts mit real erwirtschaftetem Reichtum begnügen sollte.

Dass diese ideologische Ausrichtung mit dem ökonomischen Sachzwang kollidiert, macht sich auch an der empirischen Oberfläche bemerkbar. Angesichts der Blockadepolitik der Republikaner gingen vor allem im Vorfeld der zum Jahreswechsel 2012/13 fälligen Anhebung der Verschuldungsobergrenze die Aktienkurse auf Talfahrt. Schwere ökonomische Verwerfungen blieben nur aus, weil bei den Republikanern im letzten Moment doch jene Kräfte die Oberhand gewannen, die zu einem Kompromiss mit der Obama-Administration bereit waren. Der US-amerikanische Haushaltskonflikt stellt umso mehr ein Menetekel dar, als die Entwicklung in den USA keineswegs für sich steht. Im Euro-Raum konnten die Geistesverwandten der Tea-Party-Bewegung auf dem gleichen Nebenkriegsschauplatz ihre Vorstellungen sogar weitgehend durchsetzen. Die deutsche Regierung nutzte den Umstand, dass ein Teil des innereuropäischen

Bonitätstransfers über »Rettungsschirme« hergestellt wird[29], um ein Exempel zu statuieren. Sie oktroyierte den südeuropäischen Partnerländern eine knallharte Sparpolitik.

Wie die gescheiterte US-amerikanische Austerity-Politik so verweist auch die erfolgreiche europäische darauf, dass die herrschende Ideologie das Potential besitzt, sich vom Standpunkt der Krisenverwaltung zu einer eigenständigen Störquelle neben den kapitalistischen Sonderinteressen zu entwickeln. In den USA tritt die selbstständige Rolle des Ideologischen insofern deutlich zutage, als dort der drohende Sturz von der »Fiskalklippe« in Widerspruch zu den Interessen jener sozialen Gruppen steht, die die Republikanische Partei eigentlich vertrat. Das Ziel, den Sozialstaat weiter zu beschneiden und die wenigen Errungenschaften der Obama-Ära wie die neu eingeführte Krankenversicherung (»Obamacare«) rückabzuwickeln, ist zwar Ausdruck von Kapitalinteressen. Das Mittel der Haushaltsblockade war aber für den Standort hochgradig kontraproduktiv, und unter den heutigen Bedingungen würde eine auf das Ziel der Haushaltskonsolidierung ausgerichtete Politik die USA schnurstracks in eine Rezession führen. Dementsprechend wohnten in der Brust so mancher Anhänger der Republikanischen Partei zwei Seelen: die Seele des ideologischen Überzeugungstäters und die Seele des um das eigene Einkommen und Geldvermögen besorgten kühlen Rechners.[30]

In den USA haben die Austerity-Ideologen versucht, die Wirtschaft des eigenen Landes als Geisel zu nehmen. Im Euro-Raum stellt sich die Situation anders dar. In der Phase zwischen dem Wirtschaftseinbruch von 2008/2009 und dem kommenden Krisenschub verteilen sich der ökonomische Schaden einer Sparpolitik und ihr legitimationspolitischer Nutzen auf unterschiedliche Länder. Die wirtschaftlichen Verheerungen treffen Südeuropa, insbesondere Griechenland. Der ideologische Mehrwert fällt dagegen vor allem in Deutsch-

[29] Für das Gros sorgt die EZB durch den Aufkauf von Staatspapieren.

[30] Das erklärt das schließliche Einlenken. Die Parteioberen schreckten davor zurück, als die für den Absturz der US-Wirtschaft verantwortliche politische Kraft in den nächsten Wahlkampf ziehen zu müssen.

land an. Deutschland kann aufgrund seiner Sonderstellung im Euro-Raum den Partnerländern eine Sparpolitik oktroyieren, kann aber aufgrund seiner privilegierten Position im derzeitigen weltkapitalistischen Akkumulationssystem einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt vorweisen, ohne selbst seine Ausgaben weiter zu kürzen. Diese geographische Aufspaltung von wirtschaftlichen Kosten und ideologischem Gewinn erschwert im Vergleich zu den USA die Abgrenzung zwischen Ideologie und einer an Interessen orientierten Politik. Um das Verhältnis von Ideologie und Interessenstandpunkt zu klären, muss man die verschiedenen Teile des Euro-Raums für sich betrachten.

14. Berlin und die Griechenlandkrise

Dass die Austerity-Politik nicht den Standortinteressen Südeuropas und Frankreichs entspringen kann, ist mehr oder minder offensichtlich. Dieser Teil des Euro-Raums befindet sich im Prinzip in der gleichen Situation wie die meisten Weltregionen. Ähnlich wie die USA oder Japan mussten diese Staaten die gesamten 2010er-Jahren hindurch ihr Haushaltsdefizit noch einmal kräftig steigern, um den Absturz ihrer Wirtschaft zu verhindern. Erst als die durch die Negativzinspolitik der EZB befeuerte Produktion von privatem fiktiven Kapital in diesen Euro-Ländern wieder halbwegs auf Touren kam, konnten im Gegenzug die Zuwachsraten bei der Staatsverschuldung abflachen. Der durch die deutsche Regierung und ihre europäischen Unterstützer erzwungenen vorzeitigen Abbremsung der Neuverschuldung wegen fand dieser Teil des Euro-Raums aber erst verspätet aus der Rezession heraus. Fernerhin bezahlten diese Länder die Zurückhaltung der deutschen Regierung bei der Bonitätsweitergabe und durch ihre Weigerung, der Einführung von Eurobonds zuzustimmen, mit höheren Zinslasten. Das gilt selbstverständlich im besonderen Maße für Griechenland. Auf den Gütermärkten war die Position der griechischen Wirtschaft schon in den Nullerjahren schwach gewesen. Seit dem Krisenschub schlug auch noch das Anlage suchende Geldkapital einen Bogen um Athen und machte Griechenland zum Doppelverlierer. Immer wenn unklar war, inwieweit es von den Partnerlän-

dern gestützt würde, konnte das Land seine Staatsschulden nur zu exorbitanten Zinssätzen refinanzieren.[31]

Es gehört zum gängigen linken Vorverständnis, wirtschaftspolitische Konflikte zwischen den kapitalistischen Ländern als knallharte Interessenkonflikte zu verstehen und das ideologische Moment als bloße Einkleidung dieser Interessen. Vor diesem Hintergrund erscheint es vor allem für die Linke der betroffenen Länder als mehr oder minder ausgemacht, dass der Triumph deutscher Wirtschaftsinteressen für den Schaden verantwortlich sein muss, den Südeuropa und vor allem Griechenland erlitten haben. So soll die Privatisierung der griechischen Infrastruktur, um nur ein Beispiel zu nennen, ein Instrument »imperialer Landnahme« sein, ein Schritt, um den gesellschaftlichen Reichtum des Landes dem Zugriff des »deutschen Kapitals« auszuliefern. Dieses Verständnis führt aber nicht nur insofern in die Irre, als die ökonomischen Interessen in der Regel in vorsintflutlichen Formen gedacht werden.[32] Vor allem unterschiebt sie der Austeritätspolitik eine Funktionalität, die dieser in keiner Weise zukommt. Von einem Sieg deutscher Interessen kann nur die Rede sein, wenn man die für die weitere Entwicklung irrelevante leichte Absenkung der deutschen Schuldenhaftung höher veranschlagt als die Tatsache, dass die deutsche Regierung mit ihrem Spardiktat einen Prozess in Gang gesetzt hat, der den für den Erfolg des Standorts Deutschland unverzichtbaren europäischen Rahmen schwer beschädigt. Über den Tag hinaus gedacht, hat der Spardiktator Schäuble dem hiesigen Kapital einen Bärendienst erwiesen. Aktuell mag der Niedergang der Absatzmärkte im Süden Europas verschmerzbar sein. Das ändert sich aber, wenn bei

[31] Im Frühjahr 2012 erreichte die Rendite für zehnjährige griechische Staatsanleihen Rekordwerte von über 35%. `http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-10/griechenland-bonds-2/bitblt-820x714-de2fd94bed63bb6d76fa7d88facc670d74f0dfcf/RenditeStaatsanleihen-Griechenland.jpg`

[32] Zwischen den Standortinteressen in einer globalisierten, von der finanzindustriellen Dynamik geprägten Weltwirtschaft und den Interessen geschlossener imperialer Nationalökonomien, wie sie das ausgehende 19. und frühe 20. Jahrhundert prägten, bestehen fundamentale Unterschiede.

der nächsten größeren weltwirtschaftlichen Erschütterung die Exporte in die BRIC-Staaten und die USA einbrechen. Es steht nicht nur fest, dass dann die deutsche Regierung selber wieder auf massives Deficit spending umstellen wird. Zudem wird sie erkennen müssen, dass ihr Land nicht nur geographisch, sondern genauso wirtschaftlich immer noch mitten in Europa liegt und daher auf einen halbwegs intakten Euro-Raum angewiesen sein wird. Was hat also die Bundesrepublik mit ihrem Spardiktat letztlich gewonnen? Sie muss für einige Milliarden Euro weniger Bürgschaften einstehen als bei einer großzügigeren Politik. Gemessen am Entwertungsbedarf, dessen Notverwaltung dann ansteht, handelt es sich dabei freilich um »Peanuts«.

15. Das kurze zweite deutsche Wirtschaftswunder

Der Traum von der Rückkehr zu einem gediegenen, auf ehrlicher Arbeit beruhenden Kapitalismus ist in den Basisillusionen verankert, die sich das herrschende Denken vom Wesen der kapitalistischen Produktionsweise macht. Dementsprechend besteht prinzipiell in allen Weltregionen die Gefahr, dass diese irrationale Vorstellung Einfluss auf die Politik gewinnt. Oppositionelle Parteien und Strömungen, die das Ideologische gegen die Krisenverwaltung mobilisieren, haben sich denn auch in vielen Ländern formiert, und die eine oder andere hat inzwischen wie die euroskeptischen »Wahren Finnen« auch schon Regierungsverantwortung mit übernommen. Direkten Eingang in die Regierungspolitik hat diese Zwangsvorstellung bis dato allerdings nur in einer wichtigen Hauptstadt gefunden, in Berlin.

Dass ausgerechnet Deutschland in dieser Hinsicht eine Art Avantgarderolle übernommen hat, kommt nicht von ungefähr. Zum einen ist das Land, seiner besonderen Stellung im kapitalistischen Weltsystem und innerhalb des Euro-Raums wegen, an einem ideologisch besonders neuralgischen Punkt in der Pflicht. Die Bundesregierung muss bei der Etablierung eines transnationalen Bad Bank-System als Bürge mitspielen und in eine Haftungsgemeinschaft für die in den europäischen Partnerländern akkumulierten Schulden treten. Das

ist aber ein Punkt, an dem der warengesellschaftliche Alltagsverstand auf die Verletzung seiner heiligsten Prinzipien noch empfindlicher reagiert als bei der innerstaatlichen Haftungsübernahme. Zum anderen hat der Traum von der Rückkehr zu einem gediegenen, auf ehrlicher Arbeit beruhenden Kapitalismus in der Sonderentwicklung Deutschlands so etwas wie einen empirischen Anknüpfungspunkt, oder, wenn man so will, eine »materielle Grundlage«. Deutschland hat in den letzten Jahren nicht nur ein solides Wachstum vorzuweisen, sondern auch eine rückläufige Staatsverschuldung. Dem ideologischen Denken ist das schon Beweis genug: Wie Deutschland demonstriere, gebe es eine Alternative zum »ökonomischen Schlendrian« und zum unsoliden Wirtschaften der EU-Partnerländer.

Wenn man sich den tatsächlichen Kontext vergegenwärtigt, in dem Schäubles »schwarze Haushaltsnull« steht, dann entpuppt sich diese Vorstellung freilich als reines Phantasma. Die zur vermeintlichen Alternative mystifizierte deutsche Entwicklung ist nichts weiter als die lokale Kehrseite der weltweiten staatlichen Hyperverschuldung und Blasenbildung. Wenn das kapitalistische Weltsystem nicht durch den Übergang zu einem System staatlich gestützter Akkumulation von fiktivem Kapital gerettet und die Vorabkapitalisierung künftigen kapitalistischen Reichtums auf eine neue Stufenleiter gehoben worden wäre, läge auch die deutsche Ökonomie am Boden. Und die im Vergleich zu allen anderen wichtigen kapitalistischen Ländern so glänzende Bilanz verdankt Deutschland, wie weiter oben bereits skizziert, nur dem Umstand, dass die mit diesem Übergang einhergehende Umstrukturierung des globalen Akkumulationsprozesses wunderbar zum spezifischen Profil des hiesigen Standorts passten. Schon als 2009 rund um den Globus die ersten großen staatlichen Konjunkturprogramme aufgelegt wurden und den Konsum ankurbelten, zog Deutschland, seiner traditionell industrielastigen Wirtschaftsstruktur wegen, den Hauptnutzen daraus. Das galt erst recht, als die innerprivatwirtschaftliche Erzeugung von fiktivem Kapital wieder ansprang und Länder wie China oder Brasilien mit dem finanzindustriell generierten Kapital riesige Investitionen tätigten. Ein beträchtlicher Teil der Aufträge für die benötigten Investitionsgüter gingen an die deutsche

Wirtschaft und ihre verlängerten Werkbänke in Mittelosteuropa. Und auch was die Neuzusammensetzung der Nachfrage nach Kapitalmarktwaren angeht, zählte Deutschland zu den Hauptgewinnern. Gerade weil der hiesige Kapitalmarkt nicht im Zentrum der früheren Blasenbildungen gestanden hatte, entwickelte das Anlage suchende Geldkapital eine wahre Germanophilie. Nicht nur, dass sich deutsche Unternehmen zu günstigen Konditionen mit frischem Kapital versorgen können, auch deutsche Staatspapiere erfreuen sich derartiger Beliebtheit, dass sie angesichts der durch die Zentralbanken verursachten globalen Geldkapitalschwemme selbst zu negativen Realzinsen veräußert werden können. Diese Sonderstellung Deutschlands als Doppelgewinner des neuen Akkumulationssystems blieb selbstverständlich nicht ohne Wirkung auf die Haushaltssituation der öffentlichen Hand. In einer Phase, in der sich alle wichtigen kapitalistischen Staaten verschulden mussten wie nie zuvor, machte die durch diese Verschuldung angeschobene Akkumulationsdynamik Deutschland zur Ausnahme von dieser Regel. Die brummende deutsche Konjunktur verbesserte die Einnahmesituation des Bundes sprunghaft, während gleichzeitig durch den Zinsverfall der lange Zeit zweitgrößte Haushaltsposten, die staatlichen Zinsausgaben, drastisch schrumpfte.[33] Mit einer Wirtschaft im Rücken, die der Hauptgewinner der jüngsten Entwicklung globaler fiktiver Kapitalschöpfung ist, war es für das Bundesfinanzministerium kein Kunststück, 2014 erstmals seit 46 Jahren einen Haushaltsüberschuss zu erzielen.[34]

Bei der Solidität Deutschlands handelt es sich nur um eine Pseudosolidität, weil sie die Blasenbildung in den BRIC-Staaten und den USA sowie die exzessive »Geldschöpfung« aller Notenbanken zur Voraussetzung hat. Das ideologische

33 2008 lagen die Zinsausgaben des Bundes bei 40,2. Mrd €, 2015 waren sie auf 21,1 Mrd gefallen, hatten sich also fast halbiert. Siehe: `http://de.statista.com/statistik/daten/studie/157800/umfrage/entwicklung-der-zinsausgaben-des-bundes-seit-1969/`

34 Übrigens gab es noch ein wichtiges kapitalistisches Land, das in den letzten Jahrzehnten kurzzeitig das Wunder eines Haushaltsüberschusses zu verzeichnen hatte: Auch die USA schrieben am Ende der Clinton-Ära, dank des New Economy Booms, genau genommen unmittelbar vor dessen Ende, eine schwarze Haushaltsnull.

Bedürfnis, weiter die Möglichkeit eines Kapitalismus der ehrlichen Arbeit zu halluzinieren, ist hierzulande freilich dermaßen ausgeprägt, dass das eigentliche Geheimnis der eigenen Erfolgsgeschichte weitgehend verdrängt wird. Stattdessen beherrscht eine ganz andere Erklärung des zweiten deutschen Wirtschaftswunders die hiesige Debatte. Das lokale Ergebnis einer ganz bestimmten weltkapitalistischen Gesamtkonstellation in der Entwicklung des inversen Kapitalismus wird endogen erklärt und zur Frucht einer ominösen deutschen »Stabilitätskultur« mystifiziert: Deutschland habe in den frühen Nullerjahren seinen »Reformstau« endlich überwunden, deshalb stehe es angeblich besser dar als die anderen. Vor allem die Hartz IV-Reformen gewinnen in der Retrospektive eine geradezu magische Bedeutung. Ihnen soll Deutschland in erster Linie sein Wachstum und seine gute derzeitige Finanzlage verdanken.[35]

16. Von der Grexit-Drohung zum Brexit

Diese mythische Vorstellung vom Ursprung der deutschen Sonderentwicklung ist nicht nur für die ideologische Landschaft von Bedeutung, sondern gewinnt dank der Schlüsselstellung Deutschlands im Euro-Raum »materielle Gewalt«. In ihrem missionarischen Eifer zimmerten die Vertreter der deutschen »Stabilitätskultur« an den politischen Schalthebeln nämlich aus ihrer obskuren Deutung

[35] Wie tief diese Weltsicht im kollektiven Bewusstsein verankert ist, lässt sich u.a. daran ablesen, dass sie auch in einer linken Version kursiert. Die deutsche Exportkonjunktur soll nach dieser, vor allem in Gewerkschaftskreisen propulären, Vorstellung angeblich das Ergebnis von Lohn- und Sozialdumping auf Kosten der Nachbarn sein. Niedriglohn und Sozialabbau, so eine häufig kolportierte These, haben das deutsche Kapital in den Stand versetzt, die Konkurrenz vom Markt zu fegen. Natürlich waren in den Nullerjahren herbe Einschnitte ins soziale Netz und brutale Lohndrückerei zu verzeichnen. Für den Erfolg des Standorts war das aber nur von marginaler Bedeutung. Das eigentliche Pfund, mit dem der Standort Deutschland gegenwärtig wuchert, ist seine priviligierte Position in der neuen, im Gefolge der Krise von 2008 etablierten, internationalen Arbeitsteilung, und für diese war der Rückbau des hiesigen Sozialstaats und das zeitweilige Schrumpfen der Reallöhne ungefähr genauso so wichtig wie die Entwicklung des Knoblauchkonsums.

der deutschen Erfolgsgeschichte eine Handlungsanweisung für das übrige Europa, und fatalerweise hielten sie die Machtmittel zur Zwangsbekehrung zur Austerity-Politik in den Händen.

Die hiesige politische Klasse ist selbstverständlich nicht dafür verantwortlich, dass die Wettbewerbspositionen innerhalb des Euro-Raums im gegenwärtigen Stadium des inversen Kapitalismus sich gegenläufig entwickeln. Es übersteigt die Regulationsmöglichkeiten der Politik bei Weitem, die polarisierende Dynamik der Marktkräfte auszuschalten und für eine synchrone ökonomische Entwicklung innerhalb des Euro-Raums zu sorgen. Doch das bedeutet keinesfalls, dass die politischen Maßnahmen samt und sonders von der Logik des Krisenprozesses diktiert würden. Die von Schäuble und Merkel stets bemühte legitimations-ideologische Phrase, dass es keine Alternative zu ihrer Politik gebe, verweist zwar auf verquere, fetischistische Weise auf den systemischen Imperativ, dass Politik stets dafür sorgen muss, die Kapitalakkumulation in Gang zu halten; doch damit ist keinesfalls vorgegeben, durch welche konkreten Maßnahmen das bewerkstelligt werden soll. Das brutale Spardiktat, mit dem die wirtschaftliche Situation in Ländern wie vor allem Griechenland, Spanien und Portugal massiv verschlechtert und große Teile der Bevölkerung in die Armut gestürzt wurden, folgt keinesfalls notwendig aus den Zwängen der Krisenverwaltung. Genauso denk- und machbar wäre, wie oben schon dargelegt, ein breit angelegtes europäisches Konjunktur- und Infrastrukturprogramm gewesen, das die wirtschaftliche Dynamik in Europa wieder in Schwung gebracht hätte. Freilich wäre damit die fundamentale Krise der Wertverwertung keinesfalls überwunden worden. Dieses hypothetische wirtschaftspolitische Programm hätte, anders als Linkskeynesianer wie Wolfgang Streeck (Streeck 2013) meinen, keinen neuen Schub selbsttragender Kapitalverwertung auslösen können, weil die objektiven Grundlagen dafür nicht mehr existieren. Vielmehr wäre es selbst vollkommen abhängig gewesen von der Akkumulationsdynamik des fiktiven Kapitals; seine Grenzen hätte spätestens der nächste Finanzmarkt-Crash markiert, der unvermeidbar ist. Doch in der Zwischenzeit hätte die Politik durchaus ihre Spielräume nutzen können, statt fanatisch die Demontage des gesamten

öffentlichen Sektors und vor allem der Sozial- und Gesundheitssysteme in Europas Süden durchzupeitschen. Warum also hat sich diese zweite Politikvariante durchgesetzt?

Die neue deutsche Sparideologie speist sich aus zwei verschiedenen Quellen. Zum einen stellt sie die Fortsetzung der alten neoliberalen Idee des schlanken Staates dar. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Ausfluss der gegen die Verirrungen des neoliberalen Zeitalters gerichteten Krisenverarbeitungsideologie, derzufolge »Spekulation« und »Verschuldungsexzesse« das Desaster von 2008 verursacht haben sollen. Wie schon das Feindbild des »faulen Griechen« verrät, gehört zu den treibenden Motiven der Sparideologie der Traum von der Rückkehr zu einem auf »ehrlicher Arbeit« beruhenden soliden Kapitalismus. Die Bundesregierung hat diese im Wahlvolk weit verbreitete Stimmung ansonsten aus Rücksicht auf die systemischen Zwänge immer nur rhetorisch bedient. Sie hat auf die diversen Ankündigungen, den »Finanzmarktspielern« und »Zockerbanken« künftig das Handwerk legen zu wollen, nie irgendwelche Taten folgen lassen. Die offensichtliche Diskrepanz zwischen ideologischem Bekenntnis und Praxis hat für erheblichen Unmut gesorgt. Die gequälten Seelen, die vom Trugbild eines »soliden« Kapitalismus nicht lassen können, brauchten irgendwann Balsam. In der Euro-Krise nutzte die deutsche Politik die Gunst der Stunde und lieferte diesen, indem sie Südeuropa einen Crashkurs in »deutscher Sparkultur« angedeihen ließ. Utopien fordern nun einmal Opfer – auch die Utopie von einer Welt, in der jeder Euro ehrlich erarbeitet sein will und nur einmal ausgegeben werden darf.[36]

Schäuble und Merkel setzten gegen vitale Interessen Spaniens, Italiens, Portugals und vor allem Griechenlands durch, dass die Ausgestaltung der gemeinsamen Krisenverwaltung sich wesentlich an den Erfordernissen der deutschen Ideologieproduktion zu orientieren hat. Insbesondere mit ihrem Vorgehen in

[36] Wieviel legitimationspolitischer Mehrwert sich mit einer harten Sparhand gegenüber Athen erzielen lässt, zeigt der Aufstieg Wolfgang Schäubles zum beliebtesten Politiker Deutschlands während der »Griechenlandkrise«, ein Schicksal, das vor ihm noch keinem amtierenden Finanzminister widerfuhr.

der »Griechenlandkrise« von 2015 schuf die Berliner Regierung einen Präzedenzfall, der möglicherweise einmal als Anfang vom Ende der europäischen Integration in die Geschichte eingeht. Das schlechte Beispiel machte nämlich schnell Schule.

Das betrifft zunächst einmal Südeuropa. Spätestens seit dem Konflikt zwischen Tsipras und Schäuble schießen dort kulturalistische Kriseninterpretationen ins Kraut. Die deutsche Politik wird nicht im Kontext der heutigen wirtschaftlichen und ideologischen Konstellation begriffen und kritisiert, sondern als Fortsetzung eines ewigen deutschen Imperialismus und seiner Landnahme missdeutet. Vor diesem Hintergrund finden aberwitzige Zielvorstellungen wie die eines neuen »lateinischen Europas«, das sich unabhängig von Deutschland formieren soll, zahlreiche Anhänger (Agamben 2013). Was aus solchen kulturalistisch-regressiven Konzepten in den besonders gebeutelten kontinentaleuropäischen Ländern wird und inwiefern sie die tatsächliche Politik beeinflussen können, bleibt abzuwarten. In Großbritannien ist man bereits einen entscheidenden Schritt weiter. Mit dem Brexit hat sich die Gefahr, dass ideologische Krisendeutungen in einer Weise Eingang in die Politik finden, die auch die kapitalistische Krisenverwaltung sabotiert, bereits realisiert.

Die britische Wirtschaftspolitik setzte seit der Thatcher-Ära ganz konsequent auf den Finanzsektor als Wachstumsmotor. Die Regierungen taten alles, um die Position der City of London als Europas Finanzplatz Nummer Eins auszubauen, und machten Großbritannien zu einem Vorreiterland der neoliberalen Umgestaltung. Diese Ausrichtung hatte von Anfang an einen hohen Preis. Das Land, das im 19. Jahrhundert den Titel »Werkstatt der Welt« getragen hatte und auch noch in den 1970er-Jahren mit einem breiten zweiten Sektor aufwarten konnte, machte einen regelrechten De-Industrialisierungsprozess durch. Ganze Landesteile wurden mehr oder minder abgekoppelt. Kaum ein anderes EU-Land zeichnet sich durch eine ähnlich extreme soziale Polarisierung aus. Der wirtschaftspolitische Kurs trug freilich insofern Früchte, als der britische Finanzsektor bis tief in die Nullerjahre hinein ganz erheblich von der globalen Akkumulation fiktiven Kapitals profitierte. 2009 lag der Anteil des Finanzsek-

tors am britischen BIP bei 10,7 % und damit mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland.[37] Angesichts dieser Struktur musste der Crash im Gefolge der Lehman Brothers-Pleite die britische Wirtschaft allerdings besonders empfindlich treffen.

Anders als in Kontinentaleuropa hat eine distanzierte Haltung gegenüber der EU auf der Insel Tradition. Auf dem Kontinent dient dem Volksmund »Brüssel« zwar inzwischen auch verstärkt als Chiffre für sämtliche Übel des zeitgenössischen Kapitalismus – das ist dort aber eine relativ neue Entwicklung und bei weitem noch nicht so tief eingeschliffen wie auf der anderen Seite des Kanals.[38] In Großbritannien formierte sich bereits 1993 mit der UKIP eine Newcomer-Partei, deren zentrale Forderung der Austritt aus der EU war und die vor allem den Konservativen Wähler abspenstig machte. Als die britische Wirtschaft im Gefolge des Krisenschubs ihre Finanzmarktorientierung teuer bezahlen musste,[39] war es angesichts dieser Vorgeschichte vor allem für große Teile der Tories höchst verführerisch, dieses Ressentiment für ihre Zwecke zu aktivieren. Indem der »EU-skeptische« Flügel der Konservativen das Feindbild Brüssel erfolgreich propagierte, konnte er die fatale Wirtschaftspolitik der eigenen Partei aus der Schusslinie rücken, was im Kampf für den eigenen Machterhalt dringend geboten war.

---

[37] http://de.statista.com/statistik/daten/studie/309588/umfrage/anteil-des-finanzsektors-am-bip-grossbritanniens

[38] Die breite Kritik am Neoliberalismus und dem »finanzmarktdominierten Kapitalismus« ist in fast allen westllichen Ländern nostalgisch eingefärbt. Zumindest implizit ist das Gegenbild zum entfesselten Finanzmarktkapitalismus immer der Fordismus der 1950er und 1960er-Jahre. Während Frankreich und Deutschland in dieser »guten alten Zeit« bereits der EU bzw. ihrem Vorläufer der EWG angehörten, stand Großbritannien damals noch abseits. Die zeitliche Koinzidenz zwischen dem EU-Beitritt Großbritanniens 1973 und dem Ende der goldenen fordistischen Ära verleiht der Vorstellung von »Brüssel« als Wurzel aller Übel in Großbritannien eine zusätzliche Scheinplausiblität.

[39] http://blog.zeit.de/herdentrieb/2011/03/31/britisches-wirtschaftsmodell-ist-gescheitert_2914

Als Premier David Cameron im Februar 2016 das Referendum über die EU-Mitgliedschaft ansetzte, ging es ihm bekanntlich keineswegs darum, sein Land tatsächlich aus der europäischen Gemeinschaft herauszusprengen. Dieser Schritt war primär innenpolitisch motiviert. Es ging zum einen um die Einbindung der EU-Gegner in seiner Partei; zum anderen sollte das Wahlvolk die Sonderbedingungen, die er mit der EU im Januar ausgehandelt hatte, absegnen und damit die Position der Konservativen gegenüber ihrer Konkurrenz stärken. Wenn etablierte Parteien versuchen, auf der Welle reaktionärer Krisenverarbeitungsideologien zu surfen, besteht freilich die Gefahr, dass die Welle sie weit über das anvisierte Ziel hinausträgt. Der Brexit fällt in diese Rubrik. Cameron hatte in rein instrumenteller Absicht mit dem Ersatzfeindbild EU gespielt, und am Ende stand das Votum vom 23.6.2016, das die weitere Krisenverwaltung erheblich erschwert.

Schon für das in Großbritannien angesiedelte fungierende Kapital läuft der Austritt auf eine deutliche Standortverschlechterung hinaus. Derzeit gehen immerhin etwa 54 Prozent der britischen Exporte in die EU. Nach einem Austritt dürfte sich der Zugang zum europäischen Markt schwieriger gestalten und damit das Volumen der Ausfuhren in diesen Raum zurückgehen. Wesentlich dramatischer stellt sich freilich die Lage für das Flaggschiff der britischen Wirtschaft dar. Nachdem der Finanzsektor in den letzten Jahren mühsam wieder auf Wachstumskurs gebracht worden war, spekuliert angesichts des Brexits nicht nur das *Manager Magazin* darüber, welcher Finanzplatz in Europa das Erbe der bisherigen Nummer eins antreten wird.[40] Damit die City of London ihren Status halten kann, müsste die EU dem künftigen Nicht-Mitglied Großbritannien nämlich extrem entgegenkommen und dem Land in den Austrittsverhandlung mehr oder minder die gleichen Rechte zugestehen, die es bis dato hatte. Dazu dürften die führenden europäischen Regierungen aber schwerlich bereit sein. Vor allem Europas Vormacht befindet sich nach dem Brexit nämlich in einem handfesten Dilemma: Auf der einen Seite ist der Finanzplatz London für das globale Kapital und die europäische Wirtschaft viel zu wichtig, als dass die EU

[40] http://www.manager-magazin.de/unternehmen/banken/brexit-wird-frankfurt-europas-neue-geldmetropole-a-1100721.html

dessen Absturz riskieren dürfte. Verliert London alle mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen Privilegien, dann mutiert der Brexit von einem Akt der Selbstbeschädigung des britischen Standorts zum kollektiven Selbstmord der Wirtschaftsmacht Europa. Auf der anderen Seite darf die EU Großbritannien aber auch nicht zu weit entgegenkommen. Die potentiellen Nachahmer scharren schon mit den Hufen und dürfen keinesfalls ermutigt werden, sonst zerlegt sich der europäische Zusammenhang selbst. (Vgl. Lohoff 2016) Er besteht dann nur noch aus Staaten, die die Vorteile des EU-Rahmens für sich reklamieren, aber jede Beteiligung an seinen Gestehungskosten weit von sich weisen.

Die Merkel-Regierung kann nur versuchen, eine mittlere Linie zwischen beiden Übeln zu fahren, und schon einer der ersten Kommentare der Kanzlerin zum Brexit wiesen denn auch genau in diese Richtung. Die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien stellte sie sich »eng und freundschaftlich« vor, betonte aber gleich im nächsten Satz, dass es einen »deutlichen Unterschied geben müsse zwischen einem Staat, der Mitglied der EU ist, und einem, der dies nicht mehr ist.«[41] Die britische Politik kann sich dagegen nach dem Brexit nur darauf richten, genau diesen Unterschied einzuebnen. Das ist am ehesten dadurch zu erreichen, dass sie den Austrittsprozess in die Länge zieht und die möglichen negativen Rückwirkungen der Abkoppelung Großbritanniens auf die Wirtschaft der europäischen Partnerländer als Geheimwaffe gegen die EU einsetzt. Dass sich Angela Merkel angesichts dieser Perspektive »not amused« zeigt, ist logisch, allerdings hätte sie guten Grund, sich an die eigene Nase zu fassen. Vermutlich wäre das Referendum ohne die selbstzufriedene Herr-im-Haus-Politik der deutschen Regierung gegenüber den südeuropäischen Partnern anders ausgegangen. Schäubles Vorgehen gegen Griechenland ist in Großbritannien nicht unbemerkt geblieben und hat Farage und Co. den Trumpf in die Hand gegeben, mit dem sie die noch fehlenden Prozentpunkt holen konnten. Erst die antideutsche Karte verschaffte dem Brexit-Lager seine knappe Mehrheit.

[41] http://www.sueddeutsche.de/politik/regierungserklaerung-im-bundestag-merkel-will-keine-rosinenpickerei-bei-brexit-gespraechen-zulassen-1.3054908

Und auch Merkels an die britische Regierung gerichtete Ankündigung, die EU werde keine »Rosinenpickerei« zulassen, fällt auf sie selbst zurück: Was betrieb ihre Regierung anderes als »Rosinenpickerei«, als sie die Früchte der nur im europäischen Rahmen möglichen deutschen Sonderkonjunktur in vollen Zügen genoss und gleichzeitig Südeuropa möglichst knapp hielt und noch immer hält?

Der Brexit ist weder vom Himmel gefallen, noch ist die Spannung zwischen der herrschenden ideologischen Krisenverarbeitung und den Imperativen der Krisenverwaltung neu. Trotzdem markiert der britische EU-Ausstieg eine qualitative Veränderung im Krisenverlauf, und das keineswegs nur was Europa angeht. Bis dato stellten die irren Krisendeutungen nur Störfeuer dar; letztendlich richteten sich die wirtschaftspolitischen Entscheidungen nach den Notwendigkeiten der Krisenverwaltung. Das Brexit-Referendum hat demgegenüber Fakten geschaffen, die für das transnationale System fiktiver Kapitalschöpfung hochgradig kontraproduktiv sind und mit denen die nationale und internationale Krisenverwaltung notgedrungen umgehen muss. In den USA hatten die Republikaner im Streit um die Verschuldungsobergrenze zweimal nur gedroht, das eigene Land über die Fiskalklippe zu jagen;[42] beim britischen Referendum ist es nicht bei der Drohung geblieben.

Das Risiko, dass der Brexit als solcher noch einen großen globalen Krisenschub auslösen könnte, ist relativ gering zu veranschlagen. Gemessen an den Gefahren, die von anderen potentiellen Brandherden ausgehen, handelt es sich beim EU-Austritt Großbritanniens um ein nachgeordnetes Problem. Seine eigentliche Bedeutung liegt darin, dass der Brexit von einer einschneidenden Veränderung der Rolle der Politik im Krisenprozess kündet und insofern ein Menetekel für die weitere Entwicklung darstellt. Bis dato bedrohten allein die innerökonomischen Widersprüche den Fortgang der Kapitalakkumulation, während die Politik als Retter in der Not auftrat. In der heutigen Phase erzeugen politische Entwicklungen für zusätzlichen Sprengstoff. Vom irrationalen

[42] Auf die Konsequenzen der Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten, die während der redaktionellen Bearbeitung dieses Textes geschah, kann hier nicht mehr eingegangen werden.

Selbstzweck der Vermehrung kapitalistischen Reichtums aus betrachtet, haben die kapitalistischen Kernstaaten in den letzten Jahrzehnten eine ausgesprochen rationale Politik betrieben. Die konzertierte Aktion, mit der die Regierungen und Zentralbanken Europas, Chinas, Japans und der USA den Zusammenbruch des schwankenden Systems der Wertantizipation Ende der Nullerjahre verhinderten, hat diese historische Leistung gekrönt. Allerdings brachte das Ergebnis dieser Rettung, der Übergang zu einem globalen System staatlich gestützter Produktion fiktiven Kapitals neue, kaum mehr zu überbrückende Widersprüche hervor, die genau diese eindeutig funktionale Rolle der Politik infrage stellen und sie selbst zu einem dynamisierenden Moment der Krisenentwicklung machen dürften.

Literatur

Agamben, Giorgio (2013): Que lt'Empire latin contre-attaque! In: Liberation, 24.3.2013 http://www.liberation.fr/planete/2013/03/24/que-l-empire-latin-contre-attaque_890916

Kurz, Robert (1999): Die Diktatur der abstrakten Zeit. In: Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.): Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit. Hamburg, S. 9-41

Lohoff, Ernst/Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Münster

Lohoff, Ernst (2013): Auf Selbstzerstörung programmiert. Krisis 2/2013, http://www.krisis.org/wp-content/data/ernst-lohoff-auf-selbstzerstörung-programmiert-2013-2.pdf

ders. (2014): Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation. Krisis 1/2014, http://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation/

ders. (2016): Triumph des Neoliberalismus. In: Jungle World 28/2016

MEGA II.2 = Marx, Karl: Das Kapital, Band 1, Marx-Engels-Gesamtausgabe, Band II.2

MEW 23 = Marx, Karl: Das Kapital, Band 1, Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin 1983

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Frankfurt a.M.

Trenkle, Norbert (2016): Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals. Krisis 1/2016, http://www.krisis.org/2016/die-arbeit-haengt-am-tropf-des-fiktiven-kapitals/

Krisis – Kritik der Warengesellschaft

Krisis Beiträge seit 2013:

1 / 2013 Peter Samol

Michael Heinrichs Fehlkalkulationen der Profitrate

Zur Widerlegung von Michael Heinrichs »Kritik am Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« und über die Bedeutung der schrumpfenden Wertmasse für den Krisenverlauf

2 / 2013 Ernst Lohoff

Auf Selbstzerstörung Programmiert

Über den inneren Zusammenhang von Wertformkritik und Krisentheorie in der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie

3 / 2013 Julian Bierwirth

Gegenständlicher Schein

Zur Gesellschaftlichkeit von Zweckrationalität und Ich-Identität

4 / 2013 Peter Samol

Ein theoretischer Holzweg

Die seltsame Fassung des Begriffs der »unproduktiven Arbeit« von Robert Kurz und wie er sich als Reaktion auf die Kritik daran in einen noch tieferen Schlamassel begeben hat

1 / 2014 Ernst Lohoff

Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation

Der Fetischcharakter der Kapitalmarktwaren und sein Geheimnis

1 / 2015 Julian Bierwirth

Henne und Ei

Der Wert als Einheit von Handlung und Struktur

1 / 2016 Norbert Trenkle
Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals
Eine Antwort auf »*Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus?*«
von Christian Siefkes

2 / 2016 Julian Bierwirth
Der Grabbeltisch der Erkenntnis
Untersuchung zur Methode des *Gegenstandpunkt*

3 / 2016 Karl-Heinz Lewed
Rekonstruktion oder Dekonstruktion?
Über die Versuche von Backhaus und der Monetären Werttheorie, den Wertbegriff zu rekonstruieren

4 / 2016 Peter Samol
All the Lonely People
Narzissmus als adäquate Subjektform des Kapitalismus

5 / 2016 Ernst Lohoff
Die letzten Tage des Weltkapitals
Kapitalakkumulation und Politik im Zeitalter des fiktiven Kapitals

Das komplette Archiv der Krisis seit 1986 findet sich auf www.krisis.org
Ein Teil der Druckausgaben ist noch erhältlich und kann bei u.a. Adresse bestellt werden.

Förderverein Krisis | Postfach 81 02 69 | 90247 Nürnberg | krisisweb@yahoo.de